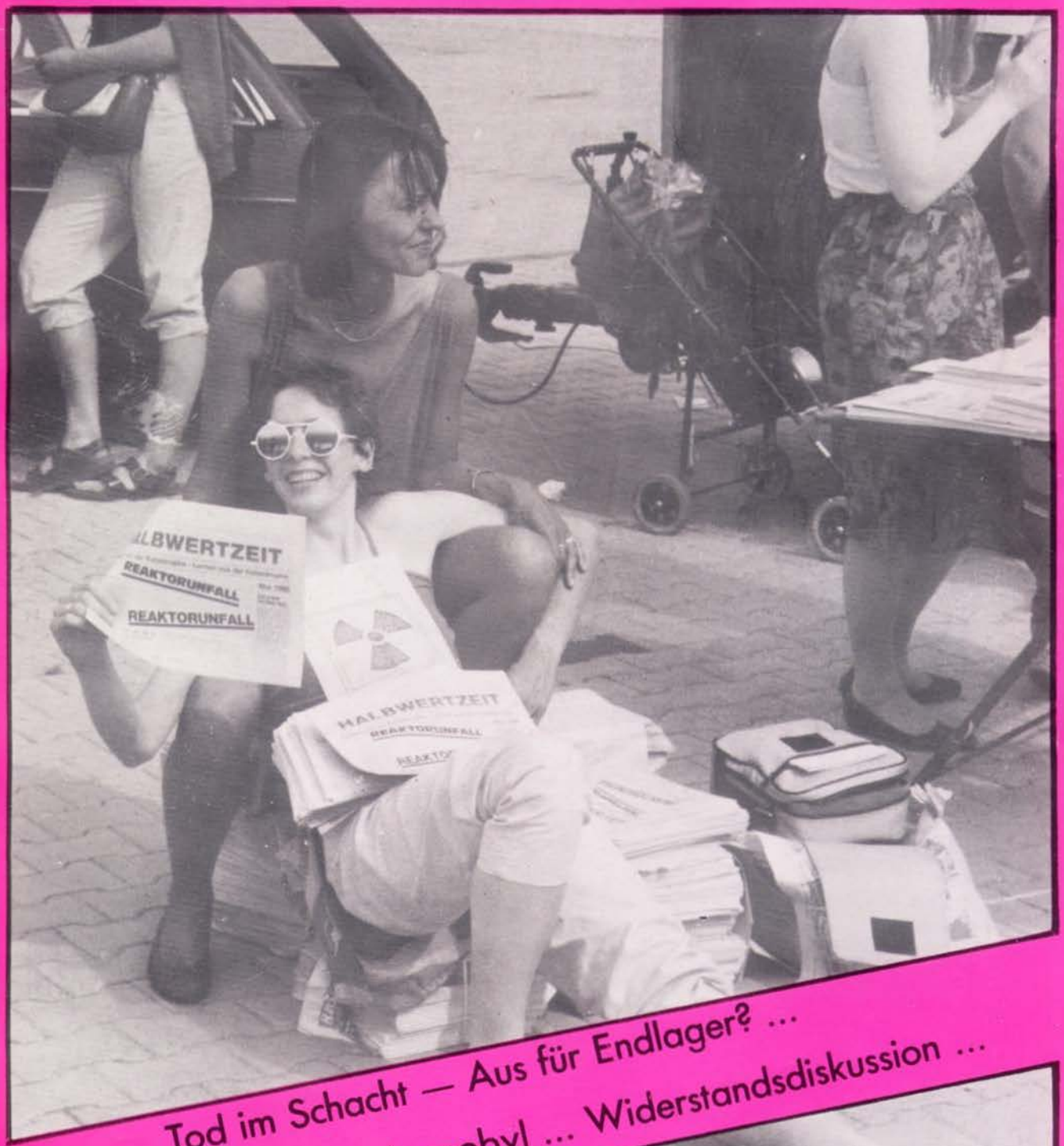
Nr. 16 Sommer '87
DM 4,-

Atom Express & Atommüllzeitung

atom



... Tod im Schacht — Aus für Endlager? ...
1 Jahr nach Tschernobyl ... Widerstandsdiskussion ...

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

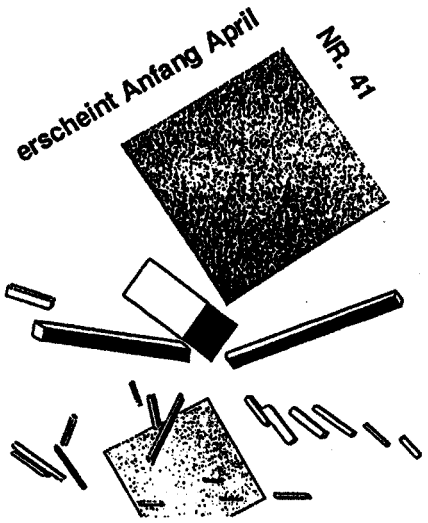
_____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

WILDCAT



Schwerpunkt Internationales:
Internationale Studentenkämpfe/ Thesenpapier zur Flüchtlingsfrage / Eisenbahnerstreik in Frankreich / Hafenarbeiterstreik in Genua / Palaestina-Interview/ Automobilarbeiter in Argentinien und Brasilien/Reisebericht Nordirland u.a.

Karlsruher Stadtzeitung
Postfach 3644
7500 Karlsruhe

Für Ein zelheft 2,50 + 80 Pfg. Porto
ABO: für vier Hefte 10 Mark auf Postgiro Karlsruh e 1257 03-755

WILDCAT

NR. 41
erscheint Anfang April

Schwerpunkt Internationales:
Internationale Studentenkämpfe/ Thesenpapier zur Flüchtlingsfrage / Eisenbahnerstreik in Frankreich / Hafenarbeiterstreik in Genua / Palaestina-Interview/ Automobilarbeiter in Argentinien und Brasilien/Reisebericht Nordirland u.a.

Karlsruher Stadtzeitung
Postfach 3644
7500 Karlsruhe

Für Ein zelheft 2,50 + 80 Pfg. Porto
ABO: für vier Hefte 10 Mark auf Postgiro Karlsruh e 1257 03-755

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politk

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.23

★ **Gentechnologie, Männersprache,**

★ **Antipädagogik, Soziale Bewegungen,**

★ **Neokonservative, Anarchafeminismus** – Bericht über das letzte FLI-Treffen von Friederike Kamann

★ **RAF-Kritik und autonome Selbstreflexion** – von Lupus aus Frankfurt

★ **Spassguerilla** – über notwendige Aktionen ganz anderer Art zusammengestellt von Wolfgang Haug

★ **§ 130a, Kessel-Treiben und andere freiheitlich erprobte Herrschaftsmittel**

★ **Neokonservatismus am Beispiel Späths** – Libertäre Initiative Tübingen

★ **Spanienfilme** – über den ideologisch-politischen Standort ihrer Macher von Jörg Auberg

★ **Von der FAUD zur NSDAP** – eine Dortmunder Gruppenentwicklung nachgezeichnet von Andreas Müller

★ **Der arme Teufel** – Robert Reitzel neuentdeckt, eine Rezension von Heinz Hug

Einzelnummer: 5.– DM
SF-Abonnement: 15.– DM
Sondernummer ARBEIT: 5.– DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.– DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1
PSK Stuttgart, Kto.-Nr. 574 63-703

Impressum

Die **a t o m** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung und wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und vom Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktions- und Bestelladresse:

Atom Express:
Rheinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158

atommüllzeitung:
Achtung Adressänderung - ab sofort nur noch an folgende Anschrift:
c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel.: 04131/63315

V.i.S.d.P.:

Günter Garbers, Reimar Paul, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:

Diese Ausgabe kostet 4,00 DM, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,00 DM. Ein Abo für 5 Ausgaben (incl. Porto) kostet 25,00 DM, Förderpreis 35,00 DM.

Konto: „atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 – 206

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches

Dies ist die **a t o m** 16 . Oder nach alter Zählweise: Atom Express 56 und atommüllzeitung 42.
Sommer 1987

Titelfoto:

Andreas Salomon

Inhalt

In eigener Sache 4

Leserbriefe 6

I. SCHWERPUNKT

Salzstock Gorleben

3 Unfälle beim Schachtausbau – ein Arbeiter mußte sein Leben lassen. Die Betreiber wollen das Endlager weiterbauen, nach Ansicht der Kritiker Grimmel und Duphorn ist kein weiterer Schachtbau möglich.

„Aus" für Endlager Gorleben? 7

Atommüllfabrik ins Wendland 10

II. SCHWERPUNKT

Ein Jahr nach Tschernobyl

Eine Bestandsaufnahme 13

Anstieg von Trisomie 21 18

Säuglingssterblichkeit in Lingen 21

Wackersdorf – Chronik 24

III. SCHWERPUNKT:

Widerstandsdiskussion

Um die Herbstaktionen in der Oberpfalz gab's in den letzten Monaten schweren Krach. Dies und ein ausführliches Positionspapier von einem Autonomen im Schwerpunkt II

Streit um die Herbstaktionen 28

Autonome in der Anti-AKW-Bewegung 38

Atommüllkonferenz 46

Arbeit in Atomanlagen – Mord auf Raten? 49

Standorte 52

- Kongreß und Demo in Gronau 54
- Tribunal gegen Badenwerke 58
- Auswertung der Stade-Aktionen 60

KWU – Kampagne 64

Auswertungstreffen zu Widerstandstagen 66

Kriminalisierung 67

Herzschläge 70

Die atom politisch unterwandert?

In den letzten Monaten wurden - vor allem aus Süddeutschland - immer wieder Gerüchte ausgestreut, die **atom** würde mehr oder weniger stark vom KB beherrscht.

Zur Erläuterung zunächst: Der KB, mit vollem Namen Kommunistischer Bund, ist eine der verbliebenen Organisationen aus der sogenannten »K-Gruppen-Zeit« der siebziger Jahre; andere Gruppen waren und sind z.B. KBW, KPD, KPD/ML, MLPD, GIM, KABD und viele andere mehr. Der KB war/ist vor allem, aber nicht nur, in Norddeutschland aktiv und gibt monatlich die in einer Auflage von knapp 5.000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift »Arbeiterkampf« heraus.

Von allen genannten Gruppen verfügte der KB in seiner Hochzeit, vor ca. 10 Jahren, über erheblichen Einfluß in der Anti-AKW-Bewegung, insbesondere im Rahmen der Kämpfe gegen die AKWs Brokdorf und Grohnde. Im Gegensatz zu anderen K-Gruppen ist der KB seit jeher sehr aktionsorientiert gewesen und hat sich auch in viele Großdemonstrationen politisch und organisatorisch mit eingebracht.

In den Jahren 1967, 1977 und 1978 gab es in der Bewegung viele Auseinandersetzungen, die mit der »Machtpolitik« einzelner K-Gruppen, auch des KB, zusammenhingen. Aber bereits sehr früh konnte sich die Bewegung gegen parteipolitische Vereinnahmungen durchsetzen, so daß zu keinem Zeitpunkt von einer »Dominanz« bestimmter Organisationen gesprochen werden konnte.

Mit dem politischen Niedergang der K-Gruppen, von dem auch der KB nicht verschont blieb, schwand auch ihr Einfluß innerhalb der Anti-AKW-Bewegung; von einer organisierten Mitarbeit des KB in der Bewegung kann schon seit etlichen Jahren nicht mehr die Rede sein. Allerdings sind bis heute eine Reihe von KB-Mitgliedern und -Sympathisanten in BIs oder Anti-AKW-Gruppen aktiv geblieben.

Soweit zum allgemeinen Hintergrund. Nun zum speziellen der **atom**.

Die **atom** ging vor drei Jahren aus der Fusion der beiden verbliebenen bundesweiten Anti-AKW-Zeitungen **Atom Express** und **atommüllzeitung** hervor. Die **atom** wird von zwei Gruppen gemacht, jeweils zur Hälfte von der alten Lüneburger **atommüllzeitung**sredaktion und der Göttinger **Atom Express**-Redaktion. Unter beiden Redaktionsgruppen gibt es eine thematische Aufteilung, die von Nummer zu Nummer wechselt. Beide Redaktionen sind politisch und organisatorisch autonom; es hat in der letzten Zeit mehrmals Demo-Aufrufe usw. gegeben, unter dem nur eine der beiden Redaktionen stand. Und es könnte theoretisch auch wieder die beiden alten Zeitungen geben.

Neben den beiden Kernredaktionen gibt es fünf bis acht mehr oder weniger feste Mitarbeiter/innen aus verschiedenen Städten (Bremen, Berlin, Bonn, Hannover), die regelmäßig Artikel schreiben und häufig auch an den alle paar Monate stattfindenden längeren Redaktionswochenenden teilnehmen und alle Fragen mitdiskutieren und mitentscheiden. Insgesamt besteht die erweiterte **atom**Redaktion aus ca. 15 Menschen, wobei es in den letzten Jahren relativ wenig - zu wenig - Fluktuation gegeben hat.

Eine relativ detaillierte Schilderung der Situation erscheint sinnvoll, um so konkret zum Vorwurf der Unterwanderung bzw. Dominanz durch den KB Stellung beziehen zu können. Und noch was grundsätzliches: Wir freuen uns über die Mitarbeit jedes AKW-Gegners und jeder AKW-Gegnerin an der Zeitung, und wenn jemand darüber hinaus noch in anderen Zusammenhängen politisch aktiv ist, so sehen wir darin prinzipiell keine Probleme, sondern eher eine Bereicherung unserer Diskussionen.

Mit einer Häufung von Angehörigen einer bestimmten politischen Fraktion oder Gruppe, die einen Unterwanderungsvorwurf berechtigt erscheinen lassen könnte, haben wir es bislang auch nicht in Ansätzen zu tun gehabt.

Von Beginn an - das sind nun zehn Jahre - haben zwei Menschen in der Lüneburger **atommüllzeitungs**-Redaktion und später bei der **atom** mitgearbeitet, die gleichzeitig KB-Mitglieder waren bzw. sind. Beide sind seit Jahren in der Anti-AKW-Bewegung aktiv und haben sich um viele inhaltliche Diskussionen und Aktionsplanungen verdient gemacht. Und mit beiden hat es in der Redaktionsarbeit immer solidarische und vorwärtsbringende Diskussionen gegeben. Verschiedentlich auch kontroverse Diskussionen, wenn es um »typische« KB-Positionen ging - z.B. Fragen der Bündnispolitik , Einschätzung der militärischen Komponente im Atomprogramm, Einschätzung der Repressions-/Faschisierungstendenzen.

Gab es diese Differenzen, so haben wir auch versucht, sie in der Zeitung darzustellen. Genauso, wie wir Differenzen mit Positionen der Autonomen oder der Grünen auch dargestellt haben.

In Bezug auf die **atom** entbehrt der Vorwurf der KB-Dominanz jeglicher Grundlage. Die beiden Redaktionen sind auch politisch und personell stark genug, um sich gegen Vereinnahmungen, egal von welcher Seite sie kommen könnten, durchzusetzen. Und wenn eine solche Gefahr ernsthaft bestünde, so würden wir in der Zeitung darüber berichten und diskutieren, so wie wir es aus anderen Anlässen auch getan haben (Frauen-Diskussion, Austritt von mehreren Leuten aus der **Atom Express**-Redaktion vor einigen Jahren).

Uns scheint, daß die Entwicklung der Diskussion um die Herbstaktionen in Wackersdorf zu den waghalsigsten Verschwörungstheorien geführt hat, die in erster Linie dazu dienen, von der inhaltlichen Auseinandersetzung abzulenken. Folgendes Bild wird dabei - in der Regel wider besseres Wissen - in Szene gesetzt: Das ZK, bzw. das Leitende Gremium des KB kommt nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß, eine bundesweite Demo im Herbst am Bauzaun von Wackersdorf durchzusetzen. Zielrichtung: Breites Bündnis, Massen zusammenkarren und auf der Repressionswelle, die unweigerlich folgen muß, noch ein politisches Süppchen kochen. Folge: Der KB hat mal wieder eine große Demo organisiert und seinen Einfluß untermauert, der Widerstnd der Oberpfälzer Bevölkerung ist für unabsehbare Zeit plattgemacht, die Anti-AKW-Bewegung hat mal wieder eine vermeidbare

der KB
in alter Frische!

Niederlage eingesteckt. Aber so einfach ist das nicht, der KB muß seine finsteren Pläne schließlich erst mal durchsetzen. Doch stehen ihm dafür als Propaganda-Organe nicht die beiden einzigen Anti-AKW-Zeitungen **atom** und **radi aktiv** zur Verfügung, die er dank seiner ausgeklügelten Kaderpolitik ja unterwandert hat? Ja doch ... Beide Redaktionen bringen auf Anweisung aus Hamburg den Wackersdorf-Vorschlag auf Bundeskonferenzen ein und powern ihn, was das Zeug hält. Selbst die 400 Menschen starke Atommüllkonferenz in Bielefeld konnte geschickt manipuliert und zu einer Abstimmung im Sinne der KB-Interessen genötigt werden. Und wären nicht einige Aufrechte dahinter gekommen, was für ein heimtückisches Spiel da gespielt wird, so hätte es mal wieder keine/r gemerkt.

Mal ehrlich - so eine Geschichte denkt sich heutzutage nicht einmal mehr der Staatsschutz aus. Um so schlimmer ist es, daß solche Märchen in der Bewegung ihren Nährboden finden, auf dem sie zu wuchernden Gerüchten gedeihen können.

In Wirklichkeit hat sich alles folgendermaßen abgespielt: In der Göttinger Redaktion gab es bereits vor ca. einem Jahr erste Diskussionen über eine mögliche bundesweite Großaktion in Wackersdorf. Diese Idee wurde auf mehreren Redaktionstreffen weiterdiskutiert und zusammen mit der **radi aktiv** in die Nürnberger Bundeskonferenz eingebracht. Die Tatsache, daß sich diejenigen in der Redaktion, die gleichzeitig KB-Mitglieder sind, auch für den Vorschlag stark gemacht haben, kann man doch nicht so hindrehen, daß der Vorschlag deshalb ein KB-Ding ist! Es wäre auch nicht logisch - wenn das alles so stimmen würde mit dem KB, dann wäre es doch taktisch äußerst unklug gewesen, den Vorschlag ausgerechnet von bekannten KB'lern einbringen zu lassen.

Es scheint, als hätte die Gerüchteküche nur deshalb so stark zu brodeln angefangen, weil sich viele nicht damit abfinden konnten, daß der Wackersdorf-Vorschlag in Bielefeld auf positive Resonanz stieß. Mit solchen Kampagnen und dem immer wieder unternommenen Versuch, die grundsätzliche Diskussion um die Wackersdorf-Aktionen aufzunehmen, werden die Planungen für gemeinsame Herbstaktionen natürlich zu Tode geritten. Im übrigen waren die ach so gescholtenen KB'ler in der Redaktion die ersten, die nach dem geplatzten Schwandorfer Treffen vom 28.3. meinten, nichts wäre in dieser Situation fataler, als unter allen Umständen an den Planungen festzuhalten.

Zum Schluß noch einmal etwas grundsätzlicher: Wir sind uneingeschränkt dafür, jede Art der politischen Dominanz oder Unterwanderung in der Anti-AKW-Bewegung und insbesondere in den Zeitungen der Bewegung öffentlich zu machen und zu bekämpfen. Wir sind aber ebenso strikt dagegen, mit hergeholten Gerüchten Politik zu machen und politische Strömungen oder Organisationen in der Bewegung zu denunzieren oder gar einzelne Personen zu Feindbildern hochzustilisieren. Das widerspricht unserer politischen Kultur und zerstört die Möglichkeit zu solidarischen Diskussionen und Weiterentwicklungen in der Anti-AKW-Bewegung. Wir schaufeln unser eigenes politisches Grab, wenn es statt gegen die Atommafia gegen den vermeintlichen inneren Hauptfeind geht, den KB, die Grünen, die Autonomen oder andere!

atom-Redaktion Göttingen

Frauen AG der Atommüllkonferenz vom 21./22. Februar in Bielefeld

Liebe Frauens!

Auf der letzten Atommüllkonferenz in Bielefeld gab es eine Frauen AG. Im folgenden möchten wir euch die wesentlichsten Ergebnisse mitteilen:

In der Vorbereitung zur Frauen AG hatten wir Bielefelderinnen uns überlegt, daß wir uns nicht nur auf eine Arbeitsgruppe beschränken wollten, sondern wir wollten ein Frauenplenum vor dem anderen Abschlußplenum haben. Zum einen, weil wir uns die Möglichkeit, an anderen Arbeitsgruppen teilzunehmen, offen halten wollten, und um uns gleichzeitig nur mit Frauen über die Gruppenergebnisse austauschen zu können. Zum anderen wollten wir die Ergebnisse der Frauen AG allen Frauen zur Diskussion stellen. Außerdem sind die Frauenthemen so allübergreifend, daß sie sich inhaltlich nicht auf eine Frage reduzieren lassen, zumal wir auch zu den anderen Tagesordnungspunkten in gemischten Konferenzen frauenspezifische Standpunkte entwickeln können. Damit hatte die Frauen AG wieder doppelt und dreifache Arbeit zu leisten!! Als wir jedoch den Vorschlag der Frauen AG vorstellten, stellte sich heraus, daß für die vielen anstehenden Fragen auch ein Frauenplenum nicht ausreichen würde. Im übrigen fanden wir es wichtig, für die Entwicklung eigener Ideen und Standpunkte auch eigene Strukturen zu schaffen.

In der Frauen AG waren wir ca. 25 Frauen, die fast alle ähnliche Schwierigkeiten in gemischten Gruppen haben bzw. hatten, und sich als Konsequenz eigene Zusammenhänge geschaffen haben. Es ist für uns nahezu unmöglich, in gemischten Gruppen herauszufinden, was frauenspezifische Inhalte sind und wie sie als Arbeitsinhalte zu formulieren und in die Gruppe einzubringen sind. Die Arbeit in den einerseits an männlichem und weiblichem Rede- und Zuhörverhalten liegt, andererseits daran, daß Informationen fast ausschließlich über Männer laufen. Derweil sind wir mit reproduzierenden sozialarbeiterischen Tätigkeiten beschäftigt, und zwar um das Ganze auch noch am Laufen zu halten. Überregionale Konferenzen, Medien, Pressesprecher und Infobüros sind überwiegend von Männern besetzt. Wenn wir uns innerhalb unserer Gruppen wohl fühlen wollen, kann sich unsere politische Arbeit nicht nur auf den Widerstand gegen AKW's beschränken, sondern wir müssen uns dort ständig gegen patriarchale Machtstrukturen zur Wehr setzen. Es muß Schluß damit gemacht werden, daß das, was Männer gedacht haben und denken, als Geschichte und (gegen-)öffentliche Meinung verkauft wird.

Deshalb haben wir uns überlegt, eine eigene Frauenbundeskonferenz durchzuführen. Damit wir mit möglichst vielen Frauen über die Notwendigkeit und die Form einer solchen Konferenz reden können, laden wir hiermit zu einem Vorbereitungstreffen in Bielefeld ein.

Vorschläge für das Vorbereitungstreffen, sowie Vorschläge für Themen für eine eventuelle Frauenkonferenz könnt ihr an folgende Adresse schicken:

Frauen-Gruppe Medea, Graf Libri (Gebrauchtbuchladen), Friedrichstr. 31, 4800 Bielefeld 1, Tel. 17-20 Uhr 0521/122720

Also: Vorbereitungstreffen am 9./10. Mai im Frauenkulturzentrum in Bielefeld, Beginn ca. 12 Uhr.

Anmeldung und Themenvorschläge möglichst bis zum 25.4. bei o.g. Adresse. Ihr erhaltet dann Infos über Schlafplätze, Kinderbetreuung, genaue Adresse und bei genügend Eingängen eine Materialsammlung. Da wir Raum-, Kopier- und Portokosten haben, werden wir einen Teilnahmebeitrag, der 10,- DM nicht übersteigen wird, erheben. Da wir bis jetzt noch viel zu wenig Adressen hatten, bitten wir euch dieses Vorbereitungstreffen in eurer Region möglichst bekannt zu machen.

Bis denn, die Bielefelderinnen

Spendenkonto Medea, B. Fleck
43615046 Spk. Bielefeld
Bankleitzahl 48050161

Zwischenschritte - Die Anti-Atomkraftbewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf

Zeit-Geschichte aufzuarbeiten ist ein schwieriges Unterfangen, es fehlt die Distanz zum (noch) Naheliegenden, die alltäglichen Ereignisse und Geschichten verstellen den Blick für die "große Linie". Am Beispiel des Widerstands gegen das "Nukleare Entsorgungszentrum" (NEZ), präziser formuliert das "Integrierte Entsorgungskonzept", stellt sich Wolfgang Ehmke diesem Unterfangen. Die Geschichte wird in Form von kleinen Geschichten nacherzählt, Leserbriefe, Kurzprosa machen das Buch zu einer wirklich spannenden Geschichts-Schreibung, von der Hartnäckigkeit des Protests, der Zähflebigkeit und dem Witz der Leute im Wendland wird einiges deutlich. Den zweiten Strang dieses Buches machen die zahlreichen Interviews aus, die der Autor mit den Bilern, Bauern, Pastoren, Autonomen, Künstlern, Parlamentariern und und geführt hat: das gesamte Spektrum des Protests kommt in der Darstellung und Bewertung der Ereignisse der letzten 10 Jahre selbst zu Wort.

Wer seine Kenntnisse in den Sachfragen etwas auffrischen will, findet darüberhinaus die entsprechenden Sachkapitel und Kurzbeschreibungen der atomaren Anlagen, die in Gorleben und Wackersdorf in Betrieb, Bau und Planung sind.

Wolfgang Ehmke (Hrsg.): Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf. Mit Beiträgen von Heinz Brandt, Helmut Hirsch, Robert Jungk, Lutz Mez u.a.
Kölner Volksblatt Verlag. 232 S., 22 DM, ISBN 3-923243-26-x
Vertrieb: Prolit-Buchvertrieb, Postfach 111008, 6300 Gießen 11

atom–Diskussion: Leserbriefe

Liebe Freundinnen,
Euer achtseitiges Faltblatt anläßlich der BUKO-Nachbereitung ist bei uns auf einigen Mißmut gestoßen. Wir wenden uns an Euch, weil wir - nach wie vor - die ATOM für die wichtigste Zeitung der Anti-AKW-Bewegung halten.
Ihr habt zu denjenigen gehört, die eine neue BUKO in Bayern abgelehnt haben, die Gründe dafür habt Ihr in Eurer letzten Nummer dargelegt. Dagegen ist natürlich nichts zu sagen, schwierig wird es nur, wenn Ihr hinterher auf den Zug aufspringt und es als "goldrichtig" bezeichnet, eine neue BUKO schnellstens zu organisieren und in Bayern stattfinden zu lassen. Dabei kam kein einziges selbstkritisches Wort von Euch und uninformierte Leserinnen werden davon ausgehen, daß Ihr schon immer dafür gewesen seid; der Sieg hat halt viele Mütter...
Den Klammersatz über die Relevanz bzw. Irrelevanz von Barrikaden im Komm hättet Ihr Euch absolut sparen können, Ihr unterstellt den Barrikadebäuerinnen eine absolute Blauäugigkeit und Naivität, indem Ihr suggeriert, daß sie glauben, so den Angriff von BGS und SEK-Horden unmöglich zu machen. Daran hat mit Sicherheit keine gedacht, sondern eher an den minimalen Schutz, den solche Barrikaden gewähren, nämlich daß kein gleichzeitiger Sturmangriff durch eine Vielzahl von Eingängen von einer Sekunde auf die andere möglich ist, was mit Sicherheit eine Riesenpanik zur Folge hätte. Diese Barrikaden hätten uns im Falle eines Angriffs Zeit gebracht, in der sich jede auf das, was dann gekommen wäre, hätte vorbereiten können. Zum einen wäre so ein Überraschungsangriff unmöglich gewesen, zum anderen wäre der politische Preis noch weiter nach oben getrieben worden, denn es ist ein gewaltiger Unterschied, ob die Bullen ohne Schwierigkeiten durch geöffnete Türen einreiten können, oder ob Spezialtrupps vor laufenden TV-Kameras die Eingänge mit Äxten oder ähnlichem Gerät freikloppen müssen. Auch war die Errichtung der Barrikaden nicht das Produkt einer Minderheit von durchgeknallten Wirrköpfen, wie es überall in der Presse dargestellt wird (TAZ, AK + ATOM eingeschlossen), sondern ein klarer Plenumsbeschluß, von dem Ihr Euch distanziert, indem Ihr von "unseren" Barrikaden sprecht.
In Eurer ganzen achtseitigen Auswertung geht Ihr mit keinem Wort auf die politischen Differenzen ein, die unter uns geherrscht haben. In der Öffentlichkeit war in den Tagen vor Nürnberg der Eindruck entstanden, daß die vier verantwortlichen Veranstalter (= Anmelder) (zwei Menschen von den Grünen/Friedensliste, jemand von Radiaktiv/KB und jemand aus Anti-WAA-BI Nürnberg) mit den Bullen rumkungeln und Inhalte aufgeben, um die BUKO genehmigt zu kriegen, egal zu welchen Bedingungen - auch notfalls Inhalte und Leute auszugrenzen, so hieß es, der Reader wäre als Grundlage der BUKO zurückgezogen worden und die Veranstalter würden dafür sorgen, daß keinerlei Äußerungen mit angeblich strafbarem Inhalt abgegeben würden. Damit wären nicht nur die Frankfurter Beschlüsse kurz vor Weihnachten putschmäßig außer Kraft gesetzt worden (ein Mandat zum Verhandeln hatten die vier nämlich nicht), auch die Absicht, eine BUKO in Bayern durchzusetzen, wie wir sie wollen, wäre konterkariert worden und ins Leere gelaufen. Die Resolution des Eröffnungsplenums hat diesen -wie auch immer vor sich gegangenen - Kungeleien, zu denen die Veranstalter nie Stellung genommen haben, eine eindeutige Absage erteilt. Diese Resolution wird von Euch in der ersten Auflage noch lobend erwähnt ("hätte nicht besser formuliert werden können"), in der zweiten Auflage eures Faltblattes ist sie nur noch einen überaus nüchternen Fünfzeiler wert.
Dies ist nicht das einzige Beispiel, wo Ihr politische Differenzen verschweigt und Unterschiede bzw. Widersprüche zukleistert.
Die AG WAA hat das abgedruckte Papier nicht einstimmig verabschiedet, trotzdem wird es in der ganzen BRD mit dem irreführenden Zusatz "einstimmig verabschiedet" herumgescnickt. Dies geschieht wider besseres Wissen. Matthias Küntzel, der vermutliche Verfasser dieses Papiers und des Großdemo-Konzepts, wahlweise ATOM-Redakteur, KB-Mitglied oder wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Grünen, weiß genau, daß sein Papier nicht einstimmig angenommen wurde, trotzdem will er sein Konzept mit solch politisch unsaubren Mitteln durchsetzen.
Er heckt seine Konzepte aus dem hohlen Bauch am Schreibtisch aus und setzt sie dann in einer Weise durch, die eindeutig Machtpolitik ist und andere Leute nur als Manövriermasse und Stimmvieh kennt und instrumentalisiert.
Dieses Verhalten kennen wir von etablierten Politikern zur Genüge, es hat in unseren Reihen nichts zu suchen. Wir wollen die solidarische Diskussion, in die sich jede einbringen kann, in der sich kollektiv etwas entwickelt und an deren Ende was steht, was alle als ihre Sache begreifen, aber wir wollen keine Leute überfahren und benutzen. Allerdings grenzen wir uns von den Leuten wie Matthias Küntzel eindeutig ab, die ein Politik-Verständnis an den Tag legen, was nicht unser sein kann, was wir ablehnen und bekämpfen!

Autonome AKW-Gegnerinnen Westberlin

Liebe Leute,
in der letzten ATOM regt Ihr Stellungnahmen an zur Diskussion um die Rolle der ATOM in der Anti-AKW-Bewegung. Ich hab dazu was geschrieben, in der Hoffnung, daß Ihr Euch Gedanken drüber macht.
Die selbstkritische Seite und die abgedruckte Stellungnahme des Anti-WAA-Plenums in der letzten ATOM hatten meinen Unmut über die Rolle der ATOM, vor allem das vehemente Anschieben einer Diskussion und Beschlußfassung über eine Großaktion im Herbst im Raum Schwandorf, ein wenig gedämpft. Aber dann las ich die Kurzberichte der letzten ATOMMÜLLKONFERENZ und war doch entsetzt. Wie Ihr die Diskussion in der AG Stillegungskampagne/Standorte wiedergegeben habt, läßt ja fast auf ein Miesmachen dieser Diskussion schließen. Vergleicht einmal die 3 Seiten, die Ihr wohl- und ausformuliert zur Herbstaktion in der Oberpfalz gebracht habt, mit dem schnoddrigen Verriß einer tatsächlich schwierigen, sprunghaften Diskussion der Standort-BIs über weitere Aktionen. Einseitiger geht's nimmer.
Warum waren so viele Leute in der AG Stillegung, werter Berichterstatter? Weil einige Leute (u.a. ich) im Vorfeld der ATK einige Abende damit verbracht haben, Standortinis im gesamten Bundesgebiet anzurufen, damit sie möglichst zahlreich vertreten sind. Warum verläuft eine Diskussion dieser Inis so sprunghaft? Weil alle Angst haben, ihr besonderes Anliegen kommt bei der Fülle der Informationen zu kurz. Warum gab es am Ende kein fertiges Konzept, keine druckreife Beschlußvorlage? Weil wir nicht in der Redaktion der ATOM sitzen und diese schon mit in die AG bringen. Ein Glück übrigens, so dauert es zwar länger, aber keiner wird bevormundet. Warum haben wir dennoch eine Chance? Weil längerfristig sich bei vielen Aktivisten die Auffassung durchsetzen wird, daß die Forderung "Ran an die laufenden Atomanlagen" alte und neue Bewegte zusammenbringt in dem Ziel, einen Ausstieg aus der Atompolitik in der BRD zu erkämpfen.

Wolfgang Ehmke

Liebe Leute,
warum zum Teufel habt Ihr zur AG Stillegungskampagne der Bielefelder Konferenz nicht den Ergebnisbericht abgedruckt oder wenigstens zusammengefaßt, sondern statt dessen ein so oberflächliches wie überhebliches Stimmungsbild eines Georg gebracht. Das nährt doch den Verdacht, daß Ihr Euch nicht mehr so sehr als Organ der Bewegung versteht, das kollektiv erarbeitete Ergebnisse verbreitet, sondern Eure eigene Machtpolitik betreibt.
Gewiß war die Diskussion schwierig - kein Wunder bei der Fülle von Fragen:
- ist überhaupt die Orientierung richtig "nach Tschernobyl - ran an die laufenden Anlagen"?
- wie umgehen mit den gegen die Stillegung aufgehäuften Bergen von Argumenten juristischer, ökonomischer, ökologischer (SO!) Art?
- ist es richtig, sich überregional auf "schwächste Kettenglieder" zu konzentrieren, stellt das nicht den anderen Persilscheine aus?
- was sind solche schwachen Kettenglieder, an denen zuerst ein Durchbruch möglich scheint?
Umso wichtiger ist als positives Ergebnis zu benennen, daß die Aktionen am 1. Tschernobyl-Jahrestag überall bewußt als Auftakt zu langanhaltenden Kampagnen mit dem Ziel der Stillegung organisiert werden sollen, mit Schwerpunktaktionen zum jährlichen Brennelementewechsel, wie derzeit zu Stade.
Ihr dagegen unterschlagt sogar den zusätzlichen Plenumsbeschluß: "Die AMK fordert alle AKW-Gegner/innen auf, am Tschernobyltag alle Masten zu besuchen. Wir verstehen das als Solidaritätsaktion mit allen Formen des Widerstands".
Bedenkt mensch, daß Ihr schon den Punkt Stillegungskampagnen beim Bericht über die Nürnberger Konferenz unterschlagen habt (was ich durch eine Anzeige in der TAZ korrigieren mußte), und daß Ihr - anders als etwa "Wechselwirkung" und "Kommune" - keinen Artikel zum Tschernobyl-Jahrestag brachtet, dann fällt es schwer, hier keine Systematik zu sehen, daß nämlich Ihr (oder Eure KB-Fraktion?) die Orientierung "Ran an die laufenden Anlagen" zugunsten der ja zweifellos wichtigen Wackersdorf-Großaktion hintertreiben oder doch in ihrem Stellenwert herabspielen wollt.
Nun kann ja sein, daß Ihr die Schwerpunktverlagerung auf Stillegung laufender Anlagen für falsch haltet, ähnlich wie ich es von Teilen der Hamburger GAL höre, aber dann stellt das offen zur Diskussion und hört endlich auf, Eure Monopolstellung auszunutzen!
Mit trotzdem noch lieben Grüßen,
Jens

Nach Unfällen im Schacht

Das »Aus« für Gorleben?

Am Morgen des 12. Mai sprengte starker Druck des umliegenden Gesteins den Stahlring Nummer 20 bei Tiefenmeter 234 im Schacht 1 des Gorlebener Bergwerks. 34 der je 30 Zentimeter starken Stahlringe waren eingezogen worden, weil der Außendruck zunahm, obwohl die Ingenieure mit Hilfe von tiefreichenden Kühlrohren das umgebende Gestein auf minus 26 Grad Celsius eingefroren hatten. Bei dem Unfall löste sich der anderthalb Tonnen schwere Stahlring aus dem Verbund und stürzte auf die an der Schachtwand arbeitenden Bergleute. Zwei Bergleute wurden schwer verletzt, ein dritter starb. Die Schachtsohle – Durchmesser: 11 Meter – wurde später 14 Meter hoch mit Beton aufgefüllt.

Am 12. Mai 1987 hat sich im Schacht I des im Bau befindlichen Endlagers für radioaktiven Müll bei Gorleben ein schwerer Unfall ereignet. Sechs Arbeiter, so hieß es, seien durch einen herabfallenden Stahlring verletzt worden, drei davon schwer. Was sich zunächst wie ein alltäglicher Unfall auf einer Großbaustelle anhörte, entwikkelt sich immer mehr und mehr zum möglichen „Aus" für das Endlager Gorleben. Anläßlich eines Ortstermins des Unterausschusses Grubensicherheit des nieders. Landtages und ausführlicher Gespräche mit den Betreibern wurde schnell klar: Die eigentliche Unfallursache war nicht Pfusch am Bau , sondern kaum beherrschbare geologische Verhältnisse des Salzstocks.

Der Schacht befindet sich derzeit in einer Teufe von minus 239 m unter der Geländeroberkante unmittelbar über dem Gipshut im Deckgebirge des Salzstockes. Dieses Deckgebirge konnte nur durchteuft werden, weil vorher eine Säule von ca. 30 Metern Durchmesser bis in das Salz hinein auf minus 25 Grad Celsius tiefgefroren wurde. Durch diese Gefriermethode sollte das Endlager standfest gemacht und das Eindringen von Grundwasser in den Schacht verhindert werden.

Anfang April wurde durch Messungen festgestellt, daß der Schacht in einer Teufe von ca. 230 Metern, trotz eines 60 cm dicken Betonsteinausbaues durch unerwartet hohen Druck des Gebirges zusammengedrückt wurde. Es bestand akuter Notstand. Zwei Dinge mußten von den Schachtbauern im Dienste der Atomindustrie verhindert werden:

1. Der Einsturz des Schachtes in diesem Bereich – eine tödliche Gefahr für die Arbeiter.
2. Das Abreißen der Rohre durch die die Gefrierflüssigkeit gepumpt wird – eine tödliche Gefahr für den ganzen Schacht. Dann nämlich wäre der Frostkörper aufgetaut und der ganze Schacht voll Wasser gelaufen – der größte anzunehmende Unfall für ein atomares Endlager.

Der Einbau von 34 U–Profil–Stahlringen sollte beides verhindern. Doch der Gebirgsdruck erwies sich größer als vorher abgeschätzt – ein Ring hielt kaum vier Wochen, bis das anderthalb Tonnen schwere Monstrum am 12. Mai aus der Wand platzte, dabei fünf Arbeiter verletzte und einen tötete.

Der Schacht sieht mittlerweile aus wie eine eingedellte Kartoffel, drei weitere Stahlringe weisen großen Dellen auf. Erst als neuer Schub aus dem Gebirge drohte die Kühlrohre zu zerreissen wurde der Schacht am 17. Mai mit einem 15 Meter hohen Betonpfropfen versehen. Nach offizieller Version wollen die Betreiber eine Denkpause einlegen, neue Messungen vornehmen.

Die Arbeiten am Schacht werden sich *„einige Monate verzögern".*

Ein Fazit ist zu ziehen: Die Kritiker des Salzstocks erhielten auf makabere Weise Recht. Der Kieler Geologe Duphorn, von 1979 – 82 als Gutachter im Auftrag der PTB (Physikalisch–technische Bundesanstalt) tätig, hatte seinerzeit festgestellt, die Ansatzpunkte für die Zugangsschächte seien falsch gewählt worden. In diesem Bereich sei mit *„schwer beherrschbaren, plötzlich auftretenden Gebirgsdrükken zu rechnen."* Die zwei Schächte würden durch eine steil fallende Bruchzone führen, dort befindet sich eine große Wanne voller Grundwasser, das unter hohem Druck stehe. Das Wasser lasse die schrägliegenden Tonsteine aufquellen und leicht in Bewegung geraten. Duphorn: *„Das wirkt wie Schmierseife."* (1) Zudem ist das Wasser in großen Tiefen warm und sehr salzhaltig mit der Folge, daß es schlecht gefriert und dann trotz Kühlung bis zum Schachtrand vordringt. Wegen seines niederschmetternden Urteils über den Salzstock war Duphorn seinerzeit von der PTB fallen gelassen worden.

Eine Ausschußsitzung im nieders. Landtag brachte ans Licht, daß auch die PTB als Bauherr und das Celler Bergamt als Genehmigungsbehörde fungierend nicht wissen, wie stark der Druck des Deckgebirges wirklich ist. Ferner kam hier heraus, daß der Unfall am 12.5. nicht der erste war. Zwei Unfälle am 20.3. und am 31.3., bei denen ebenfalls Arbeiter verletzt wurden, hatten das Desaster angekündigt. Nach der Devise „Augen zu und durch" hat die blindwütige Atomgemeinde den Tod von Bergleuten in Kauf genommen.

Die Betreiber mußten zugeben, daß der unterste Grundwasserhorizont unmittelbar über dem Salzstock von Dezember

86 bis April 87 um 16 Meter abgesackt ist – jetzt steigt er wieder. Dies läßt nur einen Schluß zu: Durch das Gefrieren sind Risse im Salzstock entstanden, durch die das Wasser in den Salzstock eindringt. An einer Stelle am äußeren Rand des Frostkörpers stieg die Temperatur von minus 17 Grand auf minus 7 Grad an, warmes Wasser ist hier vom Salzstock aufgestiegen. Dies beweist, daß der Salzstock im oberen Bereich kein standfestes Gebirge ist, sondern ein nasser Schwamm, d.h. selbst wenn die jetzige Problemzone mit technischen Mitteln überwunden werden könnte, so sind die nächsten, größeren Probleme in den tieferen Schichten des Salzstockes vorprogrammiert.

Die Folgen eines „Aus" für Gorleben wären für die Atomgemeinde fatal. Nach dem Bund–Länder–Beschluß von 1979 ist die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für die bundesdeutschen AKWs an eine von zwei Bedingugen geknüpft:

1. Eine erste Betriebsgenehmigung für die WAA oder
2. Fortschritte bei der Erkundung eines Enlagers.

Die 1. TEG für die WAA Wackersdorf ist nach den jüngsten Prozessen weggefallen, bei einem mit einem Betonpfropfen versiegelten Salzstock kann von „Erkundungsfortschritten" kaum die Rede sein.

Für einige AKWs (Grohnde u.a.) ist das Endlager Gorleben der direkte „Entsorgungsnachweis" – ihr Weiterbetrieb wird mit einem Baustopp in Gorleben unmöglich. Doch wichtiger als diese rechtlichen Finessen – die, da können wir gewiß sein, irgendwie umschifft werden – dürfte jetzt die außerparlamentarische Mobilisierung gegen das Endlager sein. Die BI Lüchow–Dannenberg ruft für den 6. Juni zu einer Demo in Lüchow auf, ein Pfingstcamp und weitere Aktionen sollen folgen.

DER KAMPF GEGEN DAS ENDLAGER IST NOCH LANG, ABER DIE NATUR SCHLÄGT ZURÜCK!

(1) Spiegel Nr. 22/87

Hannes Kempmann/Sabine Roisch

Der Salzstock Gorleben

Standortentscheidung aus politischer Opportunität

Die politische und fachliche Verantwortungslosigkeit, die zu den jüngsten Unfällen führte, war schon Ratgeber bei der Benennung von Gorleben als Standort für das Endlager.

22.2.1977: Der nieders. Ministerpräsident Albrecht gibt die Standortentscheidung für den nuklearen „Entsorgunspark" bekannt — Gorleben — eine Salzstockerkundung für ein atomares Endlager sollte ausschließlich dort erfolgen. Ein Jahr zuvor hatte die Zeitschrift „Atomwirtschaft" noch gemeldet: *„In der jetzt anstehenden Phase ist es notwendig ausführliche Vor-Ort-Untersuchungen zu Geologie, Meteorologie, Hydrologie, Baugrundbeschiffenheit u.a. an einigen denkbaren Standorten durchzuführen, um Daten und Entscheidungskriterien für die endgültige Standortauswahl (...) erarbeiten zu können. Es ist beabsichtigt, diese Standorterkundung zunächst* **an drei möglicherweise geeigneten Standorten** *in Norddeutschland im Laufe der nächsten Jahre so weit abzuschließen, daß ggf. eine Standortvorauswahl getroffen und das atomrechtliche Standortgenehmigungsverfahren eingeleitet werden kann."* (atw, 7/76)

Gorleben war hier ausgeklammert, untersucht werden sollten die Salzstöcke bei Lichtenhorst (Kreis Nienburg), bei Unterlüß (Kreis Celle) und bei Bunde im Emsland, wobei der letztere favorisiert wurde.

Zuständig für die Standortbenennung war eigentlich die PTB, die zuständigen Landesbehörden hätten das vorgeschlagene Endlager dann auf Genehmigungsfähigkeit zu begutachten.

Im November '77 gelang es der damaligen Bundesregierung, den Schwarzen Peter der Standortvorauswahl der Albrecht-Regierung zuzuschanzen — allen Beteiligten war klar, daß die nds. Landesregierung kurz nach der Landtagswahl 1978 eine Entscheidung nach **politischer** Opportunität fällen würde.

Daß der Salzstock Gorleben für die Bundesregierung nicht in Betracht komme hatte sie wiederholt deutlich gemacht.,,*Bundeskanzler Schmidt hatte Albrecht nach Informationen aus Regierungskreisen schon bei dem Gespräch unter vier Augen am 11.Februar mit „aller notwendigen Deutlichkeit" klargemacht, daß der Standort Gorleben für die Bundesregierung nicht akzeptabel ist und als „Scheinangebot" gewertet wird. Begründet wird diese Haltung mit dem Hinweis, daß die Salzstöcke bei Gorleben unter der Elbe drei bis vier Kilometer weit in das Gebiet der DDR hineinreichen (...). Bei der Abweisung des Standortes Gorleben gehe es jedoch in erster Linie „um blanke Sicherheit der Deponie und nicht um Zartgefühle gegenüber dem Honeckerstaat."* (FR. v. 23.2.1977)

Der Spiegel brachte seinerzeit die Version, daß Albrecht mit der Auswahl von Gorleben der

Bundesregierung den Schwarzen Peter der Standortbenennung zurückreichen wollte. Laut Spiegel schnauzte der damalige Bundeskanzler Schmidt nach Albrechts eigensinniger Wahl: *„Sehr durchsichtiger taktischer Schachzug."*
„Die Taktik erläuterten Schmidts Genossen in Hannover: Albrecht gehe es lediglich darum, „den aktuellen Druck abzuschütteln" und die Bundesregierung zu nötigen, „diesen Standort abzulehnen und einen neuen zu benennen." (Spiegel, v. 26.3.79)

Das die Bundesregierung trotz der ihr zufallenden Kompetenz diesen Standort nie zurückgewiesen hat, dürfte der Hintergrund für das Festhalten an Gorleben auch nach den jüngsten Ereignissen in großer Bonner Koalition sein.

Während die nieders. Genossen, Schröder voran, das „Aus" für Gorleben forderten, erklärte Volker Hauff, Austüftler des 10-Jahres-Ausstiegsprogramms der SPD („Von der Empörung zur Reform") und seinerzeit für die Erkundung von Gorleben verantwortlich, da die Probleme beim Schachtbau im Deckgebirge aufgetreten seien, stelle dies den Salzstock nicht grundsätzlich als Endlager in Frage und sprach sich für eine weitere Erkundung aus.

Von Anfang an ungeeignet!

Mit der Einweihung des Salzstocks Gorleben als Lager für hochradioaktiven Atommüll wollten Bundes- und Landesregierung eines Tages Weltpremiere feiern — weltweit gibt es bis heute kein derartiges Endlager.
Holland, das ebenfalls auf Salz gesetzt hatte und nach einem Kriterienkatalog
— nach dem Gorleben nicht einmal in die Vorauswahl gekommen wäre — Salzstöcke untersuchte hat diese Suche bis auf weiteres mangels geeigneter Standorte aufgegeben.

Vorschachtteufen, Schacht Gorleben 1

Die Bundesregierung hat es bis heute abgelehnt Kriterien für ein Endlager zu benennen. Die maßgeblichen RSK-„Kriterien" von 83, die nur daraus bestehen, zu betonen daß ein Endlager „sicher" sein müsse, ohne dies zu spezifizieren, sind genau auf ein Endlager mit allen Macken wie Gorleben zugeschnitten. *„Die Kriterien lassen bewußt einen Ermessensspielraum zu. Ihre Konkretisierung erfolgt im Rahmen des Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahrens nach dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik unter besonderer Berücksichtigung des Einzelfalles."*

In den USA ist bis heute keine Entscheidung über ein Endlagermedium gefallen, untersucht wird nach der Maxime *„das die eventuelle Auswahl eines Deponiestandortes nur auf der Basis einer vergleichenden Analyse der verschiedenen Gesteine erfolgen darf."*

Diese vergleichende Analyse verschiedener Salzstöcke geschweige denn verschiedener Gesteine hat es in der BRD nie gegeben. Bereits 1964 wurde die Endlagerforschung nach einem empfehlenden Hinweis des damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Bodenforschung auf Steinsalz beschränkt. Steinsalz wurde ausgewählt, weil es angeblich undurchlässig für Flüssigkeiten und Gase sei; die Abfälle könnten daher nicht mit Wasser in Berührung kommen. Es habe eine hohe Wärmeleitfähigkeit, so daß die bei der Einlagerung hochaktiver Abfälle freigesetzte Wärme gut abgeführt werden könne — Aussagen die sich in Bezug auf das Steinsalz im allgemeinen und den Salzstock Gorleben im Besonderen als unhaltbar erwiesen haben.

So erwies sich das einstmals aufgestellte „Mehrbarrierenkonzept" (Deckgebirge, Salzstock, Verfüllung, Endlagerbehältnisse als Barrieren gegen die Freisetzung radioaktiver Stoffe für Gorleben als Flop.

— Da Salz ein extrem wasserlösliches Gestein ist, hängt die Eignung eines Salzstocks als Endlager ganz entscheidend von der Existenz eines Deckgebirges ab, das, wie etwa ein geschlossene Tondecke, das Grundwasser vom Salzgestein fernhält. Der Salzstock Gorleben liegt im strömenden Grundwasser.

Das Deckgebirge ist im Bereich der Gorlebener Rinne auf 7,5 km² von bis zu 160 m mächtigen wasserleitenden Kiesen und Sanden von großer Durchlässigkeit überlagert, mindestens drei Bohrungen ergaben, daß der Gipshut stellenweise abgetragen ist. Nach Bewertung des Kieler Geologen Duphorn stellt die Gorlebener Rinne eine *„hydrogeologische Besonderheit"* dar.

Es handelt sich dabei um die einzige größere Tiefenrinne Norddeutschlands, die in voller Länge über der Längsachse eines Salzstocks angelegt wurde. Dies war für ihn der Hauptgrund, vor einem Endlager Gorleben zu warnen. Nach der PSE-Studie der Bundesregierung sollen die *„tonigen Schichten des Tertiär die Grundwasserbewegung nach unten stark hemmen."* Dazu bemerkte Duphorn: *„Wo aber, wie über der Nordhälfte des Salzstocks, das Tertiär gar nicht mehr vorhanden ist, kann es auch nicht hemmen."*

Durch den Ausfall des Deckgebirges als Barriere sind großflächige Wassereinbrüche in den Salzstock bereits heute vorauszusehen.

— Im Sicherheitsbericht der DWK von 1977 findet sich noch der kühne Satz: *„Salzstöcke sind von Natur aus gegen eindringendes Wasser abgedichtet."*

In den 100 Jahren deutschen Kalibergbaus sind ca. 100 Salzstöcke „abgesoffen", im norddeutschen Flachland wurden 37 % der Salzstöcke durch den für ein Endlager größten anzunehmenden Unfall (GAU) „Grundwassereinbruch" zerstört. Bei den Bohrungen 1002-1005 in Gorleben traten völlig unerwartet Lösungszuflüsse auf, die bewiesen, daß der Salzstock Wegsamkeiten für Wasser aufweist. Klar ist mittlerweile, daß eine jährliche Salzablaugung mit einer Geschwindigkeit zwischen 0,1 und 1,2 mm pro Jahr stattfindet. Mit anderen Worten: Jährlich werden am Salzstock 3.000 -12.000 m³ Gestein abgelaugt. Eine Ablaugungsrate von nur 1,5 mm/a würde ergeben, daß 500 m Salzstockmächtigkeit bereits nach 335.000 Jahren restlos abbelaugt wären und das Endlager im Tiefen-Grundwasserstrom frei liegt. Der langlebige Teil der eingelagerten Radionuklide könnte restlos freigesetzt werden.

Bei der Erkundung eines Bergwerkes entsteht ein Dilemma. Durch Bohrungen, Schächte und Strecken läßt sich die Durchquerung wasserführender Schichten, die damit auf verschiedenen Horizonten untereinander verbunden werden, nicht vermeiden. D.h. je genauer die innere Struktur erkundet wird, desto genauer weiß man, wo die Gefahrenzonen liegen, aber der Salzstock ist dabei in einem hohen Maße beschädigt worden. Dies ist vermutlich heute schon in Gorleben der Fall und dürfte sich i Salzstockinneren zum Riesenproblem eines Weiterbau's auswachsen.

— US-amerikanische und niederländische Untersuchungen der Wirkung radioaktiver Strahlung auf das die Abfälle umgebende Steinsalz stellen darüberhinaus Salz als Endlagermedium grundsätzlich in Frage. Die Ergebnisse der Studien ergaben, daß das Steinsalz (Natriumchlorid) durch die radioaktive Strahlung in Natrium und Chlor gespalten wird. Das Natrium scheidet sich dabei als im Salz verteiltes Metall aus, während das Chlor teilweise gasförmig abgegeben wird. Am stärksten ist dieser Effekt bei Temperaturen zwischen 150 und 175 Grad C, während er unter 100 Grad oder über 300 Grad nahezu verschwindet. Damit ist die radiolytische Zerstörung des Steinsalzes ausgerechnet bei den Temperaturen am wirkungsvollsten, die sich in den ersten 200 Jahren im Endlager einstellen werden. Die noch während der ersten 50 Jahre Betriebszeit im Endlager rund um den Abfall entstehenden Mengen von Natrium und Chlor ergeben eine brisante Mischung. Kommt das Natrium mit Wasser zusammen, so reagiert es äußerst heftig unter Bildung von Natriumhydroxid und Wasserstoff. Die Reaktion kann explosionsartig verlaufen. Aus dem Natriumhydroxid entsteht in Verbindung mit zusätzlichem Wasser agressive Natronlauge, die zusammen mit Chlor die Edelstahlbehälter für die hochradioaktiven Abfälle angreifen würde.

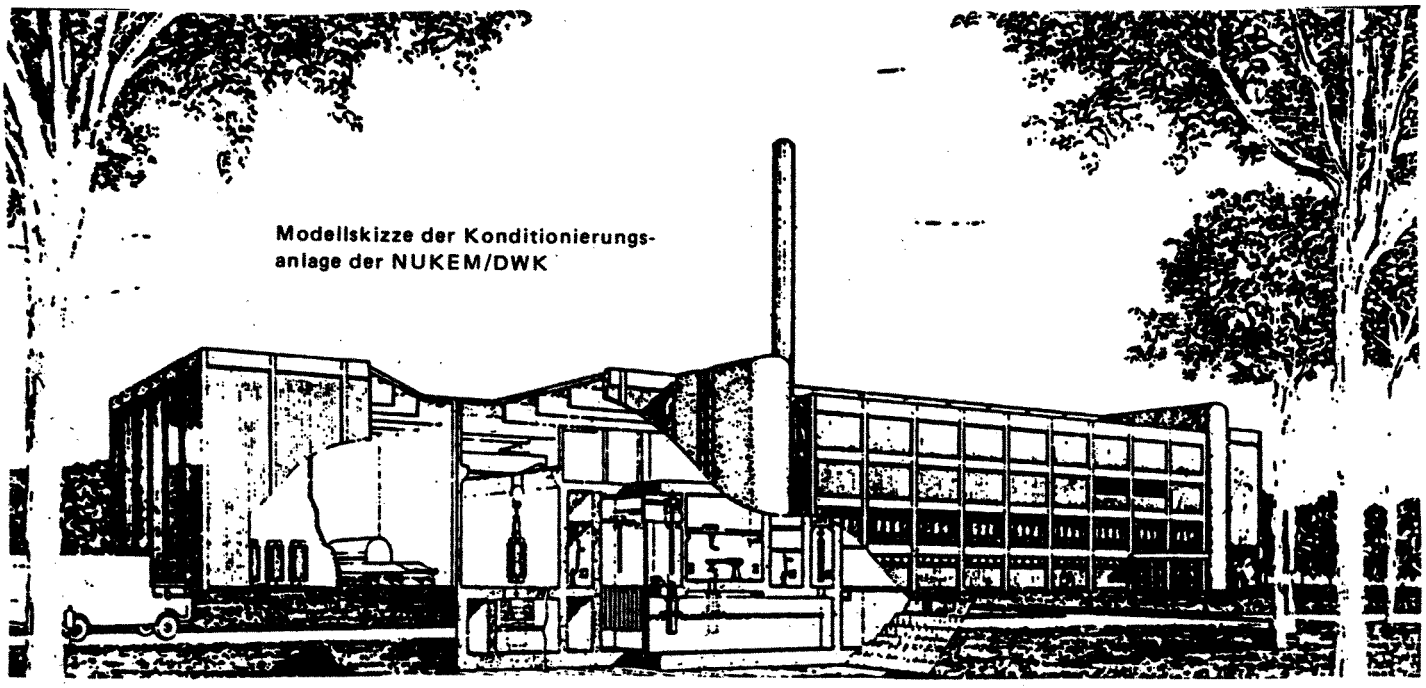
Für WAA zu giftig

Brüter-, HTR- und MOX-Brennelemente nach Gorleben

Von der DWK bzw. ihrer Tochter BLG (Brennelement-Lager-Gorleben) wurde eine „Kurzbeschreibung" der für Gorleben beantragten „Pilot-Konditionierungsanlage" vorgelegt, die vieles offen läßt

— so eine genaue Spezifizierung der anzuwendenden Verfahren und insbesondere die künftige Strahlenbelastung durch die Anlage — die aber deutlich macht, daß Bundes- und Landesregierung sowie die Betreiber sich weltweit mit einer Experimentieranlage für hochradioaktiven Atommüll profilieren wollen — auf Kosten der Menschen in Lüchow-Dannenberg und Umgebung.

Vorgeführt werden soll in Gorleben nicht die seinerzeit als „Referenzkonzept" im Rahmen der Projektstudien Sichere Entsorgung (PSE) auf dem Papier „realisierte" Konditionierung



Modellskizze der Konditionierungsanlage der NUKEM/DWK

unzerlegter Leichtwasser-Brennelemente (LWR-BE) für die Direkte Endlagerung als **Alternative zur WAA.** (Näheres dazu siehe atom März/April 85, atom Nr.7 1/86). In der beantragten Anlage sollen **ergänzend zur WAA** alle Brennelemente verpackt werden, die *„aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen einer Wiederaufarbeitung nicht zugeführt werden können."* (DWK in d. EJZ v. 22.2.86). D.h. im einzelnen die Konditionierung von

— Brennelementen des THTR Hamm. Die Thorium-Graphit-Kugeln werden aus den Kannen, in denen sie angeliefert werden, pneumatisch in spezielle Pollux-Endlagerbehälter umgefüllt.

— Brennelemente des Schnellen Brüters Kalkar

— Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren, die wegen der hohen Giftigkeit ihre Spaltproduktzusammensetzung in der WAA Wackersdorf nicht verarbeitet werden können.

— Brennelemente mit stark erhöhtem Abbrand

— Mischoxid-Brennelemente (Uran-Plutonium-BE) der ersten Generation

— Brennelemente mit wiederaufgearbeitetem Uran

Die LWR-BE werden entweder durch Abtrennen des Kopfes und reihenweises Herausziehen der Brennstäbe aus ihren Abstandsbehältern **zerlegt** oder, um eine größere Packungsdichte im Endlagerbehälter „Pollux" zu erreichen, in 1 Meter lange Abschnitte **zerschnitten.** Getestet werden sollen auch andere, nicht näher ausgeführte *„Gebindearten und Verpackungsysteme"*.

Doch dies ist noch nicht alles. Die beantragte Anlage soll eine „Mehrzweckkonditionierungsanlage" werden, in der auch

— die hochradioaktiven Lösungen aus Wiederaufarbeitung zementiert werden sollen. Sie werden auf dem Anlagengelände in naturzuggekühlten Flüssigkeitstanks ihrer Verarbeitung harren. In diesen vor sich hinrostenden Tanks lagern die hochgefährlichen Lösungen auch in der WAA Karlsruhe und den übrigen WAA's der Welt und warten auf die weltweit unerprobte Verpackungslösung.

— die aus La Hague und Windscale zurückkehrenden hochradioaktiven Abfälle, zum größten Teil Glaskokillen, die in Gorleben „umkonditioniert" werden sollen, um sie bundesdeutschen Zwischen- und Endlagergebinden anzupassen.

— sonstige radioaktive Abfälle aus AKW's und WAA in eine „endlagergerechte" Form gebracht werden sollen. Dies bedeutet ihre Einzementierung in Fässer, die wiederum zu mehreren in Container, wie sie heute schon für Schacht-Konrad eingeplant sind, einzementiert werden.

— die Reparatur defekter Transport-, Lager- und Endlagerbehälter (Castor, TN 1.300, Pollux u.a.) vorgenommen werden kann. Die Einrichtung einer „Heißen Zelle" für derartige Reparaturarbeiten ist ein besonders kluger Schachzug der Betreiber. Bisher müßten defekt oder undicht gewordenen Castor-Behälter aus dem

Zwischenlager Gorleben in das Ursprungs-AKW rückgeliefert werden. Dies ist zum einen ein riskanter Transport, zum anderen können AKW's, die eine derartige Reparaturmöglichkeit nicht haben, keine abgebrannten Brennelemente in Gorleben unterbringen.

Konditionierung — bislang nur auf dem Papier erprobt

Die vorgesehenen Konditionierungsverfahren, insbesondere die Verpackung der Brennelemente für die Endlagerung, ist bis heute nur auf dem Papier durchgespielt, laut DWK *„technisches Neuland"*. Eine ähnliche Anlage ist z.Z. nur im US-Staat Tennessee **im Bau**, ansonsten in der Praxis durchgeführt ist lediglich die Zementierung einfacher radioaktiver Abfälle.

Völlig ungesichert ist beispw. die Langzeitsicherheit von Glaskokillen. Australische Untersuchungen zeigen, daß in großtechnischen Verfahren hergestelltes Borsilikatglas starke innere Spannungen und zahlreiche Risse und Sprünge aufweist, die durch die Strahlung des in Glas eingeschlossenen radioaktiven Abfalls verstärkt wird.

Mit Bedacht schweigt sich die DWK zum Konditionierungsverfahren für die Brüter-BE aus — hierfür dürfte nicht einmal ein Papierkonzept vorliegen. Die Plutonium-Brennelemente werden in den Atomwaffenstaaten sämtlich wiederaufgearbeitet, d.h. Verpackungsverfahren für nicht wiederaufgearbeitete Brüter-BE liegen weltweit nicht vor.

Zementierungsanlage (WAK)

Die BRD strebt an, den atomwaffenfähiges Plutonium enthaltenden Core (Kern) der Brüter-BE in der WAA Wackersdorf oder Core und Mantel im Ausland (Dounreay) aufzuarbeiten. In diesem Fall würden in Gorleben kleinere Mengen für Experimentierzwecke konditioniert.

Krypton 85 für den Landkreis

Obwohl in Gorleben (zunächst?) nur eine mechanische Zerkleinung der BE vorgesehen ist, d.h. nicht ihre chemische Auflösung z.B. für die Verglasung, so werden trotzdem in erheblichem Maße radioaktive Stoffe und Gase frei. Dies geschieht vor allem durch das Zerkleinern der Brennstäbe, aber auch die „natürliche" Leckrate der Brennstäbe, die z.B. bei den THTR-Kugeln-BE erheblich ist, trägt zur Gasfreisetzung bei. Beim Transport und dem Entleeren der Transportbehälter können die Hüllen weiterer Brennstäbe reißen.

Die freigesetzten Spaltprodukte werden aus der „Heißen Zelle", in der die Behälter entleert werden, über einen 60 m hohen Schornstein abgeleitet. Abgefiltert werden lediglich die Feststoffe, die Edelgase wie Krypton 85 werden über Lüchow-Dannenberg und Umgebung verteilt.

Was ist "konditionieren"?

Konditionieren ist das Verpacken ausgedienter Brennelemente und radioaktiver Abfälle in Behälter, die für die Endlagerung oder (laut DWK) für eine längerfristige Zwischenlagerung geeignet sind. Ursprünglich war die Konditionierung abgebrannter Brennelemente als Alternative zur Wiederaufarbeitung vorgesehen.

Ein Bericht des Hamburger Senats rechnet für eine Anlage mit 700 t/a, in der nach dem Referenzkonzept **unzerschnittene BE** verpackt, werden, allein für Krypton 85 mit einer Belastung von 2.500 Curie pro Jahr, hinzu kommen andere radioaktive Edelgase und kontaminierte Abwässer, die in den „Vorfluter" Elbe abgeleitet werden sollen.

Die Pilot-Konditionierungsanlage soll auf einen Durchsatz von 35 t Schwermetall pro Jahr ausgelegt werden. Da erste Zielsetzung nicht die Konditionierung großer Mengen Abfall ist, sondern die *„Erprobung neuer Verfahren"* wird laut DWK-Angaben in der Regel nicht mehr als 15 t/a durchgesetzt werden — wobei die Emissionsgrenzen für 35 t offenbar trotzdem voll ausgeschöpft werden sollen.

Die Anlage soll nach DWK-Angaben 200 Mio. DM kosten und für 35 Menschen einen strahlenträchtigen Arbeitsplatz bieten.

Bis zum Jahr 2.000 rechnet die DWK mit 1.550 t abgebrannter BE, die absehbar weder im Ausland noch in der WAA Wackersdorf bearbeitet werden können, daher soll langfristig eine Konditionierungsanlage mit 350 bis 700 t Durchsatz pro Jahr erstellt werden. Sollten sich nicht die Endlager-Pläne gänzlich zerschlagen, dürfte auch für dieses Projekt Gorleben als Standort in Frage kommen — die DWK besitzt hier noch 400 ha Grundeigentum — Platz genug für ein „integriertes Entsorgungszentrum".

Aufgeschnittener Behälter mit erstarrter Glasschmelze

Mit Zustimmung des Kreistages

Im April 86 fragte der nds. Ministerpräsident Albrecht mit seinem mittlerweile obligaten Brief beim Kreistag Lüchow-Dannenberg an, wie's denn mit einer Konditionierungsanlage für Gorleben wäre. Das Ergebnis war vorraussehbar — eine knappe Mehrheit der Abgeordneten, gestellt von CDU und FDP, stimmte bei der Kreistagssitzung vom 24.3.87 dem Bau zu. Die SPD hatte sich erst unmittelbar vor der Abstimmung zu einem „nein" durchgerungen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Schröder, hatte vor der Landtagswahl sein o.k. zu einer Konditionierungsanlage *„in der Nähe des Endlagers"* gegeben. Auch die SPD-Kreistagsfraktion hielt eine Konditionierungsanlage *„wegen des Ausstiegs aus der Kernenergie"* für *„zwingend geboten"*, aber *„eine Konditionierungsanlage dürfe nur der Entsorgung der z.Zt. laufenden Kernkraftwerke dienen"*. Das letztendliche Nein der SPD macht sich daran fest, daß in der vorgesehenen Pilot-Anlage auch die BE des Schnellen Brüters und die Abfälle aus der von ihr abgelehnten WAA verpackt

werden sollen.

Die sonst übliche Anfrage bei der Gemeinde hatte Albrecht diesmal unterlassen, damit hatte er bei der Abstimmung zur WAA Dragahn schlechte Erfahrungen gemacht. Während der Kreistag die WAA knapp befürwortete; hatte die Samtgemeinde sie seinerzeit mit knapper Mehrheit abgelehnt. Ähnliches war für Gorleben zu erwarten — die Gemeinde hatte bereits 1981 beschlossen eine *„Erweiterung der Anlagen auf ihrem Gebiet auszuschließen"*.

Glaskokillen für's Zwischenlager

Mit dem Bau der Konditionierungsanlage wird das Zwischenalger Gorleben, langfristig zum „Entsorgungsnachweis" für anderweitig nicht unterzubringenden Atommüll aller Art avancieren. Es dürfte, nach dem Ausfall des Zwischenlagers Ahaus, den Betreibern des THTR Hamm und des Schnellen Brüters, sollte er in Betrieb gehen, die Atommüllsorgen abnehmen und Aufnahmeort für die aus dem Ausland rückkehrenden Glaskokillen werden. Ursprünglich war von Seiten der Bundesregierung erklärt worden, für den Anfang der 90iger Jahre zurückkehrenden Atommüll würde ein eigenes Zwischenlager gebaut werden.

Ein Schriftsatz des Bayer. Staatsministerium für Umweltfragen im Rechtsstreit um die WAA brachte hier Aufklärung. Darin heißt es: *„Entgegen den Auffassungen der Antragsteller (WAA-Gegner/innen) müssen in den Zwischenlagerbedarf auch die aus den Rücknahmeverpflichtungen aus den Auslandsverträgen bzw. die in der Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe anfallenden verglasten hochradioaktiven Abfälle einbezogen werden, da für diese Abfälle nicht, wie die Antragsteller offenbar meinen, die Errichtung eigener Glaskokillenzwischenlager beabsichtigt ist, sondern die Zwischenlagerung in Ahaus und Gorleben erfolgen muß"*. (EJZ v. 15.3.86)

Das Castor-Zwischenlager Gorleben ist z.Zt. gerichtlich gestoppt und die entsprechenden Anträge der Betreiber auf Einlagerung anderer hochradioaktiver Abfälle als der jetzt genehmigten Castor-Behälter sind noch nicht gestellt, doch die o.a. Entwicklung ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Das Endlager Gorleben, so es denn überhaupt weitergebaut wird, wird mit Fertigstellung der Konditionierungsanlage noch lange nicht verfügbar sein, die Konditionierungsanlage besitzt lediglich ein Pufferlager für 10 t.

Das heißt unter dem Strich nichts anderes, als das sämtlicher hochradioativer Atommüll der in bundesdeutschen AKW's angefallen ist experimentell konditioniert in Experimentierbehältern, in einer einfachen Betonhalle, wie sie das Zwischenlager Gorleben ist, weder gegen Flugzeugabsturz noch gegen anhaltendes Feuer gesichert, ohne jegliche Filteranlage gegen entweichende Radioaktivität, Ewig-Langzeit„zwischengelagert" wird.

10.000 Bequerell im Heu

Es dauerte eine ganze Weile, bis der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg klar wurde, daß sie nicht nur durch die in Gorleben gebauten und geplanten Atomanlagen hart betroffen ist, sondern auch vom Tschernobyl-Regen die höchste Strahlenbelastung von ganz Norddeutschland abbekommen hat. Das die Betreiber von Gorleben nicht gerade hilfsbereit beim Nachweis dieser Belastung waren, liegt offensichtlich an der Höhe der Belastung, die verheimlicht werden sollte. Im Umkreis anderer Atomanlagen wurden vielfach alle Messungen veröffentlicht. Auch die Behörden, angefangen beim Landkreis Lüchow-Dannenberg, über das Gewerbeaufsichtsamt, bis zum Niedersächsischen Landesamt für Immissionsschutz und zur Landwirtschaftskammer, rührten sich immer nur auf großen Druck von Verbrauchern. Amtlicher Probenahmeort war Lüchow, der mit 2 mm Niederschlag extrem hoch belasteten östlichen Gartower Raum, wurden bis zu 3 Monate verschludert, nämlich bis nach der Landtagswahl in Niedersachsen.

Aus der schließlich erkannten und zugegebenen hohen Belastung wurden dennoch keine Konsequenzen gezogen. Wildfleisch mit 2665 Bq/kg Cäsium wurde mit der Begründung für den Verkauf freigegeben, es handele sich ja nicht um Importfleisch! — Alle Beerensorten wurden amtlich untersucht, nur zufällig keine Johannisbeeren, die bekanntlich am höchsten belastet waren und mit 900 Bq/kg zu Buche schlugen. — Jetzt im Winter vertrat der Landkreis die Auffassung, Tschernobyl sei längst vorbei und wer noch messen wolle, müsse dies selber bezahlen. So blieb eine Probenserie von Futtermitteln bis zu hochbelasteten Milchproben bis nach der Bundestagswahl im Januar liegen. Erst im April '87 kam Bewegung in die verkalkten Behörden, als eine Lüchower Schulklasse zu einem Besuch im Kernkraftwerk Krümmel, ein strahlendes Gastgeschenk mitbrachte und sogar gemessen bekam.

Grassilage und Heu aus dem Gartower Raum waren mit 2.500 bis 10.000 Bq/kg gemessen worden. In einer ersten Stellungnahme gehauptete das AKW-Krümmel, nicht sie hätten falsch gemessen, sondern die Proben können nicht echt sein, oder müßten unter einer Dachrinne gewachsen sein! — Von nun an ging es rund, die Landwirtschaftskammer empfahl, das Heu nicht zu verfüttern, das Gewerbeaufsichtsamt kam umgehend, um Proben zu nehmen (hat sie bis heute noch nicht gemessen) und ein Team

Weide und Milch verseucht... unglückliches wendländisches Schaf

vom Labor in Krümmel erschien einen Tag später, um eigene Proben (echte) zu nehmen und auch vor Ort die Arbeitsbelastung des Bauern/Bäuerin zu messen. Sogar die Landwirtschaftskammer und der Landkreis sausten jetzt von Dorf zu Dorf, um diese unvorstellbaren Meßwerte, die dennoch *„völlig normal"* sein sollten, zu überprüfen. Allein, vom Messen wollte es nicht weniger werden, im Gegenteil, noch höhere Werte wurden gefunden: Heu bis 10.600 Bq/kg, Kuhmilch bis 123 Bq/l, Schafsmilch 280 Bq/l, Kuhfleisch 573 Bq/kg, Lammfleisch bis 800 Bq/kg.

Konsequenzen daraus wurden nicht gezogen, deshalb zogen wir die Konsequenzen und erstatteten Strafanzeige gegen den Oberkreisdirektor Poggendorf und Ordnungsamtsleiter Braband, wegen bewußter Irreführung, unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Körperverletzung. — Hatten wir doch durch Umfragen herausgefunden, daß in den Hochbelasteten Bereichen bei Bauern große Probleme mit dem Verkalben und bis zu 3 x so hohe Mißgeburten und Todgeburtenraten, wie in früheren Jahren, aufgetreten waren. — Einige Fälle von Früh-, Miß-, Fehl- und Todgeburten bei Menschen aus der Region verstärken zudem den Verdacht, daß auch hier Tschernobyl mit im Spiel sein könne.

So hatten die Krümmeltechniker auf einem Heuboden eine Belastung von 200 Mikroröntgen pro Stunde gemessen, was für eine Schwangere während der Heuernte sicher nicht ungefährlich ist und zudem im Labor nicht erlaubt und im Kernkraftwerk ohne Schutzvorkehrungen auch niemandem zugemutet wird. Selbst im Atomaren Zwischenlager in Gorleben dürfte dieses Heu nach den Annahmebedingungen nicht eingelagert werden, ohne vorher verpackt zu werden. — Als einzige beunruhigt waren dann auch die Krümmel-Techniker, die wußten, wovon sie sprachen, hatten sie doch bei über 1.000 Messungen für die Bevölkerung nie mehr als 230 Bq gemessen. So kam dann auch der Strahlenschutzbeauftragte von Krümmel nochmal zu einem Extrabesuch, um mit einem Bauern die Belastung seiner Kleinkinder durchzurechnen. Das dauerte stundenlang, aber alles Rechnen half nichts, nach der Strahlenschutzverordnung sind alle Kinder viel zu stark belastet.

Und weil auch dies nur die Halbe Wahrheit ist und wir noch immer nichts über die Strontium-Belastung wissen, wird diese jetzt auch noch in Bremen gemessen.

(Dieter Scharschmidt)

Ein Jahr nach Tschemobyl

Eine Bestandsaufnahme

Motto: *"Natürlich passiert früher oder später ein schwerer Unfall in einem Kernkraftwerk. Wir können nur hoffen, daß er so lange auf sich warten läßt, bis die Kernenergie in der Weltwirtschaft so verankert ist, daß die Menschheit nicht mehr zurück kann".* Der englische Reaktorsicherheitsexperte Farmer in den 60er Jahren (1).

Ein Jahr nach der Katastrophe werden weiter Ursachen wie Folgen nach Kräften verschleiert. Was die Ursachen angeht, haben alle offiziellen Stellen die sowjetische Darstellung der Ereignisse übernommen. Der Reaktor lief angeblich problemlos bis zum Tag des Unfalls, dann wurde absichtlich eine Notfallsituation simuliert, um zu testen, wie weit auslaufende Turbinen noch Strom liefern, dazu wurden automatische Abschaltsignale überbrückt, die automatische Notkühlung abgeschaltet, der Reaktor in einen instabilen Bereich bei 7% seiner Leistung gebracht, von wo aus eine unkontrollierbare Leistungssteigerung passierte, die zur Überhitzung, zu Leckagen, Explosionen und Brand führte.

Tenor des ganzen: Die Technik war und ist im wesentlichen in Ordnung, nur die Menschen haben falsch gehandelt, und dem kann man durch Strafmaßnahmen, bessere Schulung usw. entgegentreten, und im übrigen weitermachen wie bisher. Nun ist die These von menschlicher Schuld nicht unplausibel, denkt man daran, daß in Harrisburg (TMI) die Notkühlung von Hand ausgeschaltet wurde, daß - schlimmer noch - in Brunsbüttel routinemäßig gewisse automatische Abschaltsignale kurzgeschlossen wurden; sie gibt nur nicht die volle Wahrheit wieder. Denn es gibt eine Möglichkeit, den Betreibern auf die Schliche zu kommen, wie Kirchner und Noack vorgeführt haben. Das Verhältnis der Aktivitäten von gewissen Isotopen verschiedener Halbwertzeit, wie Tellur 129/132, zu einem gegebenen Zeitpunkt ist nämlich bestimmt durch den Leistungsverlauf des Reaktors in den davorliegenden Wochen; man kann berechnen, wie lange es her war, daß die Aktivitäten in nennenswerter Weise durch den Reaktorbetrieb produziert wurden. Kirchner und Noack (2) zeigen nun, daß der Reaktor schon etwa 14 Tage vor dem Unfalldatum, als er angeblich problemlos auf Vollast fuhr, in Wahrheit auf höchstens wenigen Prozent seiner Leistung dahinkrebste, daß die Betrieber also schon lange Zeit mit einer wirklichen und keiner simulierten Notfallsituation kämpften, als der Reaktor ihnen außer Kontrolle geriet.

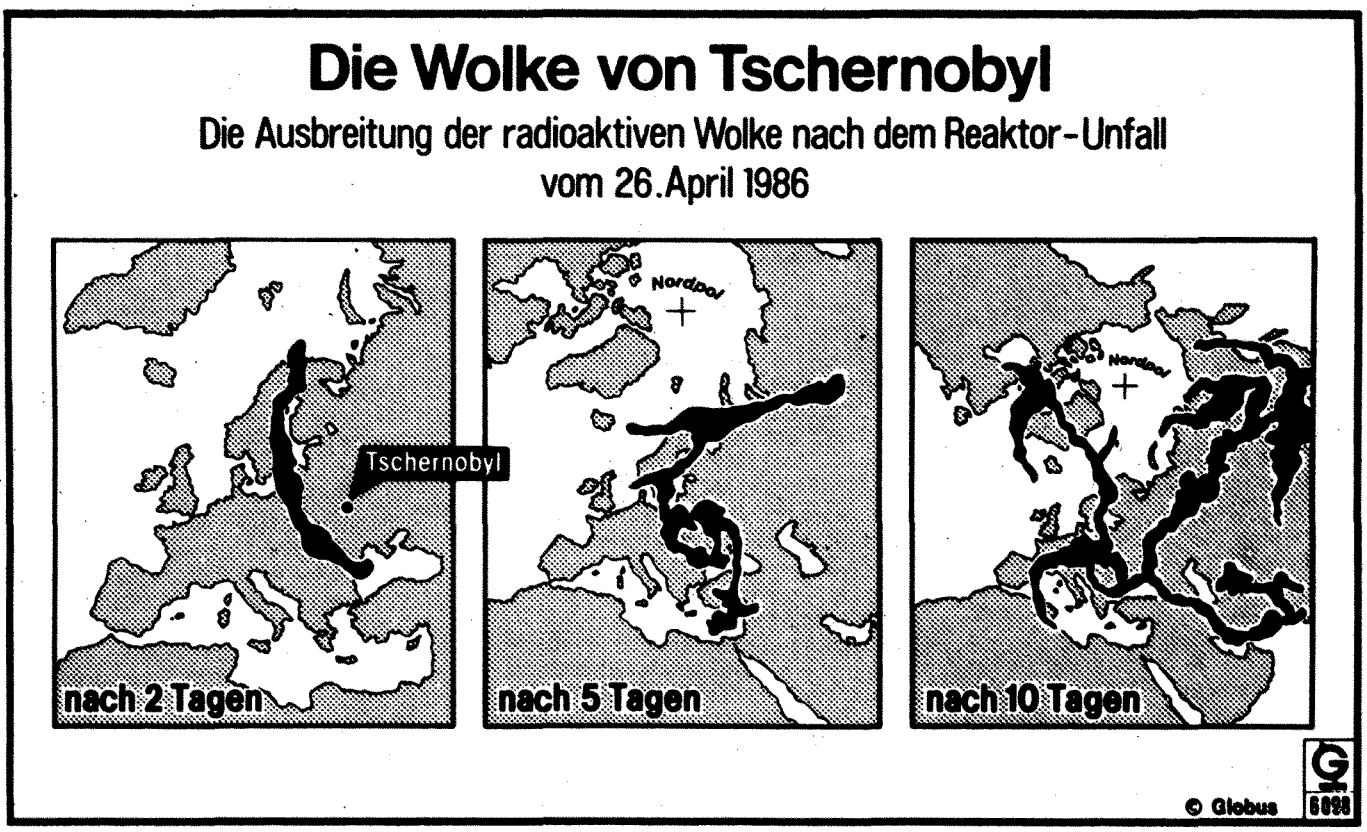
Was sich da wirklich abspielte, wissen wir nicht, es muß den Verantwortlichen so peinlich sein, daß es mit eisernem Schweigen verhüllt wird. Man kann also nur vermuten, daß technische Probleme auftraten, die bei Bekanntwerden zur Abschaltung aller anderen AKWs führen würden, und da hat jede Glasnost ihre Grenze.

Auffällig ist, daß in der Flut westlicher Analysen die von Kirchner und Noack durchgeführte Untersuchung nirgendwo auftaucht, daß amerikanische Satellitenaufnahmen, die eine Katastrophensituation viele Tage vor dem angeblichen Unfallbeginn zeigen, nicht weiter verwertet wurden. Das zeigt, wie sehr die Version von den fehlbaren Menschen und der fehlerlosen Technik den Ver-

teidigern der Atomenergie weltweit gelegen kommt.
Dies um so mehr, weil die in den ersten Tagen so schnell herausgeschossene These vom sowjetischen "Blechbüchsenreaktor" sich sehr bald nicht mehr halten ließ, weil klar wurde, daß die Sicherheitsvorkehrungen jedenfalls bei diesem sowjetischen Reaktortyp den im Westen üblichen durchaus gleichwertig waren. Was übrigens nicht gilt für die sowjetischen Kesselreaktoren WWER 440, die vor allem im Comecon-Bereich verbreitet sind, und die zusammen mit den englischen Magnox-Reaktoren das Schlußlicht im internationalen Vergleich bilden (bei dem es andererseits keine sicherheitstechnischen Spitzenreiter gibt, wie eine von Greenpeace organisierte Studie gezeigt hat) (3).
Es bleibt bei dem verheerenden Eindruck, daß, wie auch immer begründet, ein Unfall passiert war, der weit über das hinausging, was von den hochkarätigsten Experten für praktisch möglich gehalten worden war.
Dagegen war die nächste Verteidigungslinie, die vor allem in der BRD für einige Wochen durchgehalten wurde: In unseren AKWs kann schlimmstenfalls Tod und Teufel passieren, die Öffentlichkeit merkt davon nichts, weil wegen unseres Sicherheitseinschlusses (Containment) sich alles drinnen abspielt und keine Radioaktivität nach draußen gelangt.
Als dann jemand wie Traube, der es wissen mußte, darauf hinwies, daß das Containment für sehr begrenzte milde Unfallabläufe konzipiert worden war, und die ihm nun nachträglich zugedichtete Schutzfunktion keineswegs haben könnte, war die nächste, noch heute geltende Verteidigungslinie: Das Containment kann in der Tat versagen, aber garantiert erst mit so großer Verzögerung, daß man die gefährdete Bevölkerung evakuieren kann. Die Haltlosigkeit dieser These wird nicht erst durch das berühmte TÜV-Gutachten zu den Siedewasserreaktoren bei Hamburg deutlich, das Warnzeiten von 3 Stunden errechnete. Doch auch dies hängt an dem offiziellen Dogma, daß ein sofortiges Versagen des Containments ausgeschlossen sein soll:

Es wird nur ein wiederum relativ milder Unfallablauf betrachtet - Kühlung versagt, Wasser läuft aus, der Reaktorkern schmilzt, fällt ins Wasser, dessen Temperatur und Druck im Containment steigt langsam an und erreicht irgendwann den Versagensdruck von 9 Atü (den noch keiner getestet hat!). Dann soll man durch das ominöse Wallmann-Ventil kurz vorher den Druck kontrolliert ablassen, wenn der Wind z.B. von Krümmel oder Stade aus nicht gerade auf Hamburg, sondern beispielsweise nach Lübeck oder Bremen zielt.
Ein promptes Versagen des Containments, sei es durch Bersten des Druckkessels, durch Knallgas oder Wasserdampfexplosion, wird weiterhin tabuisiert. Dabei wird gerade die letztere Möglichkeit in den USA als eine der wichtigsten Konsequenzen aus Tschernobyl diskutiert, und die erste ist wegen der Versprödung des Stahlkessels durch Neutronenbeschuß als eine reale Gefahr erkannt.
Das zeigen die von der KWU selbst durchgeführten Messungen vor allem an den Wärmeeinflußzonen im AKW Stade, das sind

die besonders gefährdeten Streifen zu beiden Seiten von Schweißnähten, die nachträglich nur mit äußerst unseriösen Methoden wegdiskutiert werden (4).
In diesem AKW ist die offiziell als zulässig angesehene Neutonenbelastung des Stahlbehälters bereits eingetreten; die vom TÜV garantierte Betriebssicherheit bis zum Jahr 2012 wird nur dadurch formal erreicht, daß dieser zulässige Grenzwert willkürlich um 70% angehoben wurde.
Damit nicht genug: Die z.Z. eingetretene Neutronenbelastung kann nicht direkt am Druckbehälter gemessen werden, man berechnet sie aus sog. vorlaufenden Materialproben, die im Inneren des Reaktors angebracht werden. Nachträgliche Vergleichsmessungen am Behälter des stillgelegten AKWs Gundremmingen führten jedoch zu dem aufregenden Ergebnis, daß diese allgemein angewandete Methode die wirkliche Gefährdung noch unterschätzt!
Die Folgen eines solchen AKW-Unfalls in der BRD werden schlimmer noch als nach Tschernobyl sein: sofortige Freisetzung der Radioaktivität, größere Konzentration in Bodennähe, da sie kein in höhere Luftschichten rechender Feuersturm über ganz Europa verteilt, größere Bevölkerungsdichte.
Zur Beruhigung der Öffentlichkeit leistete sich Wallmann einen besonders dreisten Etikettenschwindel: Von der Expertenkommission der Internationalen Atomenergiebehörde, die auf Einladung der Bundesregierung die AKWs Phillipsburg, Biblis und Krümmel überprüft, heißt es, sie kontrollierten die Sicherheit der Anlage. Wie mir der Leiter der Kommission, Solymossy, sagte, haben sie dafür in Wahrheit weder Fachkompetenz noch Auftrag. Es geht lediglich um Betriebsorganisation und Dienstvorschriften und selbst zu diesem eingeschränkten Bereich bemerkte er, es gäbe nur sehr oberflächliche Anweisungen für Unfälle jenseits des von der Auslegung her "Erlaubten". Mit anderen Worten, selbst auf die Situation der verzögerten Freisetzung ist die Betriebsamkeit praktisch nicht vorbereitet.
All dies ist wahrlich Grund genug, die sofortige Stillegung aller AKWs als aktuelle Forderung und nicht mehr nur als politisches Fernziel zu verlangen.
Ähnlich intensiv waren die Bemühungen, die Folgen der Katastrophe zu verhüllen. Kurz nach dem Unfall erging in der BRD die Weisung an die offiziellen Meßlabors, außer über das kurzlebige Jod 131 keine Daten zu veröffentlichen. Das konnte, was Cäsium 137 und die anderen Gammastrahler anging, nicht mehr durchgehalten werden, als unabhängige Labors ihre Befunde über die langlebige Verseuchung dadurch veröffentlichten.
Da unabhängige Daten über das schwieriger nachzuweisende, wenn auch radiologisch gefährlichere Strontium 90 bisher nur selten vorliegen, funktioniert hier das Verschweigen und Verfälschen noch immer. Weiterhin wird aufgrund weniger Messungen aus Süddeutschland behauptet, die Aktivität des Sr 90 sei nur wenige Prozent des Cs 137, obwohl längst bekannt ist, daß zumindest in Norddeutschland dieser Wert bis 10% und darüber reicht, und damit das Strontium das Cäsium an Gefährlichkeit noch übertrifft. Während zu Recht große Aufregung über das Cs in Molkepulver herrscht, weist kaum jemand darauf hin, daß das zugehörige Sr längst über die davon abgetrennten Milchprodukte in unseren Lebensmitteln steckt.
Entsprechend vielfältig sind die Angaben über die durch die Katastrophe bewirkten Strahlendosen. Während die offiziellen Strahlenschützer die Werte herabrechnen



und zudem durch Vergleich mit der Hintergrundstrahlung zu verharmlosen suchen, gewinnt Hinrichsen vom Meteorologischen Institut Hamburg aus Meßwerten des Deutschen Wetterdienstes mit offiziellen Besprechungsprogrammen eine mittlere Gesamtbelastung für jeden Einwohner in der BRD von 0,6 Rem (5). Daraus errechnen sich mit Erfahrungswerten über Strahlenkrebserzeugung, die international nicht mehr ernstlich bezweifelt werden, etwa 40.000 Menschen, die in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich an Krebs sterben werden. Berücksichtigt man die Erfahrung an Atomarbeitern, daß bei chronischer Belastung die Wirkung noch 7mal schlimmer sein kann, kommt man zu Zahlen von Krebstoten, die in die Hunderttausende gehen.

Auch damit nicht genug: Eine vergleichbare Zahl von Todesfällen anderer Ursache ist zu erwarten, die durch die radioaktive Strahlung zusätzlich bewirkt werden, da diese z.B. das Immunsystem schwächt und damit die Anfälligkeit gegenüber Krankheiten erhöht. Das geht aus wenig beachteten aber um so wichtigeren Untersuchungen in den USA über die Auswirkungen der Atombombenversuche hervor (6).
Ein gerüttelt Maß Schuld an den Todesopfern haben die offiziellen Stellen in der BRD, die durch ihre Verharmlosung zahllose Menschen davon abhielten, sich um strahlenarme Nahrung zu bemühen. Das bedeutet nach Hinrichsen (5), daß im Jahr 1986 die Belastung 3-4mal höher war, als bei sorgfältiger Ernährung unvermeidmar gewesen wäre. Würde man eine sorgfältige epidemiologische Erhebung durchführen, kämen diese Tatsachen ohne Zweifel ans Licht, ebenso wie die Tatsache, daß 80% der Krebsfälle bei Kindern durch Radioaktivität (Fallout und natürliche Strahler) bewirkt wurden (7), oder daß sich bei Harrisburg die Krebsrate verfünffacht hat, und zahlreiche andere gesundheitliche Anomalien auftreten (8). Jedoch ganz im Gegenteil: Die Hinweise auf Erbschäden bei Menschen und Tieren, die sich 9 Monate nach Tschernobyl häufen, werden von offiziellen Stellen geleugnet, zensiert und unterdrückt. Um so wichtiger sind eigenständige Erhebungen (9).
Bedenkt man, daß das Gesagte für die relativ schwach belastete BRD gilt, und verwendet die relativ spärlichen Belastungsdaten aus Osteuropa, kommt man zu Gesamtzahlen von Opfern in Millionenhöhe. Damit ist Tschernobyl mit großem Abstand die schlimmste zivile Katastrophe der Menschheit, ein wahrhafter Wendepunkt, von dem zu hoffen ist, daß er das Ende des Atomzeitalters markiert, bevor er nicht durch noch schwerere Atomkatastrophen übertroffen wird.
Das Ensetzen über die buchstäblich hautnah erlebte Radioaktivität aus einem viele tausend Kilometer entfernten AKW und über die offensichtlichen Irrtümer aller Experten, die so etwas für praktisch unmöglich erklärt hatten, führten weltweit zu einem schlagartigen Meinungsumschwung über Atomenergie. Eine Reihe von Ländern, vor allem der Dritten Welt, aber auch Schweden, Holland, Dänemark und Österreich, trug dem Rechnung, indem ihre Atomprogramme endgültig beerdigt, drastisch reduziert oder ihre Beendigungen stark beschleunigt wurden. Dagegen sind es neben der so schwer getroffenen Sowjetunion selbst (was besonders erbittern muß) vor allem Frankreich und die BRD, die ihre Pläne ungerührt und mit noch mehr Einsatz staatlicher Gewalt durchsetzen wollen. Dabei gilt, meine ich, daß wir Atomkraftgegner und -gegnerinnen die Gegenseite mit einem Wort Mao Zedongs "strategisch geringschätzen, taktisch ernstnehmen" müssen. Strategisch langfristig ist die Gegenseite im Abstieg begriffen, ist das Ende der Atomenergienutzung unausweichlich.
Frewer vom KWU-Vorstand erklärte schon Mitte der 70er Jahre auf Fachtagungen: Natürlich sprächen für Kernenergie in der BRD eigentlich weder Energiebedarf, noch Ressourcen, noch Preise, und 80% der Produktionskapazität der KWU sei ohnehin für den Export gedacht (und das zu einer Zeit, da für die BRD nicht weniger als 599 AKWs geplant wurden, von denen heute gerade 20 realisiert wurden!). Aber Produkte, die im eigenen Land nicht betrieben wurden, verkaufen sich schlecht, mithin seien die Atomanlagen der BRD im wesentlichen so etwas wie Schaufenster für das Flaggschiff des bundesdeutschen Technikexports. Wenn nun im Gefolge von Tschernobyl der schon lange dahinsichende Exportmarkt endgültig zusammenbricht, so verschwindet die einzige wesentliche raison d'être, der einzige wesentliche Lebenszweck des westdeutschen Atomprogramms, es erweist sich als Koloß auf tönernen Füßen, der nur durch staatliche Hilfsgerüste aufrechterhalten wird. (Die Perspektive eigener Atomwaffen ist gewiß eine wichtige, aber nicht die entscheidende Triebkraft des Atomprogramms, zumal in Hanau schon heute Stoff für zahllose Atombomben lagert.)
In dieser allgemeinen Situation fühlte die BRD-Regierung nach Tschernobyl in Sachen Atomenergie den Boden unter den Füßen wanken. Als ihr dann sowohl bei Brokwie bei Wackersdorf die so häufig erfolgreiche Spaltung entlang den traditionellen Linien nicht mehr gelang, schlug sie mit aller Polizeigewalt blindwütig ein auf alles was sich bewegte, aber rief vielfach eben dadurch erst recht Solidaritätsbekundungen, wie nach dem Hamburger Kessel, hervor.

Auch die Oberpfälzer Oma, die in ihrer Handtasche den Kämpfern am Zaun Steine zuträgt, war den Herrschenden ein Menetekel; daß sich Mastensprenger vielfach wie die Fische im Wasser in der Bevölkerung bewegen, ein anderes. Darum werden die neuen Terrorgesetze speziell auf Aktionen von Atomkraftgegner/innen gemünzt.
Dennoch ist festzustellen, daß auch unsere Offensive ins Stocken kam, der staatliche Terror seine Wirkung zeigte, Spaltungen und Distanzierungen wieder um sich griffen. Taktisch, auf die nächste Zeit bezogen, ist der Gegner also wahrlich ernstzunehmen!

In diesem Kampf sind die Parteien nach wie vor keine verläßliche Stütze, im Gegenteil: Die SPD faßte zwar Beschlüsse, die Stimmen von AKW-Gegner/inne/n einfangen sollten, aber die Formel von "Ausstieg in 10 Jahren" (wenn eine große Zahl der heute nur eingemotteten Kohlekraftwerke abgebrochen sein werden) und "im Konsens mit **allen** gesellschaftlichen Kräften" (also auch der Atomindustrie) heißt im Grunde, daß sich die Hinsicht auf das nach der Wende und lange vor Tschernobyl konzipierte "kleine" Atomprogramm der SPD im Grunde nicht geändert hat: Das Leichtwasser- und Hochtemperaturreaktoren-Programm soll weiterlaufen, nur die ökonomisch besonders schweren Klötze am Bein - Schneller Brüter und WAA - sollen abgestoßen werden. Konsequenterweise nichts gegen AKWs in SPD-Ländern: Biblis in Hessen, Würgassen und Hamm in NRW, ebensowenig gegen das Zwischenlager Ahaus und die Gronauer Urananreicherungsanlage in demselben Land. Und selbst gegen die Schrott- und Pfuschreaktoren wie Stade und Brokdorf oder die 3-Stunden-Alarmreaktoren Brunsbüttel und Krümmel klagt weder der Hamburger noch der Bremer SPD-Senat, vom Hanau-Skandal zu Schweigen, wo die SPD lieber die Regierung aufgab, als diesen Kurs zu ändern. Die hessischen Grünen unterschieden sich, was den Weiterbetrieb von Reaktoren angeht, kaum von ihren Koalitionspartnern, schwerer noch wiegt, wenn die bayerischen Grünen im Interesse ihrer Landtagswahlchancen sich von der Oktober-Demo der Bürgerinitiativen distanzieren, noch schlimmer ist, daß, von Ausnahmen abgesehen, die Grüne Partei immer wieder ihren Beitrag zur Schwächung und Spaltung der Bewegung leistet, die sich doch gerade zusammengefunden hatten mit der Losung, sich nicht spalten zu lassen an der Frage der Widerstandsform. Grüne und SPD werden dann und nur so weit wirklich etwas für Stillegung aller Atomanlagen tun, wie sie hoffen können, das als Erfolg in ihre politischen Scheuern einfahren zu können; auch von dem Übel AKWs uns zu erlösen, das können wir nur selber tun.
Aber wie? - Wir müssen feststellen: wir haben 1986 keine Chance verpaßt, daß aus der so verbreiteten Ablehnung der Atomenergie eine politische Kraft wurde, die die Stillegung kurzfristig erzwingt.
Zu den Gründen gehört, daß die traditionellen Anti-AKW-BIs nach Tschernobyl im Grunde weitergemacht haben wie bisher, daß sie es nicht geschafft haben, die zahllosen neuentstandenen Gruppen aufzunehmen, un die zunächst naheliegende Sorge um strahlungsarme Nahrung zu einer Kraft für die Stillegung aller Atomanlagen zu entwickeln. Dabei sind viele der "neuen" Gruppen insofern politisch viel weiter als die,"alten", als sie ganz selbstverständlich als Hauptpunt die Stillegung aller laufenden Anlagen fordern. Die "alten" dagegen sind vielfach zu sehr der Tradition verhaftet, vor allem neue Projekte zu verhindern - worin ja, setzt mand ie geplanten 599 den existierenden 20 gegenüber, große Erfolge erzielt wurden - aber die Anlagen, die nicht verhindert werden konnten, unbehelligt "rechts liegen zu lassen".
In einer Situation, wo die Betreiber selbst kaum mehr neue Anlagen planen, sondern nur noch darauf aus sind, den Bestand zu sichern, muß damit Schluß sein; die Umorientierung "Ran an die laufenden Anlagen" beginnt nach mehreren Konferenzen allmählich die BI-Bewegung zu erfassen. Zu Recht erklärte die Bielefelder Konferenz vom März, daß die für den Jahrestag der Katastrophe geplanten Aktionen Auftakt zu langanhaltenden Kampagnen gegen alle Atomanlagen mit dem Ziel ihrer endgültigen Stillegung sein müssen.
Mit welchen Perspektiven? - Ich meine, die Erfahrung der erfolgreich verhinderten Projekte, von Wyhl über Gorleben zu den weiteren 9 WAA-Standorten, wie auch der jahrelang verzögerten, wie Brokdorf oder Grohnde, zeigt, daß die Gegenseite dann zurückweicht, wenn der politische Preis, der in Gestalt einer ungehorsamen, illoyalen, aufsässigen Bevölkerung einer Region zu zahlen wäre, durch die politischen Vorteile der Durchsetzung der Projekte nicht aufgehoben wird.
Nun haben gerade die Erfahrungen zahlloser Menschen, wie nach Tschernobyl die Fakten von staatlichen Instanzen verschleiert, verborgen und verheimlicht wurden, einen Illoyalitätsschub bewirkt wie selten in der Geschichte der BRD. Wer die offiziellen Radioaktivitätswerte nicht mehr glaubt und sich an unabhängige Meßstellen wendet und bereit ist, sie zu finanzieren, der wird auch in anderen Fragen den Herrschenden nicht mehr unbesehen vertrauen und entsprechend handeln.
Die Bereitschaft, etwas gegen Atomenergie zu tun, ist dabei gewiß nicht, wie Zyniker behaupten, mit der Halbwertszeit des Jod 131 abgefallen, nur herrscht weitestgehend Unklarheit, wie das Ziel zu erreichen sei: Die Bemühungen, die Bundeskonferenzen in Regensburg und Nürnberg zu verhindern, sind vor allem daher zu verstehen, daß verhindert werden soll, daß die spontane Empörung von Millionen mit der Erfahrung von Zehntausenden zusammenkommen, um zu einer unwiderstehlichen politischen Kraft zu werden. Eben dies zu erreichen, den politischen Preis für den Weiterbetrieb einer jeden Atomanlage so hoch zu treiben, daß er für die Gegenseite unbezahlbar wird, das ist die Aufgabe, die sich uns im zweiten Jahr nach Tschernobyl stellt.

Jan Scheer

Literaturhinweise

(1) Private Mitteilung, Prof. Gofman, 1973
(2) G. Kirchner, C. Noack: Calculation of the Nuclide Inventory of the Chernobyl Core at the Time of the Accident.
(3) Greenpeace: International Reactor Hazard Study, 1986 (Zusammenfassung auf Deutsch erhältlich p. Adr. Gruppe Ökologie, Hannover)
(4) Nach Tschernobyl - Stade abschalten
(5) K. Hinrichsen: Abschätzung der Strahlenexposition der Bevölkerung der BRD durch den Super-GAU im AKW Tschernobyl, erhältlich in: Beiträge zur Diskussion Nr. 61, p. Adr. J. Scheer, Universität Bremen
(6) J. Scheer: How many Chernobyl Fatalities? Nature, im Druck, 1987, dort weitere Referenzen
(7) A. Stewart: Radiologie-Konferenz Pisa, Sept. 86
(8) M. u. J. Aamodt: unveröffentlichte Untersuchungen, erhältlich in: Dokumente zur Diskussion, p. Adr. J. Scheer, Universität Bremen
(9) Kontaktadressen hierfür: Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) - Radioaktivitäts-Info-Stelle, Horner Str. 28, 2800 Bremen 1

... da haben wir den Salat!

Jens Scheer: Rede in Cattenom am 26.4.87

Freundinnen, Freunde!
Seit Tschernobyl weiß jede und jeder: Radioaktivität kennt keine Grenzen. Da passiert ein mittelgroßer Reaktorunfall - bei weitem nicht der schlimmste mögliche - und neun Monate später und 2000 km entfernt werden vermehrt Kinder mit Trisomie, dem sogenannten Mongolismus, geboren. Allein in der BRD werden Zahlen der Opfer durch Krebs in die Hunderttausende gehen, und noch einmal soviel werden indirekt an der Radioaktivität zugrunde gehen, weil sie die Widerstandsfähigkeit gegen Infektionen schwächt. In Frankreich werden es weniger sein, im Osten sehr viel mehr - die Zahl der Opfer insgesamt wird in die Millionen gehen.
Ähnliche, ja schlimme Unfälle können auch hier passieren, der Druckkessel kann bersten, wogegen kein Schutz möglich ist, der Reaktorkern kann schmelzen, es kann Knallgas- (Wasserstoff-) Explosionen und Wasserdampfexplosionen geben, denen keine Schutzhülle standhält, ja die Schnellen Brüter können explodieren fast wie die Atombombe.
Was dagegen als Reaktorschutz gepriesen wird, ist lächerlich: In Bugey hat die Stromversorgung versagt und sind wir alle nur knapp einer wirklichen Katastrophe entkommen, in Grohnde haben bei einem Test allen Notkühlsysteme versagt, in Stade ist der Druckkessel so spröde, daß er jederzeit bersten kann, auch wenn die Techniker das bestreiten - sie haben einfach die zulässigen Grenzwerte um 70% erhöht. Auch die französischen Reaktoren haben gefährliche Risse, und wir sind dankbar, daß deshalb die Techniker schon gestreikt haben, aber sie sollten den Kampf fortführen. Und allen französischen Reaktoren droht Gefahr, weil die tausende Kilometer Kabel vom Typ Crosne die Isolation verlieren, schon deshalb allein müssen alle sofort stillgelegt werden.
Es kann nicht mehr bestritten werden - alle AKWs in allen Ländern bergen ungeheure Gefahren, kein Land kann sich rühmen, es habe die besseren Reaktoren. Alle haben spezielle Mängel, alle müssen sofort stillgelegt werden. Das haben Atomkraftgegnerinnen und Gegner schon lange gesagt, man hat es uns nicht geglaubt.
Dann kam Tschernobyl und jeder sieht: Alle Experten, die für Atomenergie waren, sind blamiert, alle haben sich geirrt, die Katastrophe ist da, vor der wir solange gewarnt haben und die sie für unmöglich erklärt haben. Schlimmere werden folgen, wenn wir nicht jetzt die Konsequenzen ziehen - sofort alle abschalten. Um jeden, wirklich jeden Preis. Denn kein Preis kann so hoch sein, wie die Folgen einer Katastrophe, die wenn sie hier passiert, die von Tschernobyl in den Schatten stellen wird.
Die Herrschenden spüren, daß ihnen in dieser Sache der Boden unter den Füßen wankt, darum schlagen sie mit aller Gewalt ein auf alles, was sich bewegt. Wir können, mit einem Wort von Mao Tsetung, den Feind strategisch geringschätzen, aber taktisch ernstnehmen.
Strategisch hat die Atomenergie keine Chance, sie ist ökonomisch wie technisch überholt, - wo die wirtschaftliche Konkurrenz sich auswirkt, wie in den USA, geht sie schon daran zugrunde.

Foto: Jürgen Siegmann

In der Sowjetunion, in Frankreich und der BRD, wo der Staat aus verschiedenen Gründen das zivile Atomprogramm künstlich am Leben erhält, wird es noch harte Kämpfe geben. Darum müssen wir den Gegner taktisch, auf die nächste Zeit gesehen, sehr sehr ernst nehmen.
Wir denken an Michel Vitalon, den die französische Polizei bei Malville getötet hat, und an Anna Sielka, die die deutsche Polizei in Wackersdorf auf dem Gewissen hat. Wir denken an die vielen schweren Niederlagen, aber auch an unsere Siege. Wir haben Wyhl verhindert, wir haben Gorleben verhindert, wir freuen uns der Siege bei Plogoff und im Larzac.
Allein in der BRD waren 599 AKWs geplant, nur 20 wurden realisiert, das ist ein großer Erfolg unserer Bewegung, aber es sind 20 zuviel, und ihre Stillegung muß erzwungen werden.
Wir haben da gesiegt, wo eine ganze Region drohte, unregierbar zu werden, den Herrschenden die Loyalität aufkündigte. "Wenn Wyhl Schule macht, ist dieser Staat nicht mehr zu regieren", sagte der zuständige Ministerpräsident, der alte Nazi Filbinger. Das ist es, davor haben sie Angst, davor weichen sie zurück.
Nach Tschernobyl muß Schluß sein; überall, um jedes AKW, um jede Atomanlage, müssen wir die Herrschenden das Fürchten lehren. Der Kampf wird noch hart sein, vielleicht kommt vorher eine noch schlimmere Katastrophe und alles war umsonst.
Umso nötiger ist der Kampf. Radioaktivität kennt keine Grenzen, aber auch der Widerstand kennt keine Grenzen. Das bekräftigen wir an diesem ersten Jahrestag von Tschernobyl: Wir werden noch entschlossener, noch stärker vereint, noch zielgerichteter kämpfen. - Verwandeln wir unsere Angst, unseren Haß in Energie. Gemeinsam können wir es schaffen. In der Sowjetunion, in Frankreich, in Deutschland und überall für eine atomenergiefreie Welt.

Unsere Katastrophe

Das erst Jahr seit dem Super GAU in Tschernobyl ist vergangen, und unsere Aktionen zum Jahrestag sind auch vorüber. Unser Gemüt gewöhnt sich langsam daran, daß die Radioaktivität jetzt „normalerweise" höher liegt, als es früher der Fall war. Zu Blei-, Cadmium- und sonstigen Giftwerten haben sich jetzt die Becquerel gesellt. Das ist Alltag geworden. Wir haben mehr Argumente auf unserer Seite und mehr Menschen sind jetzt aktiv. Aber wir denken nicht mehr daran, daß uns die Folgen schon bald oder erst in zehn Jahren ganz persönlich treffen können.

Die Radioaktivität traf uns kollektiv. Damit war keine von uns allein. Doch die Krankheit wird jede, die sie bekommt, ganz individuell bedrohen, sie wird damit allein sein. Wenn die Krebszahlen steigen, werden schon so viele Jahre vergangen sein, daß die Ursache sich damit nicht mehr in Verbindung bringen läßt.

Doch in diesem ersten Jahr nach dem Super GAU sind Folgen aufgetreten, die sich noch sehr ganau mit dem Reaktorunfall in Verbindung bringen lassen: Es sind Kinder zur Welt gekommen, die ihr Leben lang die Spuren einer vorgeburtlichen Schädigung tragen werden.

Im Januar 1987 wurden in Berlin zehn Kinder mit dem Down-Sydrom geboren. Sie haben einen Chromosomenfehler, der bei ihnen zu schweren Behinderungen führt. Sonst kommen im Durchschnitt in Berlin zwei Kinder im Monat mit diesem Chromosomenfehler zur Welt. Doch genau neuen Monate nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl waren es fünf Mal so viele. Ein einziges Mal waren bisher sechs solcher Kinder in einem Monat geboren worden, und zwar im Februar 1981.

Die erschreckend hohe Zahl machte die Wissenschaftler/innen vom Humangenetischen Institut Berlin aufmerksam. Die Stadt ist durch ihre Insellage ein abgegrenzter Raum mit etwa 1.600 Geburten im Monat, in dem die Humangenetiker/innen die Häufigkeit des Down-Syndroms über Jahre genau erfaßt hatten. Eine Erhöhung von durchschnittlich zwei auf zehn Kinder, wie sie im Januar auftrat, gilt als *statistisch hoch signifikant.*

Auch in München war einem Kinderarzt, der ein genetisches Labor betreibt, eine Häufung der Neugeborenen mit Down-Syndrom aufgefallen. Dort waren es nach seinen Angaben zwei- bis dreimal so viele, als der Durchschnitt. Nach dem dieser Arzt, Dr. Waldenmeyer, mit seiner Meldung an die Öffentlichkeit gegangen war, entschloß er sich dann plötzlich doch, keine weiteren Auskünfte über die genaue Zahl der geschädigten Kinder zu geben.

Kinder mit dem Down-Syndrom wurden wegen ihrer charakteristischen Augenform früher „Mongoloide" genannt. Dieser Begriff wird wegen seines rassistischen Untertons jetzt nicht mehr verwendet. Sie haben eine eingeschränkte Lebenserwartung. Ihre geistige Entwicklung bleibt auf der Stufe eines Kindes stehen. Hinzu kommen Organfehler und eine größere Anfälligkeit für Infektionskrankheiten. Ursache dieser Behinderungen ist ein Fehler der Chromosomen, genannt Trisomie 21. Ihre Zellen haben ein Chromosom zu viel. Normalerweise haben die Menschen pro Zelle 23 Chromosomen in doppelter Ausfertigung. Bei der Trisomie 21 ist das 21. Chromosom dreimal vorhanden (daher der Name die Vorsilbe Tri- = 3).

Die Entstehung der Trisomie 21 beruht auf einer Fehlverteilung bei der Reifeteilung der Keimzellen. Bei dieser Teilung halbiert sich der Chromosomensatz. Wenn eine Trisomie entsteht, erhält die eine Zelle zuviel Chromosomen. Der letzte Schritt der Reduktionsteilung findet bei der Eizelle erst zum Zeitpunkt der Befruchtung statt. Dies legt den Schluß nahe, daß die radioaktive Wolke bei den Müttern der geschädigten Kinder einen negativen Einfluß auf diesen Teilungsschritt hatte, denn die Befruchtung fiel bei ihnen in die Zeit relativ hoher radioaktiver Belastung.

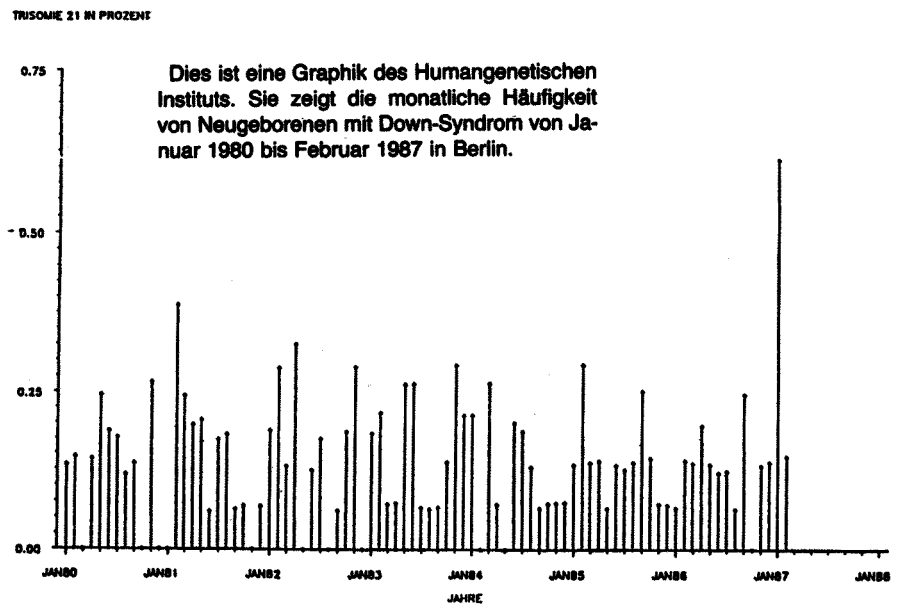
Doch der Einfluß der sogenannten Niedrigstrahlung auf die Keimzellenteilung ist bisher kaum untersucht worden. Professor Sperling, Chef des Berliner Humangenetischen Instituts, geht davon aus, daß nur Gamma-Strahlung überhaupt einen Einfluß aud die Keimdrüsen haben könne. Diese habe in Berlin im Bai 1986 seiner Meinung nach nur 60 Prozent über dem normalen Wert gelegen. Davon hatte er keinen spürbaren Einfluß auf die Einfluß auf die Zahl geschädigter Kinder erwartet. Zunächst sagte er daher, daß die Radioaktivität aus Tschernobyl nicht die Ursache für die vielen Fälle von Down-Syndrom sein könne.

Es gibt zwei Untersuchungen aus China und Indien über die Häufung der Trisomie 21 in Gebieten mit erhöhter Radioaktivität, doch die Ergebnisse dieser Studien gelten als wissenschaftlich umstritten. *Bei Tierversuchen bewirken nur stärkere Strahlendosen eine Keimschädigung,* äußerte Professor Lenz gegenüber dem Spiegel. Er ist Entdecker des Zusammenhanges von Contergan und kindlichen Behinderungen. Doch gerade am Beispiel Contergan hat sich gezeigt, daß die Ergebnisse von Tierversuchen nicht viel über die Gefahren für das menschliche Embryo aussagen.

Die erschreckend hohe Zahl geschädigter Kinder in Berlin wurde von offizieller Seite zunächst geleugnet. Auf eine Anfrage der Alternativen Liste antwortete der Berliner Senator für Gesundheit und Soziales im Februar 1987: *„Im Klinikum Steglitz wird seit 1973 eine Studie über Fehlbildungen bei Neugeborenen durchgeführt, in der Ergebnisse von bis zu zwölf Krankenhäusern zusammengefaßt werden. Die Rate der Fehlbildungen liegt danach in Berlin bei drei bis fünf Prozent. (...) In Berlin gibt es seit Tschernobyl keine erhöhte Zahl von Fehlbildungen oder sonstigen Auffälligkeiten bei Neugeborenen."*

Zu diesem Zeitpunkt waren die Beschäftigten des Humangenitischen Instituts bereits auf die vielen Kinder mit Down-Syndrom aufmerksam geworden. Professor Sperling und seine Mitarbeiter/innen hatten mit der Arbeit an einer Studie über das Vorkommen von Chromosomenfehlern in der Bundesrepublik im Jahr 1986 begonnen. Am 7.4.87 stellte er die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit vor: *„Wir können nun nicht mehr darüber hinwegsehen, daß es einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Reaktorunglück von Tschernobyl und einer erhöhten Mißbildungsrate in der Bundesrepublik gibt"*, erklärte er gegenüber der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel". Die Erkenntnisse aus der Studie hatten bei ihm zu einem plötzlichen Sinneswandel geführt.

Die Studie stützt sich auf die Ergebnisse von vorgeburtlichen Untersuchungen in 40 Genetik-Instituten. Es wurden Daten von durchschnittliche 2.400 Untersuchungen im Monat aus der ganzen Bundesrepublik ausgewertet. Sperling benutzte zum Vergleich das gesamte Jahr 1986. Damit hatte er eine geringfügig höhere statistische Grundlage, als durch die 1.600 monatlichen Geburten in Berlin. Da die vorgeburtlichen Untersuchungen im vierten Schwangerschaftsmonat durchgeführt werden, müßten sich Auswirkungen der radioaktiven Wolke von Tschernobyl im August bemerkbar machen.

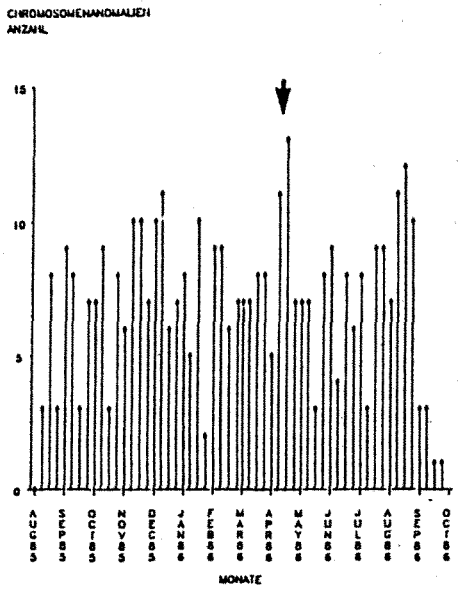


Dies ist eine Graphik des Humangenetischen Instituts. Sie zeigt die monatliche Häufigkeit von Neugeborenen mit Down-Syndrom von Januar 1980 bis Februar 1987 in Berlin.

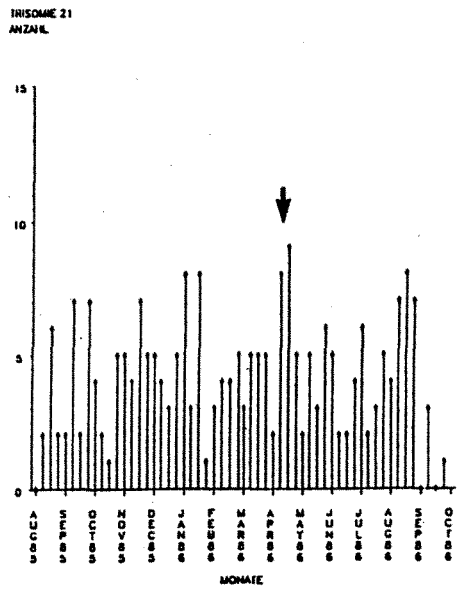
beginnt erst

Dazu schreibt Professor Sperling in der ersten Fassung seiner Studie: *„Der August weist einen recht hohen Wert auf, sogar den höchsten aller Monate, bezogen auf sämtliche Chromosomenanomalien"* (hier sind auch andere Chromosomenfehler in die Auswertung einbezogen worden). Bei den Fällen der Chromosomenanomalien ist anschließend der Zeitpunkt der Befruchtung errechnet worden.

Hier eine Graphik, in der die Wochen der letzten Menstruation bei den Müttern aufgeführt sind:

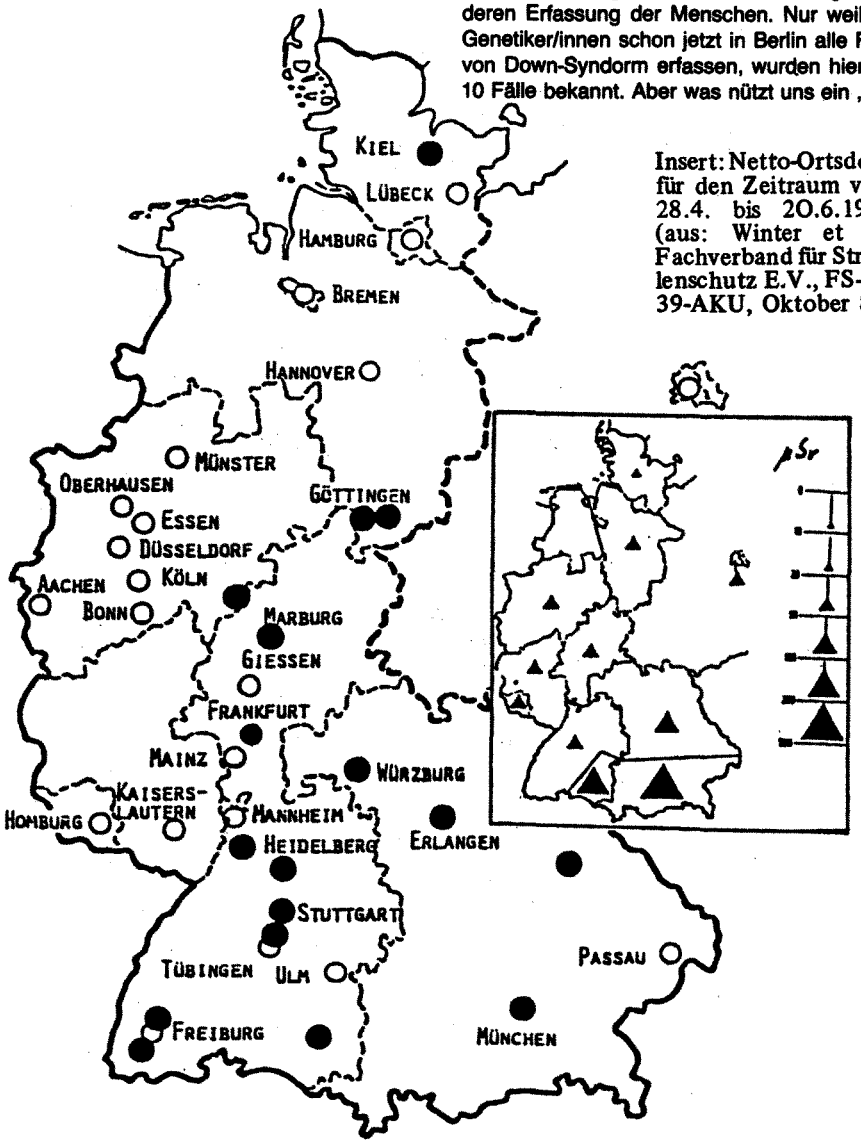


Im April 1986 ist ein Maximum, das heißt unter den Kindern, die Anfang Mai gezeugt wurden, waren die meisten Fälle mit Chromosomenfehlern. 17 Kinder mit Down-Syndrom hatte es in der fraglichen Zeit gegeben. (Wenn dies in der vorgeburtlichen Untersuchung festgestellt wird, werden sie meistens abgetrieben). Sperlings Kommentar in der ersten Fassung der Studie zur erhöhten Zahl von Trisomien in den Maiwochen: *„Diese Befunde deuten auf einen möglichen Zusammenhang zwischen non-disjunction-Rate (Rate der Chromosomenfehlverteilung, die Verf.) und dem Anstieg der Strahlenbelastung hin, sind aber für sich allein selbstverständlich nicht beweiskräftig."*



Da für ältere Mütter normalerweise ein größeres Risiko besteht, Kinder mit Down-Syndrom zu bekommen, wurde in der Studie das Alter der Mütter der geschädigten Kinder errechnet. Bei den 17 Schwangerschaften, die in den Maiwochen entstanden, waren die Mütter sogar etwas jünger als der Gesamtdurchschnitt.

Die Studie enthält am Schluß eine Karte der Wohnorte der 17 betroffenen Mütter. Die meisten liegen im süddeutschen Raum. Im dichtbesiedelten Nordrhein-Westphalen gab es nur einen Fall und in Norddeutschland auch nur einen Fall. (Die unterstehende Graphik ist aus der zweiten Fassung der Studie entnommen)



Insert: Netto-Ortsdosis für den Zeitraum vom 28.4. bis 20.6.1986 (aus: Winter et al., Fachverband für Strahlenschutz E.V., FS-86-39-AKU, Oktober 86)

Sperling hat seine Untersuchung unterdessen der Strahlenschutzkommission vorgelegt. Kurz danach gab er eine Neufassung der Studie heraus. Darin werd nicht mehr erwähnt, daß im August am meisten Chromosomenanomalien gefunden wurden. Es heißt nur noch, daß die Befunde auf einen möglichen Zusammenhang mit der erhöhten Radioaktivität hindeuten. Auch die Interpretation der regionalen Verteilung hat sich geändert. Statt bisher 15 Fälle wurden nun nur 13 Fälle dem süddeutschen Raum zugeordnet.

Allein diese Beispiele zeigen, wie leicht sich die Ergebnisse uminterpretieren lassen. So hätte zum Beispiel die Graphik über die monatliche Verteilung der Chromosomenfehler sicherlich anders ausgesehen, wenn sie für den hoch radioaktiv belasteten süddeutschen Raum gesondert aufgeführt worden wäre.

Sperlings Fazit der Studie ist jedoch weiterhin, er können einen Zusammenhang der Fehlbildungen mit der erhöhten Radioaktivität nicht mehr ausschließen. Er fordert eine vergleichbare Untersuchung für ganz Europa.

An dieser Stelle möchte ich auf die widersprüchlichen Folgen solcher Projekte hinweisen. Es sind großangelegte Datensammlungen über bestimmte Aspekte unserer Chromosomen, unseres Erbguts. Wir boykottieren die Volkszählung, aber argumentieren andererseits mit den Ergebnissen einer viel tiefgreifenderen Erfassung der Menschen. Nur weil die Genetiker/innen schon jetzt in Berlin alle Fälle von Down-Syndorm erfassen, wurden hier die 10 Fälle bekannt. Aber was nützt uns ein „Be-

weis" der negativen Folgen von Radioaktivität, wenn durch die Hintertür die Erfassung der Menschen und ihrer Erbanlagen weiter vorangetrieben wird? Damit wäre noch kein einziges AKW abgeschaltet. Außerdem ist es bei der nächsten Studie möglich oder sogar wahrscheinlich, daß versucht wird, die Folgen des Super GAU von Tschernobyl zu vertuschen.

Inzwischen kündigte die Bundesregierung an, daß die Bundesbürger planmäßig auf Gesundheitsschäden durch die Reaktorkatastrophe untersucht werden sollen. Dazu gehört unter anderem eine großangelegte Studie über den Schwangerschaftsverlauf in der Zeit nach dem Reaktorunfall, sowie die Beobachtung der betroffenen Kinder in der Folgezeit. Weitere Untersuchungen sollen sich mit den Auswirkungen der Aufnahme von radioaktiven Nahrungsmitteln und dem Zusammenhang von Strahlung und Leukämie befassen.

Mißbildungen in der Türkei

Anfang dieses Jahres erreichten uns auch aus der Türkei Schreckensmeldungen über mögliche Folgen der Raktorkatastrpphe. Im Gebiet der westlichen Schwarzmeerküste war Ärzt/inn/en die Häufung von Fehlbildungen bei Neugeborenen aufgefallen. In dem Ort Düzce waren im November zehn Babys zur Welt gekommen, deren mißgebildete Hirnmasse außerhalb der Schädeldecke lag. (Diese Fehlbildung wird Anenzephalie genannt). Der Chef einer Privatklinik, der selbst fünf dieser Geburten miterlebt hatte, erzählte davon in einem Interview mit der türkischen Zeitschrift NOKTA: *„Was ihm außerdem sehr seltsam erschien, war die Tatsache, daß bei allen betroffenen Familien keine besonderen Merkmale und Ursachen für solche Mißbildungen vorhanden waren oder festgestellt werden konnten (...) zum Beispiel Blutsverwandtschaft zwischen Mutter und Vater, Röntgenaufnahmen während der ersten drei Schwangerschaftsmonate, spezielle Medikamente, die von der Mutter eingenommen wurden, fiebrige Erkrankungen der Mutter oder eine Blutgruppenunverträglichkeit zwischen Mutter und Vater. Aber all diese Faktoren und Ursachen werden sowohl von den Krankenhaus- als auch von den Hausärzt/innen der Opfer-Familien ausgeschlossen, die in Düzce, Eregli und Akcakoca leben."* (Orte an der westlichen Schwarzmeerküste). Dr. Tezer vermutet, daß die erhöhte Radioaktivität nach Tschernobyl Ursache der Mißbildungen ist: *„Wenn man vom Geburtszeitpunkt zurückrechnet, kommt man auf eine (Entwicklungs-) Phase in der die Gene duch den Tschernobyl-Reaktorunfall sehr leicht beeinflußt werden konnten."* Kinder, die im November oder Dezember geboren wurden, befanden sich zum Zeitpunkt der erhöhten Radioaktivität in einer Periode, in der sich das zentrale Nervensystem entwickelt.

Es gibt noch einen anderen Grund, der auf den Super GAU von Tschernobyl als Ursache schließen läßt: Das Gebiet, in dem die Eltern leben wurde von dem Fallout besonders betroffen. In der Nacht vom 30.4. und 1.Mai wehte die Hauptluftströmung eine radioaktive Wolke aus der Ukraine genau in das Gebiet der westlichen Schwarzmeerküste. Bei uns sorgte aus diesem Grund die Meldung von hoch verseuchten Tee (15.000 bis 26.000 Becquerel/kg Trockengewicht) für Aufsehen. Der türkische Tee wird fast ausschließlich in dem genannten Gebiet angebaut.

Die Nachrichten von den Mißbildungen verbreitete sich in den betroffenen Regionen von Mund zu Mund. Von offizieller Seite wurde den Ärzt/innen verboten, Informationen darüber herauszugeben. Die NOKTA-Reporter versuchten in einem zweiten Gebiet neben der südwestlichen Schwarzmeerküste, in der Stadt Edirne und Umgebung, Informationen zu bekommen. Hier äußerten sich befragte Ärzte sehr wage: *„Totgeburten, Früh- und Fehlgeburten haben in den letzten Monaten zugenommen."* Ein Arzt aus dem staatlichen Krankenhaus Edirne erklärte, warum niemand genaue Informationen geben wollte: *„Man hat uns alle gewarnt: Wenn wir der Presse Informationen geben, sind wir unsere Stellen los."* Nach langen Diskussionen wurde von vielen „namenlosen" Ärzt/innen bekannt, daß in den letzten Monaten die Zahl der Mißbildungen stark zugenommen habe. (Alle Informationen aus der Türkei habe ich einem Bericht der „Psychologie heute" vom Februar 1987 entnommen, der auch eine Übersetzung des Textes aus der Zeitschrift NOKTA enthält).

Fragebogenaktion der Elterninitiativen

Mehrere Elterninitiativen und die Berliner unabhängige Meßstelle haben eigene Fragebögen zu Auffälligkeiten bei nach Tschernobyl geborenen Kindern ausgearbeitet. Er kann sowohl von den betroffenen Eltern als auch von beruflich betroffenen namentlich oder anonym ausgefüllt werden. Er soll durch Stichproben wichtige Hinweise und Tendenzen aufzeigen, außerdem die Notwendigkeit wissenschaftlicher Studien begründen, was angesichts von Verharmlosungsversuchen sehr wichtig ist. Der Fragebogen kann bestellt werden bei:

Eltern für unbelastete Nahrung e.V., Gerhardstraße 21, 2300 Kiel
Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung e.V., c/o. Kopiethek, Flughafenstraße 19, 1000 Berlin 44
Strahlentelex, Unabhängige Strahlenmeßstelle Berlin, Wilsnacker Straße 15, 1000 Berlin 21

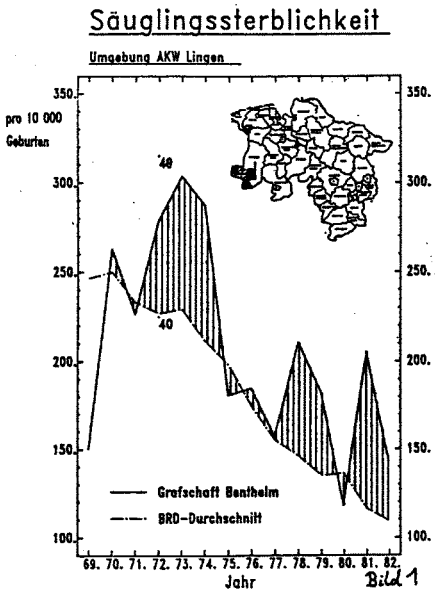
Foto:B.Morell

Kinder- und Säuglingssterblichkeit in der Umgebung des AKW Lingen

In offiziellen Darstellungen wurde bisher immer davon ausgegangen, daß durch sog. Niedrigstrahlung, wie sie in der Umgebung von AKW's, im Normalbetrieb und insbesondere bei Störfällen auftritt, eine nur unbedeutende Erhöhung des Krebsrisikos und daneben keine anderen Gefahren für die Bevölkerung auftreten. Akutfolgen werden für diesen Dosisbereich ausgeschlossen.

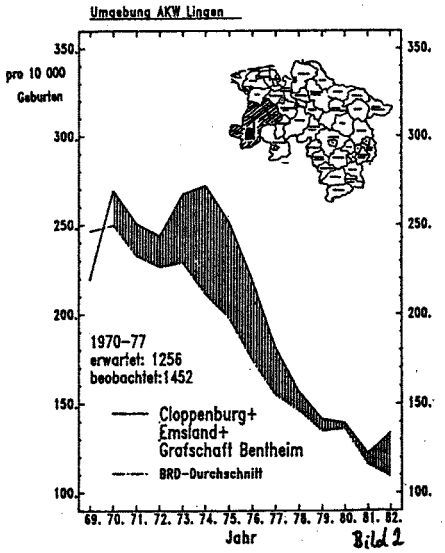
Ziel dieser Untersuchung war zum einen eine Überprüfung dieser Annahme und zum anderen eine Abschätzung der nach Tschernobyl zu erwartetenden Akutfolgen. Dazu wurde der zeitliche und räumliche Verlauf der Kinder- und Säuglingssterblichkeit in Niedersachsen nach Inbetriebnahme des AkW Lingen untersucht. Der Studie liegen die Daten der amtlichen Statistik des Landes Niedersachsen (1) und der Studie zur Leukämiesterblichkeit des niedersächsischen Sozialministers (2) zugrunde. In der staatlichen Studie wird zwar ein Effekt festgestellt, da aber nur der Mittelwert über einen großen Zeitraum und nicht der zeitliche Verlauf der relevanten Gebiete untersucht wird, wird die Erhöhung der Kindersterblichkeit dort als nicht signifikant bezeichnet.

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen meiner Untersuchung muß die These, daß durch Niedrigstrahlung keine Akutfolgen auftreten, angezweifelt werden. Ein Vergleich von Lingen mit Tschernobyl ist z.B. mit Hilfe der freigesetzten Menge radioaktiver Edelgase und Jod möglich. Die in Tschernobyl freigesetzte Aktivität an Edelgasen ist etwa 100 mal größer, als die Menge, die das AKW Lingen 1969-77 abgegeben hat. Die Menge des abgegebenden Jods 131 ist in Tschernobyl etwa 5 Millionen mal größer als die Emissionen von Lingen 1970-77 (also ohne die Störfälle von 68 und 69). (3)



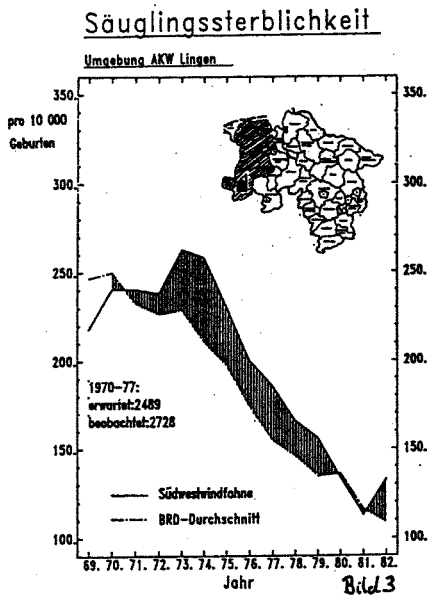
Am auffälligsten ist der Anstieg der Säuglingssterblichkeit im Landkreis Grafschaft Bentheim. Nachdem die Säuglingssterblichkeit dort 1969 noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lag (52 % des nach dem BRD-Durchschnitt erwarteten Wertes), stieg sie 1970 stark an und erreichte in den Jahren 1973 und 74 ein Maximum (133 % bzw. 136 % des Erwartungswertes). Zwischen 1972 und 1974 starben in der Grafschaft Bentheim 138 Säuglinge (106 erwartet). Nachdem die Werte 1975 bis 1977 wieder im Bereich des Bundesdurchschnitts lagen erfolgten weitere Anstiege 1978/79 und 81. Bild (1)

Ihre Aussagekraft gewinnen diese Daten jedoch erst vor dem Hintergrund der Ergebnisse größerer Gebiete: Der gleiche abrupte Anstieg der Säuglingsterblichkeit im Jahr 1970 findet sich auch beim Mittelwert der Summe der Landkreise Cloppenburg, Emsland und Grafschaft Bentheim. 1970-77 wurden 1.452 Fälle beobachtet (1.256 erwartet). (Bild 2).

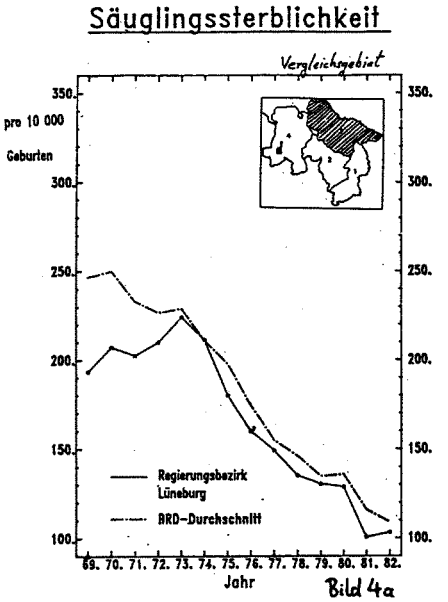


Dieser Trend zeigt sich auch, wenn man außerdem die Landkreise Leer, Ammerland, Aurich und Friesland hinzunimmt. Hier wurden 1970 - 77 insgesamt 2.728 Säuglingssterbefälle beobachtet, gegenüber 2.489 nach dem Bundesdurchschnitt erwarteten Fällen. (Bild 3).

Die Orte in der Südwestwindfahne des Reaktors sind auch deshalb von besonderem Interesse, weil sie sowohl am 1.11.71 als auch am 6.5.75 in der Abluftfahne des Reaktors lagen. Am 1.11.71 kam es zu einer Schnellabschaltung des AkW's nach einem Stromausfall. Am 6.10.75 wurde durch einen defekten Filter eine erhöhte Menge an radioaktiven Aerosolen abgegeben. An beiden Tagen herrschte Südwestwind.



Zum Vergleich dienen die weiter vom AKW Lingen entfernt liegenden Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg. Im Reg. Bez. Lüneburg steigt die Säuglingssterblichkeit Anfang der 70er Jahre an, übersteigt aber nicht den Bundesdurchschnitt. (Bild 4a).



Der Regierungsbezirk Braunschweig verläuft noch näher am Mittelwert. (Bild 4). Die Zahl der Geburten ist in beiden Gebieten etwa gleich groß wie in dem als 'Südwestwindfahne' bezeichneten Gebiet.

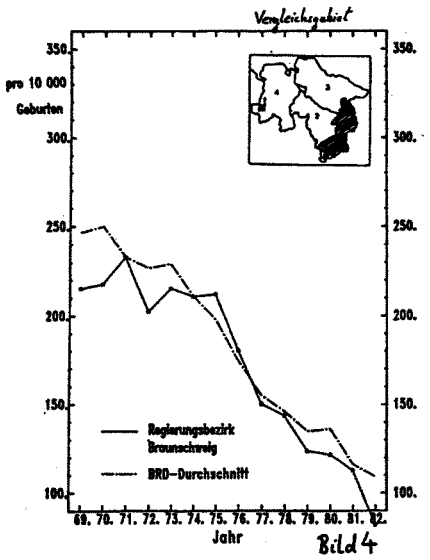


Bild 4

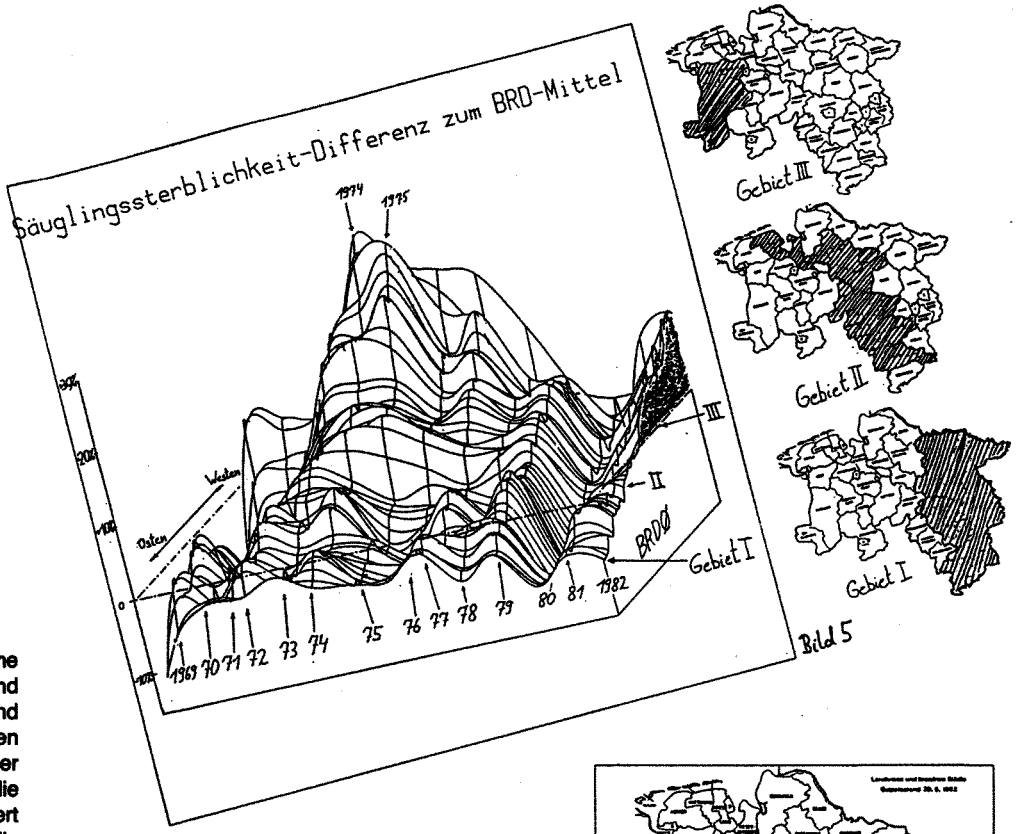
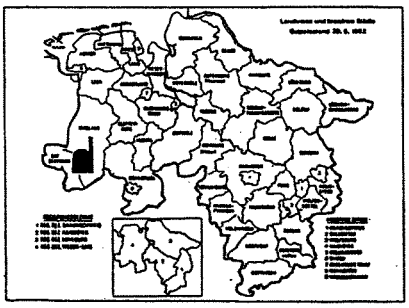
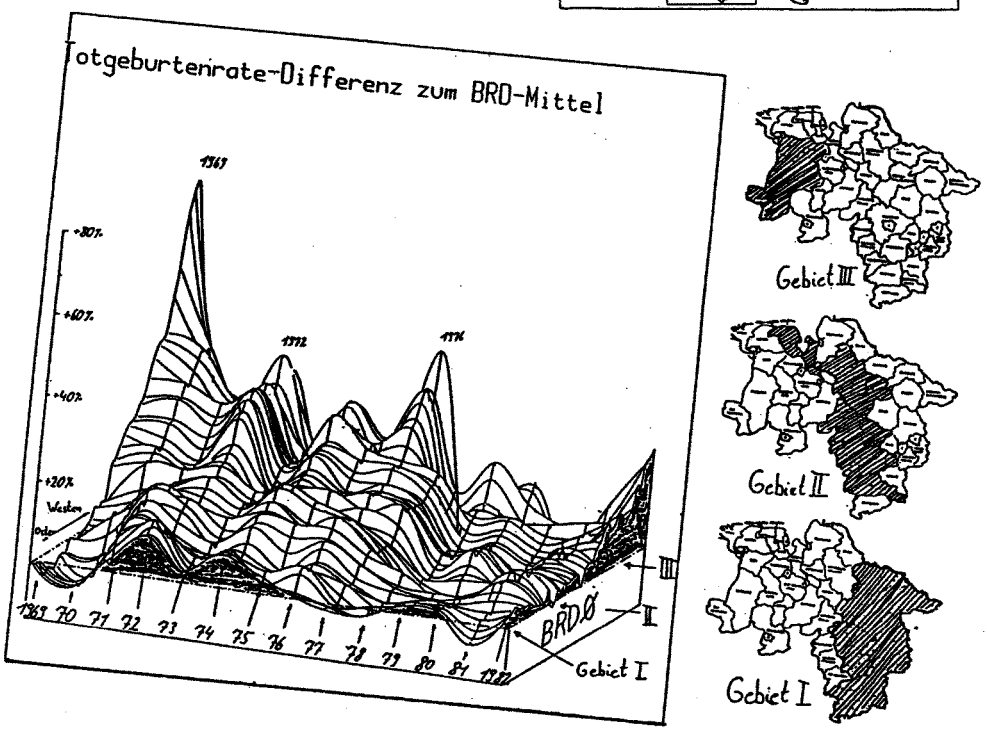


Bild 5

Einen qualitativen Überblick über die zeitliche Entwicklung von Säuglingssterblichkeit und Totgeburtenrate ermöglichen die Bilder 5 und 6. Jede quer verlaufende Linie beschreibt den Verlauf für ein bestimmtes Gebiet immer näher an das AKW Lingen heran. Aufgetragen ist die Abweichung vom jeweiligen Durchschnittswert für die Bundesrepublik, (dargestellt durch die strichpunktierte Linie). Ausgehend von einem Gebiet in Ostniedersachsen (Gebiet I), dessen Verlauf durch die vorderste Linie der Grafik beschrieben wird, werden nach und nach am östlichen Rand liegende Gebiete weggelassen und durch am westlichen Rand liegende Gebiete ersetzt. So verschiebt sich eine etwa gleich groß bleibende Zone immer näher an das AKW Lingen. Damit gelangt man nach einigen Vertauschungen zum Gebiet II und schließlich weiter zum Gebiet III. Die weiter vom AKW liegenden Gebiete werden dann Schritt für Schritt weggelassen bis nur noch die Landkreise Grafschaft Bentheim und Emsland übrigbleiben, deren Verlauf die hinterste Linie beschreibt.

Man erkennt deutlich, daß in einigen Jahren sowohl die Säuglingssterblichkeit als auch die Totgeburtenrate bei Annäherung an Lingen zunehmen. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß es sich bei der hohen Säuglingssterblichkeit in der Nähe des AKW Lingen nicht um statistische Schwankungen, sondern um einen mit Windrichtung und Distanz zum AKW korrelierten Effekt handelt.





Quellen:

(1) Niedersächsisches Landesverwaltungsamt: Statistische Berichte, Ergebnisse der amtlichen Statistik des Landes Niedersachsen. A II. 1969 - 82

(2) Der niedersächsiche Sozialminister: Bericht über die Leukämie Sterblichkeit in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der Altersgruppe unter 15 Jahren. - Entgegnung zur Behauptung über eine starke Zunahme von Leukmie Sterbefällen in der Umgebung des Kernkraftwerks Lingen.

(3) Der Bundesminister des Inneren: Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung, Jahresbericht 1977.

Strontium — die verschleierte Gefahr

Worauf kritische Wissenschaftler längst hingewiesen haben, wird durch neue Messungen zunehmend bestätigt: Das Gefahrenpotential des Strontium im Tschernobyl-Fall-out ist viel höher als offiziell zugegeben. Es gibt nur wenige veröffentlichte Strontium-Messungen: Der Staat hat keine Interesse an solchen Zahlen (eher an deren Verschleierung und Verharmlosung), für "alternative" Labors sind sie meist zu aufwendig. An der Bremer Uni wurden jetzt welche durchgeführt. Prof. Jens Scheer hat die bestürzenden Ergebnisse veröffentlicht. Diese Erkenntnisse entwerten im übrigen auch die meisten Becquerel-Belastungstabellen, die sich lediglich auf Cäsium-Messungen stützen.

Offizielle wie unabhängige Meßstellen pflegen zur Kennzeichnung der radioaktiven Belastung die Konzentrationen von Cäsium-137 (Cs-137) + Cäsium 134 (Cs-134) anzugeben.
Was das Strontium-90 (Sr-90) angeht, hat sich allgemein die Auffassung verbreitet, die von der atomenergiefreundlichen Münchener Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in die Welt gesetzt wurde: Die Sr-90-Aktivität betrage 1.) etwa 1% der von Cs-137 und sei 2.) praktisch zu vernachlässigen.
Der zweite Schluß wurde und wird von den Münchener Experten wider besseres Wissen verbreitet: Sr-90 ist radiologisch wesentlich gefährlicher als Cs-137. Selbst die offizielle Strahlenschutzverordnung drückt das aus, wenn sie vorschreibt, daß 40 mal weniger Sr-90 als Cs-137 mit der Nahrung in den Körper aufgenommen werden darf, was heißt, daß Sr-90 etwa 40 mal gefährlicher sei als Cs-137, also 1 Bq Sr-90 soviel zählt wie 40 Bq Cs-137.
Diese Werte stützen sich, wie üblich, "nur" auf die Krebserzeugung durch Radioaktivität. Inzwischen weiß mensch aber, daß gerade das Sr-90 noch verheerendere Auswirkungen hat; es sammelt sich in Knochen an, bestrahlt das Knochenmark und behindert damit die Ausbildung jener Zellen, die für die Immunabwehr zuständig sind. (...)
Somit muß mensch ganz pauschal sagen, daß Sr-90 etwa hundertmal so gefährlich wie Cs-137 ist, also 1 Bq Sr-90 etwa 100 Bq Cs-137 entspricht, oder daß die Sr-90-Gefahr gleich der von Cs-137 ist, wenn die Bq-Zahl des Sr-90 etwa 1% der des Cs-137 ist, wie behauptet wird.
Aber es kommt noch schlimmer: Denn auch die erste Behauptung stimmt nicht. Offenbar waren die Wolken, die von Tschernobyl aus Norddeutschland erreichte, reicher an Sr-90 als die, von denen Süddeutschland getroffen wurde (was nciht unplausibel ist, da sie zu verschiedenen Zeiten bei verschiedenen Temperaturen des brennenden Reaktors abgegeben wurden und die Elemente sich u.a. durch ihre Verdampfungstemperatur unterscheiden).
Schon die Kernforschungsanlage Jülich gab im Mai 1986 Werte des Sr/Cs-Verhältnisses bis 16% an, und in Berlin lag zu derselben Zeit das entsprechende Verhältnis in Krankenhauskost bei 23%.
Neuere Messungen der Strahlenmeßstelle in der Bremer Universität an Regenwasser aus Bremen und München zeigen sogar eine Umkehr des von Cs gewohnten Süd-Nord-Gefälles:
In Bq/l ergab sich für Bremen: Cs-137: 12,6; Sr-90: 0,7; Sr/Cs = 6%
für München: Cs-137: 61,8; Sr-90: 0,4; Sr/Cs = 0,7%
Im Bremer boden fanden sich Sr/Cs-Verhältnisse von 3%, in Bremer Milch dagegen schon 12%. Sehr aufschlußreich sind neuere Bremer Messungen an bayerischen Käsesorten, von denen man annehmen kann, daß bei der Herstellung das Cs-137 zum großen Teil in die vieldiskutierte Molke gelangt ist. Dies bestätigte sich, leider aber trennten sich bei der Herstellung Sr und Cs, und das Sr ging vorzugsweise in den Käse.
Geht mensch aus von einer bestimmten Menge Cs und Sr in der Vollmilch, die jeweils mit 100% Cs und 100% des Sr bezeichnet wird, so findet mensch wieder:
In Butter 2% des Cs, 1% des Sr; in Buttermilch 14% des Cs, 6% des Sr; in Sauermilchkäse 2% des Cs, 7% des Sr; in Sauermolke 82% des Cs, 86% des Sr; in Labkäse 2% des Cs, 85% des Sr; in Labmolke 82% des Cs, 8% des Sr. Nach diesen Überlegungen wären also Liebhaber von Sauermilchkäse – zu denen der Autor gehört – am besten dran.
Generell aber zeigt sich, daß die Belastung durch Sr-90 die durch Cs übertrifft.
Doch sind für ein auch nur einigermaßen verbindliches Bild sehr viel mehr Meßdaten erforderlich.
Hier sieht es noch schlechter aus, was vor allem daran liegt, daß das Sr-90 sehr viel schwerer nachzuweisen ist als Cs-137: Während für das Cs Meßwerte nach wenigen Stunden vorliegen, kann für Sr einen Woche konzentrierte Arbeit im Chemielabor erforderlich sein.
Das geht über die Möglichkeiten der meisten unabhängigen Meßstellen hinaus. Um so wichtiger wäre die unzensierte Veröffentlichung der in den offiziellen Labors relativ zahlreich anfallenden Werte. (...)
Fordern wir gemeinsam: Freilegung und laufende öffentliche Berichterstattung über die offiziellen Meßwerte zu Sr-90. Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel auch bzgl. Strontium!

Wackersdorf-Chronik VI

Foto: Thomas Einberger

18.2.
Sabotage an Bahnstrecke
Bisher hat es 50 Anschläge auf Bundesbahnstrecken in Bayern gegeben. Beim 51. Sabotageakt kam es erstmals zu Festnahmen. An der Strecke Ulm – Augsburg wurde an der Oberleitung durch ein Blechstück ein Kurzschluß verursacht. Kurz danach wurden zwei Männer verhaftet, die von Innen– und AIDS–Staatssekretär Gauleiter dem "militanten WAA–Widerstand" zugerechnet wurden. Nach einem Geständis wurden sie vorerst freigelassen.

2.3.
Fasching am Bauzaun
Rund 1000 zum Teil phantasievoll kostümierte Demonstranten demonstrierten per Gottesdienst, Straßensperre und vereinzelt geschmissenen Steinen gegen die WAA.

3.3.
Radi–aktiv–Urteil
Wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Verunglimpfung des Staates müssen die Redakteur/inn/en von Radi–Aktiv zwischen 900 und 3600 DM Geldstrafe blechen (siehe letzte atom).

4.3.
WAA–Bau rechtswidrig?
Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat durchblicken lassen, daß die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA (Zaun, Wache, Brennelemente–Eingangslager) vermutlich rechtswidrig ist, weil sie nicht (wie geschehen) nach dem Atomrecht hätte erfolgen dürfen. Die Antwort des Landes: Für das Eingangslager wird die Genehmigung für sofort vollziehbar erklärt, wodurch Baubeginn möglich ist. Der erfolgt einen Tag später.

5.3.
17 Monate ohne Bewährung
Das bisher härteste Urteil gegen WAA–Gegner traf einen 20jährigen Zivildienstleistenden aus Regensburg. Obwohl seine Identifizierung durch die Polizei höchst zweifelhaft blieb, wurde er für schuldig erklärt, am Bauzaun Polizisten mit Steinen und Erdklumpen beworfen zu haben: 17 Monate wegen Landfriedensbruch.

6.3.
Keine WAA in Wackersdorf?
Die DWK hat den Antrag für die Baugrube des Hauptprozeßgebäudes zurückgezogen. Angeblich, weil die Abmessungen nicht mehr stimmen. Die üblichen gut unterrichteten Kreise munkeln aber auch, statt WAA solle "nur" ein End– oder Zwischenlager in Wackersdorf entstehen. Vermutlich geht es aber darum, juristische Fehler auszubügeln, die eine Genehmigung des Antrages gefährdet hätten. Statt im Rahmen der 1. Teilerrichtungsgenehmigung soll der Antrag nun Bestandteil der 2. Teilgenehmigung werden.

10.3.
Gibt's auch: Freisprüche
Weil die Bullen nur haarsträubende Angaben zur Identifizierung machten, wurden zwei Frauen und in einem anderen Verfahren eine Mitarbeiterin des Altenschwander Info–Büros vom Vorwurf des Steinewerfens freigesprochen. Manchmal hängt's halt von der Laune der Richter ab.

Arbeitslosenquote fast 20%
Im Bezirk Schwandorf gab es Ende Februar 23551 Arbeitslose, das sind 19,6 Prozent. Vor allem sind auch Bauarbeiter betroffen. Kann mensch mal sehen, wie wichtig die WAA ist.

11.3.
Hausdurchsuchung – Razzia
Ein Bauernhof im Landkreis Schwandorf, in dem ein Fotograf und erklärter WAA-Gegner wohnt, wurde vom Keller bis unters Dach durchsucht. Angeblich wegen Verdachts auf Aufforderung zu Straftaten. Die Beschlagnahmeobjekte weisen auf den wahren Grund hin: Die Polizei nahm rund 100 Filme mit Fotos von Widerstandsaktionen mit.
Einen Tag später wurde die Wohnung eines anderen WAA-Gegners in Altenschwand in einer Art und Weise auf den Kopf gestellt, die die BI Schwandorf an "Gestapo-Zeiten" erinnerte. Mitgenommen wurden Zeitschriften und Flugblätter. Im gleichen Haus befindet sich das „Infobüro Freies Wackerland".

15.3.
Einstürzende Masten
Die Polizei beklagt in der Oberpfalz ein Ansteigen der Kriminalität, als dessen Ursache sie die WAA-Proteste ansieht. Allein 1986 kippten bayernweit 30 Strommasten (64 wurden angesägt). davon alleine 24 im Landkreis Schwandorf.

20.3.
Entlassungen bei Maxhütte
Bei der Maxhütte, einem der größten Unternehmen der Region und einzigem Stahlwerk in Süddeutschland, sind 1500 Arbeitsplätze bedroht. Das ergibt sich aus Sanierungsüberlegungen des Mutter-Konzerns Klöcker in Duisburg. Schon jetzt arbeiten auf der Maxhütte mit 4700 Arbeitnehmer/innen gerade noch halb so viele wie 1965.
Die benachbarte Erzgrube Leonie mit 250 Arbeitsplätzen soll sogar ganz geschlossen werden.

22.3.
Gegen den rasenden Mob.
Zu 18 Monaten mit Bewährung wurde ein 30jähriger aus Kelheim verurteilt, laut Polizei "nicht zum harten Kern der Gewalttäter gehörend", laut Verteidiger ein passionierter Mineraliensammler. Eben diese Mineralien soll er bei der Pfingst-Demo 86 Richtung Polizei geworfen haben. Staatsanwalt und Gericht sahen in den Sammlerstücken nichts als schnöde Steine und verlangten Härte. Sonst, so Staatsanwalt Preischl, gewinne der "rasende Mob" die Oberhand und es drohe "Anarchie".

WAA-Beben
Die WAA wird nicht 1997, sondern erst zwei Jahre später fertig. Sie kostet nicht 6 Milliarden, sondern 7,4. Zudem liegt sie in einem nicht erdbebensicheren Gebiet und gefährdet das Grundwasser. Das sind neueste Angaben von unabhängigen Wissenschaftlern und Journalisten, die vor allem das von der DWK vorgelegte Gutachten zur 1. Teilerrichtungsgenehmigung kritisierten: "Man hat erst die WAA und dann die Geologie darum herum geplant. Man hat da etwas zusammengebastelt, damit es paßt." So Geologie-Professor Rutte von der Universität Würzburg.

Abschied von der Wiederaufarbeitungsanlage?

Die Rücknahme des Genehmigungsantrages für die Baugrube des Hauptprozeßgebäudes hat Spekulationen geschürt, inwieweit die DWK in Wackersdorf eine Wiederaufarbeitungsanlage überhaupt noch bauen will. Gemunkelt wird von einem End- oder Zwischenlager. Derlei Gerüchte erhalten Auftrieb durch Informationen des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), demzufolge drei der elf DWK-Gesellschafter gegen die WAA sind: mit dem RWE, der VEBA und den Bayernwerken sicherlich die einflußreichsten Kapitalhalter. Laut BUND haben sie eine Studie erarbeiten lassen, die zu dem Schluß kommt, man solle die notwendigste Wiederaufarbeitung in La Hague durchführen, sich ansonsten auf das Endlager in Gorleben konzentrieren und in Wackersdorf "lediglich" ein Zwischenlager errichten. Das sei allemal billiger als eine eigene WAA. Nach den neusten Erschütterungen im und um Gorleben ist freilich auch nicht auszuschließen, daß über ein Endlager in Wackersdorf nachgedacht wird. Es darf gerätselt werden.

25.3.
Drei Monate fürs Sprayen
Einige eher harmlose Anti-WAA-Parolen ("Laßt euch nicht WAAsinnig machen"), an diverse Wände in Amberg gesprüht, trugen einem Student drei Monate auf Bewährung ein, zudem 150 "gemeinnütziger" unentgeldlicher Zwangsarbeit.

Zehn Monate für Widerstand
Zu zehn Monaten ohne Bewährung wurde in Schwandorf ein 33jähriger WAA-Gegner verurteilt. Er soll im Juni 86 auf dem Weg zu einer WAA-Demo mit Strumpfmaske, Stahlschleuder, Stahlkugeln und Kanonenschlägen geschnappt worden sein und sich der Festnahme widersetzt haben. Die Verteidigung wies auf schwere Ermittlungsfehler hin: Es könne nicht nachgewiesen werden, daß die fraglichen Gegenstände tatsächlich beim Angeklagten gefunden wurden und nicht bei anderen Durchsuchten. Während des Prozesses kam es zu Rangeleien zwischen Polizei und Zuhörern, die zum Teil wegen Überfüllung nicht in den Saal durften. Laut Lokalzeitung herrschten beim Prozeß "Sicherheitsvorkehrungen, wie sie in der Geschichte der Schwandorfer Justiz bisher einmalig gewesen sein dürften".

Maulkorb für Anwälte
Weil sie davor gewarnt haben, ohne Rechtsbeistand in WAA-Prozesse zu gehen, ("Sonst wird man abgemäht") läuft gegen zwei Rechtsanwälte in Nürnberg ein Ehrengerichtsverfahren. Mehrere Strafverteidigerorganisationen und die Richter in der ÖTV protestierten gegen diesen "Maulkorb".

29.3.
WAA-Wachleute schießen scharf
Nach einem Bericht der Schwandorfer Zeitung „Neuer Tag" werden die Wachleute der Firma "Ratisbona", die im Normalfall das WAA-Gelände vor was weiß ich schützen sollen, von einem ehemaligen hohen Polizeioffizier im Schießen ausgebildet. Die Aufforderung dazu ging vom Bayerischen Innenministerium aus. Angeblich werden die Wachleute im Dienst erst bewaffnet, wenn der WAA-Betrieb läuft.

30.3.
Yupples gegen WAA
Die bayerischen Jungen Liberalen, also der FDP-Nachwuchs, lehnen eine WAA "entschieden" ab. Sie wollen lieber ein Endlager, weil Natur-Uran billiger wäre als wiederaufgearbeitetes.

1.4.
Urteil aufgehoben
Nach welch zweifelhaften Maßstäben in Schwandorf "Recht" gesprochen wird, zeigt die Berufsverhandlung vor der Jugendkammer Amberg. Die hob ein Urteil (8 Monate) wegen Landfriedensbruch gegen einen WAA-Gegner auf, weil alle angeblichen Tatbestände nicht erwiesen seien.

2.4.
Prozeß gegen WAA:
Siegreich und folgenlos
Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof läuft siegreich, aber folgenlos ein Prozeß, mit dem der Bau der WAA gestoppt werden sollte. Kläger sind drei Bauern, ein Brauereibesitzer und ein Chirurg aus der Oberpfalz. Sie hatten im Oktober 1985 (!) ein "Eilverfahren" angestrengt, das erst jetzt, 17 Monate später, zur Verhandlung führte. Die allerdings wurde kurz und bündig: Das Gericht hob die 1. Teilerrichtungsgenehmigung auf (für Bauzaun, Eingangslager, Baugrube), weil sie unzulässigerweise in einem atomrechtlichen Verfahren erteilt worden sei. Der WAA-Bau geht allerdings weiter. Denn für die Baugrube fürs Hauptgebäude hat die Landesregierung die Genehmigung vorerst zurückgezogen, für die übrigen Anlagen liegen die nach Gerichtsansicht ausreichenden einfachen Baugenehmigungen vor.
Aber immerhin: Die Landesregierung, die sich die 1. Teilgenehmigung als "erstes positives Gesamturteil über die WAA" gedacht hatte, muß nun wieder von vorne anfangen und das komplette atomrechtliche Genehmigungsverfahren abspulen. Die jetzt gültigen einfachen baurechtlichen Genehmigungen geben als Vorentscheidung nichts her. Zumal die Kläger jetzt auch gegen diese Baugenehmigungen vorgehen wollen. Sie sehen ein "infames Zusammenspiel von Genehmigungsbehörde und Betreiberfirma, wenn nun über das Baurecht einfach weitergebaut werde".

4.4.
Volksbegehren gegen WAA
Die Bürgerinitiative "Volksbegehren gegen die WAA Wackersdorf" hat einen Antrag auf Zulässigkeit eines Volksbegehrens gestellt. Sie brachte 38592 beglaubigte Unterschriften von Unterstützer/innen mit. Das Innenministerium prüft jetzt die Zulässigkeit.

Foto: Jürgen Siegmann

6.4.
800 Arbeitsplätze futsch
Der Klöckner-Konzern kommt in puncto Maxhütte zur Sache. Das Zweigwerk in Haidhof, erst 1961 in Betrieb genommen, ist geschlossen, 800 Arbeiter, so die Lokalzeitung, "verließen mit hängenden Köpfen die moderne Stahlproduktionsstätte".

7.4.
Strauß ist beleidigt
Weil Bayernmajestät Strauß sich durch die Aussage beleidigt fühlte, er verdiene zwischen 50000 und 100000 DM im Aufsichtsrat der Bayernwerke, ließ er eine Regensburger Zeitung durchsuchen. Er wollte den Missetäter aufspüren, der diesen Text als Anzeige aufgegeben hatte.

8.4.
Absage an Polizei
Weil die Polizei nicht nach dem Gesetz, sondern dem Willen der CSU vorgehe, sei keine Gesprächsgrundlage gegeben. Mit dieser Begründung gab der Dachverband der oberpfälzischen BI's den Freunden und Helfern einen Korb.

9.4.
WAA ein Schwarzbau?
Nach dem WAA-Urteil des Verwaltungsgerichtshofes am 2.4. hagelt es weitere Klagen gegen die baurechtliche Genehmigung. Unter anderem klagen sechs Mütter, die neben dem Bauplatz wohnen, weil die Baugenehmigung zu Unrecht erteilt worden sei. Es handele sich daher um den "größten Schwarzbau der Bundesrepublik"

14.4.
Leidensweg zur WAA
Kirchliche Gruppen führten einen ökumenischen Kreuzweg zum WAA-Gelände durch, wobei in fünf Stationen Personen, die mit dem "Leidensweg Jesu" in Verbindung stehen, auf die heutige Zeit übertragen wurden. 1000 litten mit.

Briefe an WAA-Gegner
"Wie uns von der Polizei mitgeteilt wurde, gehören auch Sie zum Kreis der WAA-Gegner..." lasen einige Schwandorfer Bürger/innen in einem Brief, der ihnen ins Haus geflattert kam und sie von der Harmlosigkeit der WAA überzeugen sollte. Unter anderem wird darin Milch als Mittel gegen radioaktive Belastung empfohlen und die freie Marktwirtschaft als Garant des Umweltschutzes gefeiert: "Hohe Profite machen Umweltschutz möglich". War's die DWK oder ein Spaßvogel? Die DWK war's nicht, sagt sie. Die Polizei ermittelt.

15.4.
Strafbares Klatschen

Weil er zu militanten Aktionen am Bauzaun Beifall geklatscht, Bravo gerufen und durch Zurufe auf einen Zivi aufmerksam gemacht habe, wurde ein 40jähriger Mann aus Wackersdorf wegen Landfriedensbruchs verurteilt: 8 Monate mit Bewährung.

Polizeikosten
100 Millionen Mark kostete bisher die Polizeipräsenz an der WAA Wackersdorf: 60 Mill. Personalkosten, 31 Mill. Reise- und Verpflegungskosten, 15 Mill. für "Spezialausrüstung". Dafür wurden 2,5 Millionen Einsatzstunden geleitet, bei denen 376 Beamte verletzt und ein Sachschaden von 7,5 Millionen Mark nicht verhindert wurde.

17.4.
Maxhütte im Konkurs
Die Maxhütte, größtes Unternehmen der Oberpfalz, hat Konkurs angemeldet. Ziel ist angeblich nicht die Schließung und Massenentlassung sondern geradewegs das Gegenteil: Über den Konkurs solle die Maxhütte vom Klöckner-Konzern losgeeist werden und eine eigene Sanierung betreiben. Die Belegschaft, die mit Demos und Streiks für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gekämpft hat, wird vorerst mit dem Versprechen beruhigt, es gäbe vorläufig keine Entlassungen mehr.

21.4.
Ostern am Bauzaun
Mehrere tausend WAA-Gegner demonstrierten über die Osterfeiertage am Baugelände. Bei den vielfältigen Aktionen kam es nur zu vereinzelten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Polizei gewaltfrei
Die Polizei hat in der Oberpfalz eine neue Taktik der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, die auch über Ostern ausprobiert wurde: Auf Aufklebern und Luftballons wird der Spruch "Gewalt nein danke" propagiert, mit einer durchgestrichenen Zwille als Symbol. Fernsehstars wie Hansjörg Felmy ("Kommissar Haferkamp") werden in den Werbefeldzug eingespannt und Flugblätter "in eigener Sache" verteilt. Darin ist etwa zu lesen: "Wir glauben, daß die hartnäckigsten Unterstellungen und Kritikpunkte auf Mißverständnissen beruhen". Die Polizei schütze nur geltendes Recht, egal ob für oder gegen WAA. Sie bekämpfe nicht die Anti-WAA-Bewegung, sondern schütze sie nur vor den Chaoten. Sie sei nicht brutal, sondern reagiere nur mit konsequenten Gegenmaßnahmen auf Gewalttäter. Und so weiter. Anlaß für die Aktion ist die weitgehende Isolierung der Polizei in der Oberpfälzer Bevölkerung.

Aufkleber der Polizei ...

... und die Antwort von WAA-Gegnern

24.4.
Hängematte strafbar
Bei den Rodungsarbeiten im Januar 86 mußten die Holzfäller lange Zeit zwei Bäume stehen lassen. Grund: Zwischen den Stämmen baumelte, in acht Metern Höhe, eine Hängematte. Und in der lagen zwei Menschen. Deren phantasievolle Aktion gefiel dem Schwandorfer Amtsgericht aber nicht: je 15 Tagessätze zu 20 Mark wegen Nötigung.

Foto: Thomas Einberger

27.4.
Tschernobyl-Jahrestag
Am Tschernobyl-Jahrestag kam es zu mehreren Aktionen in Schwandorf und Wackersdorf. WAA-Gegner bildeten rund um den 4,8 km langen Bauzaun einen "Energiekreis", 7000 nahmen an der "Weißen Demo" (gegen den "schwarze Politik in München") und an der Abschlußkundgebung in Wackersdorf teil. Dort sprachen unter anderem Ute Bodemer von der Ökostation Oberpfalz ("Der Mensch muß sich als Teil der Natur begreifen") und Jutta Ditfurth ("Strauß ist ein bayerischer Atomdiktator"). Karin Rostek von den "Frauen gegen die WAA" kritisierte die Polizei-Aktion "Gewalt nein danke". In Wahrheit sei bei der Polizei von einer neuen sanften Linie nichts zu spüren.
Immerhin: Polizisten verteilten zum Teil erfolgreich Bonbons und Anstecker und halfen mit, den "Energiekreis" um das Baugelände zu schließen. Alles easy? Nicht ganz. Am späten Nachmittag erspähten die Beamten eine Demogruppe, die "Scheinangriffe" gegen den Bauzaun führte. Vereinzelt folgen Steine.

Die örtliche "Mittelbayerische Zeitung" zum weiteren Geschehen: "Einen Demonstranten griffen die Polizisten aus der Menge heraus, drückten ihn an den Betonwall und knieten sich auf ihn, während uniformierte Dollegen sofort einen halbkreis um den Festgehaltenen bildeten. Fotografen und Demonstranten, die zwischen den Bainen der Polizisten hindurch das Geschehen verfolgen wolltlen, wurde der Blick mit Schlagstöcken verwehrt. Als der ruf laut wurde "Das ist Folterung" stürmten Uniformierte und WAA-Gegner aufeinander los. Die Demonstranten bildeten einen riesigen Kreis um die Hundertschaft, als sie den Festgenommenen zum Haupttor abführten. Den Polizisten, die im Weg stehenden WAA-Gegner wegstießen, schrien die Demonstranten höhnisch das Motto der offiziellen Polizei-Aktion entgegen: 'Gewalt – nein danke'."
Insgesamt wurden drei Demonstranten festgenommen, ein Rollstuhlfahrer krankenhausreif geprügelt.
Schon einen Tag später wurde einer der Festgenommenen per Schnellverfahren zu drei Monaten auf Bewährung verurteilt: wegen angeblichen Steineschmeißens.

Wackersdorf

STREIT

In der letzten atom hatten wir einen Zuversicht verbreitenden Artikel über die geplanten Herbstaktionen in Wackersdorf geschrieben. Tenor: (Fast) alles klar; nach der kontroversen, aber konstruktiven Diskussion auf der Atommüllkonferenz Ende Februar in Bielefeld ist ein Kompromiß gefunden worden, für den zwar alle Strömungen der Bewegung Abstriche an ursprünglichen Positionen machen mußten, der aber dennoch für die gesamte Anti-AKW-Bewegung Grundlage für eine massenhafte Mobilisierung in die Oberpfalz ist.

Aber wir hatten uns getäuscht. Die real existierenden Widersprüche in der Bewegung waren mit dem Bielefelder Beschluß nur zugekleistert und nicht beseitigt worden, wie sich in der Folgezeit erweisen sollte.

Das Schwandorfer Treffen vom 28.3., bei dem eigentlich »Aktionsrahmen und Aufrufvorschlag« für die Herbstaktionen erarbeitet werden sollten, endete mit einem Fiasko - und ohne Ergebnis. Autonome Gruppen hatten zur Überraschung der meisten Anwesenden einen alten Vorschlag - Großdemo in Amberg statt am Bauzaun - in ein neues Papier gekleidet, wodurch die Bielefelder Beschlüsse praktisch für unwirksam erklärt wurden und die ganze Debatte über Sinn und Unsinn eines Konzeptes, das Aktionstage und Großdemo vereinigt, neu aufgerollt werden mußte. Eine völlig vergiftete Atmosphäre führte schließlich dazu, daß ein Teil, darunter auch die anwesenden Leute aus der atom-Redaktion, das Treffen vorzeitig verließen (vgl. hierzu ausführlich die nachfolgenden Berichte und Einschätzungen über diese Konferenz).

Danach war der Frust erst mal groß, und es schien so, als würde für den Herbst überhaupt keine Planung mehr zustande kommen. »Historische« und emotionale Parallelen zu der gescheiterten Aktionskonferenz (seinerzeit in Göttingen) gegen den Weltwirtschaftsgipfel ...

Ein Haufen Kritikpapiere wurde produziert; die Autonomen polemisierten gegen »KB« und »atom«, die »radi aktiv« und der BUF (Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen) griffen die Autonomen an, und auch ein Mitglied der atom-Redaktion beteiligte sich mit einem Beitrag an der Debatte (die Papiere sind größtenteils dokumentiert).

Danach kamen am schnellsten die Autonomen wieder in die Schuhe. Sie luden zu einem »Fraktionstreffen« für den 11.4. nach Frankfurt ein und trafen sich auch in einer Arbeitsgruppe am Rande der »Libertären Tage« (Protokolle dieser Treffen sind ebenfalls dokumentiert).

Für den 9.5. luden dann Oberpfälzer BIś zu einer erneuten Konferenz nach Schwandorf ein. Zwar war der Amberg-Vorschlag mittlerweile zurückgezogen worden, aber ein Teil der Autonomen lehnte weiterhin eine Großdemonstration am Baugelände ab; ca. 20 Leute aus diesem Spektrum zogen aus. Die Verbliebenen bekräftigten den Bielefelder Beschluß und einigten sich auf eine Einladung zu einem weiteren Treffen für den Pfingstsamstag nach Frankfurt, wo ein Trägerkreis für die Hersbtaktionen gebildet werden sollte. Die Kasseler Atommüllkonferenz vom 15./16.5. in Kassel nahm den Stand der Dinge mehr oder weniger nur zur Kenntnis (die Protokolle des Schwandorfer Treffens und der Atommüllkonferenz sind abgedruckt; der Trägerkreis-Termin findet statt, wenn diese atom im Druck ist. Wir werden versuchen, ein Einlegeblatt zu erstellen).

Wie ist nun, Ende Mai, dieser »Stand der Dinge«?

Formal, das heißt von der Beschlußlage her, genau so weit wie Ende Februar. Das Bielefelder Papier hat weiterhin oder besser: wieder Gültigkeit. Politisch hat es aber eine Rückwärtsentwicklung gegeben. Allgemein herrscht große Ratlosigkeit und Verunsicherung vor, ob es unter den gegebenen Bedingungen überhaupt sinnvoll ist, an den Herbstaktionen in der ursprünglich geplanten Form weiter festzuhalten. Von Begeisterung ist jedenfalls nicht viel zu spüren. Einige Gruppen, so die FÖGA (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen) und einige autonome Gruppen haben begonnen, die Aktions- und Blockadetage individuell vorzubereiten.

Natürlich hoffen wir weiterhin, daß es doch noch eine gemeinsame Mobilisierung für den Herbst geben wird und daß eine entsprechende Stimmung und Einsicht in die Notwendigkeit dafür entsteht. Vieles wird von dem Verlauf und den Ergebnissen des Frankfurter Treffens am 6. Juni (vgl. - hoffentlich - Beilage) abhängen.

Umsonst waren die Streitigkeiten allerdings in gar keinem Fall. Selbst wenn die Herbstaktionen nicht oder nur in reduziertem Umfang zustande kommen, so haben die Auseinandersetzungen doch beispielhaft verdeutlicht, wo die Konfliktlinien innerhalb der Anti-AKW-Bewegung verlaufen. Unter anderem auch deshalb dokumentieren wir die Protokolle, Beschlüsse, Einschätzungen usw. in relativer Ausführlichkeit.

★

um die Herbstaktionen

Foto: Andreas Salomon

Offizielles Protokoll des Schwandorfer Treffens vom 28.3.87

Anwesende Gruppen:
BI Schwandorf - Vorstand und Ortsgruppe, andere Ortsgruppen: München, Anti-WAA-Büro, Infobüro, Regensburg/Biwak, Nürnberg, Nabburg, Erlangen, Freiburg, Berline, Berlin, Frankfurt, Köln, Bonn, Bielefeld, Münster, Kassel, KB, "atom", BUF, Graswurzel
Insgesamt ca. 120 Personen
Von der Zeitschrift "atom" wurde vor einiger Zeit der Vorschlag einer Großdemo für den Herbst in die Diskussion gebracht. Von vielen Anti-AKW-Gruppen wurde die Herangehensweise kritisiert und daß eine reine Großdemo in Wackersdorf ein Schritt zurück sei (s. u.a. Kritik des Bonner Anti-WAA-Plenums in der neuen "atom"). Mensch müsse die Infrastruktur weiter thematisieren. Daraufhin wurde auf der Atommüllkonferenz in Bielefeld verabschiedet, die Städte und BIs sollten sich mit Aktionstagen (Blockadeaktionen + Großdemo) auseinandersetzen. Die endgültige Entscheidung sollte das Treffen am 28.3. bringen. Auch schon etwas länger geistert die Idee von einer Demo in Amberg durch einige Köpfe. Auf der LAKO abgelehnt, auf der BUKO nicht eingebracht und auf der ATMK nur am Rande thematisiert, wurde diese Idee auf einem Städtepartnerschaftstreffen aufgegriffen und ausgearbeitet (s. Anhang). Auf dem Treffen am 28.3. ist dieser Vorschlag eingebracht worden.
Viele der dort Anwesenden waren von dieser Idee sehr überrascht und fühlten sich teilweise überrollt. Anstatt diesen Vorschlag inhaltlich zu diskutieren (und in Zusammenhang mit den Aktionstagen) wurde nur taktisch und strategisch herangegangen. Es bildeten sich bald zwei Fronten, die sich im Laufe der Diskussion projezierten auf KB und einzelne Vertreter/innen der Redaktion "atom" und auf einige Berliner Frauen. Die Diskussion mußte dann abgebrochen werden, weil es unerträglich wurde. Mensch konnte sich gerade noch darauf einigen, die Diskussion über den Ort einer Großdemo bis auf weiteres zu vertagen und in den Städten und BIs neu zu diskutieren. Nach einer Pause wollte Mensch sich mit den Aktionstagen beschäftigen. Was anfangs auch gelang mit einem Bericht aus den Städten. Aber es dauerte nicht lange, und die Scheiße ging von vorne los. Die ersten Leuten verließen das Treffen, teilweise unter Protest. Abbruch.
Nach einer weiteren Pause trafen sich noch einmal ca. 40 Menschen, aus überwiegend autonomen Spektrum, um über die Aktionstage und die weitere Herangehensweise zu reden. Mensch redete zuerst über die vergangenen Stunden und wie es dazu kommen konnte, daß mensch auf diese Art und Weise miteinander umgeht. Da die Köpfe am qualmen und die Stimmung am Boden war, entschied mensch sich zu einem bundesweiten, autonomen Treffen, um über die weitere Herangehensweise und den Umgang mit Wackersdorf, den Städtepartnerschaften und vor allem mit den Aktionstagen zu reden.

MEINUNGSBILD
der oberpfälzer Bürgerinitiativen und Gruppen gegen die WAA
zu den HERBSTAKTIONEN

Oberpfälzer BI's und Gruppen gegen die WAA kamen auf dem Strategietreffen vom 16.3.'87, bei 3 Enthaltungen, zu folgendem Meinungsbild:

1. Im Herbst dieses Jahres sollen Aktionstage und eine Großdemonstration mit vorheriger Kundgebung stattfinden.
2. Die Großdemonstration bildet den Abschluß der Aktionstage.
3. Es gibt einen gemeinsamen Aufruf der oberpfälzer BI's und der Anti-AKW-Bewegung zu den Aktionstagen und der Großdemonstration.
4. Es gibt einen Arbeitskreis zur Vorbereitung der Demonstration. In diesem Arbeitskreis können auch Gruppen und Organisationen mitarbeiten, die nicht zu den Aktionstagen aufrufen wollen. Dieser Arbeitskreis erstellt einen eigenen Aufruf nur für die Demonstration.
5. Die Kundgebung findet in Wackersdorf statt, mit anschließender Demonstration zum Bauzaun.
6. Die Aktionen dürfen sich nicht gegen die Bevölkerung richten. Auf die Vermittelbarkeit muß geachtet werden.

Amberg oder Am Bauzaun?

Schwandorfer Treffen am 28.3.87

Auf dem Treffen warteten autonome Gruppen mit einer Überraschung auf: Großdemonstration nicht am Baugelände, sondern in Amberg.

Am 21.3.87 trafen sich einige Ortsgruppen der BI SAD mit ihren "Städtepartnerschaften": Städtedreieck-Berlin, Nittenau-Reutlingen, Amberg, Freiburg, Altenschwand.
Neben anderen Themen wurde über die geplante Großdemo im Herbst in der Oberpfalz diskutiert. Aufgrund der Entwicklung des WAA-Widerstands erschien allen Anwesenden unter den jetzigen Bedingungen eine Demo am Baugelände nicht sinnvoll zu sein. Stattdessen schlagen sie eine Großdemo in Amberg vor.
Baugelände und Bauzaun wurden in den letzten beiden Jahren zum Symbol des WAA-Projekts, gegen das sich ein großer Teil des Widerstands richtete. Gleichzeitig versuchte die bayerische Landesregierung, die Region um das Baugelände zur demonstrationsfreien Zone zu machen. Viel Geld wurde investiert, um die Situation am Bauzaun in den Polizeigriff zu bekommen.
Dieses Konzept der Einschränkung von WAA-Widerstand und demokratischen Rechten darf nicht ohne Widerstand bleiben. Trotzdem sind wir der Meinung, daß wir uns vom Aufrüstungskonzept der Landesregierung nicht allein zur Re-aktion zwingen lassen sollten.
Sinnvoller finden wir eine Demo, die Impulse der Entwicklung des Widerstands aufgreift und vorantreibt, und nicht das Baugelände zum inhaltsleeren Symbol degradiert und unsere Aktionen zum abgeschmackten Medien-Ritual macht. Konkret heißt das, politische Zusammenhänge und Hintergründe nicht nur verbal in Redebeiträgen darzustellen, sondern die Repräsentanten und Macher direkt mit unserem Widerstand zu konfrontieren.
Dies erscheint uns besonders gut in Amberg möglich. Wirtschaftliche Verflechtung mit dem WAA-Projekt und die Ausweitung des staatlichen Repressionsapparats können hier konkret zum Thema gemacht werden. Darüber hinaus erwarten wir in einer Stadt eine größere Öffentlichkeit, als "unter uns" am Zaun.
Im folgenden noch einmal die inhaltlichen Bezugspunkte, die für eine Demo in Amberg sprechen:
Verschiedene Firmen aus Amberg sind direkt am Bau der WAA beteiligt:
Kunz und Co., Bauarbeiten; Sägewerk Bösl, Holzbauten; Ing.-Büro Donhauser; ESSO-Berzl, Dieselbetriebsstoffe; DUKA Elektrotechnik, Installationsarbeiten; Plank, Betonfundamente; Prüfling, Heizung; Singer, Sanitär; alle Banken und nicht zu vergessen: Siemens.
Egal, ob WAA oder Endlager: Durch Amberg, bzw. an Amberg vorbei werden schon bald die ersten "Atommülltransporte" rollten, und zwar über die Bahnlinie N-AM-SAD, bzw. Autobahn oder B85. Die bevorstehenden Massenentlassungen von 2000 Arbeiter/innen im benachbarten Maxhütte-Werk in Sulzbach-Rosenberg sind ein Beispiel dafür, wie die Region für die WAA "reifgeschossen" wird.
Die Einsatzleitung der Polizei (Huber) hat ihren Sitz in Amberg, die Staatsschutzabteilung wurde vor kurzem vergrößert, die Streifenpolizei soll demnächst personell ausgeweitet werden. In Sulzbach-Rosenberg ist eine neue BePo-Kaserne geplant (insgesamt ca. 1000 Beamte).
Am Amtsgericht und Landgericht laufen Prozesse gegen WAA-Gegner/innen. Hierfür wurden eigens neue Staatsanwälte und Richter eingestellt. Die gesamte WAA-Staatsanwaltschaft sitzt in Amberg. Der Knast soll um das Doppelte vergrößert werden. In Amberg gibt es drei Bundeswehrkasernen und eine US-Army-Kaserne, sowie drei Truppenübungsplätze in nächster Nähe, unter anderem auch Grafenwöhr, der größte in Westeuropa.
Außerdem erwarten wir, daß zu einer Demo am Bauzaun wieder nur Leute kommen, die sich schon mit der WAA beschäftigen. Die WAA-Gegner/innen werden wieder einmal unter sich sein und andere Menschen bekommen über die Demo nur die verzerrten Berichte der Medien mit. Anders in Amberg. Wir können den Menschen, die von dem Projekt WAA unmittelbar betroffen sind, deren ALLTAG dadurch verändert wird, unsere ANliegen und Inhalte direkt vermitteln und die Auseinandersetzung über WAA und Widerstand in unserem Sinne mit ihnen führen. Wir dürften doch gelernt haben, daß die ständige Wiederholung von Promi-Reden und der beliebten "Chaoten"-Szenen aufm Fernseher nach einem Tag vergessen sind, im Gegensatz zu eigenen Erfahrungen, die uns erst handlungsfähig machen. So sind hier z.B. mit der Polizeistrategie viele, ansonsten "unbeteiligte" Menschen konfrontiert. Beobachtungen des Demo-Ablaufs können der offiziellen Medienversion gegenübergestellt werden.
Im Hinblick auf allen zukünftigen Aktionen, also auch auf unser Konzept der Aktionstage denken wir, daß der Widerstand wegkommen müßte vom sich beziehen auf Symbole und hin zur Thematisierung politischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge. Unser Ziel sind dezentrale, thematisch breitgefächerte Aktionen. Das bedeutet nicht, daß wir uns prinzipiell gegen Großaktionen wenden, sie sind wichtig als Kristallisationsppunkte der Bewegung.
Im Amberg bietet sich die Möglichkeit, daß sich die unterschiedlichen soz. Bewegungen teils eigenständig mit ihren spezifischen Schwerpunkten auf konkrete Objekte beziehen, erst daraus kann eine gemeinsame Stärke und Weiterentwicklung

des gesamten Widerstands entstehen.
Amberg steht als "ganz normale Stadt" auch dafür, daß das "Übel" nicht vor den Bauzäunen haltmacht oder sich bloß in besonders menschenverachtenden Projekten – als "Selbstlauf" – realisiert.
Eine Demo in Amberg kann dafür stehen, daß unser alltägliches Leben, unser unmittelbarer lebensraum IHREN Interessen von Profit und Herrschaft unterliegen, und daß gneau hier Widerstand notwendig und möglich ist.

Diese Vorstellung einer Großdemo zur WAA greift die Anliegen der Aktionen von Pfingsten und Herbst 86 und der geplanten Aktionstage 87 auf. So ergänzen sich diese Konzepte gegenseitig und stehen nicht – wie im bisher diskutierten "Aktionspaket" – gegeneinander. Natürlich kann dies nicht wie auf dem Reißbrett "von oben" geplant werden, sondern basiert auf der gemeinsamen Anstrengung der BI's in der Region und der überregionalen Vertreter/innen der unterschiedlichen soz. Bewegungen.
In diesem Sinn denken wir, daß es ein gutes Argument gibt, am Baugelände zu demonstrieren, daß es aber mehr gute Argumente gibt, eine Demo in Amberg zu machen. Auch dort werden wir noch genug zu tun haben, unsere Demo, bzw. Routen und Kundgebungsorte durchzusetzen.
Deshalb rufen wir allen BI's dazu auf, im kommenden Herbst eine Großdemo in Amberg vorzubereiten und durchzuführen. ★

Harter Poker um die Aktionstage

Nebenstehend eine Einschätzung des Schwandorfer Treffens von einem Teilnehmer.

Die Konferenz erbrachte keine konkreten Ergebnisse und endete damit, daß ein Teil der Teilnehmer unter Protest den Saal verließ.
Symptomatisch für den ganzen Diskussionsverlauf war, daß sich nur eine Minderheit der Anwesenden daran beteiligte, daß viel zu lange Redebeiträge immer wieder wiederholt wurden, und daß sich kaum jemand die Mühe machte, auf vorhergehende Beiträge konstruktiv einzugehen.
Das lag meiner Meinung nach daran, daß es von vornherein verschiedene Fraktionen gab, die verschiedene Konzepte unbedingt durchpowern wollten. Der einen Fraktion (hauptsächlich ATOM + KB) (uns ist klar, daß die Redaktion "atom" nicht = KB ist, sondern in der "atom" verschiedene Meinungen vertreten sind, die aber auf dem Treffen nicht ganz deutlich wurden) ging es anscheinend darum, eine Auseinandersetzung über das Thema "Großdemo am Zaun oder in Amberg?" zu führen und vertrat dabei die Position, auf eine Massendemo am Bauzaun hin zu mobilisieren. Die "Gegenfraktion" (haupts. autonomes Spektrum) tendierte wohl eher nach Amberg, vertrat dabei aber keine sehr klare Position. Das lag daran, daß viele auf dieses Thema kaum vorbereitet waren, sondern eigentlich über die inhaltliche Füllung der Aktionstage insgesamt diskutieren wollte. Da beide Fraktionen ihre thematische Ausrichtung grundsätzlich beibehielten, wurde natürlich völlig aneinander vorbeigeredet, wobei der Diskussionsteil der ATOM/KBler immer arroganter und der der Autonomen immer aggressiver wurde. Nachdem der Versuch der Autonomen, nach der Pause nur noch über die Inhalte der Aktionstage zu reden, an den taktischen Spielchen der Gegenseite (endlose sich ewig wiederholende Monologe) gescheitert war, reagierten einige Autonome darauf nur noch provozierend (wobei sich besonders die Berliner Frauen durch erfrischende Offenheit hervortaten. Solidarische Grüße!). Die ATOM/KBler, deren Konzept damit ebenfalls zu scheitern drohte, reagierten darauf, indem sie den Saal verließen. Die verschreckten Bürger (BI-Vorstand etc.), die sich schon vorher kaum an der Diskussion beteiligt hatten, verließen daraufhin ebenfalls den Saal, womit die Konferenz endgültig ergebnislos bleiben mußte.

Forts. nächste Seite »

Forts. von vorheriger Seite

Es gibt in der Anti-AKW-Bewegung mehrere Fraktionen mit völlig verschiedenem Politikverständnis. Der regionale "bürgerliche" Widerstand ist langfristig unpolitisch, da er sich in erster Linie an der WAA orientiert und beendet wäre, falls es tatsächlich gelänge, die WAA zu verhindern. Die Bürgers sind deshalb zu jedem Kompromiß bereit, der irgendwie dem Ziel WAA-Verhinderung zu dienen scheint.
KB-Politik ist langfristig ausgerichtet, strebt nach Durchsetzung eines best. gesellschaftlichen Konzeptes, strebt nach Machtgewinn und -erhaltung durch die Mobilisierung von möglichst großen Menschenmassen und ist vor allen Funktionärspolitik, wobei die Entscheidungsgewalt von oben ausgeht. Funktionärspolitik ist taktisch bestimmt, verzichtet auf allzu eindeutige Positionen und Abgrenzungen, wenn es darum geht, möglichst viele Menschen auf eine einheitliche Position zu bringen. Das macht die Propagierung radikaler Inhalte fast unmöglich und ist keine Politik, die die herrschenden Strukturen effektiv angreift.
Autonome Politik versucht spontan von unten nach oben zu agieren, akzeptiert keine Entscheidungsträger, Funktionäre oder vorgegebene Richtlinien und versucht deshalb, alle Machtstrukturen anzugreifen (wobei die scene-internen Machtstrukturen meistens verdrängt werden). Autonome Politik äußert sich radikal und versucht eindeutige Positionen zu vertreten, wobei selten eine einheitliche taktische Linie zu erkennen ist. Zugunsten der offenen Propagierung radikaler Inhalte wird dabei die Verankerung in einer Massenbewegung meist erschwert wenn nicht verhindert.
Zwischen diesen beiden politischen Linien mußte es irgendwann zum Bruch kommen. Inhaltliche Kompromisse sind selten möglich und auch nicht unbedingt erwünscht. Zusammenarbeit ist wohl nur im Rahmen reiner Aktionsbündnisse möglich.
In Bezug auf die WAA sollten wir konkret diskutieren, ob wir derartige Bündnisse brauchen, um in der Oberpfalz effektiven Widerstand leisten zu können und wie ein derartiges Bündnis überhaupt funktionieren könnte, ohne daß wir etwas von unseren Inhalten aufgeben. Wichtiger als die Zusammenarbeit mit irgendwelchen Funktionären ist allerdings die Frage, ob autonomer Widerstand noch einen Rückhalt bei der Oberpfälzer Bevölkerung hat. Dies wäre zumindest vorläufig ein sinnvoller Diskussionspunkt, besonders innerhalb der Städtepartnerschaften.

Der folgende Beitrag einer Frau aus Bonn setzt sich mit dem Amberg-Vorschlag auseinander.

Liebe Leute,
die Aktionskonferenz war eine Katastrophe. Ich bin ehrlich enttäuscht - was ist passiert? Für mich war's so, daß die Grundlage, auf der wir uns vorbereitet hatten, nämlich der Vorschlag "Aufruf zu Großaktionen im Herbst" von der Bielefelder Atommüllkonferenz - durch das vorgelegte Papier "Diskussionspapier zur Großdemo zur WAA", nicht mehr da war. Das Papier stellte die bereits geführten Diskussionen nach der BUKO in Nbg., auf und nach der Atommüllkonferenz in Bielefeld - zumindest bei uns - in Frage. Das Papier ist ein Gegenvorschlag zu der in Bielefeld verabschiedeten Aktion.
Wir haben die Vorgehensweise von "atom" und "radiaktiv" in unserem Brief kritisiert. Die Redaktion von "atom" hat die Kritik aufgenommen. Sie wird sich dazu äußern.
Unsere Kritik ging ganz eindeutig über den Großdemo-Vorschlag hinaus, bezog sich vielmehr auf Strukturen, die von der "atom" in den vergangenen Monaten reichlich überstrapaziert wurden. Wenn Ihr diese Kritik aufgegriffen hättet - was wir uns sehr wünschen - hättet Ihr das anders machen müssen. Diese Diskussion - über die Strukturen der Anti-AKW-Bewegung, eine bessere Vernetzung etc. - ist eine, die schon lange läuft und die auch immer weitergehen wird.
Der Vorschlag von "atom" und "radiaktiv" wurde auf der Bielefelder Atommüllkonferenz heiß diskutiert, umgeändert, ergänzt und von einem Plenum von ungefähr 300 Leuten verabschiedet. Es geht also nicht, die Kritik an dem Vorschlag der "atom" zu verwechseln mit einer an einer möglichen "Nichtbeachtung"stellung der "atom".
Versteht Ihr, was gemeint ist?
Die Diskussion über die Strukturen in der Anti-AKW-Bewegung ist *eine* Sache. Die Aktionstage in Wackersdorf sind eine andere Sache - auf sie haben wir uns mit dem Aufruf von Bielefeld bereits eingelassen!

Zu Eurem Papier:
Als "Diskussionsbeitrag ist es **wenig konstruktiv,** für den Stand der Diskussion innerhalb und außerhalb der Anti-AKW-Bewegung ist es **zu spät,** als Analyse der Situation in der Oberpfalz ist es **recht fragwürdig.**
Wenig konstruktiv: auf dem Treffen am 21.3. hätte euch das Meinungsbild des "Strategietreffens" vom 16.3. bekannt sein müssen. Darauf bezieht sich Euer Vorschlag nirgends, auch nicht kritisch. Ebensowenig bezieht er sich auf das Diskussionsergebnis von Bielefeld. Warum habt Ihr den Vorschlag nicht eingebracht als 1 Scherpunktaktion während der Aktionstage? Wenn Ihr das Großdemokonzept kritisieren wollt, warum tut Ihr es nicht offen/direkt?
Zu spät: da Herbstaktionen in Wackersdorf schon lange öffentlich im Gespräch sind, haben bereits verschiedene Gruppen außerhalb der Anti-AKW-Bewegung hierüber diskutiert: BUF, Grüne, BUKO und sogar (!) der KA ... Wie immer Leute zu diesen Gruppen stehen, es ist politisch unklug, auf diese Diskussionen keine Rücksicht zu nehmen. Zusammengehen mit anderen Gruppen ist - gerade auch in Wackersdorf - notwendig. Natürlich ist es ebenso klar, unseren Standpunkt deutlich zu machen und in einem evtl. Bündnis einzufordern. Im Wackersdorfer Widerstand ist weit mehr vertreten, als wir es bestimmen können - autonome Ghettopolitik bringt niemanden weiter!
Fragwürdige Analyse: "... die Impulse der Entwicklung des Widerstandes" aufgreifen - was heißt das? Der Widerstand entwickelt sich z.Z. eher defensiv - reagierend auf die Kriminalisierungswelle, die durch die Oberpfalz schwappt. Welche Impulse gehen hiervon aus? Bei Gesprächen mit Menschen dort gibt es unterschiedliche Ansichten - viele wollen zum Gelände, dort was tun, viele andere wiederum haben Angst davor. Begreift doch, daß die Parole "Weg vom Bauzaun" nicht nur Ausdruck von dem Begreifen "Hin zur Infrastruktur" ist! Weg vom Bauzaun ist auch ganz klar ein Bestandteil der sog. "Deeskalationsstrategie" von Bullen, Herrschenden und Großkopfetten aus der Bewegung (z.B. Jo Leinen). Dazu lege ich mal ein Papier bei, das 1983 entstanden ist.
"... die Repräsentanten und Macher direkt mit unserem Widerstand zu konfrontieren..." - mit diesem Argument (was richtig ist) können wir ebenso eine Demo in Ffm, in München oder Bonn fordern! In der Oberpfalz können wir das sehr gut, am besten während der Aktionstage zeigen u. vermitteln.
Eine Demo zum Bauzaun "degradiert" diesen keinesfalls zum "inhaltsleeren Symbol"! Sie ist eine offensive und deutliche Provokation der Atom- und Polizeistaatmacht. Diese Provokation kann allerdings nur gelingen mit ausenden von Menschen, bei denen sich über das "Symbol" WAA, den Bauplatz, **ihr** Widerspruch zu diesem System kristallisiert:
3.-Welt-Bewegung, Friedensbewegung, Bürgerrechtsgruppen etc.
Die Infrastruktur, die für diese Teilbereichsbewegungen weichtig anzugreifen ist, liegt für die einen eher im Bankenviertel von Ffm, für die anderen in Hanau, für wieder andere in Bonn oder weiß der Geier wo!

Foto: Anareas Salomon

Eigentore im Kampf gegen die WAA

Die folgende Kritik beschäftigt sich mit nur einem Flügel des weitgefächerten Autonomen Spektrums. Wir sollen ihn im Folgenden einfachheitshalber als "Amberg-Fraktion" bezeichnen.

Für diese Fraktion gilt der Vorschlag einer Massenmobilisierung nach Wackersdorf – ob mit oder ohne Vorfeld-Blockaden – per se als "politischer Rückschritt" und wird entsprechend heftig bekämpft. Gefordert wird stattdessen ein "offensives Aktionskonzept", um den Alltag der Großbaustelle WAA zu durchbrechen und zugestanden wird bestenfalls eine "Groß"demo in Amberg mit Ansatzpunkten für direkten Widerstand (Knast, Baufirmen etc.). Im Widerstand gegen Wackersdorf komme es heute eben mehr auf die Qualität als auf die Quantität an – so die Kurzformel der Amberg-Fraktion. Problematisch wird es, wenn jemand fragt, was "höhere Qualität" eigentlich bedeutet. Mißt sich Qualität eines Widerstandes an der Höhe des erzielten Sachschadens? Oder an den Knastandrohungen und Steckbriefen der Gegenseite?

Daß mensch schön danebenliegen kann, wenn "höhere Qualitäten" im Widerstand nach Lust und Laune ausprobiert werden, zeigen Anschläge auf beliebige Bundesbahn-Einrichtungen, die bisher ohne großen Widerspruch AKW-Gegnern zugeschoben wurden. Anders als beim Widerstand gegen Munitionszüge und Atommülltransporte können derartige Anschläge ein politisches Anliegen innerhalb der Bevölkerung nur diskreditieren. Sie schmecken mehr nach Provokation als nach sozialem Widerstand.

Zurück zur Amberg-Fraktion, die eine Großdemonstration gegen "direkten" Widerstand ausspielen will und mit dieser falschen Gegenüberstellung alle Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung über Bord wirft:

1. Ohne die Legitimität von Anschlägen gegen die WAA-Infrastruktur infrage stellen zu wollen: In Sachen Atom- und Plutoniumwirtschaft gibt es für die Herrschaden keine materielle sondern allenfalls eine politische Schmerzgrenze. Nicht der Sachschaden bedeutet für diese Leute eine Gefahr, sondern die Veränderung in den Köpfen, also der massenhafte Bruch mit Staat und Gesetz, Obrigkeit und Kirche.

2. Die Orientierung Qualität statt Quantität ist vor dem Hintergrund verschärfter staatlicher Repression besonders abenteuerlich: Die letzten Blockade-Aktionen in der Oberpfalz spielten sich überwiegend als Katz- und Maus-Spiel mit der Polizei ab und führten zu über 500 Festnahmen. Wer als Konsequenz daraus den Muskelprotz markieren und die nächsten Blockaden "entschlossener" statt "massenhafter", d.h. politisch abgesicherter machen will, verhält sich kurzsichtig und wird eine Verbreiterung der Kämpfe gegen die WAA nicht fördern sondern eher behindern.

3. Je unrealistischer und hilfloser der linke Flügel der Anti-AKW-Bewegung agiert, desto realistischer und hilfreicher werden der Masse der WAA-Gegner die Angebote erscheinen, die die SPD und sonstige bürgerliche Verbände ihnen bieten. Das läuft im Ergebnis darauf hinaus, daß es weiterhin – weit weg vom Bauzaun – recht harmlose und betont gewaltfreie Anti-WAA-Festivals mit 100.000 Teilnehmern auf der einen Seite und Kleingruppenaktionen im Schatten der Polizeihubschrauber mit max. 1.000 Teilnehmern auf der anderen Seite geben wird. Beides ist für die bayerischen Machthaber vielleicht lästig, aber nicht wirklich unangenehm. Die vermutlich entscheidende Voraussetzung für die Verhinderung der WAA besteht aber gerade darin, das bayerische Machtgefüge, den urbayerischen Obrigkeitsstaat ("Kaiser, König, Adolf, Franz Josef" – das hat der Kreuzeder gut gesagt) nachhaltig zu erschüttern. Das kann aber nur gelingen, wenn der linke Flügel der Anti-WAA-Bewegung eine radikale Aktion nicht gegen

Forts. nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

größtmögliche Mobilisierungsanstrengungen ausspielt, sondern beiden kombiniert.

Weg vom Bauzaun - hin zur Infrastruktur

So lautet die zentrale Orientierung der Amberg-Fraktion bei den Autonomen. Man will *"den Widerstand weg vom Bauzaun, weg von der vorprogrammierten Bullenrepression in die gesamte Region tragen. Dadurch sollen die inhaltlichen Zusammenhänge (Zulieferfirmen, Kapital, Justiz ...) aufgezeigt werden und dem entsprechende Widerstandsformen entwikkelt und umgesetzt werden"* (aus einem Diskussionspapier des Anti-AKW-Plenum Freiburg). Hier ist zunächst anzumerken, daß die Parole "Weg vom Bauzaun" ein prioritäres Ziel der bayerischen Reaktionäre exakt umschreibt. Um dieses Ziel zu erreichen, veranstaltet der bayerische Staat Giftgasorgien am Bauzaun, werden Trockengräben, zusätzliche Rodungsflächen und Zaunverstärkungen installiert und last not least zwei Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung verboten. Spätestens seit den Pfingst-Zusammenstößen gehört die Parole "Weg vom Bauzaun" auch zum Standard-Repertoire aller gemäßigten WAA-Gegner: ob BN, ob SPD, ob Grüne oder die BI Amberg.
Zusätzlich steckt die spontane Abneigung gegen weitere Bauplatz-Demos Tausenden von AKW-Gegnern in den Knochen, die verständlicherweise keine Lust haben, sich erneut von CS-Gas einnebeln oder vom BGS festnehmen zu lassen. Es gäbe keinen größeren Fehler, als diese Stimmung zu ignorieren, herunterzuspielen oder gar als "Feigheit" zu verspotten.
Nur ist es einfach Falschmünzerei, wenn der Eindruck erweckt wird, bei "Infrastruktur"-Aktionen in der Oberpfalz sei mit weniger Repression zu rechnen. Der Konfrontation mit dem bayerischen Staat kann überhaupt nur ausweichen, wer sich auf einen sozialdemokratischen Protest beschränken will oder aber mit superschnellen Turnschuhen ausgestattet ist - eine Möglichkeit, die für Individuen, nicht aber für eine Masse von Demonstranten gegeben ist. Mit anderen Worten: Der Konfrontation mit dem bayerischen Staat ausweichen zu wollen, läuft letztlich darauf hinaus, die WAA hinzunehmen. (...)
Ob der bei vielen schon verinnerlichte Horror bei einer Demonstration zum Bauplatz Wirklichkeit wird (also z.B. CS-Gas zum Einsatz kommt), ist abhängig von den politischen Rahmenbedingungen der Aktion: Anzahl der Teilnehmer, Geschlossenheit des Demo-Zuges, Ausmaß der Öffentlichkeitsarbeit, Bündnisbreite, Stand der ärztlichen Aufklärung und der öffentlichen Ächtung von CS-Gas usw. usf. Bei der Alternative Amberg oder Wackersdorf geht es um die Frage, ob wir uns mit den von Strauß rings um den Bauzaun geschaffenen Zuständen abfinden, was z.B. auch bedeutet, die Kampagne gegen CS/CN-Gaseinsätze zurückzustufen, oder ob wir in einer hochpolitischen Aktion genau diesen Zuständen die Stirn bieten, sie verhindern wollen. Die Losung "Weg vom Bauzaun" lebt u.E. von der Hoffnung, dem Problem des bayerischen Atomstaates ausweichen zu können. Es ist eine Losung, die von der Anti-AKW-Bewegung sondern von Strauß und seiner Bauzaunpolitik diktiert wurde. (...)

M., atom-Redaktion

Blockadetage in Wackersdorf am 17.10.86

Diskussionsergebnisse des Frankfurter Treffens vom 11.4.87 zu den Herbstaktionen

Auf dem Frankfurter Treffen, das nach der geplatzten Konferenz in Schwandorf am 28.3. beschlossen wurde, waren vorwiegend Autonome aus sechs Städten vertreten.
Wir haben gemeinsame Vorstellungen zu den Herbstaktionen in der Oberpfalz entwickelt, zum einen unter Berücksichtigung der Blockadetage im letzten Jahr, aber auch aus der Diskussion, was für und Anti-AKW-Bewegung in der Oberpfalz, bundesweit und in den Städten bedeuten kann.
Autonome Politik heißt für uns, Kampf um Selbstbestimmung, nicht zuletzt in den außerparlamentarischen Bewegungen selber. Wir sind uns bewußt, daß es unterschiedliche Konzeptionen sowohl zur konkreten Durchsetzung bestimmter Ziele, aber auch grundlegend verschiedene Vorstellungen von Widerstand gibt. Wir wollen Radikalität nicht aus einer isolierten Situation heraus, sondern wollen trotz unterschiedlicher politischer Ansätze, Radikalität im Kapf für Selbstbestimmung zur Sachen von vielen machen.
Auf dieser Grundlage ist uns klar geworden, daß wir eine kontinuierliche Anti-AKW-Arbeit wollen, die auf der Zusammenarbeit in der Bewegung (Hanau-Demo, Atommüllkonferenz) aufbaut.
Auf der Schwandorfer Konferenz ist uns die Notwendigkeit einer gemeinsamen Position für die Herstaktionene klargeworden, um mit anderen Zusammenhängen in der Anti-AKW-Bewegung und auch darüber hinaus, in eine offene und konstruktive Diskussion treten zu können. Dabei haben wir uns an den Beschlüssen der Atommüllkonferenz orientiert, d.h. gemeinsam vorbereitete und getragene Aktionstage in der Oberpfalz, die unter anderem auch eine Großdemo am Baugelände beinhaltet.
Im einzelnen bedeutet das für uns, einen Trägerkreis zu bilden, der eine politische und organisatorische Klammer der Aktionstage darstellt und die Geschlossenheit der Anti-AKW- und anderer beteiligter Bewegungen und Gruppen ausdrückt.
Fantasievolle und entschiedene Aktionen im Laufe der Aktionstage und eine Großdemo, zu denen mit einem einheitlichen Aufruf des Trägerkreises mobilisiert wird, stehen in zeitlichem und inhaltlichem Zusammenhang. Die Gruppen, die im Rahmen von BI-Partnerschaften Aktionen vorbereiten, werden im Trägerkreis mitarbeiten. Wir haben Rahmenbedingungen zu den Herbstaktionen diskutiert, die für uns sinnvolle Grundlage für eine Zusammenarbeit sind.
Entsprechend zu den Bedingungen, die zu der Demo in Hanau erarbeitet wurden, sehen wir die folgenden Punkte als Grundlage der inhaltlichen Ausrichtung der Aktionstage an:
zum Aufruf:
- zivil-militärische Nutzung der Atomenergie
- Infrastruktur und Umstrukturierung hier
- wirtschaftliche Verflechtung und Ausbeutung der Entwicklungsländer
- internationale Verflechtung der Atomwirtschaft
- Repression

zur Kundgebung der Abschlußdemo
- keine Parteiredner/innen
- themenbezogene Redebeiträge

ansonsten keinerlei Absprachen mit den Bullen.
Wir denken, daß diese Rahmenbedingungen konsensfähig sind, der "Tradition" der Anti-AKW-Bewegung gerecht werden und eine sinnvolle Basis für die Herbstaktionen darstellen.

(Bielefeld)

Distanzierungstango – Von der (scheinbaren) Schwierigkeit des Kompromisses

Ärgerlich ist es schon: Da wird auf der Buko in Nürnberg in der WAA-Arbeitsgruppe über Aktionen im Herbst in der Oberpfalz diskutiert, nach zähem Ringen ein Kompromiß gefunden – und auf dem Abschlußplenum distanzieren sich die mitarbeitenden Autonomen. Dann findet in Bielefeld eine Neuauflage der Nürnberger Diskussion statt, das Abschlußplenum der Atommüllkonferenz billigt ein Kompromißpapier und ruft zu weiteren Beratungen zu einem Treffen in Schwandorf auf – und schon wieder wird ein schon konsensualer Punkt des Kompromisses von autonomer Seite gekippt.

Laut Beschluß der Atommüllkonferenz sollte in Schwandorf über "Aktionen, zu denen auch Blockaden und eine Großdemo am WAA-Baugelände gehören", diskutiert werden. Diskutiert werde darüber, ob die Großdemo am Baugelände oder in Amberg stattfinden solle. Dabei ist der Streit nicht einmal neu. Schon in Nürnberg waren Erlangen und Regensburg als Demo-Orte im Gespräch, mensch einigte sich jedoch auf eine Demo am Baugelände. In Bielefeld wurde bereits kurz der Vorschlag Amberg diskutiert, letztendlich wurde obiger Aufruf verabschiedet.

Warum dann dieser Vorschlag auf dem Schwandorfer Treffen, auf dem doch die Ausgestaltung der Aktionene und der möglichen Bündnisse diskutiert werden sollten? Und was bedeutet das für die weitere Diskussion und das angestrebte Bündnis mit der Friedensbewegung? Der Vorschlag, die Großdemo in Amberg zu veranstalten, wurde in einem Vorschlagpapier des "Städtepartnerschaftstreffens" begründet. Da heißt es, in Amberg könne die Infrastruktur von am Bau der WAA beteiligten Firmen und der staatliche Knast- und Justizapparat "angegriffen" werden. Für die Friedensbewegung gäbe es dann auch noch ein paar Kasernen und Truppenübungsplätze. Für Amberg spreche auch das momentane Konzept "Weg vom Bauzaun" und außerdem sei getreu dem Motto "Wackersdorf ist überall" damit zu zeigen, daß es in allen Städten und Regionen Angriffspunkte im Kampf gegen das BRD-Atomprogramm gebe.

Für dezentrale Aktionen ist das eine hervorragende Begründung, nicht jedoch für eine bundesweite Großdemo, die überdies noch in ein weitgehend dezentrales Aktionskonzept eingebettet sein soll. Der Zusammenhang mit den Kämpfen der Friedensbewegung bleibt künstlich und aufgesetzt. Truppenübungsplätze gibt es überall, aber nur der Kampf gegen die WAA mit ihren Optionen im Bereich der Plutoniumwirtschaft, ihren Verbindungen z.B. nach Namibia, ihrer überragenden Funktion im BRD-Atomprogramm kann die Kämpfe der verschiedenen sozialen Bewegungen in politisch verallgemeinernder Weise verbinden. Dort ist ein Objekt, an dem der Kampf gegen den Atomstaat, gegen den Sicherheitsstaat, gegen den NATO-Staat und gegen den BRD-Imperialismus zugespitzt und gemeinsam geführt werden kann.

Eine Großdemo, die diesen Namen auch verdient, die eine wirklich weiterweisende Bündnisaktion darstellt, braucht ein über die Grenzen der "alten" Anti-AKW-Bewegung hinausgehendes Symbol. Das kann momentan nur die Gegner/innen/schaft gegen die geplante WAA leisten.

Angesichts der sich wiederholenden Diskussion der letzten zwei Monate habe ich jedoch den Verdacht, daß es dabei nicht um den Demo-Ort geht, sondern um die Demo selbst und damit um das integrierte Konzept (Blockaden und Demo als Einheit). Mit der Annahme des Vorschlags Amberg wäre beides und die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung gekippt. Das beträfe jedoch nicht nur diese Aktion, auch die Versuche, eine staatlicherseits forcierte Spaltung der Anti-AKW-Bewegung in eine gute, staatlich tolerierte und eine böse, staatsfeindliche, als "terroristisch" denunzierte durch gemeinsame Aktionen zu verhindern, erlitten einen schweren Rückschlag.

Der Widerstand gegen das BRD-Atomprogramm ist nicht mit (schein-)radikalen Ritualen voranzubringen, sondern nur durch Verbreiterung und Zusammenarbeit und auch dadurch erfolgende Vermittlung bereits erarbeiteter Inhalte.

Dem Vorgehen der autonomen Gruppen scheint auöch die Einschätzung zugrunde zu liegen, daß sich Teile der unabhängigen Friedensbewegung trotz allem wieder an den so entstehenden Aktionen des linksradikalen Zirkels beteiligen werden, doch sehe ich dafür momentan keine Hoffnung. Als Aushängeschild der Bündnisbereitschaft der Anti-AKW-Bewegung wird sich BuF diesmal nicht mißbrauchen lassen. Ohne echte, demokratische Partizipationsmöglichkeiten wird es diesmal kein Bündnis geben.

Aktuell ist keine Lösung des Problems in Sicht. Auch die erneut angesetzte Diskussion über die dissenten Punkte wird, solange das Ziel der autonomen Gruppen eben die Verhinderung einer Großdemo zu sein scheint, zu keinem Ergebnis führen. Denn zur Verhinderung gelangen sie durch Festhalten am Amberg-Vorschlag immer: Ohne Einigung wird es keine Großdemo geben und in Amberg wird eine Demo keine Großdemo.

Ob und wie der Diskussionsprozeß noch einmal in Gang kommen wird, ist also unklar. Viel wird auch davon abhängen, wie sich die Oberpfälzer BIs dazu verhalten werden. Der unabhängige Teil der Friedensbewegung, insbesondere BuF, sind jedoch weiterhin bereit, gemeinsame Aktionen für den Herbst zu planen und durchzuführen. Die Zeit arbeitet jedoch gegen uns. ★

Jens Siegert (BuF-TK)

Foto: Jürgen Siegmann

Während der Libertären Tage in Frankfurt trafen sich auf Initiative der Anti-WAA-Gruppe München noch einmal Autonome, um über die Herbstaktionen zu diskutieren.

Es wurde ein Vorschlag eingebracht, die Großdemo an einem KWU-Standort durchzuführen (s. Anhang). Dies sollte bei der Konferenz in Schwandorf am 9./10. Mai eingebracht werden. Getroffen haben sich ca. 20 bis 30 Menschen (2 mal) aus München, Berlin, Freiburg, Bonn, Ffm, Oberpfalz.
Zuerst wurde aus Ffm vom 11.4. berichtet (s. beiliegendes Protokoll) und dann der KWU-Vorschlag vorgestellt. Dieser wurde größtenteils abgelehnt, weil er zu spät und von München inhaltlich, organisatorisch nicht ausgearbeitet worden ist (sie hatten noch nicht einmal Kontakt zu einer KWU-Gruppe an einem Standort). Außerdem empfand mensch es als falsch, bei der Konferenz wieder mit einem neuen Vorschlag zu kommen.
Es vertraten nun einige, vor allem Oberpfalz und München, die Position, die Großdemo am Bauzaun auf jeden Fall verhindern zu müssen oder sie zumindest von den Aktionstagen abzukoppeln. Dagegen ausgesprochen haben sich hauptsächlich die Menschen, die sich eine Woche vorher in Ffm getroffen hatten. Für uns war es natürlich schwierig, da die Großdemo sowieso nicht Sache aller ist (s. Amberg-Papier). Den Argumenten gegen Bauzaun stand das Treffen eine Woche vorher gegenüber, wo mensch vernünftig miteinander geredet hatte und zu einem Ergebnis gekommen war.
Prinzipiell stehen sich drei Positionen gegenüber:
- Großdemo in Wackersdorf ist falsch, ein Rückschritt und muß deshalb verhindert werden.
- Großdemo ist richtig, wenn sie von uns inhaltlich bestimmt wird.
- Großdemo ist zwar falsch, ... aber unser Interesse liegt in den Aktionstagen. (Wie wichtig hierbei, als einen Teil, eine Großdemo gesehen wird, ist unterschiedlich.) Um die Aktionstage nicht platzen zu lassen, nehmen wir die Großdemo in Kauf und versuchen, sie weitmöglichst mitzubestimmen (s. Rahmenbedingungen).

Es wurde noch eine Menge hin und her taktiert (ES WAR SOWIESO EINE TOTAL BESCHISSENE ATMOSPHÄRE!). Aus der Oberpfalz waren verschiedene Einschätzungen zu hören bzgl. Amberg-Demo. Von: die Demo in Amberg wird bestimmt von der Hälfte der Leute in den BIs positiv gesehen. Es ist noch nichts entschieden. Bis: sowieso schon alles entschieden. Keine Illusion, daß Demo am Bauzaun stattfinden wird. Alle (Oberpfälzer, die in Ffm waren) lehnten aber diese Demo ab, wollten nicht teilnehmen, und dies auch überregional klarmachen.
In Bonn sind alle drei Positionene vorhanden. Leztere überwiegt momentan.
Nun eine persönliche Einschätzung: Wenn wir als Autonome ... den Anspruch haben, dem Widerstand in der Oberpfalz eine neue Qualität zu geben, und ihn und uns weiterentwickeln wollen, dürfen wir uns nicht selbst hinauskatapultieren. Der Widerstand liegt im Moment ziemlich am Boden. Die paar Leute mehr am Bauzaun sind eher auf das bessere Wetter, als auf eine politische Dimension zurückzuführen. Repression zeigt ihre Auswirkung (hierzu kommen noch enttäuschte Hoffnungen auf die Parlamente und das Gerücht, es käme sowieso NUR EIN END- BZW. ZWISCHENLAGER nach Wackersdorf).
Gibt es im Herbst eine Großdemo zum Zaun, die völlig losgelöst ist von Inhalten und der Situation vor Ort, gibt es ein Fiasko á la Brokdorf und das könnte es dann gewesen sein, mit dem AKW-Widerstand - vorerst zumindest! Zehntausende würden vielleicht zum Zaun kommen (und einen über den Schädel wahrscheinlich) gefrustet wieder nach Hause fahren. Die Oberpfälzer wären mal wieder alleine...
Und es wird eine Großdemo geben, ob mit bzw. als Teil der Großaktionen oder ohne - als die Großaktion der Anti-AKW-Bewegung 1987. Machen wir uns doch nichts vor, sie verhindern zu können.
In Schwandorf wollten viele schon über die Aktionstage und deren Inhalte reden. Dies wurde durch die Demo-Ort-Diskussion, die uns von bekannter Seite (schon wieder vor Nürnberg, BUKO) aufgedrückt wurde, verhindert. In Frankfurt wurde am 11.4. ein Anfang gemacht, und das Bedürfnis und die Notwendigkeit einer intensiven Vorbereitung wurde klar. Die Vorbereitungszeit und die Aktionstage werden aber nur dann von Bedeutung sein, wenn wir es schaffen, als **inhaltliches** Potential wahrgenommen zu werden, ansatzweise unsere Inhalte rüberbringen und nicht nur unter ferner liefen abgehandelt werden und unsere Widerstand am Sachschaden messen. Wenn die Großdemo von den Aktionstagen abgekoppelt wird, konzentriert sich die Anti-AKW-Bewegung nur auf die Demo. Da werden wir's mit einer Mobilisierung für die Aktionstage schwer haben. Wenn wir die Tage ganz fallenlassen und es läuft nur die Demo - na dann Prost Mahlzeit, dann sind wir ganz raus.
Wenn wir die Aktionstage als die Aktion der Anti-AKW-Bewegung 1987 begreifen, wo die Demo ein gleichberechtigter aber nicht DER Teil ist, haben wir noch die Möglichkeit einer inhaltlichen Mitbestimmung auf der Demo. Ob dies gelingt, ist ganz allein von der Vorbereitung und unserem gemeinsamen Vorgehen abhängig.
das war's.

Protokoll des 2. bundesweiten Vorbereitungstreffens zu den Aktionstagen im Herbst in Wackersdorf

Nach einem zusammenfassenden Rückblick auf die vergangenen Treffen wurden deren Ergebnisse noch einem kurz dargelegt. Von den anwesenden Autonomen wurden die Beschlüsse der BUKO, wie auch der Atommüllkonferenz in Bielefeld, nicht akzeptiert bzw. anders interpretiert. Die Diskussion darüber endete mit dem Auszug von ca. 20 Autonomen, weil die Kontroverse Bauzaun/anderer Standort nicht ausdiskutiert wurde, sondern durch eine Abstimmung beendet würde. Auch die Tatsache, daß auf dem Strategietreffen der Oberpfälzer BIs bereits der eindeutige Beschluß pro Wackersdorf gefällt wurde, gab den wesentlichen Impuls, die Diskussion mit einer Abstimmung zu beenden.
Die Bedeutung des Auszugs der Autonomen wurde überwiegend als nicht maßgeblich für die bundesweite "autonome Bewegung" gewertet, ausdiskutiert wurde dies allerdings nicht. Insbesondere von verschiedenen Oberpfälzer BIs wurde angemerkt, daß "man" sich nicht in von außen aufgedrängte Konzepte einbringen lassen möchte.
Zum Trägerkreis:
Folgender Beschluß wurde mit eindeutiger Mehrheit verabschiedet: Sowohl für die Aktionstage, als auch für die Demo wird ein gemeinsamer Trägerkreis gebildet. Den Abschluß der Aktionstage bildet die Großdemonstration. Alle Aktionen müssen jederzeit vermittelbar sein und dürfen sich nicht gegen die Bevölkerung richten.
In der diesem Beschluß vorausgehenden Diskussion wurde ein gewisser Aktionsrahmen als unabdingbar erachtet, um Aktionen, die von teilnehmenden Gruppen nicht toleriert werden können, auszuschließen. Folgendes gilt derzeit als Minimalkonsens:
Wir akzeptieren keine "Bannmeile".
Wir lassen uns das Recht, vor Ort zu demonstrieren, nicht nehmen. Wir demonstrieren am Bauzaun. Bei der Abschlußkundgebung sollen keine Parteiredner sprechen. Vom Landesverband der Grünen, Bayern, wurde bereits der Beschluß gefaßt, nicht diesem Trägerkreis beizutreten. Daraufhin wurde heftig kritisiert, daß die Grünen solche Beschlüsse verabschieden, obwohl bisher noch gar kein Trägerkreis existiert.
Ein Vertreter der Friedensbewegung war der Auffassung, daß dieser Aktionsrahmen für die Friedensbewegung tolerierbar sein könnte. Als bisher einziger Terminvorschlag wurde vom Strategietreff der Oberpfälzer BIs der Zeitraum vom 8. Okt.–10. Okt. eingebracht. Im allgemeinen sollen die Aktionstage über "Städtepartnerschaften" zwischen Einheimischen und auswärtigen Gruppen organisiert werden. Das Wort "Blockadetage" soll im Zusammenhang mit den Herstaktionene nicht mehr verwendet werden.

Foto: Jürgen Siegmann

Protokoll der AG Herbstaktionen von der Kasseler Atommüllkonferenz

Anwesend waren ca. 15 Leute aus der Oberpfalz, Dortmund, Münster, Göttingen, Bielefeld, Bonn, Frankfurt, Amberg, Nürnberg – und einige von denen ich's nicht weiß, woher sie waren.

Herbstaktionen in der Oberpfalz.
Die Diskussion verlief sehr schwierig. Zunächst gab es den Versuch, nochmal aufzuzeigen, wie der Diskussionsstand zu den herbstaktionen in der Oberpfalz gelaufen ist seit der Atommüllkonferenz und dem dort gefaßten Beschluß. Schon hier gab es Schwierigkeiten, weil sich herausstellte, daß einigen Leuten der 'Beschluß von Bielefeld' nicht bekannt war.
Es wurde noch einmal der Verlauf der diversen Aktionskonferenzen zu den Herbstaktionen wiedergegeben.
Auf der letzten Aktionskonferenz in Fronberg am 9. Mai, wo die autonomen Gruppen aus der Oberpfalz, Erlangen, München schließlich aus Protest auszogen, wurde dann von den restlichen Leuten der Beschluß gefaßt, die Herbstaktionen entsprechend dem 'Beschluß von Bielefeld' anzugehen (Aktionstage mit abschließender Demo zum Bauzaun) und zu einem Trägerkreistreffen für den 6./7. Juni 1987 nach Frankfurt einzuladen.
Es ist festzustellen, daß es innerhalb der autonomen Gruppen keinen koordinierten Diskussionprozeß gibt. So wurde z.B. kritisiert, daß sich die Oberpfälzer Autonomen (und Erlangen und und) in ihrer Diskussion zu den Herbstaktionen nicht auf das Ergebnis des Treffens von anderen autonomen Gruppen in Frankfurt Mitte April bezogen haben.
Weiterhin ist es ein Problem, daß die Strukturen der Oberpfälzer Bürgerinitiativen nicht besonders durchlässig sind. D.h., daß Vorschläge zu wenig und nicht wirklich breit diskutiert werden, sondern daß dies von Vorständen oder von einzelnen Treffen (Widerstands–, Strategie– usw. usf.) abgefedert wird, um dann sozusagen "Entschließungsvorlagen" zu produzieren. (...)
Bekannt wurde, daß einige gewaltfreie Aktionsgruppen bereits ein Aktionskonzept erarbeitet haben und sich gemeinsam mit Gruppen vor Ort vorbereiten.
Es folgte eine längere Diskussion über die Frage: Trägerkreis – ja oder nein. Es gab die Einschätzung, daß die Anti–AKW–Gruppen lediglich benutzt werden sollten für ein Konzept, das bereits bestünde (Drahtzieher KB und Teile der Grünen) für eine Massenmobilisierung an den Bauzaun. Diesen Leuten seien die Aktionstage egal. Deshalb sei eine Beteiligung am Trägerkreis abzulehnen. Außerdem sei die Stimmung in der Oberpfalz eher desolat, und um den Leuten eine Perspektive zu vermitteln, sei eine Großdemo die denkbar schlechteste Kiste.
Die andere Einschätzung meinte, daß – unter der Voraussetzung von eigenen klaren Inhalten – eine Beteiligung am Trägerkreis durchaus sinnvoll sein könnte. Allerdings müsse schon auch gewährleistet sein, daß die Anti–AKW–Gruppen in einem solchen Trägerkreis auch die Mehrheit haben müsse. Als Bedingungen, die dann später auch im Plenum von der AMK eingebracht wurden, wurden genannt:
Es muß einen Trägerkreis für die gesamten Aktionstage geben./Es muß einen Aufruf für die Aktionstage geben./Es darf keine Distanzierung von Aktionsformen geben./Die Aktionen für die Tage vor der Demo werden gemeinsam in Städtepartnerschaften vorbereitet./Auf der Demo wird es keine Parteiredner/innen geben./Es muß eine Mehrheit von Anti–AKW–Gruppen im Trägerkreis sein.
Massenmobilisierung kann nicht das Kriterium sein – es geht um die Inhalte der Aktionstage.
Die Forderungen 'Keine Distanzierung von Aktionsformen' und 'Sofortige Stillegung aller Atomanlagen – weltweit als Beispiel sind für uns Forderungen, hinter die wir nicht zurückfallen werden. ★

K., Bonn

Zur Situation der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung

Folgenden, grundsätzlichen und sicher viel Kontroversen auslösenden Artikel zur Situation der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung haben uns Frankfurter Autonome mit der Bitte um Abdruck geschickt. Wohl nur selten gelingt es, in einem Artikel so viele wesentliche Fragen mit einander zu verknüpfen und sie zu bündeln und das alles, ohne eine theoretische Abhandlungsweise, durch die man/frau sich mühsam durchkämpfen muß. Der Artikel, so lang er auch sein mag, liest sich äußerst spannend, er ist vielen von uns politisch und praktisch aus dem Leben gegriffen. Mit autonomer Politik wird hier hart ins Gericht gegangen, ob zu recht, mag jede/er selbst entscheiden. Der Artikel stellt sicher nur eine Seite - allerdings eine in den letzten Jahre zu wenig beleuchtete und diskutierte - der Medaille dar. Und Vorsicht: Wer meint, er/sie habe von autonomer Politik schon immer die Nase voll gehabt und Zeit wurde es, daß es die Autonomen nun auch mal selbst merken, der/die merkt nicht, daß Nachdenklichkeit angesagt ist, wenn man selbst im Glaskasten sitzt. Solch grundsätzliche Kritik ist auch bei manchen anderen Teilen der Anti-AKW-Bewegung, seinen es mun gewaltfreie, bürgerliche, grüne oder andere Strömungen längst überfällig. Verkrustungen, Mythenbildungen und Ghettoisierung sind beileibe kein spezielles Problem der Autonomen. Wir hoffen, daß dies nicht der letzte Artikel in dieser Hinsicht bleibt.

Seit ein paar Monaten laufen in fast allen Städten und autonomen Zusammenhängen Diskussionen über Fehler und Perspektiven autonomer Politik. Dieser Text kann sich verständlicherweise im wesentlichen nur auf die Erfahrungen beziehen, die wir in unseren Rhein-Main-Zusammenhängen gemacht haben. Dennoch glauben wir, daß wir im großen und ganzen im bundesrepublikanischen Trend liegen. Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen sind also weniger zufällig als typisch.

Warum gerade in den letzten Monaten eine gemeinsame Auseinandersetzung um Perspektiven entbrannt ist, hat für uns eine entscheidende Ursache: Viele scheinbare, unumstößliche Klarheiten, Mythen, Front- und Kampflinien sind zerbrochen, beginnen sich aufzulösen und zu zersetzen. Plötzlich scheint nichts mehr klar zu sein, voller Widersprüche und Ungereimtheiten. Da werden Hausbesetzer/innen "krimineller Fluchtburgen" von Nichtverhandlern zu Verhandlern, werden Häuser gegen "fette" Abfindungen freiwillig geräumt (z.B. DM 300.000 "Umzugsbeihilfe" für die Stiesmayerstr. 6 in Frankfurt), da beginnen Militante mit Staatsknete die Renovierung ihrer ehemals besetzten, nun legalisierten Häuser, da verschwinden die härtesten Fighter/innen fast spurlos von der militanten Bühne, um im bürgerlichen Leben ihr Comeback -in aller Stille- zu feiern, da fliegen WGs auseinander, deren Bewohner/innen von den vielen Fetzereien entnervt nun in 2-Zimmer-Wohnungen mit Freundin (und Kind) Ruhe und Geborgenheit suchen, da gehen nicht wenige, desillusioniert und unter dem Druck Kohle machen zu müssen, Arbeitsbedingungen ein, an denen sie schier ausflippen...

Einige von uns wollen diese Widersprüche immer noch nicht wahrhaben, andere schminken sich alle Ansprüche ab und kümmern sich nur noch um ihren eigenen Kram. Für uns sind diese aufbrechenden und nicht selten erschreckenden Widersprüche eine Chance, offen und selbstkritisch damit umzugehen. Denn diese Widersprüche sind nicht neu und ganz plötzlich da; sie spielten nur scheinbar keine Rolle, als die Bewegung vor Kraft und Selbstüberschätzung strotzte. Es liegt an uns, diese Widersprüche nicht als Schwäche zu begreifen, sondern als Möglichkeit, Radikalität nicht daran zu messen, wer alles klar hat, sondern wie ehrlich und solidarisch wir mit unseren eigenen Widersprüchen umgehen. Für uns ist ein Punkt gekommen, wo wir so nicht weitermachen wollen. Wir hatten in den letzten Jahren oft genug das Vergnügen, bestimmte Fehler immer wieder wiederholt zu haben, ohne aus ihnen gemeinsam zu lernen. Im Gegenteil: Wir machten unsere Fehler zu Markenzeichen autonomer Politik, vom großmäuligen, breitbeinigen Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung autonomen Vorgehens, nach dem Motto: Hau rein is Tango.

Für die von uns, die die geplanten Projekte in diesem und im kommenden Jahr (Volkszählung, IWG etc.) wie Fahnenstangen für den autonomen Slalom umkurven werden, wird sich nicht viel ändern. Für uns dagegen zählt ersteinmal weniger der Blick auf den Feind, als der Blick um uns herum, der Versuch, genauer klarzukriegen, was sich unter uns tatsächlich verändert hat. Ist es uns tatsächlich gelungen, autonome Strukturen zu verändern, d.h. vor allem zu entwickeln? Gelang es uns in den letzten Jahren, militante Politik nicht (nur) an den Mitteln, sondern an unseren Inhalten festzumachen? Gibt es Ansätze, die die gängige Praxis militanter Feuerwehrpolitik durch eine kontinuierliche Praxis sozialer Gegenmacht überflüssig macht? Können wir ernsthaft sagen, unsere politischen Strukturen sind anders geworden? Oder wiederholen wir im kleinen das, was wir im großen so radikal ablehnen? Haben sich tatsächlich die Strukturen unter uns Typen, der von Fightern und Schissern, von "Bring-erst-mal-was" und "Was-willst-denn-du" Haltungen wirklich verändert? Ist unser Verhältnis zu Frauen genauso wichtig wie Wackersdorf oder erst dann, wenn wir als Kämpfer aus der Schlacht zurückkehren? Haben wir nicht nur am Bauzaun, sondern auch an unseren Alltagsstrukturen gerüttelt? Ist es nicht so, daß die Trennung von Politik und Alltag in dem Maße größer geworden ist, wie unser Alltag mehr und mehr von Kohleproblemen, Lohnarbeit und Freizeit sprich abhängen be-

»Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer GEGEN-Macht«

Foto: Laif

stimmt wurde? Ist es nicht so, daß gerade das, was unseren Lebensvorstellungen und Utopien den Boden unter den Füßen wegzieht, immer mehr zur individuellen Kiste jede/r/s einzelnen wird?
Das schlimme an all diesen Fragen ist wahrscheinlich gar nicht das Ketzerische, sondern die Tatsache, daß all das uns schon längst nicht mehr provoziert. Wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen, wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen, Kollektive Lebensformen, solidarischer Umgang, militanter Alltag...

Genau an diesem Punkt sind bereits mehrere militante Bewegungen zerbrochen: die 68er Studentenbewegung, die autonomen Betriebskämpfe der 70er Jahre, die Häuserkämpfe 72, die Häuserkämpfe 80/81. Was spricht eigentlich dafür, daß es uns nicht genauso ergeht, wie jenen radikalen Bewegungen vor uns? Allein dieser Frage nachzugehen, würde uns nicht nur unserer Geschichte näher bringen, sonder auch Ansätzen, aus dieser zu lernen, anstatt sie blindlings zu wiederholen.
Es gibt noch einen anderen Punkt, warum uns Konsequenzen unter den Nägeln brennen. Wir gehören zu den "Alten" der militanten Bewegung - manche bezeichnen uns bereits als Opas und Omas, denn nirgendwo ist der Alterungsprozeß krasser als in unserer militanten Szene. Trauen keinem über 30. Und in der Tat, es ist etwas dran an den militanten Generationskonflikt. Viele von uns können an zwei Händen aufzählen, wer übrig geblieben ist. Die meisten von uns haben resigniert, aufgegeben und sich zurückgezogen. Uns geht es dabei nicht mehr um diejenigen, für die ihre Jugendsünden nur der Einstieg in eine alternative Karriere waren. Uns schmerzen diejenigen von uns, die wir selbst nicht mehr überzeugen konnten, weil auch wir ihre Kritik teilten, ohne jedoch unsere Hoffnungen und Utopien aufgegeben zu haben. Wir alle hatten es uns zu einfach gemacht, ihre Resignation und Perspektivenlosigkeit zu ihrem individuellen Problem gemacht. Oft hatten und haben wir das Gefühl, diese Gefühle deshalb nicht an uns herankommen zu lassen, weil wir sie selbst in uns trugen. Und so wiederholt sich etwas in der autonomen Szene, was in anderen radikalen Bewegungen gleichfalls zum "ehernen Gesetz" wurde: Die Jungen wiederholen mehr oder weniger die Fehler der Alten, während sich die Alten Zug um Zug zurückziehen, weil sie in der Wiederholung gemachter Fehler keine eigene Perspektive entdecken können. Eine Bewegung jedoch, die nicht alt wird, die nur aus Jugendsünden besteht, die gemachte Erfahrungen nicht mit neuen verknüpfen kann, die aus gemachten Fehlern nicht lernt, sondern diese geradezu ritualisiert, kann nicht wachsen, sondern stirbt von innen.
Gerade weil wir die Arroganz und Selbstgefälligkeit vieler Altlinker und Ex-Militanter satt haben, verlangen wir von uns selbst, eine radikale Kritik unserer eigenen Geschichte.

1. Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer GEGEN-Macht.
Gerade die Großdemos nach Tschernobyl haben uns wieder einmal recht schmerzhaft gezeigt, daß wir weder die Möglichkeiten haben, noch die gesellschaftlichen Bedingungen dergestalt sind, daß wir mit militärischer Stärke unsere politischen Ziele durchsetzen können. Unausgesprochen bestand die Hoffnung, durch Massenmilitanz das Atomprogramm zu überrennen. Die weiterverbreitete Angst, die um sich greifende Verunsicherung, die demoskopischen Mehrheiten für den Ausstieg aus der Atomenergie schienen uns Indikatoren genug zu sein für eine Verbreiterung und vor allem Radikalisierung sozialer Bewegungen. Doch so sehr das "Geschäft mit der Angst" ein Mittel der Herrschenden ist, so sehr haben auch wir insgeheim darauf gesetzt, die Angst der Bevölkerung und die politische Verunsicherung der Herrschenden für eine Art Überraschungscoup nutzen zu können. Um so größer ist nun unsere Frustration und Ratlosigkeit angesichts der Tatsache, daß wir unserem Ziel "sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm" kaum einen Schritt näher gekommen sind. Im Gegenteil: Während unsere Massenmilitanz an die Grenzen staatlicher Gewalt gestoßen ist, hat der Staat in einem Maße aufgerüstet, daß die Hindernisse, die wir nun zu überwinden haben, eher größer als kleiner geworden sind. Wer z.B. Wackersdorf an Pfingsten mit dem Wackersdorf heute vergleicht, der erahnt, daß nicht wir, sondern der Staat die militanten Auseinandersetzungen für sich nutzen konnte. Während wir nach Hause fuhren, wurden in Wackersdorf 4 neue Hundertschaften aufgestellt, für Millionen DM, neue Waffen gekauft, einen 50 Meter breite Sicherheitszone rund um das Gelände gerodet, eine Straße am Ende der Sicherheitszone betoniert und die Böschung am Zaun mit 4-5 Meter hohen, steil angebrachten Betonplatten für ein Vorgehen am Zaun schier unbrauchbar gemacht. Und auch der scheinbar politische Skandal um den Hamburger Kessel hat uns eher Sand in die Augen gerieben als sie tatsächlich geöffnet. Zwar rollte mediengerecht ein Kopf, doch was sich wirklich veränderte, entzog sich unserer Aufmerksamkeit. Nur ein paar Wochen später wurden auch in Hamburg in aller Ruhe, ohne jeglichen Widerspruch von unserer Seite die Gelder für die Aufstellung von 4 zusätzlichen Hundertschaften bewilligt.
Wie sehr wir uns militärisch überschätzt haben, zeigt auch unsere Reaktion auf die Diskussion und geradezu reibungslose Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze. Wir verhielten uns so, als ob es uns nichts anginge, einfach gar nicht.
Wir hatten unser Pulver verschossen. Das Feld der "Nachbereitung" haben wir fast gänzlich dem Staat überlassen. Wir haben uns zwar gelegentlich mehr zaghaft als überzeugend dagegen gewehrt, die Gewaltfrage zur Bestimmung unseres Widerstandes zu machen. Doch letztendlich haben wir sie selbst gestellt und verloren. Wie viele Autonome Putz und Bullenpogo mit Militanz gleichsetzen und damit mehr die bürgerlichen Vorstellungen von Radikalität mit Leben füllen, anstatt sich ihnen zu widersetzen, wurde auch auf der Hanau-Demo gegen Alkem und Nukem anschaulich demonstriert. Für uns war die Demo eine der wenigen Momente, wo wir endlich einmal wieder die Kraft politischer Militanz verspürten, eine Demo, die in ihren militanten und offensiven Inhalten eine Stärke zum Ausdruck brachte, die wir bei vielen Putzdemos vermißten. Doch für einige von uns ging nichts ab. Also mußten noch unbedingt einige Scheiben von Aldi abwärts dran glauben. 200.00 DM Sachschaden - ein Schaden, der lächerlich gering ist im Vergleich zu dem politischen Schaden an der Glaubwürdigkeit und Zielgerichtetheit autonomer Politik.

»In vielen Kämpfen haben wir die Mittel militanter Politik selbst zum Ziel gemacht«

»Unsere politische Militanz hinkt der praktischen hinterher, anstatt ihr vorauszugehen«

2. In vielen Kämpfen der letzten Zeit haben wir die Mittel militanter Politik selbst zum Ziel gemacht.
Das liegt sicherlich einmal daran, daß und die Mittel einfach näher liegen als unsere Ziele. Wann haben wir wirklich einmal unsere Ziele aus der sozialen und gesellschaftlichen Realität heraus entwickelt und daran überprüft? Wie oft war unser praktisches Vorgehen vom Vorgehen staatlicher Gewalt bestimmt, anstatt von unseren eigenen Zielsetzungen? Wären unsere Ziele klarer, d.h. eben auch der Weg dorthin, dann könnten wir auch unsere Mittel aus diesen Zielsetzungen heraus bestimmten. Doch da es nichts vageres gibt als unsere konkreten Ziele, bleiben gezwungenermaßen unsere Mittel oft wahllos, zufällig und austauschbar.
Wie unsere Mittel militanter Politik selbst zum Gradmesser des Erfolgs werden, dafür ist Wackersdorf ein lehrbuchhaftes Beispiel. Für viele von uns, gerade aus der Startbahnbewegung, war es ein Wunder, wie schnell sich die Region um Wackersdorf in unseren Augen radikalisiert hat. Was bei uns ein Prozeß von 5 Jahren war, vollzog sich in Wackersdorf scheinbar innerhalb eines Jahres. Die anfängliche Skepsis und Arroganz gegenüber dieser Mischung aus Bayern, Bauern und Mutter Maria schlug geradezu atemberaubend in eine Mystifizierung der "Oberpfälzer" um. Mir nichts dir nichts gebar unser Wunsch einen Oberpfälzer, der keine Probleme mit der Gewalt hat, der nicht lange fackelt und zulangt, der uns einfach ins Herz geschlossen hat.
Daß ein Großteil der Auseinandersetzungen - von denen wir heute noch schwärmen - schlicht über ihre Köpfe hinweg ging, beginnt uns erst jetzt zu dämmern. Es genügt eben nicht, 1, 2, oder 3 mal im Jahr eine Region zur Kulisse unseres Widerstandes zu machen, ohne zu kapieren, daß die Leute selbst, vor Ort, einen Widerstand entwickeln müssen, der ihren und nicht unseren Erfahrungen angemessen ist. Während wir weiterziehen (bzw. nach Hause fahren), bleiben die Menschen in der Region mit der staatlichen Reaktion allein.
Wie wenig wir selbst dem Niveau militanter Auseinandersetzungen gewachsen sind, machten die Blockadetage im Oktober letzten Jahres deutlich. Unter dem Motto: "Eine Region wehrt sich" und "Uns gehört das Land" sollte für 2 Tage die Infrastruktur rund um die WAA gestört bzw. lahmgelegt werden. Während die "Region" zu Hause blieb, bzw. pünktlich zur Arbeit ging, versuchten wir - eine Mehrheit von Auswärtigen - mit der Landkarte in der Hand, gegen die aufkommende Ohnmacht anzukämpfen. Die örtlichen Strukturen brachen bereits am 1. Tag fast völlig zusammen. Das erste Plenum löste sich panikartig von selbst auf, andere fanden nicht mehr statt, oder wurden schnitzeljagdmäßig auf andere Orte verlegt. Von einer echten Beteiligung der ländlichen Bevölkerung konnte nicht im geringsten die Rede sein. Im besten Falle schaute sie wohlwollend und daumendrückend zu, während wir, wie aufgescheuchte Hühner, von einem Gerücht zum nächsten jagten, nachdem wir - dank unserer Ortskenntnisse - Wege verbarrikadierten, die von den Bullen längst selbst mit Containern unpassierbar gemacht wurden. Angesichts einer mageren Beteiligung von vielleicht 1000-1500 Teilnehmern/innen, eines faktischen polizeilichen Belagerungszustandes, brach das Blockadekonzept praktisch in sich zusammen. Hier rächt sich, daß viele von uns die "Oberpfälzer" wahrnahmen wie ein Fußballspieler die Kulisse des Stadions. Wir genossen die Kulisse, anstatt dahinterzuschauen. Nachdem der Rausch verflogen ist, bleibt die nüchterne Erkenntnis zurück, daß diese Mischung aus autonomer Selbstüberschätzung und Unkenntnis örtlicher Bedingungen eine logische Folge autonomer Feuerwehrpolitik ist.
Und für diese Art von Politik auf der Durchreise als Jahresabo ist auch kennzeichnend, daß wir die "Brennpunkte" wechseln wie Hemden, spätestens dann, wenn uns der Boden zu heiß wird - dann also, wenn es wirklich darauf ankäme. Wackersdorf ist out.

Hätten wir tatsächlich das gemeinsame Ziel vor Augen, immer mehr Menschen für einen radikalen Bruch mit diesem Staat zu gewinnen, dann müßten wir uns nicht immer wieder in den Mittelpunkt eines Widerstands drängen, der nicht von den Augenblicken großer Schlachten lebt, sondern von den Möglichkeiten und Erfahrungen, ihn alltäglich umzusetzen.

3. Unsere politische Militanz hinkt der praktischen hinterher, anstatt ihr vorauszugehen.
Eine Passage aus der Karlsruher Stadtzeitung bringt es auf den Punkt "Gerade in den Hochburgen der Autonomen (...) ist es in den letzten Jahren zu einer Arbeitsteilung zwischen Autonomen und Grünen gekommen: Wir machen den Putz und die Grünen vermitteln das ganze politisch. Solange die Militanten selbst nicht in der Lage sind, diese Arbeitsteilung (...) zu durchbrechen, hat Stoltenberg den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, 'die Militanten sind der bewaffnete Arm der Grünen'." (Karlsruher Stadtzeitung Nr. 39/86). Wir brauchen nur auf die AKW-Kämpfe nach Tschernobyl zurückblicken, um genau diese Arbeitsteilung bestätigt zu sehen. Während wir uns in den Auseinandersetzungen mit den Bullen aufrieben und verausgabten, zogen die Grünen in aller Seelenruhe an uns vorüber, um sich als einzige politische Alternative zu profilieren. Wie in der Friedensbewegung machten sie sich - fast unangefochten - zu Sprechern der Anti-AKW-Kämpfe. Und je mehr es den Grünen gelang, sich als einzige politische Opposition darzustellen, um so unvermittelter blieb unser praktisches Vorgehen, um so mehr reduzierte es sich auf ein militärisches Schauspiel. Denn dort, wo wir wirklich hätten gewinnen können, in der politischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen, waren wir nicht präsent. Im Gegenteil: in der Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Staat haben sie uns nur gestört, die Unentschlossenen, die Aufgeschreckten, die Gewaltfreien, die Becquerel-Muttis, die Neuen. Während sich die "neue" Anti-AKW-Bewegung um so "banales" und "privates" wie gesundes Leben sorgte, machten wir unbekümmert knallhart Politik; so als ob uns Cäsium und Plutonium nichts angingen, so als ob unser Kampf am Bauzaun nichts mit der Angst vor verstrahlter Nahrung zu tun hätte. anstatt unseren Kampf gegen dieses System mit den Kämpfen um radikale Lebensvorstellungen zu verknüpfen, stellten wir sie gegeneinander. Das, was unsere Stärke hätte sein können, Politik und Alltag, machten wir zur Trennungslinie.
So war es für die Grünen ein einfaches, sich gerade für jene als Anwalt anzubieten, die erst einmal Fragen stellten und nach gesellschaftlichen Alternativen suchten. Die Grünen organisierten landauf, landab Veranstaltungen, versuchten gerade jene zu erreichen, die nicht auf Demos gehen, sondern eher in die Kirche. Sie sammelten geschickt die kritische Intelligenz um sich, gaben ihr Raum und Zeit, sich öffentlich einzumischen und entwickelten als einzige ein "Ausstiegsszenario", das zumindest die Angst (und die Argumente) vor dem drohenden Steinzeitalter als Kastrationsangst industrieller Omnipotenz bloßstellte. Sie machten mit politischem Erfolg genau da, was unsere Stärke hätte sein müssen: den politischen und ökonomischen Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen. Es hätte an uns gelegen, in der offensiven Auseinandersetzung um Alternativen in diesem System gerade auch die Grenzen eines grünen reformistischen Reparaturbetriebes aufzuzeigen.

4. Die Häufigkeit von Anschlägen und Sabotage ist für uns (noch) kein Zeichen neuer Qualität radikalen Widerstandes. Sie ist erst einmal vor allem eine Reaktion auf die staatliche Repression gegen öffentliche Formen von Massenmilitanz.
Wenn wir die letzten Ereignisse noch einmal in Erinnerung rufen, so müssen wir doch - bis auf ein paar Ausnahmen - feststellen, daß es sich bei den meisten Demonstrationen eher um Demonstrationen staatlicher Gewalt handelte, als um einen machtvollen Ausdruck sozialer Gegenmacht (Brokdorf, Hamburger Kessel, Wackersdorf, Häuserräumungen, Duisburg, Hamburg und Bremen etc.). Unsere Massenmilitanz ist an Grenzen nackter Gewalt gestoßen, einer Staatsgewalt, der wir auf gleicher Ebene nichts entgegenzusetzen haben. Wir sind heute an Grenzen gestoßen, an die auch viele soziale Bewegungen vor uns gekommen sind. Jedes Mal standen diese militanten Kämpfe vor der vom Staat erzwungenen Alternative: entweder sich auf die von ihm vorgegebene militärische Auseinandersetzung einzulassen oder aber langfristig die militanten Kämpfe sozial und politisch zu verankern, mit dem Eingeständnis, erkämpfte Freiräume (besetzten Häuser, Jugendzentren etc.) mit Gewalt nicht halten zu können. Doch vor diese Alternative gestellt, war der Druck des Augenblicks, des Reagierens bereits so groß, daß eine eigene Entscheidung nicht mehr möglich war. Die Kräfte waren aufgezehrt, die (erzeugte) Sympathie der kritischen Öffentlichkeit verbraucht, die Spitze des Skandals gebrochen, der reformierbare Teil des "Mißstandes" in die politischen Apparate integriert, der antagonistische, unversöhnliche Anteil des Mißstandes polizeilich und ideologisch eingekreist. Vor der Dynamik dieser Auseinandersetzung überrollt, wurden wir eher zum Objekt staatlicher Lösungen als daß wir uns als Subjekte militanter Perspektiven verhalten konnten.
Und wie damals so befürchten wir auch heute eine Situation, in der auch wir von der Dynamik staatlicher Repression überrollt werden. Denn nun stehen wir vor der Alternative, uns entweder auf ihre militärischen auseinandersetzungen im weitesten Sinne einzulassen oder aber unsere ganze Kraft auf die Entwicklung sozialer Gegenmacht zu konzentrieren, die endlich die Stärke besitzt, sich weder der Logik und Dynamik staatlicher Gewalt zu opfern, noch sich daran zu messen.
Wenn wir also an die Entwicklung und das Scheitern anderer radikaler Bewegungen erinnern, dann aus der Einschätzung heraus, daß die Sabotagewelle nicht Ausdruck unserer Stärke, sondern oft unser letztes Mittel ist, überhaupt noch unseren Widerstand wirksam zur Geltung zu bringen. Denn geradezu zwangsläufig werden militanten Angriffe in dem Maße Symbole von Widerstand wie sie Ersatz, und nicht Mittel militanter Strategien werden. Und so sehr wir uns auch über mehr als 150 gefällte Strommasten freuen, so gefährlich halten wir es, Sabotage als militante Politik zu begreifen, mit der man/frau - nicht selten pädagogisch in soziale Bewegungen hineinwirkt, anstatt zu allererst innerhalb sozialer Bewegungen militante Perspektiven zu entwickeln und zu verbreitern. Nicht an Stelle militanter Perspektiven Sabotage zu organisieren kann unser Ziel sein, sondern aus klaren Perspektiven heraus Sabotage als ein Mittel von vielen zu entwickeln und politisch einzubinden.
Die Schwierigkeit Sabotage nicht als Ersatz, sondern aus ein Mittel militanter Perspektiven zu begreifen, hatten wir während der ganzen Startbahnbewegung. Wenig Probleme hatten wir meist, praktische Formen militanten Widerstandes zu entwickeln. Unsere größten Schwierigkeiten bestanden damals wie heute darin, unser praktisches Vorgehen in eine konkrete und für alles nachvollziehbare Strategie einzubinden. Allzuoft hatten wir der reformistischen Strategie politisch nichts entgegenzusetzen.
Dieses Dilemma autonomer Politik wiederholte sich in der Friedensbewegung wie in den letzten Anti-AKW-Kämpfen. Anstatt uns an eine langfristige Entwicklung und Verankerung radikaler Perspektiven zu machen, versuchen wir unsere Vorstellungen auf der Straße anstatt zu allererst in den Köpfen der Menschen durchzusetzen. Kein Wunder also, daß wir trotz breiter Verunsicherung nach Tschernobyl, weder nennenswert mehr geworden sind, noch daß es uns gelungen ist, die politische Dominanz grüner Realpolitik zu durchbrechen. Geradezu symbolhaft konnte der letzte BUKO-Kongreß in Nürnberg nur unter dem Schutz eines grünen Parteitages stattfinden, nachdem uns klar wurde, daß wir alleine nicht in der Lage sind, einen Kongreß politisch, geschweige den praktisch durchzusetzen.

Vielleicht ist es gerade diese politische Schwäche, die uns allzuschnell dazu verleitet, den materiellen Schaden von Sabotage und militanten Aktionen überzubewerten. Keine Frage, 150 gefällte Strommasten tun der Atomindustrie weh. Doch solange diese im Verbund mit dem Staat in der Lage ist, politisch den Schaden umzuwälzen (durch zusätzliche Bereitstellung von Geldern, durch Umverteilung im Haushalt, bis hin zu Strompreiserhöhungen)

Vielleicht ist es gerade diese politische Schwäche, die uns allzu schnell dazu verleitet, den materiellen Schaden von Sabotage und militanten Aktionen überzubewerten. Keine Frage, 150 gefällte Strommasten tun der Atomindustrie weh. Doch solange diese im Verbund mit dem Staat in der Lage ist, politisch den Schaden umzuwälzen (durch zusätzliche Bereitstellung von Geldern, durch Umverteilung im Haushalt, bis hin zu Strompreiserhöhungen) bleibt der materielle Schaden gering. Der politische Schaden verkehrt sich dann sogar - schlimmstenfalls - ins Gegenteil. Erst wenn es uns gelingt,

»Die Häufigkeit von Anschlägen und Sabotage ist für uns kein Zeichen neuer Qualität radikalen Widerstandes«

den politischen Spielraum herrschender Politik, d.h. in diesem Fall privatkapitalistische Verluste zu vergesellschaften, einzuengen, wäre Sabotage tatsächlich ein wirksames Mittel, ihre Projekte im wahrsten Sinne des Wortes unprofitabel zu machen.
Diese Erfahrungen mußten wir auch an der Startbahn machen. Wir haben uns zwar äußerste Mühe gegeben, und halten auch nicht Inne nichts ganz zu lassen, - doch letztendlich stand das Projekt nur einmal auf der Kippe, als nämlich die SPD-Regierung befürchtete, ihre eigene politische Basis aufs Spiel zu setzen., bzw. zu verlieren. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, als die Parteien-Koalition von CDU bis DKP noch den größten Einfluß innerhalb der Startbahnbewegung hatte. Wir Autonome begriffen damals , mehr vereinzelt als gemeinsam, erst allmählich die Dimension, die der Kampf um hunderte von Hektar Wald angenommen hat. Es war die Angst vor der Unregierbarkeit einer ganzen Region, die Angst vor dem irreparablen Schaden, die das Projekt für Augenblicke ins Wanken gebracht hat. Weder die Radikalisierung der Startbahnbewegung, noch die sich verbreiternde Sabotage konnten diese Bedingungen wiederholen.
Vielleicht machen diese Beispiele deutlich, daß es letztendlich nicht darauf ankommt, wieviele Strommasten fallen. Politisch entscheidend wird sein in wievielen Köpfen diese Masten fallen. Erst wenn es uns gelingt, dafür die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, wird nciht nur der materielle Schaden größer, sondern vor allem der politische. Denn eines ist den Herrschenden klar: der materielle Verlust ist reparabel, der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dagegen, der Verlust politischer Legitimität staatlichen Handelns ist weder reparabel noch ersetzbar.

5. Solange wir die Systemfrage nur stellen und nicht danach handeln, verbreiten wir mehr Ohnmacht als Gegenmacht, mehr Angst als Mut.
Auch nach Tschernobyl passierte genau das, was wir als Routine längst drauf haben. Wir forderten nicht nur den sofortigen Ausstieg aus dem Atomprogramm, sondern in aller Bescheidenheit "die Stillegung der herrschenden Klasse". Da wir uns wieder einmal auf ganz grundsätzliches beschränken, verfingen wir uns erst gar nicht in den Details politischer Durchsetzbarkeit und Umsetzbarkeit. Wir hielten uns also gar nicht erst größer an der Technik- und Ökologiekritik auf, verschwendeten kaum einen Gedanken darauf, welche Bedingungen wir geschaffen haben, um die AKW-Frage nicht nur verbalradikal, sondern ganz praktisch zur Systemfrage zu machen. Gar völlig verpönt war der Gedanke, uns in den Kampf um Alternativen innerhalb des Systems einzumischen, mit dem Ziel politische Spielräume zu schaffen, die uns einem Kampf darüber hinaus tatsächlich ein paar Schritte hätten näher bringen können. Wir ließen sie einfach alle rechts liegen. Die Mütter gegen Atom, die Ökologen, die Radikaldemokraten, die Gewaltfreien, die Reformisten, Technik- und Wissenschaftskritiker. Statt dessen läuteten wir - wie so oft - zur letzten

»Solange wir die Systemfrage nur stellen und nicht danach handeln, verbreiten wir mehr Ohnmacht als Gegenmacht, mehr Angst als Mut«

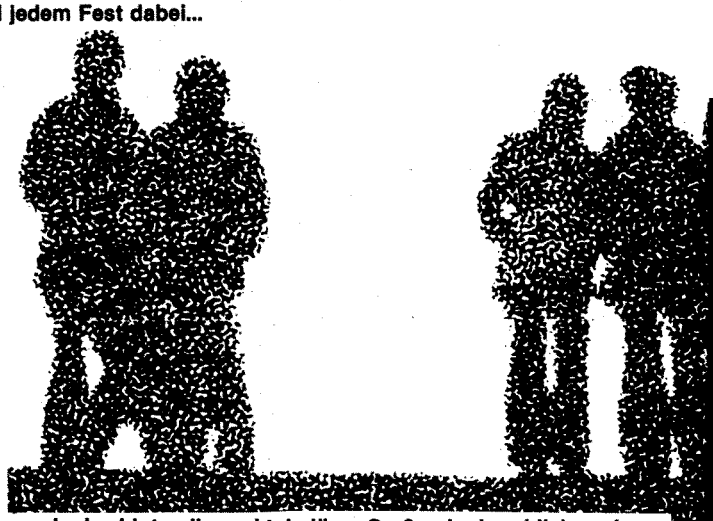
Runde ein und stellten kurz und bündig die Systemfrage, um sie alsbald in aller Ausführlichkeit zu beantworten: Hau weg den Scheiß! Vielleicht liegt es in der Unvorstellbarkeit von revolutionären Veränderungen hier, daß wir uns nicht die Mühe machen, den Weg, die Schritte dorthin, uns und anderen genau zu benennen. Wenn wir uns der Anstrengung stellen würden, nicht nur radikale Gedanken im Kopf zu haben, sondern sie auch auf die Füße zu stellen, dann müßten wir auch von vielen pflegeleichten, sozialromantischen Vorstellungen autonomer Politik Abschied nehmen. Denn jede autonome Politik wird letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht. Und wenn ein elementarer Grundsatz autonomer Politik ist, bereits heute das vorwegzunehmen und zu leben, was morgen erst gesellschaftliche Realtität wird, dann werden wir auch um Veränderungen innerhalb des Systems kämpfen müssen. Tatsächliche Reformen sind kein Geschenk von oben, sondern waren und sind immer auch ein Resultat sozialer und ökonomischer Kämpfe. So sind die Mieterschutzrechte, die veränderte Baupolitik, das Sozialbindungspapier, das Ausländerrecht, die Hochschulreform, die Finanzierung und Legalisierung von alternativen Wohnprojekten und selbstverwalteten Betrieben von "anerkannten Frauenhäusern" bis hin zur Frauenbeauftragten kein Geschenk des Staates, sondern allesamt Resultat verschiedener Kämpfe der 60er und 70er Jahre. Daß sich die Früchte jener Kämpfe mehr in der Machbarkeit und Modernität herrschender Politik gegen uns kehren und daß wir sie als politischen Freiraum für weitergehende Kämpfe nutzen konnten, liegt schlicht an uns selbst: an jenen, die ihre revolutionären Kämpfe zugunsten etablierter Sicherheiten eintauschen, und an uns, die nicht in der Lage waren, die Kämpfe in ihrer Radikalität weiter zu führen. Entweder wir nutzten die erkämpften Reformen dazu, den Geschmack auf den ganzen Kuchen zu schärfen, oder aber wir müssen uns it den Brotsamen abfinden, die vom Tisch herrschender Politik herunterfallen. Wir werden also Ziele formulieren müssen, die das System (gerade) noch zulassen kann und wir werden für weitergehende Ziele Bedingungen schaffen müssen, die das System auf jeden Fall zu verhindern versucht.

Erst wenn es uns gelingt, z.B. dezentrale und kommunale Energieversorgungsalternativen (wie Sonnenenergie, Wärmekraftkopplung) mit unserem Ziel der Zerschlagung von (Energie-) Monopolen zu verknüpfen oder z.B. die Forderung nach Volksbegehren und Planmitbestimmungsrechten mit eigenen Formen von Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu verbinden; erst dann vertrösten wir uns und andere nicht immer auf Morgen, sonder erkämpfen uns bereits heute das, was die Lust auf Morgen erst richtig möglich macht.

6. Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes.

Für einige von uns waren die letzten Jahre keine schlechten Jahre. Überall wo es brannte, waren die Autonomen dabei, wo es zu Putz kam, mischten wir kräftig mit, ganz nach dem Motto: Wo wir sind geht nichts mehr, aber wir können ja nicht überall sein. Der Spiegel widmete uns eine ganze Serie, unter dem aufreißerischen und schmeichelhaften Titel "Schlacht um die Kernkraft". Und unser Innenminister Zimmermann schließlich konstatierte, wie bei einer Flugkatatstrophe, das Anschwellen der Zahl der Militanten von 500 auf 3.000 bis hin zu 10.000 zu aller Gewalt Entschlossenen. Mit verdüsterter Miene warnt er vor einer Welle der Gewalt, die die BRD zu überschwemmen droht. Und während die, die dieses Schreckensszenario verbreiten und ausmalen dazu nutzen, um ihr Modell Deutschland noch sicherer zu machen, genießen einige von uns den Rummel, das grelle Scheinwerferlicht der Medien und die Aufmerkasamkeit, die dabei abfällt. Bei manchen haben wir das Gefühl, daß sie selbst beginnen, sich in diesem vom Staat aufgebauten Szenario wohlzufühlen, daß sie anfangen, sich in das Bild zu verlieben, das der Staat und die Medien von uns machen - gerade weil wir diese Gefährlichkeit, Macht und Bedrohlichkeit nur in ihren Horrorvisionen haben, weit davon entfernt, diese Gefahr selbst zu produzieren.

Ein weitere Kennzeichen autonomer Politik der letzten Jahre ist, daß wir uns mehr oder weniger wie ein/e Seiltänzer/in von Großprojekt zu Großprojekt hangeln, ohne wirklich mit den Füßen den Boden berührt zu haben. Fast ausschließlich sind unsere Zusammenhänge an der Aktualität eines Themas anstatt ihrer Bedeutung innerhalb einer militanten Perspektive. In viele Themen und Auseinandersetzungen steigen wir erst ein, wenn sie heiß sind, in der Öffentlichkeit diskutiert und von den Medien aufgegriffen werden. Erst dann gewinnen ddiese Auseinandersetzungen für uns an Wichtigkeit. Doch sobald das Thema out ist, die Medien ihre Teleobjektive einziehen, das Projekt steht oder der zähe Alltag spektakulären Aktionen weicht, sind wir meist wieder auf der Suche nach neuen, brennenden Themen, die gerade angesagt sind. Von Friedensbewegung Anti-Nato, Anti-Kriegs, Antifa, Anti-AKW, WAA, WWG, bis hin zu Volkszählungsgruppen haben viele von uns alles oder vieles davon mitgemacht. Meist hielten sich diese Gruppen ein paar Monate, höchstens 1-2 Jahre, zerfielen dann, um sich in wechselnder Zusammensetzung bei einem neuen Thema wieder zu sehen. Man/Frau wird nicht alt, die Auseinandersetzung miteinander und um das Thema bleiben oft flüchtig und oberflächlich. Und je mehr wir diesen Jahrmarkt aktueller Themen betreten, desto mehr müssen die Hoffnungen auf soziale Ausdehnung den Fähigkeiten eines Allround-Künstlers untergeordnet werden: Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts. Wir sind überall dabei und nirgendwo richtig. Dabei haben sich Strukturen eines Kleinfamilienunternehmens entwickelt. Fast jede/r kennt jede/n, wir sind alle voll im Streß, haben vor lauter Terminen kaum Zeit, haben meist mehr politisch zu tun, als wir bewältigen können. Der harte Kern des Unternehmens rackert sich ab, tanzt oder besser rotiert auf verschiedenen Hochzeiten, während sich der Großteil der Familie erst blicken läßt, wenn die Firma alles gut vorbereitet hat. Bei jedem Fest dabei...



Wenn wir also hinter die spektakulären Großereignisse blicken, dann stellen wir fest, daß wir uns zwar in den Schlagzeilen herrschender Politik breitmachen konnten, aber noch lange nicht in den Köpfen und Handlungen anderer Menschen. Wir brauchen nur die soziale Verankerung militanter Politik heute mit der militanten Geschichte 1972 zu vergleichen, um uns im Klaren darüber zu sein, wie schmal der Steg ist, auf dem sich heute autonome Politik bewegt. Denn im Gegensatz zu heute, drohte damals tatsächlich ein Flächenbrand militanter Unruhe, der sich fast in alle gesellschaftliche Bereiche ausbreitete. Da waren die Jungarbeiter- und die Lehrlingsbewegung, die Betriebskämpfe, die an allen Orten der BRD entstandene Jugendzentrumsbewegung, die Emigrantenarbeit, die Schülerstreiks, die Studentenunruhen an den Hochschulen, die Internationalismusgruppen, die Stadtteilgruppen, Häuser- und Mieterräte. Sie verkörperten in der Tat ein Stück Gegenmacht. Momente einer erlebbaren Utopie, die sich atmosphärisch für Monate im Leben der Stadt niederschlug und gelegentlich an der Vielschichtigkeit, Verschiedenheit, an der Vermischung und Verbindung einzelner Kämpfe, die es Staat, Medien und Polizei über lange Zeit hinweg schwer machte, den Brandherd schnell zu lokalisieren.

Denn überall dort wo er mit aller Gewalt zu löschen versuchte, treat genau das Gegenteil ein: Statt Demobilisierung Mobilisierung, statt Einschüchterung Mut, statt der Eindämmung die Ausweitung des Konflikts. Solange das praktische Vorgehen auf der Straße Ausdruck und nicht Ersatz alltäglicher Kämpfe in Schule, Fabrik und Wohnviertein blieb, war der Staat gezwungen, den Konflikt politisch anzuerkennen. Die Waffen staatlicher Gewalt blieben gewaltsame Vorgehen des Staates mit der sozialen Ausdehnung des Konfliktes zu antworten.

Wenn also viele von uns die Kämpfe 72 vor allem mit den spektakulären Hausbesetzungen, -räumungen und Straßenschlachten in Verbingung bringen, dann vergessen wir die jahrelangen, alltäglichen, unspektakulären Kämpfe, aus denen heraus sich erst der Häuserkampf entwickeln konnte.
Doch wir brauchen nicht wo weit zurückzublicken, um zu erkennen, wie schwach der Windstoß sein muß, um uns umzublasen. So bedurfte es während der Häuserkämpfe 80/81 in Frankfurt nur des Konstruktes eines "Schwarzen Blocks", einer kriminellen Vereinigung (Es kam zur Verhaftung von vier "Mitgleidern", die nach ein paar Monaten freigelassen wurden.), um die dünnen Fäden politischer und sozialer Gemeinsamkeiten zu zerreißen. Mit der staatlichen Repression mehr oder weniger auf uns alleine gestellt, zerrieben wir uns noch untereinander und zerstreuten uns schließlich in alle Windrichtungen.

Wenn wir uns also ohne Selbstbetrug eingestehen, daß unsere autonomen Positionen nach wie vor kaum politisch und sozial eingebungen und verankert sind, wenn wir uns eingestehen, alleine weder politisch noch praktisch reale Gegenmacht zu sein, dann müssen wir schleunigst den Laufstall autonomer Politik verlassen. Die bereits beschriebene Ignoranz und Selbstüberschätzung gegenüber anderen Gruppierungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung lassen sich ohne weiteres auch auf den Zustand in den Städten übertragen. Vielleicht ist Frankfurt ein krasses Beispiel für die Isoliertheit einzelner Gruppen und Initiativen und für einen autonomen Alltag, der sich oft nur über irgendwelche Großereignisse herstellt, ansonsten jedoch dem "Zufall" persönlicher Verbindungen überlassen bleibt.
Autonome Politik hat sich hier in Frankfurt seit Jahren nicht mehr kontinuierlich eingemischt. Sie hat sich in überwiegendem Maß außerhalb, jenseits unseres Lebens in dieser Stadt abgespielt. Darüber können auch die Günther-Sare-Demos nicht hinwegtäuschen. Erst im letzten Jahr entstanden wichtige kleine Ansätze, aus unserem Alltag heraus, soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu entwickeln, seien es Stadtteilgruppen oder auch das neu gegründete Libertäre Zentrum, das für uns Anarchos und Autonome bisher der einzige Anlaufspunkt ist. Sicherlich, es fällt auch uns oft unendlich schwer, Gedanken und Vorstellungen zu entwickeln, was wir hier in der Stadt - überhaupt noch - wollen, wo inmitten der erdrückenden Betonburgen noch Platz und Raum für unsere Utopien sein könnte. Wo wir die Vorzüge einer Metropole (alternative Kneipen, Cafés, Kino etc.) nicht nur privat verkonsumieren, sondern auch dem programmierten (in Beton gegossenen) Geld-, Konsum- und Menschenverkehr eigene, radikale Vorstellungen von (Zusammen-) Leben entgegensetzen können.
Es hat für uns viel mit der fallenden Faszination und Ausstrahlung autonomer Politik zu tun, daß wir große Bereiche unseres Alltags abgehakt und aufgegeben haben, was sich in den Formen autonomer Politik eher widerspiegelt als bricht. Es sind eben nicht die 10% autonome Politik, sondern 90% Alltag, die entweder unsere Utopien wie ein Schwamm aufsaugen oder die Kraft darstellen, aus der heraus wir sie umsetzen können...
Einen letzten Punkt in diesem Zusammenhang wollen wir noch hinzufügen: unser Verhältnis zu den Grünen. Unsere weitverbreitete Ablehnung zu jeglicher Grüner Politik hat für uns weniger mit radikalem Anti-Parlamentarismus zu tun, als vielmehr mit der Angst und Unfähigkeit, uns mit grüner Politik genau und differenziert auseinanderzusetzen. In dem Maße, wie wir uns selbst schwer damit tun, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren (und offensiv zu vertreten), haben wir schlichtweg Schiß, von grünen Politprofis über den Tisch gezogen zu werden, sobald wir uns auf sie einlassen.
Denn trotz unseres klaren Anti-Parlamentarismus muß uns klar sein, daß es auch (und gerade) für uns keinen Weg an grüner Politik vorbeigeht. Gerade wenn es uns darum geht, die bereits beschriebene Arbeitsteilung von militantem Vorgehen und grüner Vermittlung zu durchbrechen, müssen wir uns politisch offensiver mit jenen Grünen auseinandersetzen, die (noch) bereit sind, radikale Positionen in der Politik umzusetzen. Die Fundamentalisten innerhalb der Grünen sind nicht nur ein Alibi grüner Realpolitik. Sie verkörpern auch einen Versuch radikale Vorstellungen jenseits konjunktureller Bewegungen als Widerspruch innerhalb und außerhalb parlamentarischer Institutionen zu formulieren. Und etwas ganz entscheidendes können wir von den Fundamentalisten lernen: ihre Anstrengungen und Bemühungen unsere Vorstellungen von radikalen Utopien in konkrete und greifbare Konzepte zu übersetzen.
Solange die Fundamentalisten ihre parlamentarische Präsenz als Hemmnis herrschender Politik und nicht als Gleitmittel begreifen, halten wir es für wichtig, nach Möglichkeiten von Zusammenarbeit zu suchen.

7. Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch radikal und kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus. - STEIN DES ANSTOSSES ODER GRABSTEIN ?

Obwohl dieser Teil am Ende steht, müßte er am Anfang jeder radikalen Politik stehen. Doch auch uns fällt es schwer, den Wust aus Alltag, Verdrängung, Gewöhnung und Sicherheiten für uns durchdringbar zu machen. Je näher wir an uns selbst kommen, desto mehr verschlägt es uns die Sprache. Einmal , weil wir es nicht mehr hören können, zum anderen, weil wir selbst in einem Maße darin verstrickt sind, daß unser Handeln oft mehr von Sicherheiten und Gewohnheiten bestimmt ist, als von der Lust und Kraft, ein neues Risiko einzugehen. Diese stumme Anpassung drückt sich auch darin aus, daß die kollektiven Auseinandersetzungen im Alltag mehr und mehr ins private verdrängt wurden.

Für die meisten von uns sind Job, Kohle, Wohnung und Beziehung Probleme, mit denen sie alleine fertig werden müssen. Man/Frau arbeitet völlig vereinzelt, große WGs sind nervig und ätzend geworden, man/frau zieht 2-Zimmerwohnungen wieder vor und manche genießen gar die Vorzüge des Single-Daseins, ziehen und wohnen alleine, um endlich tun und lassen zu können, was ihnen paßt. Und je mehr uns die Arbeit aufsaugt, je abstrakter unsere Politik wird, umso existenzieller wird die kuschelig-weiche Beziehung, in der wir uns - unbeobachtet - fallen lassen können, in der wir endlich einmal so sein können wie wir sind - oft fertig, gestreßt und leergesaugt. Eine Beziehung also, wo wir all das versuchen zu bekommen, was wir weder auf der Arbeit noch in der militanten Politik kriegen: Geborgenheit, Wärme, Vertrauen, Nähe und Intensität. Je mehr also Zweierbeziehun-

»Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes«

gen all das erfüllen sollen, was das Leben und draußen versagt, desto mehr werden diese Bedürfnisse zum individuellen Glücksspiel (nicht selten Drama) von Zweierbeziehungen, anstat kollektive Bedingungen für radikale Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen zu sein. Solange Geborgenheit, Vertrauen und Nähe ein Privileg von (Zweier-) Beziehungen bleibt, taugt radikale Politik nichts. Sie bleibt Abbild bürgerlicher Macho-Politik, anstatt sich gerade davon radikal zu unterscheiden.

Und wenn wir unsere autonome Politik betrachten, dann ist sie doch im klassischen Sinne Männerpolitik. Nicht nur, weil Männer und Mannsbilder darin dominieren, sondern gerade auch deshalb, weil die wenigen Frauen darin, nur dann etwas zu sagen haben, wenn sie sich diesen Strukturen angepaßt haben, d.h. eben oft wenn sie 150%ige männliche Leistungen bringen. Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen, und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind. Es bleibt den autonomen Frauen überlassen, unter der harten Schale unseren weichen Kern zu entdecken. In unseren Rhein-Main-Zusammenhängen haben wir einen Punkt erreicht, wo einige Frauen aufgegeben haben, sich gegen diese männlichen Strukturen zu behaupten. Denn es gibt eine typische autonome Form von "repressiver Toleranz": Wir leugnen nicht bestimmte Macho-Strukturen unter uns Männern und gegenüber Frauen, nur wir überlassen es den Frauen, sich damit auseinanderzusetzen. Keine autonome Demo ohne frauenspezifischen Beitrag, keine libertären Tage ohne eine "Frauen-Ecke". Was die Frauenbeauftragte für grüne Realpolitiker ist, ist der autonome Frauenbeitrag für militante Politik.

Viele von uns haben keine Angst, Bullen anzugreifen, sind aber zu feige, unter uns Männern Kritik zu üben. Das fängt mit dummen aufgeblähten Machosprüchen an, die mit einem kumpelhaften Lächeln verbraten werden, bis hin zu alltäglichen Verhaltensweisen, die stillschweigend hingenommen werden, weil wir Angst vor einer echten Auseinandersetzung haben, die viele scheinbare Männerfreundschaften in Frage stellen würde. So lange wir selbst nicht ein Bedürfnis danach verspüren, unsere Lebens- und Verhaltensweisen radikal zu verändern, bewirkt die Kritik der Frauen bestenfalls eine opportunistische Anpassung (zum Softi) anstatt einer wirklichen Veränderung. Diese Radikalität in unserem Leben verlangen wir nciht (nur), weil wir mit der Kritik der Frauen umgehen wollen. Wir machen uns selbst kaputt, wenn wir in der Leistungs-Mentalität weitermachen. Gerade weil wir bereits seit 15 Jahren in diesen Zusammenhängen stecken, können wir mit Sicherheit sagen, daß gerade die Härtner und Hardcore-Männer (und manche Frauen) es waren und sind, die dem inneren und äußeren Druck nicht mehr standhalten und zerbrachen. Viele von ihnen machten jahrelange knallharte Politik, ohne zu merken, daß sie keine wirklichen Freunde hatten, daß sie inmitten der Kämpfe eigentlich alleine bleiben. Bezeichnenderweise finden sich viele ehemalige Hard-Core-Fighter heute in den kleinbürgerlichsten Verhältnissen wieder.

b) Es existiert keine militante Perspektive, jenseits von Lohnverhältnissen, eigene Arbeits- und Lebensvorstellungen zu entwickeln. Die Faszination alternativer, selbstbestimmter Betriebe ist an der kapitalistischen Realität, - der sich auch alternative Betriebe stellen müssen - erblindet.

Die politische und soziale Bedeutung von selbstbestimmten lebensbereichen ist geschwunden, oftmals bleibt nur noch das ökonomische Kalkül: die Kohle. Auf der einen Seite der Rechnung steht die Verantwortung für alle und alles, zähe, zeitaufwendige und nervige Diskussionen, auf der anderen Seite ein mikriger Lohn, der an Selbstausbeutung grenzt. Der politische Anspruch wird vielfach nur noch Dekors knallharter Professionalisierung. Manche Cafés und Kneipen

z.B. haben heute mehr Angestellte und Aushilfen als Kollektivmitglieder. Ganz nach dem Prinzip: Hire and Fire (ohne Sozialversicherung, Arbeitsvertrag, Anspruch auf Krankheit und Urlaub).

Und nicht wenige von uns treibt die Angst vor diesem Jobberdasein zu neuen Stufen der Qualifizierung. Man/Frau beginnt (noch einmal) eine Lehre, eine neue Ausbildung, oder der Abschluß an der Uni wird wieder mit aller Verbissenheit gesucht. Mögen einige von uns auch "das letzte Drittel" als revolutionäres Potential - neuentdeckt haben, so versuchen viele von uns gerade nicht dazuzugehören, d.h. durch (Nach-)Qualifikationen die Chancen auf einen Platz im "zweiten Drittel" zu bewahren.

Die Kluft zwischen der politischen Theorie "vom letzten Drittel" und unseren eigenen Bemühungen um Qualifikationen und gesicherte Arbeitsbedingungen; der Graben zwischen der politischen Theorie von den Subsistenzkämpfen und unseren Schwierigkeiten, eigene Arbeits- und Lebensformen jenseits von Wertarbeit umzusetzen, wären für uns zwei zentrale Schnittpunkte, entlang derer wir unser Verhältnis zu Arbeit bestimmen müßten. Denn solange wir keine militante Perspektive innerhalb und außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen entwickeln, wird sich unter uns nur eins durchsetzen: die gnadenlose Individualisierung und Konkurrenz, in der gerade Linke - unter Ausschaltung selbst bürgerlicher Skrupel - bereit sind, im Kampf um den dicksten Krümel sich gegenseitig auszustechen.

»Unsere Strukturen entsprechen dem eines Hobbyclubs, anstatt einer revolutionären Perspektive«

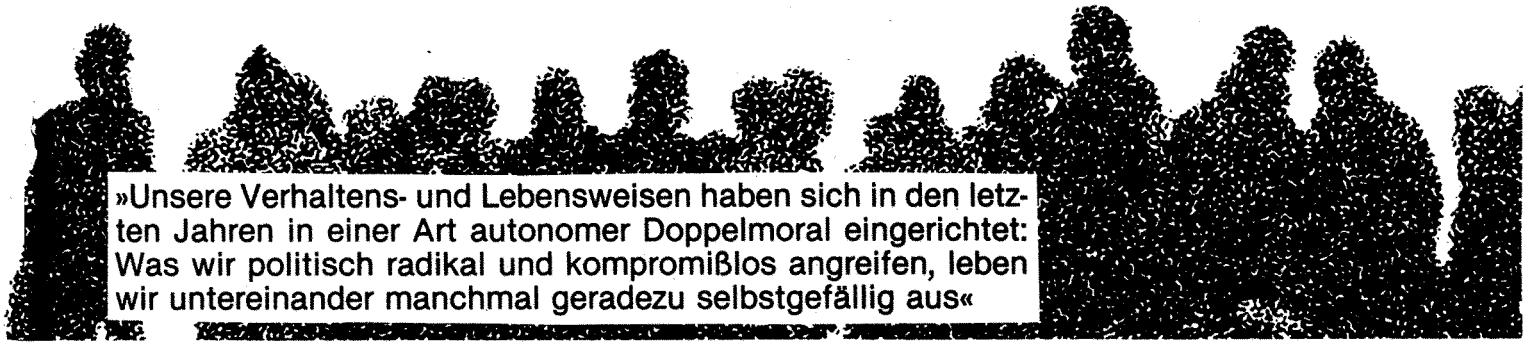
Ein weiterer zentraler Punkt unseres Alltags scheint sich außerhalb autonomer Politik zu bewegen: die (Lohn-) Arbeit. Abgesehen von den Jobber-inis, scheint die (Lohn-) Arbeit mehr und mehr die Kiste jeder/s einzelnen zu sein. Ob Lehre, Jobs, "garantierte" Arbeit oder alternative Betriebe, jede/r muß alleine schauen wo er/sie bleibt. Diese extreme Individualisierung existenzieller Bedingungen hat für uns 2 Ursachen:

a) Eine militante, autonome Perspektive innerhalb von Lohnverhältnissen existiert seit Jahren nicht mehr. Militante Kämpfe finden zwar außerhalb statt, aber bezeichnenderweise nicht dort, wo sich die Gewalt/Herrschaft dieses Systems ganz zentral ausdrückt: im Produktionssektor. Dem Kapital ist es gelungen, militante Kämpfe aus den empfindlichen (Sicherheits-)Zonen seiner Herrschaft zu verdrängen, gerade dort also, wo zunehmende Technologisierung und Computerisierung den ökonomischen Sektor immer anfälliger und verletzbarer machen für militante Kämpfe (inkl. Sabotage).

Eine militante, revolutionäre Perspektive wird nicht umhin können, sich eigene ökonomische Strukturen zu schaffen. Nur die politische und soziale Bestimmung und letztendlich Verankerung selbstverwalteter Projekte im Rahmen einer revolutionären Perspektive kann den Freiraum innerhalb kapitalistischer Rationalität groß genug halten, um unsere Ansätze von Gegenmacht darin zu verankern. Wir brauchen nicht nur Drucker, Schreiner, Metaller, Schrauber, Elektroniker etc. unter uns, sondern vor allem Bedingungen, unter denen sie als Militante arbeiten können. (Das fängt bei illegalen Druckerzeugnissen an bis hin zu Orten, wo wir gemeinsam ungestört reden können.) Wenn wir nicht - wie so oft - von der Zufälligkeit persönlicher Beziehungen und Hilfen abhängig sein wollen, dann müssen wir die fehlenden Strukturen nicht nur immer wieder beklagen, sondern selbst schaffen. Zu einer langfristigen Perspektive gehört für uns eine gemeinsame Anstrengung um den Aufbau und die Vernetzung militanter Projekte. Diese können und sollen nicht alleine privatkapitalistisch vor sich hin wurschteln, sie müssen kollektiver Bestandteil unserer Strukturen werden. D.h. der Preis für die Projekte darf sich

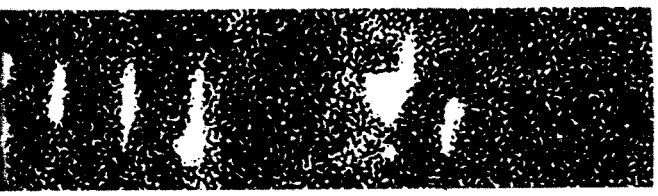
nicht nur an ihrer Wirtschaftlichkeit, sondern auch an der Notwendigkeit im Rahmen einer revolutionären Perspektive orientieren.

8. Unsere Strukturen entsprechen dem eines Hobbyclubs, anstatt einer revolutionären Perspektive.
Wenn wir militante Strukturen heute mit denen vor 6 Jahren vergleichen (oder gar mit jenen während der Kämpfe 71/72), dann wird die ganze Schwäche und asmathische Kurzlebigkeit autonomer Politik deutlich. Ohne die Strukturen 80/81 zu verherrlichen, so gab es doch zumindest ein autonomes Plenum, eine eigene Zeitung ("Vollautonom"), ein illegales Radio ("Radio Isnogood") und mehrere Gruppen, die in der Lage waren, gemeinsame Aktionen zu tragen. Heute existiert kaum noch etwas davon. Die wenigen Zusammenhänge sind vereinzelt und stellen sich zudem meist über persönliche Beziehungen her. Die Startbahnstrukturen sind derzeit die einzigen Zusammenzhänge, die aufgrund ihrer Kontinuität und Erfahrung handlungsfähig geblieben sind. Ansonsten sind die meisten Treffen und (Vorbereitungs-)Gruppen an kurzfristige Ereignisse oder aktuelle Anlässe geknüpft. Da man/frau kaum auf etwas zurückgreifen kann, muß vieles aus dem Stehgreif und unter dem Druck des Ereignisses organisiert werden. Die immer selben Gesichter teilen zähnknirschend die viele Arbeit unter wenigen auf. Die inhaltliche Auseinandersetzung, die über den Anlaß hinaus hätte geführt werden müssen, fällt unter den Tisch, da die praktischen Vorbereitungen fast den ganzen Raum einnehmen. Für Erfolg oder Nicht-Erfolg spielen dann mehr Zufall, Glück oder völlig unerwartete Umstände eine Rolle, als unser eigenes Konzept. Manch ein "Erfolg" kam für uns überraschender und unerklärlicher als für die Bullen.



»Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch radikal und kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus«

Diese fehlende soziale und materielle Infrastruktur drückt sich zwingendermaßen in oft schlecht vorbereiteten und durchgeführten Aktionen aus. Der Effekt einer 3-fachen Demobilisierung stellt sich ein: 1. diejenigen, die unter dem Druck der Ereignisse keine Chance mehr sehen, dem etwas entgegenzusetzen, ziehen sich zurück. 2. diejenigen, die nicht beteiligt sind, haben keine Lust (mehr), sich als Kulisse



hirnrissiger Aktionen verheizen zu lassen, weil das militante Vorgehen für sie kein kollektiver Schutz darstellt, sondern nur das Risiko, die Konsequenzen militanten Vorgehens individuell auszubaden. Und 3. schließlich jene, die unbedingt ihre Aktion durchziehen müssen und damit genau jenem Bild Nahrung geben, das Staat und Presse so gerne über uns verbreiten: das von den unverantwortlichen, ziellosen, menschengefährdenden und unschuldige Opfer in Kauf nehmenden Gewaltverbrechern.
Dies aktionistische Politik verleitet viele dazu, die Schlachten an Bauzäunen und Projekten wie Perlen zu einer Kette autonomer Erfolge aufzureihen. Und je weniger militante Kämpfe in unserem Alltag stattfinden und Fuß fassen, desto mehr romantisieren wir gerade jene Ereignisse, die aus unserem ätzenden Alltag herausstechen. Diese Mystifizierung des Feuerscheins ist im großen Maße ein Ausdruck fehlender Strukturen und Perspektiven innerhalb unseres Alltags.
Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße für uns, nicht nur - wie bereits vorgeschlagen - Strukturen nach außen aufzubauen, sondern auch Strukturen unter uns zu entwickeln, die sich nicht an sporadischen Anlässen und Kampagnen orientieren, sondern an unserem langfristigen Ziel radikaler gesellschaftlicher Veränderungen. So mußten die Günter-Sare-Demos geradezu zwangsläufig im Sande verlaufen, nachdem klar wurde, daß wir nicht in der Lage sind, inhaltlich und praktisch über den eigentlichen Anlaß hinauszukommen. So blieb die Parole: Wut und Trauer in Widerstand verwandeln, auf unseren Transparenten haften, anstatt sich in unserem Handeln umzusetzen. Über den Anlaß hinauszugehen hätte bedeutet, sich langfristig mit den Methoden und Zielen des staatlichen Gewaltapparates auseinanderzusetzen, also gerade dort einzugreifen, wo staatliche Gewalt Alltag ist in den Polizeirevieren, auf den Kommisariaten, bei der Ausländerpolizei, in den Fahndungsapparaten, im Justiz- und Knastapparat. Es mußte unser Ziel sein, diesem Gewaltapparat eigene, kontinuierliche Strukturen entgegenzusetzen: ihn politisch dort angreifen, wo er am empfindlichsten ist, in seinem Bedürfnis nach Anonymität, ihn praktisch dort zu verunsichern und zu stören, wo er sich am sichersten wähnt, in der Technologisierung von Überwachung und Prävention. Das fängt also bei "Bürger beobachten die Polizei"-, Justiz- und Knastgruppen an, bis hin zur kontinuierlichen Gegenobservation (abhören, Veröffentlichung von Personen und Methoden ziviler Fahndung und Observation) und der Nutzung und Verbreitung der "Jugend forscht"-Ergebnisse (Störsender, Funk etc.). Wenn wir die "Systemfrage" nicht nur verbal stellen, sondern auch ernst meinen, dann genügt es eben nicht, erst dann zu handeln, wenn ein Toter auf der Straße liegt. Dann ist es - wieder einmal - zu spät. Dieses Beispiel läßt sich sicherlich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.
Der Aufbau und die Vernetzung militanter Kerne ist für uns Voraussetzung dafür, den Kreislauf sich wiederholender Bewegungsrythmen zu durchbrechen, Bindeglied zwischen Bewegung und Alltag zu sein. Eine Organisation, die über beides hinausgeht und doch aus beidem bestehen muß.
Es gibt noch einen anderen Grund, warum wir uns für verbindliche Strukturen stark machen. Wir lehnen aus gutem Grund hierarchische und autoritäre Strukturen ab. Denn sie verkörpern in ihrem Kern genau das, was wir politisch bekämpfen. Doch was wir im Kopf vielleicht klar haben, kommt gerade in vielen aktionsbezogenen Zusammenhängen zum Tragen. Je undurchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto unangreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nciht behaupten können. Denn es gibt eine autonome Variante des kooperativen Führungsstils: Ohne jemanden sichtbar aus Entscheidungen auszuschließen, werden allzuoft Entscheidungen von wenigen getroffen und durchgepowert - von jenen, auf die es - unausgesprochen - ankommt.
Für uns ist eine klare, sichtbare und offene Struktur kein Hindernis, sondern Voraussetzung für militanten Widerstand. Wenn wir militanten Widerstand nicht an Kleingruppen delegieren wollen, dann müssen wir Strukturen schaffen, in denen es möglich ist, offen darüber zu streiten und zu diskutieren. Dann müssen wir Orte und Bedingungen schaffen, wo gerade jene uns treffen können, die eben nicht durch persönliche Beziehungen oder Zufall in unsere Zusammenhänge geraten sind.
"Militanter Widerstand ist möglich" bedeutet gerade auch, ihm - soweit wie möglich - das Geheimnisvolle zu nehmen, Bedingungen schaffen, aus denen heraus er massenhaft möglich ist. Eine breite Basis - die sich nicht in spekutativer Zustimmung, sondern in wachsender Teilnahme ausdrückt - ist der beste Schutz für militanten Widerstand.
Eine autonome Organisation hätte nur Sinn, wenn sich darin militante Kerne wie Mosaiksteine zueinander und ineinander fügen, wenn sich jenseits von Aktualität und Bewegung eine Kontinuität und Verbindlichkeit jener Kerne entwickelt, in denen Politik und Alltag, gegenseitiges Vertrauen und Kompetenz, Lust und Ausdauer, Geborgenheit und Risiko miteinander verschmelzen. Wir wollen endlich wissen und erleben, wofür wir kämpfen.

Lupus, Autonome Ffm

Atommüllkonferenz

Auf der Atommüllkonferenz am 16./17. Mai in Kassel trafen sich ca. 50 Leute aus der ganzen BRD. Bei den Berichten aus den Standorten – diesmal Stade, Lüchow-Dannenberg, Oberpfalz und Hanau – wurde eine Verschiebung deutlich: weniger Standort-Bis treffen sich mittlerweile auf der AMK, als mehr die Gruppen aus den Städten (wobei natürlich die Frage berechtigt ist, ob nur Standort ist, wer eine Atomanlage hat?!). Vielleicht macht aber diese Zusammensetzung es immer wieder zum Problem, über die weitere Perspektive der AMK zu sprechen. Auch diesmal stand das Thema wieder auf der Tagesordnung, doch stellte sich heraus, daß niemand die AG vorbereitet hatte.
Es wurde dann beschlossen, auf dem Plenum am nächsten Morgen darüber zu sprechen, wozu es schließlich doch nicht kam, da die Berichte aus den Arbeitsgruppen und die sich anschließenden Diskussionen mehr Zeit in Anspruch nahmen.
Nun soll das Thema aber definitiv auf der nächsten AMK angegangen werden: ein Diskussionspapier dazu wird in Münster erstellt und mit dem Atommüllrundbrief rechtzeitig verschickt werden. Die Münsteraner/innen erwarten noch weitere Denkanstöße dazu mit Spannung.
Es gab dann Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Kriminalisierung
- Herbstaktionen/Verhältnis zu den Bewegungszeitungen atom und radiaktiv
- KWU-Kampagne
- Atommülltransporte/Endlager/Atomschrott/-verwertung
- "Alte" und "Neue" Anti-AKW-Bewegung/Stillegungskampagne
  (Diese Arbeitsgruppe traf sich für einige Stunden gemeinsam mit Vertreter/innen der parallel tagenden "Nach-Tschernobyl-Gruppen".)

Berichte aus den Arbeitsgruppen gab es am folgenden Morgen:

1. Kriminalisierung
Es soll eine kontinuierliche Arbeit weiterhin laufen. Ende Juni gibt's ein gemeinsames Treffen zur Vorbereitung eines Informationsfluggis zum Thema 'Kriminalisierung' und wie damit umgehen. Auf der nächsten Atommüllkonferenz soll wiederum eine Arbeitsgruppe zum Thema sein.

2. KWU-Kampagne
Dies war zunächst ein Nachbereitungstreffen der AKtionen/Demos vom 2. Mai. Es wird überlegt, einen bundesweiten Reader zu KWU/Siemens zu erstellen. Die Rolle von KWU/Siemens wird wohl noch immer zu sehr unterschätzt. Gerade jetzt auch in Verbindung mit dem Abkommen BRD-UdSSR, bei dem die KWU u.a. auch Nutznießerin sein wird. Eine Demo im Rahmen der Aktionen gegen den IWF im kommenden Jahr wird überlegt, ebenso ein Aktionstag während der möglicherweise doch noch zustande kommenden Aktionstage in der Oberpfalz im Herbst.

Der Bericht über die Arbeitsgruppe Herbstaktionen findet sich im Wackersdorf-Diskussionsteil

4. "Alte und Neue Bewegung"
Es gab 3 Punkte, die nach der Diskussion gemeinsam festgehalten wurden:

- Gemeinsam soll in einem halben Jahr wieder getagt werden (d.h. an **einem** Ort und mit einer Arbeitsgruppe) Vorschlag: Salzgitter oder Braunschweig
- Der Informationsaustausch über die jeweiligen Blätter/Zeitschriften soll intensiviert werden.
- Die Zusammenarbeit zu Hause soll ausgebaut werden.

Darüber hinaus wurde festgestellt, daß eine ähnliche Entwicklung in der Arbeit zu verzeichnen sei: während die "alte" Anti-AKW-Bewegung hinter der Atomscheiße die Atomindustrie entdeckt und thematisiert hat, haben die "neuen" Gruppen hinter der Becquerel-Zählerei die Lebensmittelkonzerne entdeckt.

Offener Brief an alle AKW-Gegnerinnen und -Gegner der "alten" und "neuen" Bewegung

Auch ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ist die Anti-AKW-Bewegung nicht "zur Tagesordnung" übergegangen: die zahlreichen Demonstrationen und Aktionen zum Jahrestag des Super-GAU stellen es deutlich unter Beweis. Daran haben die Beschwichtigungs- und Verharmlosungsversuche staatlicher Stellen und der Unternehmensvertretungen nichts ändern können, aber auch nicht die Kriminalisierungsversuche auf der Grundlage der neuen "Sicherheits"-Gesetze (Neufassung und Ausdehnung der §§ 129a und 130a StGB).
Praktisch die einzige Konsequenz der Bundesregierung - neben der Kriminalisierung des Widerstands - war die Einrichtung des Ministeriums für Atomenergie (auch Umweltschutzministerium genannt), das sich mit Hilfe des Strahlen-Ermächtigungsgesetzes (SSVG) ein Instrument zur Zensur und Verschleierung von radioaktiven Meßdaten geschaffen hat, um die Bevölkerung ahnungslos zu halten. Darüberhinaus stellt das Gesetz einen Freibrief zur unbegrenzten Erhöhung von "Grenz"-werten dar.
Die Sozialdemokratie hat bisher mit Jahresplänen auf die Ausstiegsforderung gewerkschaftlicher und kirchlicher Kreise sowie der Umweltverbände und der Anti-AKW-Bewegung reagiert, in erster Linie setzt sie auf die Behinderung der Plutoniumwirtschaft (WAA/Schneller Brüter) bei gleichzeitiger Fortsetzung eines "kleinen Atomprogramms" (AKWs und Langzeit-Zwischenlager).
Wir verlangen hingegen die sofortige Stillegung aller Atomanlagen. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, das tödliche Spiel mit dem Rest-Risiko hat dazu geführt, daß wir den Ausstieg aus der Atomwirtschaft nicht als Fernziel, sondern als konkrete Losung begreifen. Wir fühlen uns bestärkt in unserer Forderung, gerade weil die Nachrichten über Mißbildungen bei Kindern (Mongolismus) und Tieren (Totgeburten) uns erschüttern und recht geben: auch die kleinste Strahlendosis kann gefährlich und lebensbedrohend sein.
Die nicht abreißende Kette von Störfällen provoziert geradezu einen kompromißlosen Widerstand. Aber es wird entscheidend sein, ob es uns in Zukunft gelingt, trotz aller unterschiedlichen Aktionsformen zu einer Zusammenarbeit der "alten" und "neuen" AKW-Bewegung zu kommen. Die Zersplitterung der Bewegung, Ausgrenzungen und Sektierertum nutzen dem politischen Gegner, sie hat im vergangenen Jahr den Widerstand geschwächt. Wir werden daran arbeiten, regional und überregional den Diskussionsprozeß zwischen den verschiedenen Strömungen zu intensivieren. In der Frage der Widerstandsformen werden wir uns nicht spalten lassen, als parteiunabhängige, außerparlamentarische Kraft haben wir begriffen, daß sich in diesem Staat nur etwas bewegt, wenn wir uns bewegen.
Am 16./17. Mai werden die "Atommüllkonferenz" und die "Nach-Tschernobyl-Gruppen" in Kassel am gleichen Ort zur gleichen Zeit tagen. Dieses Treffen werden wir nutzen, um Formen der Zusammenarbeit zu verabreden. Wir schlagen eine gemeinsame **AG Stillegungskampagne** vor.
Wolfgang Ehmke (Wendland/Hamburg)
Jens Scheer (Bremen)

in Kassel

5. Atomtransporte/Endlager/ Atomschrott

Es gibt mittlerweile ein Plakat, zu beziehen über den Göttinger AK gegen Atomanlagen (DM 1,50), PF 1945, 3400 Göttingen. Darauf werden die verschiedenen Formen des Transportes (Bahn, Straße, Wasserweg) gezeigt.

Der bundesweite Aktionstag am 27.6. wird ausfallen. Es steht konkret an diesem Datum kein Transport an. Die Zusammenarbeit mit den Standort-BIs ist schwierig geworden, zu wenig Leute. Eine kontinuierliche Beobachtung ist sehr aufwendig.

Aktuell soll versucht werden, den anstehenden Transport der defekten Turbine aus dem AKW Brokdorf nach Mülheim/ Ruhr zu beobachten ... In Mühlheim ist auf dem Gelände von Thyssen eine alte Lagerhalle umfunktioniert worden zu einem Atomschrott-Lager; aus dem Atomschrott werden dann so nette Sachen wie Töpfe, Bratpfannen etc. gemacht! Betreiber der Lagerhalle ist die Fa. GNS (Gesellschaft für Nuklear Service).

Die nächste Atommüllkonferenz soll Ende Juli/Anfang August in Neuwied oder in Bonn stattfinden.

(Weitere ausführliche Protokolle können im Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster bestellt werden.)

Zu den Zeitungen

Es bestand Einigkeit darüber, daß der Artikel in der letzten radiaktiv über das Treffen in Fronberg am 27.3. und das Verhalten der Autonomen dort unter aller Sau war. Es sollen möglichst viele Proteste eingehen. Außerdem sollen die Leute aus dem Infobüro ihren Schrieb auch so dort einbringen und als Gegendarstellung soll das abgedruckt werden.

Zur 'atom' wurde gesagt, daß diese grundsätzlich offen sei für Beiträge. Es gäbe eigentlich nur zwei Punkte, die beachtet werden müßten:

a) die Aktualität

b) daß die Leute von atom nicht einen ganz neuen Artikel schreiben müssen aus dem Material, das ihnen geschickt wird.

Es gab Diskussion über die Rolle des KB in den ganzen Anti-AKW-Zusammenhängen. Das wird doch sehr unterschiedlich gesehen, einige haben auch gar keine Meinung dazu.

Außerdem gibt es da wohl auch unterschiedlich starke KB-Gruppen in den verschiedenen Städten. In Nürnberg sind wohl einige KBler in den verschiedenen Initiativen aktiv, ebenso auch in der radiaktiv. In Göttingen hingegen spielt der KB keine so große Rolle.

Deutlich wurde eigentlich, daß es darauf ankommt, sich - wieder mal - inhaltlich mit dem KB auseinanderzusetzen. Außerdem ist es wohl klar, daß Zusammenhänge und Gruppen, die eine intensive Diskussion über Sachen führen, und dann in andere Zusammenhänge reingehen, die keine 'homogene' oder feste Struktur haben, leicht dominierend werden können.

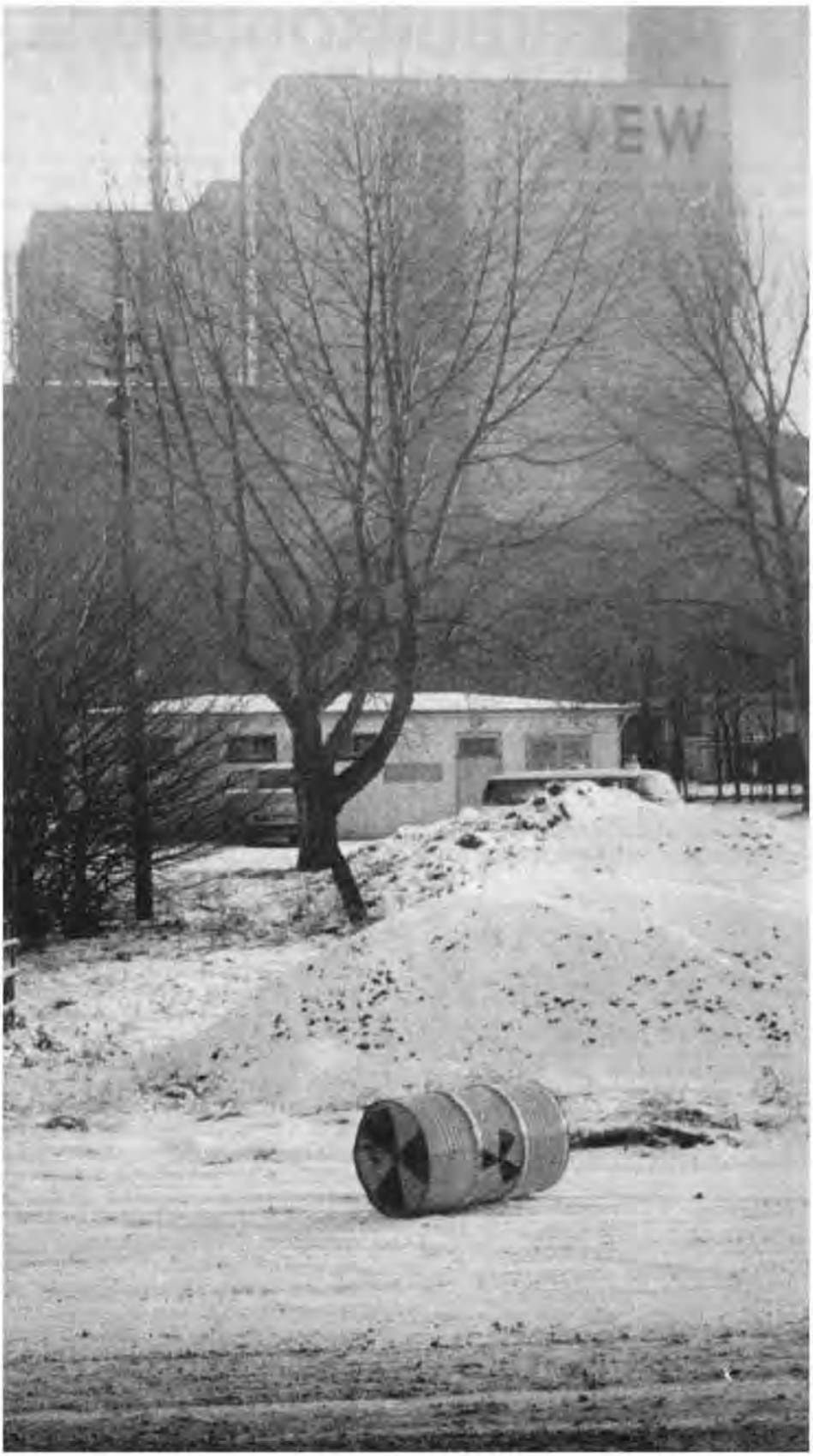


Foto: Jürgen Siegmann

In dem Zusammenhang wurde auch gesagt, daß diese "Verschwörungstheorien" doch damit zu tun haben könnten, daß es in den eigenen Reihen und Gruppen Perspektivlosigkeit gäbe.

K., Bonn

Zur Zukunft der Atommüllkonferenz

Seit geraumer Zeit steht der TOP "Zukunft der Atommüllkonferenz" zur Diskussion an. Ehrlich gesagt: bisher hatte ich mir nie so recht Gedanken gemacht, was die Diskussion um die Atommüllkonferenz solle, weil für mich klar war, daß ein überregionales Treffen in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabständen von Anti-AKW/WAA-Ini's aus dem Bundesgebiet fraglos unverzichtbar sei. Aber nach dem Treffen in Kassel am 16./17.Mai stelle ich mir auch ganz ernsthaft die Frage nach der Zukunft der Atommüllkonferenz. Mich beschlich das Gefühl: noch so eine Konferenz, und wir stellen uns keine Fragen mehr, sondern sind sie los:

1. Die Teilnehmerzahl lag bei ca. 60 Menschen, Standort-BI's waren nur in äußerst geringer Zahl vertreten. Eine anstehende Auswertung der Stade-Kampagne, Berichterstattung über die Aktion in Brunsbüttel, Vorstellungen, wie beim Brennelementewechsel im Krümmel eingegriffen werden könne, Hinweise auf die Aktionskonferenz Lingen etc. – alles das kam nicht zur Sprache (oder nur in Nebenbemerkungen).
(Leider fielen mir spontan nur Mängel der Konferenz auf, die ich ohne lange nachzudenken aus dem norddeutschen Raum aufzählen kann, die Kette ist aber noch viel länger!)

2. Die Auseinandersetzungen um die Herbstaktion in der Oberpfalz bestimmten die Plenumsdiskussion. Aber weder die Initiatoren der Herbstaktion standen Rede und Antwort (von der ATOM war niemand – mehr – da), noch die Kritiker aus den Kreisen oberpfälzer Autonomer machten den Mund auf (nachdem sie doch noch reinschauten). Der Rest war absurd, wenngleich gut gemeint in den Vorstößen und Rettungsversuchen: Meinungen aus 2. Hand gepaart mit einer – angesichts der dünnen Besetzung der Konferenz zu diesem Zeitpunkt nurmehr 40 Teilnehmer/innen – vollmündigen Ignoranz: So wurde allen Ernstes davon geredet, daß wir – die verbliebenen Aufrechten – "die Position *der* Anti-AKW-Bewegung" in Frankfurt beim Trägerkreistreffen massiv einbringen sollten. Wer hinfahren würde, blieb offen und nicht verbindlich geklärt!

3. Der Aktionstag gegen Atommülltransporte entfiel, übrig blieben regionale Initiativen gegen Atommülltransporte (z.B. Lübeck).

4. Einzig die Kontakte zu den Ini's, die sich nach Tschernobyl gegründet hatten, verliefen einigermaßen zufriedenstellend, aber auch dieser Punkt wurde im Sonntagsplenum zu fortgeschrittener Zeit nur noch zur Kenntnis genommen, nicht richtig diskutiert, so daß es ehrlicher wäre zu sagen, einige der "Alten" engagieren sich für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den "Neuen".

5. Eine Auswertung der Aktivitäten um den Tschernobyl-Tag herum fehlte, desgleichen eine sich anschließende Perspektivdiskussion ("Ausstieg!" ist unsere Devise, nicht "Weitermachen wie bisher"). – Zu Fragen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden (Molke, Schachtunglück in Gorleben) schweigen wir uns aus.

Schon im Vorfeld der Atommüllkonferenz von Bielefeld habe ich viele Telefonate geführt, damit Leute von den Standorten kommen. Ich denke, je mehr diese Treffen den Charakter einer reinen "Bewegungskonferenz" bekommen, je mehr der Austausch zwischen Standort-Ini's ausbleibt zugunsten der "bewegungsübergreifenden" Diskussionen, desto schneller ist die Atommüllkonferenz erledigt. Ich plädiere keineswegs für eine "reine" Standortekonferenz, aber die Chance, etwas mit nach Hause zu nehmen, muß gegeben sein. Wo waren die Leute von der Gruppe Ökologie, wo die Darmstädter? War ein/e Jurist/in da? Gerade die Mischung aus "sich schlau machen" und "politisieren" + "Aktionsplanung" ist die richtige.
Ich rede damit nicht der reinen "Fachsimpelei" das Wort, den Fehler haben wir auch schon gemacht, auf die richtige Mischung kommt es an. Als wir im Januar '82 die 1. Konferenz nach Salzgitter einberufen haben, geschah das zu einem Zeitpunkt, als die Anti-AKW-Bewegung abgeklungen war, in erster Linie arbeiteten noch die BI's aus dem Spektrum der "Entsorgung", der Name "Atommüllkonferenz" transportiert noch diesen damaligen Zustand. Entscheidend war, daß wir uns damals einen Diskussionszusammenhang geschaffen haben, den ich nicht bereit bin, leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Es sind darüber persönliche und politische Kontakte gewachsen, die unverzichtbar sind. Außerdem war ein Prinzip, daß wir uns am Standort einer laufenden / im Bau befindlichen / geplanten Atomanlage treffen, um über das Kennenlernen des Standortes und die Pressearbeit den jeweiligen Ini's "unter die Arme" zu greifen. Das ist uns manchmal wirklich gelungen. Ich plädiere also dafür:

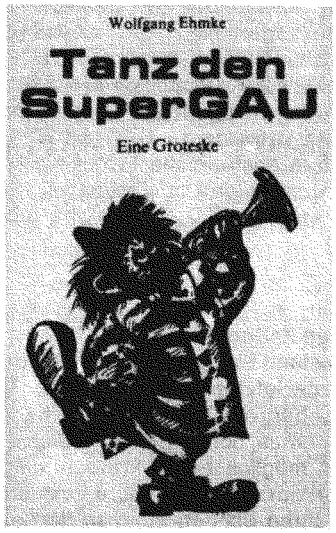
1. Die Atommüllkonferenz findet an Standorten von Atomanlagen (s.o.) statt. Erfahrungsaustausch und Impulse für Aktionen (die Problematik von "Beschlüssen" lasse ich mal aus) sind nur möglich, wenn Standort-Ini's die Chance des überregionalen Austausches für sich annehmen. Klar ist aber, daß die Atommüllkonferenz grundsätzlich offen für alle interessierten Leute und Ini's ist.

2. Die Vorbereitung erfolgt über die Rundbriefe, die Einlader haben aber die Verantwortung für das Zustandekommen der Gruppen (Abklären, wer kommt, wer was übernimmt, Anstöße geben).

3. Das Eingangsplenum mit den Standort- und Gruppenberichten diskutiert Schwerpunkte der Konferenz vor. Das Abschlußplenum macht nur Sinn, wenn die Leute auch am 2. Tag da bleiben!

Da mir allerdings die weitergehenden Gründe für die Kasseler Rumpfveranstaltung nicht klar sind, da ich nicht wissen kann, warum die Leute von der ATOM, die Gruppe Ökologie u.a., Standort-BI's kaum vertreten waren, ob es nur Zufall war oder ob es gerade ausnahmsweise mal kein Bedürfnis war, sich überregional zu treffen, möchte ich euch alle (und auch die anderen) auffordern, mal zu sagen / schreiben, was ihr von der "ZUKUNFT DER ATOMMÜLLKONFERENZ" haltet.

Wolfgang Ehmke



Wolfgang Ehmke: Tanz den SuperGAU. Eine Groteske. 96 S., 12 DM.
Verlag u. Vertrieb: Förderverein Umweltschutz Unterelbe. ISBN 3-88876-037-2
Der Staatspräsident als Fernsehkoch, der Polizeipräsident als militanter Demonstrant, Hamsterkäufe der Kabinettsmitglieder - Absurditäten, Aberwitz angesichts apokalyptischer Visionen? Getreu dem Motto Christian Morgensterns "Die Galgenpoesie ist die skrupellose Freiheit des Ausgeschalteten, Entmaterialisierten" belauscht der Autor Kabinetts- und Krisensitzungen, verfolgt die scharfsinnigen Überlegungen der Zeitungsmacher, läßt Kunst- und wirkliche Figuren auf der Bühne des SuperGAUdi ihren Veitstanz tanzen. Eine Satire auf die Katastrophe kann das gutgehen? Gewiß nicht. Aber eine Satire auf die Mächtigen, ihr Bemühen, die Katastrophe in den Griff zu bekommen, das ist bekömmlicher. Es scheint, als sei die Zeit des Galgenhumors gekommen. "Wir lachten, daß es eine Schande war." (Ulrich Greiner, Die ZEIT).
Bestellungen bei: BUU Hamburg, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/400423

Arbeit in Atomanlagen: »Mord auf Raten«

Vielfach werden die in Atomanlagen Beschäftigten und die Atomkraftgegner/innen als natürliche Gegner angesehen und verstehen sich oft auch so. Ich will im folgenden darlegen, daß im Grunde beide Gruppen einen gemeinsamen Gegner haben, die Atomindustrie.

Dazu betrachte ich vier Bereiche:

1. Die Strahlengefährdung, die wesentlich größer ist, als den Beschäftigten offiziell gesagt wird.
2. Die sonstige körperlichen Belastung, die durch die Atomtechnik bedingt wird.
3. Die Einschränkung der Rechte der Betriebsräte und die Personenkontrolle, die sich auf das Atomgesetz stützt.

Zu 1.: Daß radioaktive Strahlen gesundheitsschädlich sind, ist allgemein bekannt. Oft wirdd aber behauptet, es gäbe einen unschädlichen Schwellenwert, unterhalb dessen man gefahrlos bestrahlt werden könne, oder es wird behauptet, die Schäden bei niedrigen Dosen seien so gering, daß man sie niemals feststellen könnte. Beides ist falsch, im Gegenteil haben Untersuchungen an zehntausendern amerikanischen Atomarbeitern, die sich über mehrere Jahrzehnte hinzogen, zu folgendem Ergebnis geführt:

Angenommen, eine Gruppe von 100 Kollegen wird 10 Jahre lang jährlich mit 1 Rem belastet, das ist ein Fünftel der zulässigen Dosis (d.h. "Kollektivdosis" 1000 PersonenRem), dann sterben unter ihnen in den folgenden Jahrzehnten 7 an Strahlenkrebs.

Nehmen wir andererseits an, eine Gruppe von 1000 Arbeitern wird im Lauf eines Jahres mit den zulässigen 5 Rem bestrahlt (d.h. Kollektivdosis 5000 PersonenRem), dann fallen von ihnen 35 dem Strahlenkrebs zum Opfer.

Das erste sind durchaus übliche Werte für das Stammpersonal, das zweite für die Massen von "Wegwerfarbeitern", die von Leihfirmen zu den besonders gefährlichen Arbeiten beim Brennelementewechsel geschickt werden.

Diese amerikanischen Arbeiter werden naturgemäß stark angefeindet. Wer sie nicht verwendet, gewinnt aus den Erfahrungen in Hiroshima und Nagasaki etwa 3- bis 10mal niedrigere Werte. Die sind aber immer noch wesentlich höher als offizielle Stellen in der BRD zugeben. Die sind nämlich rund 100mal niedriger als die amerikanischen.

Aufgrund dieser Erkenntnisse ist der offizielle Grenzwert von 5 Rem/Jahr viel zu hoch, er bedeutet einen absichtlichen Mord an zahllosen Kollegen, wenn auch "auf Raten" über viele Jahrzehnte verteilt.

Die Internationale Strahlenschutzkommission schlägt vor, die Grenzwerte abzuleiten aus der Forderung, daß das Risiko von Atomarbeitern nicht höher sein soll als das "gesellschaftlich akzeptierte" Risiko, durch den Beruf zu Tode zu kommen.

Das ist natürlich ein problematisches Gedankenspiel, aber es führt jedenfalls zu wesentlich niedrigeren Werten. Ich errechne aus den amerikanischen Daten einen zulässigen Grenzwert von 0,015 Rem pro Jahr. Prof. Kuni, ein Strahlenmediziner an der Universität Marburg und Leiter einer vom DGB organisierten und finanzierten Arbeitsgruppe, der die amerikanischen Ergebnisse weniger gewichtet, kommt zu immerhin einem Wert von 0,030 Rem für Frauen und 0,100 Rem für Männer. Das würde eine Senkung der Grenzwerte auf 1/150 für Frauen und 1/50 für Männer bedeuten, was die Atomindustre ökonomisch kaum verkraften würde. Der nahliegende Schuß ist daher, daß eine Industrie, die nur auf Kosten der Gesundheit der in ihr Beschäftigten wirtschaftlich arbeiten kann, keine Existenzberechtigung hat.

Arbeit am Handschukasten bei ALKEM.

Bedauerlich ist, daß der DGB aus der von ihm selbst veranlaßten Studie von Prof. Kuni und Mitarbeitern keine Konsequenzen zieht. Gewerkschafter/innen sollten fragen, warum (3).

Während so eine drastische Senkung der Grenzwerte angezeigt ist, betreibt die Bundesregierung das Gegenteil: Sie plant, durch eine Novellierung der Strahlenschutzverordnung, die zulässigen Grenzwerte zwar nicht für den gesamten Körper, sondern für bestimmte Organe, anzuheben. Zum Beispiel soll für Atomarbeiter das Knochenmark statt mit 5 Rem/Jahr in Zukunft mit 15 Rem bestrahlt werden, die Haut statt mit 30 Rem in Zukunft mit 50 Rem. Die unglaubliche Begründung ist, für manche Organe seien die Heilungschancen für Krebs gestiegen, deshalb könne man häufigere Krebserkrankungen zulassen!

Während so unterschiedliche Länder wie die DDR und Schweden das bereits eingeführt haben, konnten das die Gewerkschaften in England und USA bisher verhindern. Auch in der BRD sind die Gewerkschaften gefordert.

Viele der in Atomanlagen Beschäftigten tragen also bereits den Keim einer Krebserkrankung in sich, ohne es zu wissen, und wenn der Krebs nach Jahrzehnten ausbricht, kann keiner exakt beweisen, daß die Berufstätigkeit die Ursache war. In Frankreich ist immerhin die Leukämie als Berufskrankheit für Atomarbeiter anerkannt, in der BRD nicht! (2).

Die Lage ist dadurch noch schlimmer, daß die Messungen der erlittenen Dosis mit Filmplaketten vielfach zu optimistisch sind, d.h. zu wenig anzeigen. Das hat man gemerkt, als man an Atomarbeitern in deutschen AKWs die Strahlenschäden an ihren Chromosomen direkt nachgewiesen hat. Jeder Atomarbeiter trägt also schon heute defekte Chromosomen mit sich herum, was sich an Mißbildungen seiner Kinder und Enkelkinder zeigen wird. Außerdem werden die Plaketten von den zuständigen Instituten manchmal gar nicht ausgewertet, sondern es werden in die Listen einfach "40 mrem" eingetragen, auch wenn irrtümlich die Plakette gar nicht mit eingeschickt worden

war. Das habe ich in meiner Praxis als Strahlenschutzverantwortlicher in einem Kernforschungsinstitut selbst erlebt. Das Stammpersonal in den AKWs wird dabei noch verhältnismäßig geschont, viel schlimmer belastet man die Tausende von Leiharbeitern, die beim Brennelementewechsel die schwersten und dreckigsten Arbeiten machen müssen. Ihre Zahl wird laut TÜV eiskalt so berechnet, daß man die gesamte Belastung abschätzt und durch die jährlich zulässige Belastung pro Person teilt. Also werden sie absichtlich bis zur Grenze vollgepumpt. Bei besonders gefährlichen Arbeiten erreichen sie diese Dosis schon in wenigen Tagen, in Extremfällen in wenigen Minuten. Dann werden sie sofort entlassen. Sie müssen meist bei Arbeitsantritt ein Formular unterschreiben, in dem sie von sich aus kündigen, und in dem der Arbeitgeber das Datum einträgt, an dem sie ihre Dosis erreicht haben (1).

Zu 2.: An den zulässigen Strahlenbelastungen zu sterben, ist zwar das schlimmste Risiko der Beschäftigten in Atomanlagen, aber hinzu kommen andere Probleme.

Die Arbeit ist körperlich oft viel anstrengender als etwa in normalen Kraftwerken: In schweren, luftdichten Strahlenschutzanzügen und Atemmasken zu arbeiten, belastet den Kreislauf, so daß nicht selten Kollegen darin umfallen. Besonders die wenig oder nicht über Gefahren aufgeklärten Leiharbeiter reißen oft die Atemmasken ab, um "frische Luft" zu atmen, die mit radioaktiven Partikeln erfüllt ist, besonders schlimm, wenn z.B. nebenan eine andere Kolonne die verseuchten Oberflächen abschleift.

Aus diesem Grund erfüllt viele Kollegen gerade des Stammpersonals die Sorge, was aus ihnen wird, wenn sie eines Tages diesen besonderen körperlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen sind. Irgendwelche Sozialpläne sind dafür nicht vorgesehen.

Auch sonst birgt die Arbeit in Atomkraftwerken spezielle Gefahren, die bei normalen Kraftwerken nicht oder weniger stark vorhanden sind. Dazu gehört die "Unsitte" der Betreiber, viele Defekte, die normalerweise schnell behoben werden können, aufzuschieben bis zur nächsten geplanten Abschaltung, wodurch sie sich verschlimmern und eine Extra-Gefahrenquelle bedeuten, erst recht, weil sie dann unter großer Hetze durchgeführt werden müssen.

So wurde im AKW Gundremmingen bei einem leckenden Ventil die Stopfbuchse immer wieder angezogen, bis am Bußtag bei geringerem Bedarf das AKW abgeschaltet wurde. Zwei Arbeiter würgten dann solange daran herum, bis der Ventilstutzen abriß und der austretende Heißdampf sie tötete. Dazu trug auch ein weiterer AKW-typischer Mangel bei: die verwinkelte enge Bauweise. In einem gewöhnlichen Kraftwerk hätte sich der heiße Dampf inh einem größeren Raum verteilen können, dadurch wären die zwei vielleicht am Leben geblieben. Typisch übrigens: die unmittelbaren Vorgesetzten wurden wegen fahrlässiger Tötung bestraft, die eigentlich verantwortlichen leitenden Angestellten freigesprochen.

Hier seien Erscheinungen angesprochen, die unabhängige Wissenschaftler an japanischen Zeitarbeitern von AKWs gemacht haben, und die erschreckend dem ähneln, was bei den Überlebenden von Hiroshima und

Nagasaki als "atomic bomb idling syndrom" beschrieben wird, also ein Komplex von Beschwerden, der die Leute unfähig macht, zu arbeiten: übergroße Erschöpfung, nach 1 Arbeitstag 2-3 Tage Erholung notwendig, Unfähigkeit zur Konzentration, Schwindelgefühle, Kopfschmerzen, Überempfindlichkeit gegen Infektion. Diese Erscheinungen konnten nicht auf sonst bekannte Ursachen, wie Bluthochdruck, zurückgeführt werden; es liegt wohl eine indirekte Strahlenwirkung vor, die nähere Untersuchungen erfordert.

Zu 3.: Die besondere Gefährdung der Atomindustrie durch Sabotage muß herhalten, um die darin Beschäftigten zahllosen Kontrollen und Schikanen zu unterwerfen. Das fängt damit an, daß wenige Zugänge zu Gebäuden geöffnet sind (Fluchtmöglichkeit bei Unfällen verringert) und hört auf bei geheimdienstmäßiger Überwachung des Umfeldes der Beschäftigten (um eventuelle Erpreßbarkeit aufzuspüren). Auch das Streikrecht kann durch Hinweis auf Sachzwänge eingeschränkt werden, wie in England schon geschehen. Dabei werden selbst die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates eingeschränkt mit der Begründung "Atomgesetz bricht Betriebsverfassungsgesetz"! Angemerkt sei, daß natürlich kein/e Atomkraftgegner/in je auf die Idee eines Sabotageaktes kommen würde, bei dem Radioaktivität freigesetzt werden könnte - der Schutz vor Radioaktivität ist ja gerade Ziel und Anlaß unserer Bewegung!

Zu 4.: Oft wird behauptet, Atomkraftgegner/innen wollten den in der Atomindustrie Beschäftigten die Arbeitsplätze wegnehmen. Recht betrachtet ist eher das Gegenteil der Fall. Der Bau immer größerer Kraftwerkseinheiten ist für den Betreiber in vieler Hinsicht profitabel. Dazu gehört auch die Vernichtung von Arbeitsplätzen für normale Kraftwerke in normalen, kleineren Anlagen, abgesehen von der Vernichtung von zahllosen Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie. Umgekehrt könnten schon durch die Inbetriebnahme der stillstehenden Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Erst recht könnte durch die Umorientierung der Energiewirtschaft auf Spar- und Wiedergewinnungstechniken (Sonne, Wind, Biomasse) 200.000 bis 400.000 Arbeitsplätze mehr in kurzer Zeit geschaffen werden.

Aber was hätten Atomarbeiter selber davon? Einige Zahlen: In den AKWs der BRD sind z.Z. 4.000, in der Brennelementtechnik (Lingen, Hanau,...) 3.500 Menschen beschäftigt, in den Kernforschungszentren noch einige Tausend mehr. Aber etwa im AKW sind nur unter 5% "nukleartypisch" ausgebildet, den anderen wäre sowieso egal, in welcher Sorte Kraftwerk sie arbeiten. Und auch die speziell Ausgebildeten könnten umgeschult werden; dafür, wie für eventuelle Sozialpläne, müßten beim Ausstieg aus der Atomenergie Mittel bereitgestellt werden. Verschiedene Ausstiegspläne enthalten bereits solche Mittel (trotzdem kommen sie zur Erhöhung der Tarife von wenigen Mark im Monat für die Durchschnittsfamilie).

Schließlich gibt es für die kerntechnischen Spezialisten (leider) dann noch genug zu tun: Abbau und Einschluß der stillgelegten AKWs, Behandlung und Lagerung des in unverantwortlicher Weise bisher erzeugten Atommülls. Hierfür gibt es ganz sicher keine "unschädliche Lösung". Deshalb kann und muß die Forschung der Spezialisten darauf gerichtet werden, die am wenigsten schädliche Methode herauszufinden. Die gegenwärtigen Pläne zur "direkten Endlagerung" in Gorleben können in dieser Hinsicht keineswegs als Lösung gelten.

Eigentlich müßte es für einen Naturwissenschaftler oder Ingenieur viel befriedigender sein, für zukunftsträchtige Techniken zu arbeiten, als in der Atomtechnik mit immer aufwendigeren Techniken den immer neu

auftauchenden Unfallursachen hinterherzuhinken und doch das Gefühl zu haben, zu spät zu kommen.
Wie die Zeitung der IG Metall schreibt, entwickelten auch die Betriebsräte der KWU und Vertrauensleutekörper der IG Metall Konzepte zur alternativen Energietechnik, Müllentsorgung und anderen nützlichen Techniken. Dies gründet sich auf das Argument, ganz unabhängig von der Frage wie man zur Kernenergie stünde, müßte nüchtern festgestellt werden, daß die Kraftwerk-Union in Zukunft kaum mehr Kernkraftwerke verkaufen wird. Die Reaktion des Managements ist sehr richtig, sich zu überlegen, mit den Möglichkeiten des Konzerns andere und sinnvolle Geräte zu entwickeln.
Wir glauben, dargelegt zu haben, wieso die in den AKWs Beschäftigten und wir eigentlich den gemeinsamen Gegner haben, und daß es letztlich auch in ihrem Interesse wäre, wenn diese Technik verschwindet.
Nur erwarten wir nicht, daß sie mit fliegenden Fahnen das Lager wechseln, obwohl eine wachsende Zahl von Fachleuten aus Gewissensgründen gekündigt hat und nun die Bürgerinitiativen unterstützen.
Aber auch geringe Verbesserungen von Mißständen im Werk selbst können oft nur behoben werden, wenn die Öffentlichkeit davon erfährt und Druck macht. Daher ist es so nötig, daß Informationen, auch anonym, nach außen dringen über Unregelmäßigkeiten, Betriebsmängel, gefährliche Vorfälle usw. Dadurch können kurzfristig die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert werden und langfristig die Bedingungen geschaffen werden, die ihnen ermöglichen, in anderen als Atomanlagen zu arbeiten, die weniger gefährlich sind für sie selbst und die allgemeine Bevölkerung.

Anmerkungen

(1) Völlig vernachlässigt wird die Strahlenbelastung durch Neutronen. Dabei schwirren auch im abgeschalteten Reaktor um die abgebrannten Brennstäbe etwa 10 Millionen Neutronen pro Sekunde durch jeden Quadratcentimeter, die aus "spontanspaltenden" Elementen entstehen, die während des Reaktorbetriebes gebildet wurden. Solange die Brennelemente unter Wasser gehalten werden, absorbiert das zwar den größten Teil davon, aber in den Transportbehältern und im Trockenlager machen sie durchaus die Hälfte der Gesamtbelastung aus.
(2) Prof. Kuni weist auf die schockierende Tatsache hin, daß die Gefährdung von Atomarbeitern bei den heute geltenden Grenzwerten vergleichbar ist mit der, die bei Sprengarbeiten im Steinbruch auftritt!
(3) Der geforderten Senkung der Grenzwerte wird vielfach mit Argumenten widersprochen, die Bezug nehmen auf die Belastung durch natürliche Strahlenquellen. ("Solange man nicht den Schwarzwald mit seiner relativ hohen Belastung evakuiert, braucht man auch die Grenzwerte nicht zu senken"). Dies wird von Kuni mit dem einleuchtenden Gedanken gekontert, im Sinne dieser Logik könnte man unter Berufung auf die Verkehrstoten auf Schutzhelme auf dem Bau verzichten! "Da es sowieso soviel Unfalltote gibt, kann man die zusätzlichen berufsbedingten Unfälle ruhig tolerieren."

Jens Scheer

Aus "Mord auf Raten"
Bremer BI gegen Atomanlagen

AKW: *Hast du noch in einem anderen Atomkraftwerk gearbeitet?*
S: Ja, in Stade. Die Arbeitsbedingungen waren nicht so gut, vor allen Dingen mit dem Strahlenschutz, man ist nervlich schikaniert worden, man ist oft verheizt worden, wenn man sich nicht so gefügt hat, wie die das wollten. Und dann ist es auch öfter vorgekommen, daß einige Leute 'ne enorme Strahlenbelastung hatten, in drei Wochen, bis zu 1.200 mrem und mehr, und das war mir dann zuviel, und dann bin ich abgehauen.

AKW: *Du sagst, einige hatten 1.200 mrem und mehr. Wie ist das denn passiert? Hatten die so kleinere Unfälle, oder was?*
S: Nee, es gab da 'ne Reinigungstruppe, die in Stade in den Dampferzeuger mußte, und die mußten da reinigen, mit Saugern und so und im Dampferzeuger ist 'ne relativ hohe Strahlung, und es gibt da auch Trupps, die mit 15-20 Mann kommen, weil die dann schon 450 mrem oder so drauf hatten und diese Leute mit denen ich zusammen gearbeitet hab', die eben die enorme Belastung abgekriegt haben, sind z.T. im Dampferzeuger und in anderen Bereichen und das hat nichts mit Unfällen zu tun. Soweit ich weiß, war in Stade während der Zeit kein Unfall.

AKW: *Das gehört also zur normalen Belastung?*
S: Ja, das gehört zur normalen Belastung!

Aus "Leiharbeit in AKWs"
Anti-Atomplenum Hannover

Zuerst einmal zu den Interviewausschnitten. Es handelt sich hierbei um Arbeiter, die während der Revision im AKW Würgassen (ein Siedewasserreaktor) eingesetzt waren. "Also, wenn das Werk abschaltet, dann werden im Schnitt 30% der Brennstäbe ausgewechselt. Die kommen dann ins Ablagerungsbecken. Da bleiben die über ein Jahr, damit sich die Strahlung abbaut. Wenn das ausgewechselt wird, dann ist Wasser drin. Sobal Wasser drin ist und die Revision anfängt, sind immer Leute von uns da, und die müssen das auch ums Becken herum sauber halten, damit die Kontamination nicht durch ganze Werk getragen wird. Wenn einer da arbeitet, dann arbeitet einer direkt am Becken und einer hält ihn fest, also gesichert mit einem Seil. Wenn Wasser drin ist und er fällt rein, dann müßte schon innerhalb von 10 Sekunden ein Rettungsring da sein, weil man in dem Wasser nicht schwimmen kann. Es ist ja warm da, da sind ja mindestens 35, 40 Grad. Die Leute, die am Becken arbeiten... also, Überschuhe muß man eh tragen, und die müssen nochmal zusätzliche Überschuhe anziehen und zum normalen Overall - der ist normalerweise weiß - noch einen gelben drüber. Die unten ins Becken reingehen, die müssen noch einen Pedi mit Maske anziehen. Pedi ist ein Gummianzug, das kommt aus der Schweiz. Die sind luftundurchlässig. Was der Körper an eigener Wärme abstrahlt, das bleibt alles im Pedi drin, in Form von Schweiß halt. Wenn man eine Stunde mit Pedi arbeitet, bei 40 Grad, dann hat man nachher die Hände und Schuhe voll Wasser stehen. Das geht auf den Kreislauf. Da sind schon viele Leute umgekippt."

AKW Obrigheim

"Wer ohne die erforderliche Genehmigung eine kerntechnische Anlage betreibt, wird nach § 327 Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft." Die beiden baden – württembergischen Kernkraftwerke Obrigheim und Neckarwestheim I haben keine solche Genehmigung, jedenfalls nicht für den Dauerbetrieb. Der illegale Betrieb des ältesten AKWs der Republik, Obrigheim, währt bereits 20 Jahre, Neckarwestheim I heizt den Neckar seit 15 Jahren.

Beide waren jedoch nur für den Probebetrieb genehmigt. Das ergeben zwei ausführliche Rechtsgutachten, die von den baden – württembergischen Grünen vor vier Monaten in Auftrag gegeben wurden. Der Verstoß gegen den Atomparagraphen im Strafgesetz ist ein Offizialdelikt. Die Grünen kündigten Strafanzeige gegen die Betreiber des AKW Obrigheim und Verwaltungsklagen gegen das Stuttgarter Wirtschaftsministerium als Genehmigungsbehörde und gegen das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt als Aufsichtsbehörde an.

Rein zufällig waren die baden – württembergischen Grünen zu Beginn dieses Jahres auf den klammheimlichen, nicht genehmigten Betrieb des "längst schrottreifen" AKW Obrigheim gestoßen. Für eine sicherheitstechnische Studie des Darmstädter Öko – Instituts waren die Genehmigungsunterlagen vom Wirtschaftsministerium angefordert worden. War in den ersten Teilerrichtungsgenehmigungen Mitte der 60er Jahre noch der "Probe- und Versuchsbetrieb" des AKW gestattet worden, so fehlte dieser Hinweis in weiteren Genehmigungsverfahren. Der Satz war ganz einfach gestrichen worden. Eine Erlaubnis zum "Dauerbetrieb" war aber vom Betreiber des AKW, der KWO Obrigheim GmbH, weder beantragt noch gegeben worden.

Eine nachträgliche Genehmigung zum Dauerbetrieb, so hoffen die Grünen, sei schon deshalb auszuschließen, weil das AKW Obrigheim nicht einmal den Mindestforderungen der Reaktorsicherheitskommission genügt. Den Gutachtern zufolge kommt nur die einstweilige oder endgültige Einstellung des AKW–Betriebs in Betracht.

(nach D. Willier)

AKW Mülheim Kärlich

Rechtzeitig vor der Großdemo gegen das AKW Mülheim–Kärlich am 10.5.87 legte das Öko–Institut Darmstadt (ÖID) eine Studie vor, die den Katalog möglicher Unfallursachen gefährlich erweitert hat.

Der Untersuchung zu folge steht das Kraftwerk genau im Gebiet einer tektonischen Störung und ist insofern extrem erdbebengefährdet. Da seinerzeit die sich aus den geologischen Verhältnissen ergebenden Gefahren in folge zu niedrig gemessener Werte unterschätzt wurden, sei die Anlage durchaus möglichen höheren Belastungen kaum gewachsen. Die Konsequenzen einer potentiellen Kraftwerkskatastrophe werden im Falle Mülheim–Kärlich um so erschreckender je mehr mensch die Standortbedingungen des Reaktors berücksichtigt. In einem Umkreis von 10 km leben mehrere hunderttausend Menschen. Das bedeutet eine Bevölkerungsdichte, die zumindest in den USA die Betriebsgenehmigung für ein AKW ausgeschlossen hätte. Darüber hinaus stellt die Studie fest, daß der Standort des AKWs in einem von Höhenzügen umgebenden Talkessel eine sehr ungünstige Klimasituation zur Folge habe. Es handle sich um eine Region mit ausgesprochenen Schwachwindlagen. Im Falle einer Freisetzung von Radioaktivität würde das bedeuten, daß eine entstehende radioaktive Wolke das Neuwieder Becken zunächst einmal nicht verlassen würde und hochkonzentriert bliebe. Sehr hohe Strahlendosen für die Bevölkerung wären die Folge.

Diese standortspezifischen Risiken werden ergänzt durch eine ganze Menge von bautypischen Mängeln ohne das ein entsprechendes Sicherheitssystem den „gefahrlosen" Betrieb gewährleistet. Der Reaktor ist baugleich mit dem AKW Harrisburg, und US–Wissenschaftler kamen zu dem Schluß, daß diese Reaktorlinie durch „hoffnungslose Fehlkonstruktionen" ein unverantwortliches Risiko birgt. Die für diese Einschätzung relevanten Anlageteile wurden in Mülheim–Kärlich unverändert übernommen. Insbesondere das Primärkreislaufkonzept weist gemäß der ÖID–Studie erhebliche Schwächen auf, da hier im Gegensatz zu anderen AKWs auf die „4–Strängigkeit der Sicherheitssysteme" verzichtet worden sei. Daher könnten nicht alle Teile des Notkühlsystems alle Stränge des Primärkreislaufs erreichen, so daß das Containment den Belastungen eines Kernschmelzunfalls nicht statthalten würde.

Schon durch die Auftragsvergabe an die völlig unerfahrene, aber billige BBC wurden die Sicherheit von Beginn an zu gunsten der Rentabilität zurückgestellt. Entsprechend der Pannen verlängerte sich die Bauzeit jedoch auf 12 Jahre, und die Kosten stiegen auf über 10 Mrd. DM.

Derzeit ist der Reaktor abgeschaltet, soll aber voraussichtlich im Juni wieder in Betrieb gehen. In Anbetracht der Fülle der risikorelevanten Aspekte ist die endgültige Stillegung notwendiger denn je.

Um der Forderung nach Liquidierung des AKWs Mülheim–Kärlich Nachdruck zu verleihen, hatte daher die Landeskonferenz der Anti–AKW–Gruppen in Rheinland–Pfalz eine Großdemo für den 10.5.87 vorbereitet. Die Ergebnisse dieser Aktion fassen die Veranstalter wie folgt zusammen:

Trotz schlechten Wetters folgtem dem Aufruf der rheinland–pfälzischen BIs zur Demo gegen das AKW Mülheim Kärlich 3.000 Bürgerinnen und Bürger. Der Demonstrationszug von Neuwied nach Mülheim–Kärlich sowie die Kundgebungen verliefen ohne Zwischenfälle. Während der Kundgebung sprach der Koblenzer Internist Dr. Stück über die verheerenden gesundheitlichen Folgen der Inbetriebnahme des AKWs, sowie über die demokratiefeindlichen Auswirkungen des Atomstaats.

Dr. Lothar Hahn vom Öko–Insitut Darmstadt verwies auf das erhöhte GAU Risiko infolge der Baugleichheit wichtiger Komponenten des Reaktors Mülheim–Kärlich mit Harrisburg.

Erna Wellnhofer von der BI gegen die WAA Wackersdorf beschrieb eindringlich ihre Erfahrungen mit der Verfolgung und Diffamierung der AKW–Gegner durch die Staatsorgane. Als Sprecherin der Landeskonferenz prangerte Gisela Müller das unverantwortliche Verhalten der regierenden Politiker an, die trotz der spätestens seit Tschernobyl bekannten ungeheuren Gefahren an der Atompolitik festhalten und forderte die Bevölkerung auf, sich der Anti–AKW–Bewegung anzuschließen. Die Veranstalter beurteilten die Demonstration als Bestätigung ihrer Arbeit für eine lebenswerte Zukunft.

Hochtemperaturreaktor

Probleme auch, wie könnte es anders sein, im THTR Hamm. Während der zweiten Zwangspause in diesem Jahr, die notwendig wurde, um Werkstoffmängel in Leitungen des Sekundärkreislaufs zu beheben, wurde das Problem der unerwartet hohen Dichte zwischen den 700000 kugelförmigen Brennelementen überdeutlich. Um die periodisch notwendig werdende Umwälzung der Kugeln durchführen zu können, muß der Reaktor abgeschaltet werden. Dafür aber müssen zwischen die Kugelelemente die sogenannten Kernstäbe eingefahren werden, die den unangenehmen Nebeneffekt haben, daß sie den Brennelementhaufen weiter verdichten , und einzelne Elemente gar zerdrückt werden. Da sich die Betreiber aufgrund verschiedener Defekte offensichtlich nicht ausschließlich auf das Schnellabschaltsystem verlassen können, sind sie gezwungen, auch in entsprechenden Fällen die Kernstäbe einzufahren.

Während die Atom - Mafia noch bis vor kurzem tönte, erst nach dreißigjähriger Betriebsdauer seien etwa 4000 Kugeln zerstört, ist sie nunmehr mit einem völlig anderen Sachverhalt konfrontiert:

Falsche Berechnungen der Dichte des Kugelhaufens und das relativ häufige Einfahren der Kernstäbe haben in nicht einmal eineinhalb Jahren Probebetrieb dazu geführt, daß mindestens 6000 Brennelemente zerstört wurden.

Während die Betreiber diese enorme Steigerung zum rein betriebswirtschaftlichen Problem erklären, sehen THTR – Kritiker darin ein zunehmendes Gefahrenpotential. Ihrer Meinung nach wird durch metallischen Abrieb und radioaktiv verseuchten Graphit- und Brennstoffstaub der beschädigten Kugeln der Resthaufen weiter verdichtet, somit der Kugelbruch verstärkt, die Aktivität im Kühlgas erhöht und langsam, aber sicher die gesamte Anlage hochgradig belastet. In Anbetracht der hohen Dichte ist darüberhinaus auch die volle Leistung von 300 MW nur kurzfristig möglich.

Kommt es während der derzeit laufenden dritten und letzten Phase des Leistungsversuchsbetriebs zu weiteren Pannen oder unvorhersehbaren Verzögerungen, wird sich die offizielle Übergabe an den zukünftigen Betreiber VEW weiterverzögern. Man ist bisher schließlich nur um etwa elf Jahre vom ursprünglichen Zeitplan abgewichen. Ohnehin teilte die Genehmigungsbehörde, das NRW – Wirtschaftsministerium, kürzlich mit, daß über eine Genehmigung für den Dauerversuchsbetrieb nicht vor 1990 entschieden werde. Rechtliche Voraussetzung sei dafür allerdings u.a. der Nachweis eines externen Zwischenlagers für den THTR – Atommüll. Aber die dafür vorgesehenen Halle in Ahaus wird wohl auf zunächst nicht absehbare Zeit eine Bauruine bleiben, auch wenn die Physikalisch–Technische Bundesanstalt neulich die Einlagerungsgenehmigung für 1500 Tonnen Brennelementmüll aus Leichtwasserreaktoren gab, obwohl der vom nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht verfügte Baustop nach wie vor gilt.

Derweil ist ein breites Bündnis von Atomkraft – Gegnerinnen ungebrochen aktiv, um mit unterschiedlichsten Aktionen die Stillegung des Pannenreaktors von Hamm durchzusetzen.

UAA Gronau

Am 28.3.87 fand der erste Kongreß zur Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau statt, die seit August 1985 in Betrieb ist und eine Kapazität von 400 Tonnen UTA pro Jahr hat. Zur Zeit ist sie jedoch noch nicht voll ausgelastet. Anlaß dieses vom Arbeitskreis Umwelt durchgeführten Kongresses ist die geplante Kapazitätserweiterung auf 1.000 Tonnen UTA pro Jahr. Voraussichtlich wird diese Erweiterung Ende Juni von der SPD–Landesregierung genehmigt, obwohl sie immer sagt, daß sie aus der Atomenergie aussteil will.

Die ca. 100 Gäste u.a. auch Uranit–Mitarbeiter hörten den sieben Referentinnen , die zu acht Themen berichteten, gespannt zu. Der Kongress begann mit einem Beitrag von Martin Siepelmeyer (Arbeitskreis Afrika Münster) über den illegal betriebenen Uranabbau in Namibia, sowie über die Ausbeutung des Landes und der Arbeiter. Die Unternehmen möchten schnellstens bevor Namibia unabhängig wird, alle Uranvorkommen abbauen. Die zweite Referentin (Mitglied des AKUs) las einen Bericht der BI gegen Uranabbau im Südschwarzwald vor, wobei Dias den Bericht veranschaulichten. Dieser Bericht handelte über den Uranabbau in Menzenschwand (Südschwarzwald). Dort stellte mann fest, daß die Bäche in der Gegend verstrahlt sind; ebenso wurden Uransteine auf den Wegen gefunden.

Nach einer Mittagspause beschrieb der Bremer Kernphysiker Dr. Gerald Kirchner die Technik der UAA und berichtete über denkbare Unfälle in und um die UAA. Mit Hilfe von Zentrifugen (in Gronau hergestellt), wird das Natururan von 0,7 % auf bis zu 5 % angereichert, damit es weiter zu Brennstäben verarbeitet werden kann. Als Ausgangssubstanz wird das gasförmige Uranhexafluorid (UF6), eine Verbindung zwischen Uran und Fluor, benötigt. Dieses ist bei normalen Temperaturen jedoch festförmig. Es wird in Autoklaven gasförmig und läuft dann über ein Rohrleitungssystem zu den Zentrifugen. Dieser Weg ist u.a. eine große Risikostelle, da die Rohre unter starkem Druck stehen. Hinzu kommt noch, daß das angereicherte UF6 in einem Freilager auf dem Uranit–Gelände (Betreiber der Anlage) gelagert wird, obwohl das Gelände in einem Tiefluggebiet liegt. Zu beachten ist auch, daß die Anlage nicht gegen einen Flugzeugabsturz gesichert ist.

Die Biologin Ulrike Fink (Gruppe Ökologie Hannover) ist auf die chemische und radiologische Giftigkeit von UF 6 eingegangen. Wenn UF 6 mit Wasser (es reicht die normale Luftfeuchtigkeit) in Verbindung kommt, entsteht Flußsäure und Uranylfluorid. Die farblose Flußsäure verätzt die Augen, die Schleimhäute und die Atmungsorgane. Uranylfluorid ist noch giftiger als Flußsäure. Es sinkt jedoch in ruhiger Luft schneller nach unten, verseucht jedoch den Boden der Umgebung.

Joop Boer (Vertreter der niederländischen Anti–Atom–Bewegung) referierte über den Urenco-Konzern (wozu auch die Uranit gehört) und über die wirtschaftlichen Aspekte der Urananreicherung. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die UAA militärisch zum Bau von Atomwaffen genutzt werden kann. (Technisch ist dieses mit geringen Umbauarbeiten möglich.) Weiterhin teilte er mit, daß es weltweit bereits jetzt Überkapazitäten in Urananreicherungsanlagen gibt.

Helmut Burdorf (Dipl. Chemiker und ehemaliger Mitarbeiter der Gruppe Ökologie Hannover) beschrieb, in welcher Form Uranhexafluoridtransportunfälle erfolgen können. Eine große Gefahr besteht, wenn bei Transportunfällen ein Brand entsteht, der nicht schnellstens gelöscht werden kann, da sonst das UF 6 gasförmig wird und sich ausdehnt, so daß die Behälter platzen.

Bei dem Kongress zeigte es sich wieder einmal, daß der geplante Widerstand (als letztes von einem Mitglied des AKU vorgetragen) nicht nur ein Thema der Anti–AKW–Bewegung sondern auch der Friedens– und Dritte–Welt–Bewegung sein sollte. Es findet regelmäßig jeden 1. Samstag im Monat ein Spaziergang um die UAA statt.

Eine andere sehr wichtige Unterstützung ist für uns die finanzielle. Für jede Spende sind wir sehr dankbar. Kto. 110 551 700 bei der Volksbank Gronau (BLZ 401 640 24) AKU, c/o Wolfgang Leuders, oder Konto 31712–469 beim Postgiroamt Dortmund (BLZ 440 100 46) AKU, c/o Gertrud Wesker

Leider konnten wir in diesem Artikel nicht ausführlich über die einzelnen Berichte schreiben, das würde zig Seiten ergeben, eine ausführliche Dokumentation über die UAA mit Informationen, die auf dem Kongress gesammelt wurden, ist in der Mache. Für Bestellungen von Dokumentationen, Plakaten, Stickern und Flugis für die Riesendemo am 13.6. sowie für sonstige Fragen stehen gerne folgende Personen bereit:

Wolfgang Leuders, Feldkamp 3, 4432 Gronau, Tel.: 02565/5702
Udo Buchholz, Siedlerweg 7, 4432 Gronau, Tel.: 02562/2781

Wir rufen alle Menschen auf,

an der Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau am Samstag nach Pfingsten (13.6.87) teilzunehmen.

Nach der Urangewinnung (Abbau und Aufbereitung) steht die UAA in der Bundesrepublik am Anfang des sogenannten Brennstoffkreislaufs. In dieser Anlage wird Natururan, aber auch Uran aus Wiederaufbereitungsanlagen, in Form von Uranhexafluorid für den späteren Einsatz in Atomkraftwerken angereichert, und somit für die Atomindustrie nutzbar gemacht. Ohne angereichertes Uran, aus dem z.B. in Hanau Brennelemente gefertigt werden, wären fast alle Atomkraftwerkstypen funktionsunfähig. Somit hat die UAA Gronau, die einzige kommerzielle Anlage dieser Art in der Bundesrepublik, einen hohen Stellenwert für die Atomindustrie. Der Stellenwert wird auch dadurch deutlich, daß in der Anlage nach Umbauarbeiten Uran für Atomwaffen (Uranbomben) angereichert werden könnte. Prof.Dr.E. Huster (ehemaliger Direktor des Instituts für Kernphysik, Universität Münster) schrieb zu diesem Thema: *„Jeder, dem man eine UAA verkauft, hat damit den Weg frei zu A- und H-Bomben."*

Ein beachtlicher Teil des Urans, das in der UAA angereichert wird, stammt vermutlich aus der 3. Welt. Daran wird ebenfalls deutlich, daß die Nutzung der Atomindustrie in der Bundesrepublik zur Ausbeutung der 3. Welt beiträgt.

Die UAA, die seit dem August 1985 in Betrieb ist, soll noch in diesem Jahr massiv ausgebaut werden. Die SPD-Landesregierung in NRW prüft z.Zt. (April 1987) einen entsprechenden Ausbauantrag der Betreiberfirma Uranit. Wir gehen davon aus, daß die SPD dem UAA-Ausbau bedenkenlos die Genehmigung erteilen wird. Immerhin hat auch NRW's Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD) 1986, wenige Wochen nach Tschernobyl, gemeinsam mit Bundesforschungsminister Riesenhuber die UAA feierlich eingeweiht. Obwohl die UAA problemlos stillgelegt werden kann (es gibt übrigens sogar ein weltweites Überangebot an angereichertem Uran), denkt die SPD nicht an eine Stillegung.

Nicht nur die bereits genannten politischen Gründe sprechen gegen die UAA:

— Das Uranhexafluorid, das in der UAA verarbeitet wird, ist radioaktiv und chemisch sehr giftig. Beim Transport und bei der Verarbeitung können Unfälle nicht ausgeschlossen werden. Gerät Uranhexafluorid mit Wasser zusammen, die Luftfeuchtigkeit genügt, entsteht u.a. die aggressive, ätzende Flußsäure.

— Bereits im sogenannten Normalbetrieb der UAA wird Radioaktivität freigesetzt. Es gibt keine Radioaktivitätsdosen, die unschädlich sind.

— Ohne Schutz lagert abgereichertes Uranhexafluorid in Fässern unter freiem Himmel auf dem UAA Gelände. Das ganze Gebiet liegt in einer Tiefflugzone.

— Die Arbeitsplatzsituation hat sich nach der Uranit Ansiedlung in Gronau überhaupt nicht gebessert. Daran würde sich nach dem geplanten Ausbau auch nichts ändern. Dagegen hat die Stadt Gronau weit über 10 Millionen DM für die Uranit Ansiedlung ausgegeben. Selbstverständlich soll die Demonstration nicht gegen die UAA-Arbeiter gerichtet sein. Gemeinsam mit ihnen und den Gewerkschaften würden wir uns für sichere Arbeitsplätze in anderen Bereichen einsetzen, sobald sie Gesprächsbereitschaft signalisieren würden.

Alle Rikiken und Nachteile der UAA an dieser Stelle aufzuführen, würde zu weit führen. Deshalb sei abschließend darauf hingewiesen, daß durch die UAA Gronau das Atomzentrum „Euregio" (deutsch-niederländisches Grenzgebiet) weiter vervollständigt wurde. In der Euregio gibt es jetzt somit einen fast vollständigen sogenannten atomaren Brennstoffkreislauf: Urananreicherungsanlgen in Gronau und Almelo/Niederlande, eine Brennelementefabrik in Lingen eine AKW-Ruine und ein fast fertiggestelltes AKW in Lingen und ein Brennelemte„zwischen"lager in Ahaus, das z.Zt. jedoch juristisch gestoppt ist.

Die Atomanlagen in der Euregio (und anderswo) sind für uns eine Bedrohung und Herausforderung. Die Atomindustrie hat uns mit dem Bau dieser Anlagen und durch zahlreiche andere Machenschaften den Kampf angesagt. Wir lassen uns jedoch nicht einschüchtern und handeln jederzeit an den Stellen und in der Form, die wir für angemessen halten. Konkret für den 13.Juni heißt das, daß wir mit einer Demonstration, bei der wir von uns keine Konfrontation mit der Polizei wollen, in Gronau unseren Forderungen durch unsere Anwesenheit und durch Kundgebungen Nachdruck verleihen wollen.

(Aus dem Aufruf zur Gronau-Demo am 13.Juni 1987)

AKW Fessenheim

Am Ostersonntag 1987 ist aus dem BlockII des grenznahen Atomkraftwerks Fessenheim mehrere Stunden lang Dampf aus einem defekten Ventil in die Umwelt entwichen.
Nach Angaben der Betreiber soll es sich um einen geringfügigen und ungefährlichen Zwischenfall gehandelt haben, bei dem "zu keinem Zeitpunkt Radioaktivität in die Umwelt entweichen konnte."
Nach Kenntnis des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist diese Behauptung falsch. Wie in vielen anderen Atomkraftwerken, so existieren auch in Fessenheim Leckagen in den Dampferzeugern, über die ständig radioaktives Wasser aus dem Primärkreislauf in den Sekundärkreislauf des Kraftwerks übertritt. Bei dem Störfall am Ostersonntag ist ein Teil dieser Radioaktivität in die Umwelt ausgetreten.
Das Atomkraftwerk Fessenheim ist durch zahlreiche Pannen und technische Mängel schon seit Jahren im Gerede. Die Risse, welche 1979 durch bloßen Zufall im Reaktordruckbehälter und den Dampferzeugern entdeckt worden sind, bestehen immer noch. Schäden an den Haltestiften der Regelstabführungsrohre wurden erst festgestellt, nachdem einer dieser Stifte abgebrochen war und einen Dampferzeuger beschädigte. Auch Materialfehler bei den Notstromaggregaten wurden nur zufällig und viele Jahre nach der Inbetriebnahme des Kraftwerks aufgespürt.

Brokdorf

Daß das AKW Brokdorf eine Ausnahme unter dem versammelten Atomschrott bilden würde, hat wohl niemand erwarten können. Daß aber schon die 4. Schnellabschaltung den Reaktor seit seiner Inbetriebnahme am 8.10.86 lahmlegte, ist für ein halbes Jahr Laufzeit eine „beachtliche" Leistung. Neuester Anlaß war ein dubioser Kurzschluß am 17.5., der die Wiederinbetriebnahme verhinderte nachdem der Reaktor seit dem 1.5. aufgrund eines Lecks in der Generatorkühlung still stand.

Nach Auskunft der Preussen Elektra waren die ersten beiden Schnellabschaltungen bereits am 27.10.86 und am20. 11.86, also unmittelbar nach Inbetriebnahme, erfolgt. Allerdings waren die Betreiber offensichtlich empfindlich genug, um diese „Schmach" fast ein halbes Jahr lang zu verschweigen. Das dritte Notaus wurde am 3.3.87 unumgänglich, nachdem die Steuerung eines Regelstabes, sowie zweier Ventile des Dampf–Wasser–Kreislaufes ausgefallen waren. Unabhängig von „kleineren" Pannen und Schnellabschaltungen verschärfen die Betreiber das Betriebsrisiko des Brokdorfer Reaktors vor allem durch das nach wie vor ungeklärte Problem des Turbinenschnellschlusses. In dem Fall nämlich müßten die unter Hochdruck stehenden Dampfmassen, die im Normalbetrieb die Turbine antreiben, umgelenkt und in die Umwelt abgelassen werden. Aber die diesem Zweck dienenden Ventilsysteme sind mittlerweile unterdimensioniert, weil nach den ersten Probeläufen unter leidlich realistischen Betriebsbedingunggen die Reaktorleistung erhöht worden war.

Um die nunmehr potentiellen übermäßigen Belastungen auszuschließen, ordnete der TÜV daher bereits im vergangenen Sommer Umrüstung dieser Ventile an. Mit der ihnen eigenen Dreistigkeit verweist die Preussen Elektra jedoch auf das Fehlen entsprechender Bauteile und schiebt die notwendigen Umbauten seit fast einem Jahr vor sich her.

Der nächste Unfall kommt bestimmt.

Kalkar

Liebe Leute!

Nach wie vor findet jeden ersten und dritten Sonntag im Monat ein Sonntagspaziergang in Kalkar statt. Nachdem es jetzt des öfteren zu Zerstörungen an der Sicherheitsanlage gekommen ist, werden die Spaziergänger gut bewacht von Klever und Duisburger Bullizei um das Gelände geleitet, was uns aber nicht daran hindern wird, die Spaziergänge powervoll fortzusetzen, denn nach wie vor gilt, Radioaktivität läßt sich zwar durch geänderte Eßgewohnheiten senken, aber den Kampf gegen die Verwertung der Atomenergie muß mensch anderes führen.

Für die Stillegung der herrschenden Klasse!
Kalkar darf nicht ans Netz!

Widerstands GmbH
Linker Niederrhein

Tschernobyl-Jahrestag

Spätestens an dieser Stelle wäre mindestens ein Artikel über den Tschernobyl – Jahrestag angebracht, aber wir sind der Ansicht, daß eine bloße Auflistung der verschiedensten Aktionen wenig interessant gewesen wäre. Bedeutend wichtiger ist der Jahrestag als *ein* Maßstab für den Entwicklungsgrad und den politischen Standort der Anti–AKW–Bewegung, speziell im Hinblick auf die Zusammenarbeit der einzelnen Spektren. Da wir diesen Aspekt bislang noch nicht auf die Reihe bekommen haben, weder was die eigene Einschätzung noch die Organisation anderer Standpunkte anbelangt, bleibt an dieser Stelle ein Loch.
Wir bemühen uns, dieses Defizit bis zur nächsten Nummer zu beheben!

Atommüll in der Asse: »Hanauer Verhältnisse«

Fast unbemerkt vom öffentlichen Interesse wird die ASSE wieder zum Endlager gemacht. Auf seiner Sitzung im März stimmte der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel dem regionalen Raumordnungsplan zu, in dem die ASSE als Endlager ausgewiesen ist. Damit ist der erste Schritt getan, die ASSE wieder einlagerungsfähig zu machen. Herr Gentsch von der PTB betonte auf der Umweltausschußsitzung des Landkreises Wolfenbüttel, daß sich die Bundesregierung vorbehalte, nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens für Schacht Konrad die ASSE als Endlager zu benennen. Und im Mai dieses Jahres sollen die Versuche mit hochradioaktivem Müll in Glasblöcken in der ASSE beginnen.

Die Einlagerung von Atommüll im ehemaligen Salzbergwerk ASSE II beginnt 1965. Anfangs spricht die Betreiberin, die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) nur von "Versuchen" und betont die Rückholbarkeit der Abfälle. Sie benötigt für die Einlagerung von 124.000 Fässern schwachradioaktiven Mülls nur die verwaltungsrechtlichen Genehmigungen vom Bergamt Goslar und der PTB. Seit 1972 wurde auf gleiche Weise fast der gesamte mittelaktive Atommüll der BRD in der ASSE eingelagert, insgesamt 1.300 Fässer. Erst das Gerichtsverfahren des FDP-Politikers Stoe- vesandt gegen diese Genehmigungspraxis sowie das Auslaufen verschiedener Genehmigungen zum 1.1.1979 und die Novellierung des Atomgesetzes stoppen weitere Einlagerungen. Seitdem werden in der ASSE verschiedene Versuche durchgeführt, die auch dazu dienen, die Eignung des Salzstocks in Gorleben zu beweisen.

Das Atomgesetz

Seit dem 11.1960 gibt es das "Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren", kurz Atomgesetz (AtG) genannt. Auch alle späteren Änderungen konnten den in der Zweckbestimmung des Gesetzes eingebauten Widerspruch nicht lösen: an erster Stelle "die Erforschung, die Entwicklung und die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu fördern" (§ 1.1.) und erst an zweiter Stelle "Leben, Gesundheit und Sachgüter vor Gefahren der Kernenergie und der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung zu schützen" (§ 1.2.).

Den Begriff des Endlagers gibt es erst seit der Einführung des § 9b des AtG durch die 4. Novelle (1976). Diese 4. Novelle sollte die Akzeptanz der Atomanlagen bei der betroffenen Bevölkerung erhöhen. Der neue § 9b unterwarf alle Anlagen des Brennstoffkreislaufes, mögen sie Brennstoff produzieren oder alten beseitigen, einem Planfeststellungsverfahren mit Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit. Formaljuristisch wurden deren Rechte gestärkt, indem die Anlagebetreiber gezwungen wurden, die Genehmigungsunterlagen den Bürgern zugänglich zu machen. Sollten die Bürger dann dagegen klagen, ist ihr Scheitern vor dem Verwaltungsgericht meist vorprogrammiert. Der Förderungszweck des Atomgesetzes begründet auch ihre Pflicht "Restrisiken" zu ertragen.

Rechtsgrundlage unklar

Auf welcher Rechtsgrundlage verwahrt die GSF heute die bis 1978 eingelagerten kernbrennstoffhaltigen Abfälle? Eine Genehmigung nach dem Atomgesetz liegt nicht vor. Die alten Genehmigungen nach der Strahlenschutzverordnung sind hinfällig, da diese nur vorübergehende Tatbestände wie Umgang, Verarbeitung und Lagerung regelt, nicht aber den endgültigen Verbleib radioaktiver Substanzen, wie den in der ASSE lagerden Abfällen, mit denen niemand mehr "umgeht". Neue aber können ohne Planfeststellungsverfahren nicht erteilt werden.

Hanauer Verhältnisse in der ASSE? Die Hanauer Nuklearbetriebe hatten Aufbewahrungs- und Umgangsgenehmigungen nach der Strahlenschutzverordnung zur Verarbeitung und Lagerung von Kernbrennstoffen (die juristisch den kernbrennstoffhaltigen Abfällen gleichgestellt sind) genutzt und nach der 4. Novelle des AtG einfach weitergemacht. als hätte sich nichts verändert. Der Streit zwischen Bonn und Wiesbaden um die Ausweitung der Plutoniumlager verdeckte die Gemeinsamkeiten der Kontrahenten in dem Bemühen, den Hanauer Betrieben eine Fortführung der Produktion zu ermöglichen und zugleich die Bürgerbeteiligung nach § 9b des AtG zu ersparen. Hanau wird in der Öffentlichkeit erregt debattiert, die ASSE hingegen nicht.

Weder die GSF noch die Landesregierung haben daran ein Interesse. Sie konzentrieren sich lieber auf Schacht Konrad und Gorleben. Dort entstehen völlig neue Anlagen ohne Altlasten und dort probiert die Landesregierung aus, wie sie ein Planfeststellungsverfahren durchziehen kann. Erst wenn bei Schacht Konrad das erste Verfahren für ein Endlager erfolgreich überstanden ist, will sich die Landesregierung an die ASSE heranwagen. Und vielleicht wird das Atomgesetz bis dahin erneut verändert. J. Pfaffelhuber, Rechtsexperte des Bonner Innenministeriums und maßgeblich an der 4. Novelle des AtG beteiligt, regte an, das Verfahren nach § 9b AtG nur auf solche Anlagen anzuwenden, "die erstmals nach dem 31. Okt. 1974" einen Genehmigungsantrag gestellt haben. Eine derartige Ausnahmeregelung für die genehmigungstechnischen Pflegefälle der Atomindustrie dürfte nach der Hessenwahl politisch opportun sein. Die Hanauer Nuklearbetriebe und die ASSE wären auf einen Schlag legal.

Unabhängig davon, ob in der ASSE wieder eingelagert werden wird, gehen die Versuche weiter. Ab Mai 1987 sollen 30 Blöcke mit verglastem hochradioaktiven Material (Strontium 90 und Cäsium 137) aus den USA eingeflogen werden. Diese Glasblöcke sollen für 5 Jahre in Bohrlöchern auf der 800-Meter-Sohle eingelagert werden. In diesem "wichtigen Großversuch für das geplante Endlager im Salzstock Gorleben" soll untersucht werden, wieviel Gas und Wasser durch Strahlung und Wärme freigesetzt werden. Auch für diese Versuche braucht die GSF lediglich verwaltungsrechtliche Genehmigungen.

Versuchskaninchen

Amerikanische Wissenschaftler haben unter Laborbedingungen herausgefunden, daß hochradioaktives Material Steinsalz durch die Bestrahlung und die Wärmeentwicklung in verschiedene Bestandteile aufspaltet und dadurch eine hochbrisante Mischung entsteht, die auch zu explosionsartigen Reaktionen führen kann. Die Bevölkerung der ASSE-Gemeinden ist schon jetzt einer Strahlung ausgesetzt, wie sie neben einem laufenden AKW üblich ist. Die Bevölkerung der ganzen Region wird zu den Versuchskaninchen dieses Großversuches.

Axel Brink, Reinhard Hübner, Ulk (Fotoß r.h.)
Stadtzeitung 5/87

Tribunal gegen Baden

Die Badenwerke AG mit Sitz in Karlsruhe, die die Stromversorgung im gesamten badischen Raum betreiben, zählen zu den Elektrizitätsverbundunternehmern der Bundesrepublik, die den gesamten Strommarkt beherrschen. Das Badenwerk ist zugleich neben dem Bayernwerk das Verbundunternehmen in der Bundesrepublik mit dem höchsten direkten Staatseinfluß. Nahezu zwei Drittel des Aktienkapitals hält das Land Baden-Württemberg, der Rest ist im Besitz kommunaler Körperschaften, wie der Stadt Karlsruhe oder privater Aktionäre.

Getragen von der CDU-geführten Landesregierung befindet sich das Badenwerk schon seit den sechziger Jahren auf strammem Atomkurs: seit 1968 betreibt das Badenwerk gemeinsam mit anderen Energiekonzernen das Atomkraftwerk Obrigheim. Mit Unterstützung des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums wurde das AKW Obrigheim fast vollständig aus Steuergeldern finanziert. Da das Badenwerk im Unterschied etwa zum RWE mit dessen Braunkohlevorkommen, über keine nennenswerten eigenen Energieträger verfügt, hat das Badenwerk ähnlich den anderen süddeutschen Energiekonzernen ein besonders starkes Interesse am Ausbau der Atomenergie. Entsprechend stark ist das Badenwerk auch mit der Atomlobby verfilzt: so ist es kein Zufall, daß das Vorstandsmitglied des Badenwerks, Prof. Guck, gleichzeitig Präsident des "Deutschen Atomforums", der wichtigsten Lobbyorganisation der bundesdeutschen Atomgemeinde, ist.

Bis zur Inbetriebnahme der 2 Atomblöcke in Philippsburg importierte das Badenwerk noch große Strommengen vom RWE. Heute zählt das Badenwerk zu den Energieunternehmen mit dem höchsten Atomstromanteil überhaupt.

Anteile an Atomenergie, und Wasserkraft an der Energiebereitstellung des Badenwerks (in Prozent)

	1981	1982	1983	1984	1985
Atomenergie	25,9	34,5	36,2	42,8	66,0
Kohle	54,3	38,2	41,3	41,6	19,3
Wasserkraft	12,8	10,2	9,8	12,0	8,6

Konnte das AKW Philippsburg noch ohne größeren Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden, so sah sich das Badenwerk bei seinem Atomprojekt im südbadischen Wyhl einem derart großen Widerstand der Bevölkerung ausgesetzt, daß selbst die atomgeile baden-württembergische Landesregierung zum Rückzug blies.

Strom aus Cattenom statt aus Wyhl

Nach dem faktischen Scheitern des Baus eines AKW's in Wyhl setzte das Badenwerk in trauter Eintracht mit der baden-württembergischen Landesregierung auf Atomstromimporte aus der Schweiz und aus Frankreich. Nachdem sich das Badenwerk bereits in den siebzieger Jahren Strombezüge aus dem schweizerischen AKW in Leibstadt und dem grenznahen französischen Atomkraftwerk Fessenheim sicherte, wurde 1979 ein Strombezugsvertr4ag über den Bezug von Cattenom-Strom mit der französischen EdF geschlossen. In diesem Vertrag verpflichtete sich das Badenwerk, 5 Prozent der Investitionskosten der Blöcke 1 und 2 von Cattenom zu finanzieren und erhielt zum Ausgleich ein Strombezugsrecht von je 5 Prozent der Stromproduktion dieser beiden Atomreaktoren.

Das Badenwerk bezieht heute schon fast 90 Prozent des gesamten bundesdeutschen Stromimports aus Frankreich. Zudem ist abzusehen, daß sich das Badenwerk in Zukunft noch stärker bei ausländischen AKW's engagieren wird. Neben einer bereits erfolgten Beteiligung am geplanten, schweizerischen AKW in Kaisersaugst geht es dabei vor allem um Cattenomstrom: nach Aussage des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums hat die französische EdF den baden-württembergischen Energiekonzernen die Leistung eines ganzen Atomkraftwerkblocks in Cattenom angeboten. Dieser massiv subventionierte Strom (die EdF soll den Strom für 4-7 Pfennig/kWh anbieten) kommt sowohl dem Badenwerk als auch den politischen Interessen der Landesregierung von Baden-Württemberg entgegen. Bilden doch niedrige Stromkosten für die Industrie eine wesentliche Grundlage für den "Späth"-Kapitalismus, also der massiv durch staatliche Hilfe geförderten Ansiedlung meist stromintensiver "high-tech"-Unternehmen.

Kritik der Unternehmenspolitik in den Vordergrund stellen!

Dieser Entwicklung konnte die Anti-AKW-Bewegung bislang kaum etwas entgegensetzen. Zwar konnten durch den Widerstand vor Ort einzelne Projekte wie das AKW Wyhl verhindert werden, doch ein entscheidende Änderung der Geschäftspolitik des Unternehmens konnte bislang noch nicht umgesetzt werden.

Durch die enge Verzahnung zwischen staatlichen Interessen und Badenwerk-Geschäftspolitik, der zunehmenden, auch finanziellen Abhängigkeit der Kommunen von diesem Unternehmen und der faktischen "Internationalisierung" der Geschäftspolitik des Unternehmens zu verändern, immer schwieriger. Gleichzeitig fehlt eine Zusammenarbeit von schweizerischen, bundesdeutschen und französischen Gruppen, die sich mit Atomprojekten des Badenwerks beschäftigen, nahezu völlig. Deshalb soll in einem Badenwerk-Tribunal die Kritik an den verschiedenen Aspekten der Badenwerk-Geschäftspolitik zusammengetragen werden.

Wir verbinden mit diesem Tribunal die Hoffnung,

- die Folgen der Unternehmenspolitik einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen
- die Zusammenarbeit von Anti-AKW-Gruppen und Initiativen im Widerstand gegen das Badenwerk zu initiieren bzw. zu stärken,
- die Badenwerke AG selbst in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen.

Das Badenwerk-Tribunal findet wenige Tage vor der Aktionärs versammlung des Badenwerks am Samstag, den 27. Juni in der Universität Karlsruhe statt.

Programm Badenwerk-Tribunal am 27. Juni in der Universität Karlsruhe

Beginn: 10.30 Uhr

a) Begrüßung und Darstellung des Veranstaltungsablaufes (BI-Vertreter/in)

b) Allgemeiner Überblick über Struktur und Geschichte des Badenwerks (Hans-Dieter Stürmer, MdL Die Grünen)

UMWELTAUSWIRKUNGEN BEI DER VERSTROMUNG FOSSILER ENERGIETRÄGER (Prof. Jürgen Rochlitz, Chemiker)

ATOMENERGIE UND BADENWERKE (11.30-14.00 Uhr)

c) Kernforschungszentrum Karlsruhe und Badenwerke (Joachim Giesecke, Physiker)

d) Genehmigungspraxis und Sicherheitsstandard der AKW's Obrigheim und Philippsburg (Michael Sailer, Öko-Institut)

e) Internationale Atompolitik am Beispiel der Atomzentrale Cattenom (Referentin der Internat. Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom)

f) Widerstandsperspektiven gegen die AKW's Fessenheim, Wyhl, Kaisersaugst und Leibstadt (Referent/in der bad.-elsässischen BI's)

Weitere Arbeit der Bürgerinitiativen für eine atomenergiefreie Zukunft (Diskussion)

– Pause von 14.30 – 15.30 Uhr –

GESCHÄFTSPOLITIK DES BADENWERKS UND ALTERNATIVEN

werke

g) Rolle des Badenwerks im bundesdeutschen Atomgeschäft (Lutz Mez, Institut fjür Umweltpolitik Berlin)
h) Bedeutung des Badenwerks für die Industriepolitik im "Späth"-Kapitalismus (Fritz Kuhn, MdL Die Grünen)
i) Sofortiger Ausstieg des Badenwerks aus der Atomenergie – Wie ist das möglich? (Lutz Mez, Institut für Umweltpolitik Berlin)
j) Atomenergienutzung statt rationeller Energieverschwendung und Förderung umweltverträglicher Energieformen (Uwe Brinckmann, MdL SPD)
k) Regenerative Energie am Beispiel Kalifornien (Dieter Schäfer, Energie de-zentral)
l) Energiepolitik von Unten (Rekommunalisierung) (Harry Kunz, Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom)
m) Ansätze zur Umorientierung der Badenwerks-Geschäftspolitik am Beispiel Karlsruhe (Michael Kuntze, SPD-Stadtrat)
Diskussion und Verabschiedung einer **Resolution** zum Badenwerk
Ende: ca. 20.00 Uhr
Das Badenwerk-Tribunal wird u.a. von den bad.-elsäs. Bürgerinitiativen, dem ökologischen Bündnis Baden-Württemberg, der Internationalen Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom, den Jusos, den Grünen und verschiedenen Karlsruher Initiativen unterstützt.
Nähere Informationen (Plakate, Flugblätter, usw.) sind zu erhalten bei:
Grünes Büro, Dieter Balle, Kriegsstraße 244, 7500 Karlsruhe, Tel.: 0721/849840
und bei: Int. Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom, c/o Harry Kunz, Turnhalle 12, 6683 Spiesen, Tel.: 02233/730000

Harry Kunz

Besetzung des RWE-Gebäudes am 21.3.86

Foto: Joker

Aufruf zu einem bundesweiten Treffen gegen den technologisch-soz. Angriff in den Metropolen.

Wir planen für Mitte Juli (11.7. evtl. auch 12.7.) ein möglichst bundesweites Treffen von Leiharbeit, Jobber und Erwerbslosenini, sowie Gruppen, die auch im Bereich Sklavenarbeit/-händler arbeiten. Seit ca. einem halben Jahr arbeiten wir intensiver im Bereich Sklavenarbeit, technologischer Angriff und gesellschaftliche Umstrukturierung. Im Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung und gerade jetzt mit der KWU/Siemens-Kampagne ergaben sich schon häufig Diskussionen mit anderen Gruppen im Rahmen von verschiedenen Treffen und Kongressen. Jedoch wollen wir abkommen von Erfahrungsberichten und Einschätzungen am Rande, um zu einer Diskussion über Perspektiveen und Strategien zu gelangen. Wir stellen uns vor durch ein bundesweites Treffen und die daraus resultierende Diskussion, gemeinsame Stärke zu entwickeln. Statt individualistischer Lösungen wollen wir an einen Punkt kommen, an dem wir diesem System mehr als Überlebungsstrategien entgegensetzen können. Im Augenblick arbeiten wir an einer Broschüre über Sklavenhandel (Entstehung, gesetzl. und pol. Rahmenbedingungen, Firmenstrukturen usw.), die voraussichtlich Ende Juli fertig ist (Näheres später!). Um abzuchecken, wie groß die Resonanz ist, welche Räume wir brauchen und um den Ablauf planen zu können (nur ein Tag oder Wochenende?) bitten wir Euch um möglichst schnelle Rückmeldung (bis Mitte Juni spätestens!). Wenn ihr inhaltliche Vorstellungen habt, Diskussionspapiere o.ä. schickt sie uns rasch zu, damit wir über den vorhandenen und den noch auszubauenden Verteiler diese rausschicken können.
Bis bald!
Kontakt über: AK Leiharbeit, c/o Delle 39-41, 4330 Mülheim/Ruhr

AKW-Stade wieder in Betrieb

Mitte April ist das Akw-Stade planmäßig nach Beendigung des Brennelementewechsels und der Revisionsarbeiten wieder in Betrieb genommen worden. Somit ist das Hauptziel der »Kampagne zur Stillegung des Akw-Stade« offensichtlich verfehlt worden.

Am 15./16. Mai gab es in der Nähe von Stade ein Auswertungstreffen der Aktionen, an dem BI-Vertreter/innen aus Stade, Bremen, Hamburg, Lübeck und dem Elbe-Weser-Raum teilnahmen. In den beiden Tagen zeigte sich, daß die Aktionen von den Beteiligten trotz der Wiederinbetriebnahme des Reaktors noch lange nicht als gescheitert angesehen wurden.

Im folgenden geben wir einen Überblick über die gelaufenen Aktionen der Kampagne, den Versuch einer kurzen Einschätzung, einen Ausblick auf Zukünftiges und eine kritische Betrachtung der gesamten Stade-Kampagne von Pelle aus der BBA-Bremen, der dabei ganz konträre Standpunkte vertritt, wie die Bremer Stade-Arbeitsgruppe.

DER SCHROTTREAKTOR

Was ist im Einzelnen in Stade gelaufen?

Auf den Aktionskonferenzen wurde das Für-und-Wider von **Blockaden** lange diskutiert. Als eine Art Kompromißlösung, die beiden Seiten gerecht wurde, setzte sich der Vorschlag durch, am 7.2. mit einer als »Testblockade« titulierte Aktion zusammen mit dem Gewaltfreien Aktionsbündnis Hamburg zu beginnen. Um der zu erwartenden Langeweile von vornherein zu begegnen (es wurde damit gerechnet, daß der Schichtwechsel im AKW verlegt werden und somit »nichts passieren« würde) gab es ein Sektfrühstück — auf ein gutes Gelingen der Aktionen! Die Resonanz in der lokalen Presse auf diese, wie auf die Blockade vom 6.3. war ausgesprochen positiv. Der weitgehend friedliche Verlauf der Aktionen hat vielen, und gerade den Stader Bürgern, Ängste genommen, sich an der gemeinsamen Blockade am 14. März zu beteiligen.

Es kamen über 1000 Menschen, damit war dies die einzige Aktion, bei der die Teilnehmerzahl unseren optimistischen Erwartungen entsprach. Sonnenschein und ein lange absolut defensives Polizeikonzept (sichtbare Präsenz nur auf dem AKW-Gelände, kaum Fahrzeugkontrollen und lediglich die schon bei der Stader Tschernobyl-Demo erprobte Absperrung der Werkszufahrt mit zwei inzwischen Stacheldraht bestückten Containern) ließen schnell gute Stimmung aufkommen, die noch besser wurde, als es wieder Erwarten der Gegenseite gelang, das Tor, durch das der Schichtwechsel abgewickelt wird, mit großen Sielrohren völlig dicht zu machen. Auch vorm Haupttor wurden Materialblockaden gebaut, auf der Straße Feuer gemacht, die Blockierer konnten sich ungehindert von einem zu anderen Tor bewegen und sich mit der Umgebung vertraut machen. Eine Gruppe von Mastbesetzern hängte Transparente in 2 Hochspannungsmasten und Straßen und Schilder wurden bemalt und besprüht. Alles in allem eine sehr lockere und friedliche Atmosphäre bis sich gegen 16 Uhr die Polizei am Haupttor zur Räumung formierte.

In einem mehr als zweistündigen, teilweise überharten Einsatz (Chemical mace, Knüppel, Schilde, mit denen Blockierer abgedrängt wurden) schafften es die 6 Hundertschaften Polizei nicht, die Blockierer völlig von der Straße zu drängen. Während der Auseinandersetzungen am Haupttor wurden die Sielrohre vor dem Revisionstor mit Spezialfahrzeugen geräumt. Da jetzt der Schichtwechsel durchgeführt werden konnte und der Polizeieinsatz immer brutaler wurde, entschlossen wir uns, die Blockade gemeinsam zu beenden. Daß die Blockade nicht ganz abgeräumt werden konnte, war nicht zuletzt den vielen Menschen zu verdanken, die das erste Mal an so einer Aktion teilnahmen und sich gegen Polizeiübergriffe empört und entschlossen wehrten und sich immer wieder in den Weg stellten. Sozusagen als Ausgleich für etliche Verletzungen durch Chemical Mace, ein gebrochenes Nasenbein und 5 Verhaltungen wurden nach der Blockade in der Stader Schüler-Szene geklaute Polizeiknüppel feilgeboten.

Die **Malaktion** war ursprünglich gedacht als Möglichkeit, die Stader Öffentlichkeit (und natürlich die Medien) durch eine ständige Konfrontation mit der AKW-Problematik zur Auseinandersetzung zu zwingen. Die Bilder sollten an Plakatwänden in der Innenstadt ausgestellt werden. Diese Idee war praktisch nicht umzusetzen: es gibt kaum Plakatwände in der Innenstadt, Privatleute, die ihre Häuser zur Verfügung gestellt hätten, konnten so schnell nicht gefunden werden.

Durch den Zeitdruck und die Belastung der an der Organisation beteiligten Gruppen blieb keine Möglichkeit, die Aktion in Ruhe zu überdenken und eventuell abzublasen. Stattdessen wurde sie in ein Zelt am Rande der Innenstadt verbannt, und entsprechend wenig zur Kenntnis genommen. So entstanden zwar während der zwei Tage eine Menge interessanter Bilder, die jetzt, nachdem sie zum Teil auf der Bremer Tschernobyl-Demo gezeigt wurden, irgendwo aufgerollt eingelagert werden; Doch das Verhältnis von organisatorischem und finanziellem Aufwand (die Aktion hat reichlich Geld gekostet) stimmt hier einfach nicht. Die Publikumsresonanz war ziemlich schwach und für die uns sonst recht positiv gegenüberstehende örtliche Presse schien das Thema AKW-Stade nach der Fülle der Aktionen fürs erste hinreichend behandelt zu sein. Es bleibt zu hoffen, daß sich noch einige gute Möglichkeiten finden werden, die entstandenen Bilder zu zeigen und zu nutzen.

Die **Eltern-Kind-Aktion** am 28.3. stand in der Tradition der in Stade seit Tschernobyl am 26. jeden Monats vom »Arbeitskreis Eltern fordern die Stillegung des AKS Stade« initiierten Demo, zu der diesmal überregional aufgerufen wurde. Gekommen waren ca. 350 Menschen um erstmals in diesem Rahmen nicht nur in der Stadt, sondern auch direkt am AKW zu demonstrieren.

Jericho:

Schalmeien sehen nicht nur sonderbar aus, sie klingen auch so. Diese Hörerfahrung konnten leider nicht die erhofften 10.000 Teilnehmer machen, sondern nur ca. 1.500 Leute, die sich trotz schlechten Wetters eingefunden hatten.

LÄUFT WIEDER

Die Demo formierte sich an verschiedenen Punkten der Innenstadt um die 50 Musikgruppen. Anschließend ging es bei Kälte und strömendem Regen, aber durch die Musik mit ziemlich guter Stimmung, zum AKW, wo es eine halbstündige Kundgebung gab. Wir beschlossen, die ursprünglich geplante Blockade mangels Masse und schlechtem Wetter nicht mehr durchzuführen.

Neben den Aktionen selber haben wir in den letzten 6 Monaten etwa 70 Informationensveranstaltungen durchgeführt, zwei Bürgerinformationszeitungen mit jeweils 20.000 Auflage als Hauswurfsendung in Stade und Umgebung verteilt (ächz...), Flugblätter verteilt, Plakate verklebt und jede Menge Infotische gemacht. Außerdem ist die Stade-Broschüre bisher etwa 6.000 mal abgerufen worden.

ger Schritt war. Zumindest für uns in Stade. Ob daraus auch eine Etappe für die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung werden kann, muß sich noch zeigen. Tatsache ist: vor der Kampagne war Stade ein weißer Fleck auf der Widerstandslandkarte. Dies hat sich geändert. Unsere vielen Veranstaltungen, der breite Raum in der Presse, sowie die Aktionen selber haben den Stader Wohlstandsfrieden gestört. Es ist nicht mehr zu übersehen, daß es auch hier praktischen Widerstand gegen die Atomtechnologie gibt und nicht nur verbale Auseinandersetzungen und Lippenbekenntnisse der politischen Parteien. Die Auseinandersetzung um die Atomenergie findet nicht mehr nur im fernen Brokdorf, Wackersdorf oder Gorleben statt.

Bei unseren Auswertungen sind wir wieder

gehaltenen Aufruf uns nicht geholfen hat, die »neuen« Gruppen in Massen anzulocken, gleichzeitig hat er wegen der fehlenden Radikalität viele »Alte« nicht hervorgelockt. Dies wäre möglicherweise nach der gelungenen Großblockade bei einer weiteren Blockade mit klarer Aktionsaussage anders gewesen. Dieses bezieht sich insbesondere auf die Leute aus der Hamburger und Bremer Szene.

In der »Provinz« wurden die Aktionswochen außerordentlich positiv eingeschätzt. Dort kam teilweise eine öffentliche und mediale Aufmerksamkeit zu einem solchen Thema zustande wie schon lange nicht mehr. Leute, die sonst mit nichts hinter dem Ofen hervorzulocken sind, waren mit Eifer bei der Sache (Veranstaltungen machen, Büchertische, Flugblätter verteilen ...)

Völlig überfordert waren wir selber (die Bremer allerdings auch) von der Fülle der Aktionen in so kurzer Zeit. Kaum war die eine Aktion zu Ende, schon mußte die nächste vorbereitet werden. Mit dem Nachlassen der Kraft ging auch das Engagement für die Mai- und Jericho-Aktion zurück. Sie wurden letztendlich nur noch als Pflichtübung organisiert. Dies wurde noch dadurch gesteigert, daß für viele die Blockade eine total gute Aktion war und die folgenden doch zu »nett«, und wo sich gleichzeitig schon zeigte, daß die Resonanz für die Aktionen nicht mehr so groß war, sowohl von der Bewegung als auch in den Medien. Zudem führte der Zeitdruck dazu, daß die Aktionen im Einzelnen nicht reflektiert werden konnten.

Resumee:

Mit der Kampagne ist es weder gelungen, das AKW stillzulegen, noch die Massen zu mobilisieren. Weder hat es ein Zusammenkommen im großem Stil von »alter« und »neuer« Bewegung gegeben, noch ist der Gedanke einer »neuen Politik«, wie sie die Bremer Stade AG zu initiieren versucht hatte, in die Praxis umgesetzt worden. Auch konnte der Betrieb des AKW während der Revisionsarbeiten nur ein einziges Mal wirklich gestört, aber nicht be- und erst recht nicht verhindert werden. Stade ist nicht zum neuen »Kristallisationspunkt« der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung geworden, die Aktionen können auch nicht als gelungene Prototyp-Kampagne zur Stillegung laufender Atomanlagen herangezogen werden.

Wer dies lies, der/die kann eigentlich nur denken: »Alles völlig gescheitert und daneben gegangen!«

Wahrlich, zur Euphorie gibt es keinen Anlaß. Aber Erfolg und Mißerfolg errechnen sich in der Gesichte der Anti-AKW-Bewegung anders.

Wir wollen das Erreichte (aber genausowenig das Nichterreichte) nicht zu hoch hängen. Trotzdem glauben wir, daß unsere Arbeit in den letzten sechs Monaten ein richtiger und wichtiwie schon beim Entwickeln der Kampagne, auf die Kontroversen bezüglich der Aktionsformen und der Radikalität gestoßen.

Schon zu Anfang hatte es die Diskussion um entschlossene Aktionen (z.B. Blockade) oder »nette«, die Bürger ansprechenden Aktionen gegeben. Geprägt waren diese Kontroversen durch mehrere Punkte:

— Der Versuch, die Eltern-Kind-Initiativen (und damit die »neue« Bewegung) miteinzubeziehen. Dies erwies sich letztendlich als Flop, da sie sich nach der letzten Aktionskonferenz nur noch bei »ihrer eigenen« Aktion blicken ließen;
— Die Unsicherheit in Bezug auf die neue Sicherheitsgesetze (was darf z.B. im Aufruf stehen);
— Eine langfristige Politik nicht durch eine einmalige radikale Aktion zu gefährden.

Auf der anderen Seite:

— Zahnlosigkeit der Aktionen;
— Die Geschichte hat uns gezeigt, daß wir nur durch Kämpfen etwas erreichen können;
— Nur mit klaren Aktionsaussagen lassen sich die wirkliche Entschlossenen mobilisieren.

Daraus entstand auch das Konzept, mehrere eigenständige Aktionen zu machen, in denen sich alle wiederfinden konnten.

Letztlich hat sich aber gezeigt, daß der diffus

Gelungen oder gescheitert — richtig oder falsch

Die Bewertung des Ganzen hängt in großem Maße davon ab, wie mensch Politik begreift: als kontinuierlichen Prozeß oder Kampagne, als zeitlich fest umrissenen Kraftakt. Von letzterem Standpunkt aus ist die Kampagne sicherlich gescheitert. Dasselbe Schicksal dürfte aber auch der KWU-Kampagne oder ähnlichen beschert sein.

Vom anderen Standpunkt aus ist dies ein Schritt nach vorne gewesen. Wir haben viel gelernt und manches erreicht, wahrlich wenig von dem, was wir propagiert hatten. Trotzdem.

Nicht nur die positive Entwicklung bei uns und in der »Provinz«, auch die Kontakte nach Bremen, Lübeck, Hamburg etc. werden für die Zukunft viel wert sein. Bei unserem Auswertungstreffen zeigte sich, daß wir gerade hier in Norddeutschland unbedingt wieder mit gegenseitigen Kennenlernen, mit Kontakten zu anderen BIs, mit dem Aufbau unserer eigenen Infrastruktur anfangen müssen. Wenn dies vorher gegeben gewesen wäre, hätten die Aktionen letztlich vielleicht ein anderes Gewicht gehabt, und das Mißtrauen bei vielen Auswärtigen über die Aktionsformen hätten einer Mobilisierung nicht im Weg gestanden.

Zudem: Atomprojekte haben wir hier im Norden genügend: Brunsbüttel, Brokdorf, Krümmel, Stade, Esensham, Lingen, Wendland, Schacht Konrad, Asse, Grohnde, Atommülltransporte, Infrastruktur. Vielleicht können wir erreichen, daß es bei uns kein »Ruhiges Hinterland« mehr gibt. Und: alle Bekenntnisse der SPD (und auch der Grünen) zum Ausstieg — hier speziell zur Stillegung von Stade — bleiben Lippenbekenntnisse, wenn sie nicht von uns zum Handeln gezwungen werden. Für sich allein genommen sind die Beschlüsse des Hamburger und Bremer Senats zur Forderung nach Stillegung nichts wert — die spielen auf Zeit. Anstatt die Abschaltung von Stade zu fordern haben sie sich wieder hinter dem kommenden TÜV-Gutachten versteckt: *»Nur wenn die erheblichen Zweifel nicht ausgeräumt sind, fordern wir die Stillegung des AKWs«*. Wenn mensch die Herren so machen läßt, dann wird sich nichts ändern.

Zukunft

Zuerst steht für Juni die Veröffentlichung des TÜV-Gutachtens zu Stade an. Darin werden die während des Brennelementewechsels vorgenommenen Prüfungen des Reaktors veröffentlicht, letztendlich ist es Alibi für Betreiber und Landesregierung. Wir werden dazu Aktionen und eventuell ein Gegenhearing machen. Klar ist: Atommülltransporte werden hier nicht mehr ungehindert durch die Gegend fahren. Uns haben die Atkionen Mut gemacht und Hunger auf mehr.

Ihr könnt bei uns noch immer die total gute Stade-Broschüre (4 DM) bestellen, sowie Plakate und Infomaterial sowie Referenten (Wissenschaftler, Gutachter, Leiharbeiter in AKWs) für Veranstaltungen erfragen.

Stader Arbeitskreis gegen Atomenergie
c/o Elke Köpke
am Bruch 17
2161 Schwinger
04145/611

Stade: 1. Auswertungsversuch kritisch

Stade-Kampagne: »falsch, aber gelungen«

Eine notwendige Antwort auf die Auswertung der Stade-Kampagne durch die Stade-Gruppe der BBA, siehe TAZ vom 8.5.87, Seite 25.

1.Die positiven Aspekte der Stade-Kampagne sind schnell beschrieben und sind daher nicht näher behandelt. Der Schrottreaktor Stade ist auch 1 Jahr nach Tschernobyl noch im Gespräch, die Betreiber nach wie vor in einer Argumentationsenge, die Presse und Medien dem Thema Stade gegenüber relativ aufgeschlossen, zahlreiche Gutachten und Broschüren haben die Ängste und Sorgen begründet, in der Region Stade ist die Anti-AKW-Arbeit neu belebt worden und viele Initiativen haben zumindest versucht, ein gemeinsam entwickeltes Konzept gemeinsam umzusetzen. Die Stade Kampagne war in der Region zwischen Elbe und Weser der konkrete Ansatzpunkt für eine Politik nach Tschernobyl. Ohne Stade-Kampagne wäre die Bewegung vermutlich schon eher auf den »Vor-Tschernobyl«-Zustand zurückgeworfen worden.

2.Das AKW ist nach dem Brennelementewechsel termingerecht wieder ans Netz gegangen. Einschneidende politische Veränderungen hat die Kampagne weder in Bremen noch in der Stader Region gebracht. Sie war »richtig, aber mißglückt« schreibt die Stade-AG. Tatsächlich? Das Konzept war richtig, Fehler haben wir keine gemacht, aber es war keine Massenbewegung, weil die Politik nicht von den Köpfen in die Hände und Füße kam. Und weiter: mit ein paar 1000 hätte es einen qualitativen Umschlag gegeben. So die Kernaussagen der Stade-AG zum vorläufigen Ende der von ihr initiierten Politik. Tatsächlich war aber die Stade-Kampagne die Wiederholung der Anti-AKW-Politik vor Tschernobyl in neuem Gewand. Sie stützte sich auf teilweise falsche politische Begründungen und konnte deshalb zu keiner »Durchbruch«-Massenbewegung werden. **Sie entstand aus den Lehren von Brokdorf, der Niedersachsenwahl und Meinungsumfragen,** und wurde konsequent schon ab Mitte 1986 in die Richtung getrieben, wie sie schließlich durchgeführt wurde. **Dabei ging die Einschätzung der Entwicklungsdynamik der Gesellschaft** und insbesondere der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl **verloren.** Sie wurde, ja konnte nicht aufgrund der anstehenden Aufgaben diskutiert werden.

3.Stade wurde gewählt, weil es das schwächste Kettenglied Westdeutscher Atomanlagen sei und daher dort die konkrete Umsetzung der »Sofort-Abschalt«-Bewegung stattfinden sollte. Vielleicht ist Stade das technisch umstrittenste AKW. Ob es dadurch das gefährlichste ist, mag bezweifelt werden. Als Grund für eine Kampagne als schwächstes Kettenglied setzt es ein Hoffen in den sorgsameren Betrieb anderer AKW's voraus. Weil Stade gravierende Sicherheitsmängel hat, muß es nicht das AKW mit dem ersten Super-Gau werden. Dies haben auch andere Initiativen außerhalb der Wesen/Elbe-Region gemerkt. Etwa auf der **Bielefelder Atommüllkonferenz.** Die Politik gegen Stade mußte zwangsläufig regional beschränkt bleiben, sonst hätte sich die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung ihre Position der Ablehnung jedweder Atomanlage unglaubwürdig gemacht.

4.Stade wurde gewählt, weil es das politisch schwächste Glied sei. Belege seien eine konsequente »Abschalt-Forderung« der Niedersachsen SPD, die Argumentationsschwierigkeiten der Betreiber und die erhöhte Aufmerksamkeit der Medien seit Tschernobyl. Was aber ist dann mit Hanau, wo Staatsanwaltschaft gegen Betreiber und Beamte Prozesse eingeleitet hat, wo es seinerzeit eine rot-grüne Koalition gab, wo es zahlreiche Unfälle gab und gibt, wo das Bündnis zwischen Anti-AKW-Bewegung und Friedensbewegung/Dritte Welt Gruppen sowie Grünen und fortschrittlichen Sozialdemokraten bereits bestand? Was ist mit dem Wendland, wo eine ganze Region Feindesland für die Betreiber ist? Was mit der Oberpfalz, wo ähnliches entsteht? Was mit Kalkar, den der SPD-Minister Jochimsen als Genehmigungsbehörde stillegen will?

5.Stade ist nicht das politisch schwächste Kettenglied, sondern es wurde gewählt, weil es Neuland war. Eine neue Region, neue Argumente und Fakten, die uns bei Esenshamm fehlten, neue Strukturen, die noch nicht so verknöchert und verkrustet wie in den alten BBA oder im Arbeitskreis Wesermarsch waren. Die Kampagne war insofern auch nichts Neues, sondern die Fortsetzung alter Aktionen in neuem Gewand. Wobei es nebenbei viele Diskussionen gab, ob Widerstandsaktionen wie Blockaden überhaupt Platz im Konzept finden könnten. Und weil es im Prinzip nichts Neues war, konnten nur die Kräfte mobilisiert werden, die auch nach Tschernobyl aktiv in der Bewegung weitergearbeitet haben (alte und neue Gruppen). Und die haben ihre Erwartungen schon frühzeitig herabgeschraubt, so daß deshalb jede Aktion als relativer Erfolg zu verbuchen war.

6.Stade sollte nach den Brennelementenwechsel abgeschaltet werden. Die Meßlatte war hoch, zu hoch. Aber alle Debatten haben offenbar nicht erreicht, daß sie rechtzeitig schrittwei-

se heruntergesetzt wurde. Woher die Angst, zugeben zu müssen, daß wir noch nicht stark genug sind, die Abschaltung auch nur einer AKW's zu erreichen? Kein Flugblatt, keine Erklärung, die das Ziel der Kampagne nicht relativiert hätte. Die Stade-Kampagne bekam eine Dynamik, die kaum aufzuhalten war. Die Stade-AG hatte ihre Lobby, Kritiker konnten sich nicht durchsetzen. Aktuelles Beispiel: 4 Tage vor dem ersten gemeinsamen Auswertungstreffen prescht die Stade-AG vor und betreibt Meinungsmache.

7.Weil die politischen Begründungen falsch und schwach waren, blieb die Kampagne blaß. Es ist mehr als makaber, wenn geschrieben wird, uns fehle die TÜV-Akte, der plaudernde Ingenieur und der Störfall unterhalb der Harrisburg-Ebene. Wenn das die Kriterien für politischen Erfolg sind, dann verzichte ich gern auf Erfolg. Und hat nicht Tschernobyl gezeigt, daß selbst der Super-Gau, verseuchte Nahrung und Boden nicht ausreichen, um politisch den notwendigen Druck zu erzeugen. Derweil träumt die Stade-AG noch immer vom kurzfristigen Abschalten Stades, erreicht durch Öffentlichkeit und wissenschaftliche Kritik. **Politische Widerstandskultur wird so wie seinerzeit in der Friedensbewegung systematisch ausgedörrt.**

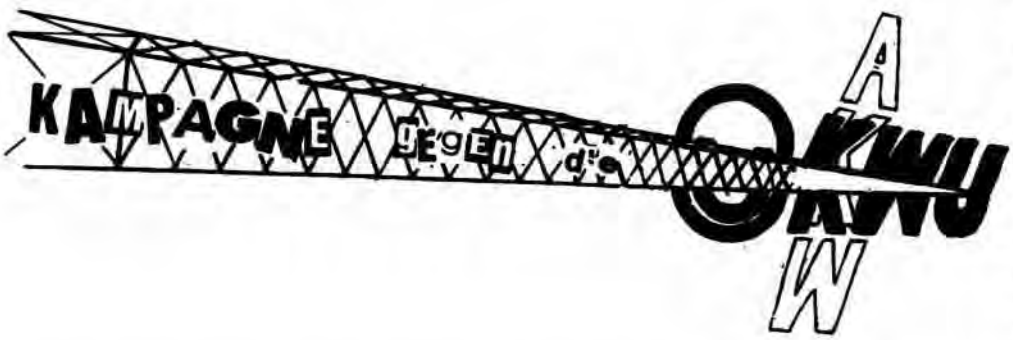
8.Wie weiter? Einige Quergedanken helfen vielleicht weiter. Die Zeit seit Tschernobyl ist mehr denn je von Untergangsstimmung und Ohnmacht geprägt. Nicht nur in der Politik, auch in der Musik, im Theater und in der Literatur zeigt sich dies. Tanz auf dem Vulkan, aber deftig, ist die Devise. Eine Aufbruchstimmung, wie sie die 68er, die K-Gruppen Anfang der 70er, die Ökologiebewegung Ende der 70er ausdrückten, ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, die relativen Erfolge (verstärktes Umweltbewußtsein, grüne Wahlerfolge unt Teilerfolge in einigen Bereichen) werden überschattet von immer größeren Katastrophen (Libyen, Rhein, Tschernobyl, Bhopal, Waldsterben, Klimaveränderung). Rechtsentwicklungen in den bürgerlichen Wahlen gehen einher mit zunehmend reformerischen Bestrebungen in der grünen Partei. Resignation, Mut- und Hoffnungslosigkeit und wenig Phantasie kennzeichnen die außerparlamentarische Bewegung. Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen, Sabotage einerseits, alternative Arbeits- und Lebensformen andererseits haben den ökologischen Holocaust um ein paar Jahre verzögert. Aber die zerstörerischen Kräfte sind immer noch schneller als die Bewegung für eine soziale und ökologische Welt.

Fundamentale Forderungen und Ansätze blieben Utopie und haben die Welt erklärt, statt sie zu verändern. Realpolitik wurde zunehmend zur Reformbewegung und hat nur noch Symptome und Auswüchse unserer Gesellschaft zu verhindern versucht. Beispiel: das wiederholt geforderte »Sofort-Aussteigen« leugnet die konkrete Analyse, wo denn und wie denn angefangen werden muß. Andererseits: wird nicht durch das Beweisen, daß ohne Verzicht auf Komfort die Abschaltung der AKW's möglich sei, die Zementierung eines die Lebensgrundlagen zerstörenden Gemeinwesens gefordert? Anders gesagt: sind die Katastrophe nicht wir selbst? Ist es nicht so, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Verhältnisse so will, wie sie sind? An den äußeren Rändern ein paar kosmetische Eingriffe (etwas Ökologie, etwas Frieden, etwas Sozialstaat und Demokratie), aber alles andere so weiter wie bisher. Wie stehen mitten in der Scheiße und rühren mit. Was auch sonst: wo sollen wir hin aussteigen, was sollen wir anders machen, als uns täglich wehren, fordern, Sand im Getriebe sein. Und bringt uns nicht unser System ein Stück Lebenslust (Urlaub, Musik, Klamotten)? Wir bewegen uns ständig zwischen Fundamentalpolitik und Realpolitik. Aus diesem Teufelskreis müssen wir heraus. Die Anforderungen, die politischen Kampagnen erfordern, haben in aller Regel eine Diskussion über das grundsätzliche »WIE« einer außerparlamentarischen Politik verhindert. Insofern stehen wir nach der Stade-Kampagne so da wie vorher. Also nicht »richtig, aber mißglückt« (TAZ-Überschrift), sondern »falsch, aber gelungen«.

Die größte Veranstaltung der letzten Wochen war die von PKS organisierte »Augen zu und durch?«. Sie war auch die ehrlichste. Die größte Demonstration war die zum Ostermarsch, die ignorierte, daß Gorbatschow nicht nur für Null-Null-Lösung, sondern auch für Ausbau des sowjetischen Atomprogramms steht, und die Maidemonstration, die die alte Spaltung zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung Jahr für Jahr dokumentiert. Die Tschernobyl-Jahrestag-Demo war nett, aber kraftlos, mehr Erinnerung als Aufbruch. Die Stade-Kampagne war notwendig, weil sonst gar nichts gelaufen wäre. Immer noch besser als nichts, so der Leitspruch der Mehrheit der Beteiligten. Ein schwaches Argument. **Die Stade-Kampagne war falsch aufgezogen, weil sie die notwendigen Konsequenzen einer Welt, in der es sich leben läßt, reduzierte auf den Kampf gegen die Atommafia und ihre Politiker.** Realpolitisch wäre rot-grün gegen Stade schön, aber fundamental paßt rot nicht zu grün. An diesen Fragen müssen wir arbeiten, bevor wir uns in die nächste Kampagne/Thema stürzen.

pelle, BBA-PKS (PlanetarischerKatastrophen-Schutz), 10.5.87

Fotos: B.Morell



Auf der BuKo im Januar 87 beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema KWU und anderen Atomfirmen. Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen wurden koordiniert, verbreitert und die KWU/Siemens-Kampagne bundesweit entwickelt.

Es ist zwar wichtig, den Kampf gegen die Projekte der Atommafia vor Ort (WAA und AKW's) zu führen, aber auch den Widerstand in die Produktionsstätten, an die Wurzel des Übels zu tragen. Hier sind vor allen Dingen die KWU/Siemens-Standorte Erlangen, Offenbach, Berlin und Mülheim/Ruhr zu nennen. Sie sind die zentralen Schaltstellen für die Aufrechterhaltung und Durchführung des bundesdeutschen Atomprogramms.

Denn darum geht es: Solange es noch starke ökonomische, politische und militärische Interessen im Atomprogramm gibt, wird es keinen Ausstieg geben (egal, ob wir uns die Finger am Bauzaun wundsägen oder nicht!). Es ist unsere Aufgabe herauszufinden, wer aus welchen Gründen auch heute am Atomprogramm festhält. Um dies nicht abstrakt zu diskutieren, wird die KWU/Siemens als praktisches Beispiel herangezogen. Sie dient uns als Gradmesser oder Schaufenster dafür, inwieweit ein Ausstieg realistisch ist.

KWU/Siemens steht für Hunger, Verelendung und Ausbeutung der Dritten Welt

Nach Westinghouse und General Elektric ist die KWU/Siemens weltweit der drittgrößte Exporteur von Atomanlagen. Wesentlichen Anteil haben hier die Exporte in Länder der 3. Welt bzw. sogenannte Schwellenländer:

— *„3. Welt-Länder betrachten es als eine neue Form kolonialistischer Unterdrückung wenn ihnen modernste Technik vorenthalten wird."* (KWU-Chef Barthelt)

— International marktfähig sein heißt, gerade dort einzuspringen, wo andere nicht liefern sollen oder können (z.B. wegen fehlender Unterzeichung des Atomwaffensperrvertrages).

So hat die KWU/Siemens Verträge mit Südafrika, Südkorea und Brasilien unterzeichnet, die auch Urananreicherungs- oder Wiederaufbereitungsanlagen einschließen und damit militärische Verwendung ermöglichen.

Ein besonders deutliches Beispiel dieser „Entwicklungs"politik stellt der 1975 zwischen der brasilianischen Militärdiktatur und der BRD abgeschlossene Atomvertrag dar:

Mit dem Auftrag über 8 AKW's, einer Urananreicherungsanlage- und Wiederaufbereitungsanlage fiel der KWU ein Volumen von 12 Mrd. DM zu, sowie zahlreiche Beteiligungen an brasilianischen Atomfirmen. Inflation und Probleme beim Bau ließen die 1975 geschätzten Baukosten von 1,5 Mrd. US-Dollar für Angra II und III auf geschätzte 60 Mrd. US-Dollar 1980 hochschnellen. Zahlungsfähig ist Brasilien jedoch ohnehin nicht. Zur Absicherung der KWU/Siemens wurde unter Führung der Dresdner Bank ein Bankenkonsortium gegründet, das die Lieferungen von KWU/Siemens begleicht. Während die KWU/Siemens-Gewinne so abgesichert werden, steigt die Auslandsverschuldung Brasiliens ins Unermäßliche. Bei den regelmäßigen internationalen Umschuldungsverhandlungen stellt der Internationale Währungsvounds (IWF) — als internationale Gläubigermafia — Bedingungen: Lohnstopp, Preiserhöhung etc.. 1983 gab es erste Hungerrevolten. Das Umschuldungskarussel dreht sich jedoch immer schneller. 1980 lebten 70-80 Mio. der 110 Mio. Brasilianer/innen in Armut.

Hunger und Elend und Ausbeutung in der 3. Welt haben bei uns ihren Ausgang und einen Namen: KWU/Siemens.

KWU/Siemens ermöglicht bundesdeutsche Atombombenproduktion

Mit einem vorläufigen Auftragsvolumen von 1,6 Milliarden DM plant die KWU/Siemens in Erlangen den Bau der WAA in Wackersdorf. Die WAA ist das letzte Glied, um den atomaren Brennstoffkreislauf zu schließen. Natururan wird beispielsweise in Namibia unter Beteiligung der KWU/Siemens abgebaut. Von dort kommt das Uran in die Urananreicherungsanlage Gronau, weiter in die Kernbrennstoffanlage der Raktor-Brennelemente-Union RBU (Hanau) und schließlich in die AKW's. In der WAA schließlich wird der Brennstoff u.a. auch als Plutonium wiederaufbereitet. Die KWU/Siemens ist an allen Stationen maßgeblich beteiligt und hat sich damit die Monopolstellung in der Atomtechnologie der BRD gesichert.

Mangelnde wirtschaftliche Rentabilität der WAA und hohe staatiche Subventionierung werden in Kauf genommen: gleichzeitig mit der geplanten Fertigstellung der WAA 1995 läuft der in den 50er abgeschlossene, 1985 verlängerte Atomwaffenspervertrag aus. Seine Verlängerung ist mehr als fraglich. Diskussionen über eine deutsch-französische oder eine europäische Atomstreitmacht verschweigen, daß schon heute im Rahmen der deutsch-französichen Zusammenarbeit aus Hanau kommendes Plutonium zum Ausbau der französischen Atomstreitmacht verwendet wird. Und auch die Hanauer Atomfirmen Alkem, Nukem, RBU und HOBEG sind über Verflechtung mit KWU/Siemens verbunden. Die wissenschaftlich-technische Erforschung und Entwicklung Atomtechnologie bzw. allgemein der Hochtechnologien ist Grundlage für eine militärische Überlegenheit.

Bietet dem Hochtechnologie-Konzern Siemens die Technologie in „zivilen Bereichen"

bereits Profite, so ist er darüber hinaus auf diese militärische Überlegenheit angewiesen: Sie ist die Grundlage für die Sicherung der Kapitalanhäufung in den Industrienationen.

Keine WAA in Wackersdorf und anderswo. Zivile Nutzung der Atomtechnologie ist eine Lüge derer, die ihre Profite militärisch absichern wollen.

Siemens steht für Rationalisierung der Arbeitsplätze und Ausbeutung der Arbeiter/Innen

Wir können die Weiterführung des bundesdeutschen Atomprogramms, die Exporte der Ator - wirtschaft und die militärische Nut ng der Atomkraft, durch Mithilfe der KWU/Siemens, nicht thematisieren, ohne dabei auf das einzugehen, was ursprünglich für diese unmenschlichen Auswirkungen steht: die einzig und allein von den Interessen der Profitmaximierung und Verwertung bestimmte kapitalistische Produktion.

An der Atomproduktion der KWU/Siemens zeigt sich wie widerspruchslos heute die Arbeit von 14.000 Menschen gegen deren und die Interessen der Bevölkerung organisiert werden kann. Jahrelang hat die KWU/Siemens nicht nur für die Verstrahlung unserer Umwelt produziert, sondern auch eine Modernisierung vorangetrieben, die alleine in dem KWU-Werk Mülheim von 1969 bis heute — unabhängig von Konjunkturen — die Arbeit von 1.200 Menschen überflüssig machte und eine permante Unsicherheit für die noch vorhandenen Arbeitsplätze erzeugt.

Parallel dazu entwickelte sich mit der Fortführung der KWU-Atomwirtschaft eine Umstrükturierung, die das Entstehen von entgarantierten Arbeitsverhältnissen ermöglichte sowie die Sicherung der Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen zum Ziel hatte.

Die nächsten Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozesse in Form der Computer- und Gentechnologie halten bereits Einzug in den Lebensalltag, während die Folgen der Atomwirtschaft noch weitestgehend unabsehbar sind. Der Beinahe-GAU in Harrisburg, der permanente Störfall Sellafield/Windscale, der Super-GAU in Tschernobyl, die Verstrahlung der Arbeiter bei Alkem/Nukem schaffen nur kleine Unsicherheiten: Alles schreitet weiter dem Ziel entgegen immer mehr menschliche Existenz zu verwerten, um immer höhere Profite zu erzielen.

Der Konzern, der diese Entwicklung mitbestimmt und forciert ist Siemens, die mittlerweile in den Bereichen Telekommunikation, Gentechnologie, Rüstungselektronik bis hin zu schlüsselfertigen AKW's weltweiten Einfluß hat.

Wenn wir Gesellschaftskritik ernstnehmen müssen wir über die Kritik an den Symptomen — Ausbeutung der 3. Welt, Leben mit dem Restrisiko, Atomwaffenproduktion entgarantierte Arbeitsformen — hinausgehen; d.h. die kapitalistische Produktion zu thematisieren, ihre Profitstrategien zu entlarven und ihre Mechanismen zur Verschleierung der Widersprüche zu durchkreuzen.

Durch gezielte Aktionen muß die Produktion behindert werden, erschwert werden. Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, daß wir die Konfrontation mit der kapitalistischen Produktion meinen, nicht die mit der Arbeit jedes einzelnen Arbeitnehmers/jeder einzelnen Arbeitnehmerin. Siemens/KWU hat an der Ausbeutung der Arbeitskraft in der Atomwirtschaft 20 Mrd. DM Profit gemacht

— diese 20 Mrd. DM müssen die Arbeiter/innen zur selbstverwalteten Umstrukturierung ihres Betriebes einfordern.

Weg mit der Vorstands- und Managerebene. Für den Aufbau eines Betriebes in Arbeiter/innenhand. Für eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion.

(obige Text-Passagen sind aus dem Aufruf zur KWU-Kampagne am 2.Mai 1987)

Fotos aus: 'Demo'; N. Jungwirth

Aufgrund nicht eingetroffener Berichte über die KWU-Aktionen, müssen wir uns auf den Abdruck eines TAZ-Artikels v.4.5. beschränken.

Demos gegen KWU

Erlangen/Mühlheim (taz) — Etwa tausend Demonstranten zogen nach Veranstalterangaben am Samstag Mittag vom Kraftwerksunion (KWU)-Gelände in die Erlanger Innenstadt. Auf der Abschlußkundgebung am Schloßplatz betonten die Sprecher der Müttern gegen Atomkraft, der Erlanger Grünen und der Autonomen die zentrale Rolle der Siemenstochter KWU im bundesdeutschen Atomprogramm und verwiesen auf die illegale Leiharbeiterpraxis und die Plutoniumverarbeitung in der Erlanger KWU-Niederlassung. Der Aktionstag bildete den Abschluß einer Tschernobyl-Woche des Nürnberger Anti-Atom-Forums und einer Antikapitalistischen Woche, die von regionalen autonomen Gruppen veranstaltet wurde. Die Polizei hatte dezent im Hintergrund starke Einsatzkräfte auf dem KWU-Betriebsgelände zusammengezogen. In Offenbach kam es im Anschluß an die KWU-Demo zu einer Festnahme. Bei einer Hausdurchsuchung wurden dort außerdem ein Stapel Flugblätter „Kampf der Volkszählung" beschlagnahmt. Polizei begleitete auch die Demonstration im Rahmen des Aktionstages des nationalen Aktionstages gegen die KWU in Mühlheim. Die größte Demonstration (700 Teilnehmer), die in der „sympathischen Stadt an der Ruhr" (Eigenwerbung) je gesehen wurde, hatte schon im Vorfeld für Aufregung bei den Bürgern gesorgt. Etliche Hundert Polizisten führten scharfe Kontrollen durch und begleiteten den Zug durch die Innenstadt und zum KWU-Gelände. Auf den Parolen stand die Forderung nach „einer Gesellschaft ohne Knäste" gleichwertig neben dem Aufruf, sich nicht auf Aktionen an den AKW-Baustellen zu beschränken, sondern in Zukunft auch die Atomfirmen „zum Thema zu machen" und „den Widerstand in die alltägliche Produktion zu tragen". *coka/wg.*

Widerstandstage

Dezentral

Die Idee der Widerstandstage ist letzten Sommer entstanden und am 1.1.86 zunächst hessenweit in die Tat umgesetzt worden.
„Der Widerstandstag ist entstanden, um besser einen selbstbewußten und eigenverantwortlichen Widerstand leisten zu können. Er ist eine Möglichkeit der Isolation und Perspektivlosigkeit entgegen zu wirken und um die eigenen Möglichkeiten zu erkennen. Dabei soll ein Reagieren auf äußere Anlässe (Katastrophen usw.) überwunden werden, um zu einem aktiven Wiederstand zu kommen. Ein außerparlamentarischer radikaler Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber (...). Entscheidend für den Erfolg der Widerstandstage wird es dabei sein, daß die Gruppen, Initiativen und Personen bereit sind, auf ihre jeweilige Art zu zeigen, daß sie das Treiben der Aommafia nicht mehr längen untätig hinnehmen wollen: daß es Infotische gibt, Giroblau, Gemälde und Schriften auf den Straßen, Geldscheinen, Brücken und Wänden, spontane Massenversammlungen, Dia-Vorträge, umgestürzte Masten, Besuche bei den Stadtwerken, Firmen, Institutionen und Behörden, Podiumsdiskussionen, Pellkartoffeln in den Auspüffen von Firmenfahrzeugen, Schweigeversammlungen, Straßentheater, schwarze Blocks und schwarze Frauen usw. um nur einiges zu nennen, was es in der Vergangenheit gab."
Das nachstehende Protokoll eines Treffens in Darmstadt zeigt, daß das Ziel, aus den dezentralen Widerstandstagen eine „Riesenkampagne" zu machen, nach dem ersten halben Jahr nicht erreicht werden konnte. Im Gegenteil — an vielen Orten ist offenbar eine abbröckelnde Beteiligung zu verzeichnen, die kontinuierliche Beteiligung anderer Gruppen geht zurück, einen Widerstand losgelöst von konkreten Anlässen aufrechtzuerhalten scheint schwieriger als zunächst erwartet. Der Funke — „in jedem Ort muß klar sein: Am ersten Samstag im Monat ist Widerstandstag" — ist (noch?) nicht übergesprungen. Weitermachen und hoffen das es besser wird, die denzentralen Widerstandstage verstärkt auf Konferenzen einbrigen — oder die Diskussion neu führen? Wir sind gerne bereit Diskussionsbeiträge dazu abzudrucken. (Die Redaktion).

Um Erfahrungen und Perspektiven nach einem halben Jahr Widerstandstage auszutauschen, fand am 10.5.87 in Darmstadt diesbezüglich ein Treffen statt Hierzu wurden ca. 60 Widerstandsgruppen angeschrieben, mit der Bitte am Treffen teilzunehmen oder über die gewonnen Erfahrungen schriftlich zu berichten. Zwar erschienen 8 BIs aus dem Rhein–Main–Gebiet zum Treffen, an Rückmeldungen gingen jedoch lediglich zwei ein. Anwesende Gruppen: Libertäres Zentrum, Frankfurt; Initiative Umweltschutz (IUH) und Autonome Hanau; Darmstädter Initiative für die Abschaltung aller Atomanlagen (DIFA); Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden; BI/Infoladen Offenbach; WAA–Nie–Büro Gießen; Berichte aus : Hamburg-Harburg; Arbeitskreis Umweltschutz Gronau.

Zu Beginn des Plenums wurden die Erfahrungen mit den Widerstandstagen ausgetauscht.

Frankfurt: Die Idee des Widerstandstages ist bei unterschiedlichen Gruppen bekannt, diskutiert und akzeptiert worden. Die Aktivitäten werden aber hauptsächlich von der Gruppe um das Libertäre Zentrum iniziert. Probleme mit den Widerstandstagen ergaben sich vor allem bei dem Ziel, diese in den Alltag zu tragen, „normalen" Leuten zu vermitteln und auf Frankfurt zugeschnittene Aktionen anzukurbeln.

Hanau: Zu Beginn der Widerstandstage wurden vielfältige Aktionen durchgeführt, die jedoch im Moment stagnieren. Die Widerstandstage stehen und fallen mit der Integration anderer Gruppen ins Widerstandskonzept. Nach Beschluß des Autonomen Plenums soll die Weiterführung hiervon abhängig gemacht werden.

Darmstadt: Zu Beginn der Widerstandstag Aktionen waren Gruppen aus versch. Bereichen integriert. Dies Zusammenarbeit beschränkt sich z. Zt. auf spezielle Themen oder aktuelle Anlässe. Ziel der weiteren Arbeit ist es, verstärkt die inhaltliche Anti–AKW–Arbeit vor Ort anzugehen und gezielt in die Widerstandsaktionen einzubeziehen.

Wiesbaden: Das Konzept der Widerstandstage wurde als sehr positiv bewertet. Die Aktionen sollen in Zukunft jedoch noch öffentlichkeitswirksamer mit den Widerstandstagen in Verbindung gebracht werden. Probleme werden vor allem in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen auf Grund von Berührungsängsten deutlich. Dieses zeigte sich z.B. auf einem Treffen des Umweltforums Wiesbaden. An dem Treffen nahm eine Umweltgruppe des BKA teil. Die Berührungsängste der anderen Gruppen zum BKA waren geringer als zum Arbeitskreis Umweltschutz, der daraufhin das Treffen verließ.

Jeden ersten Samstag im Monat

Offenbach: An den Widerstandstagen wurden regelmäßig Aktionen durchgeführt und mit einer weiteren Anti–AKW BI eine Zusammenarbeit hergestellt. Ein Jahr nach Tschrnobyl wird die Verbreitung der Widerstandstage als schleppend beurteilt. Zur Zeit wird schwerpunktmäßig an der KWU–Kampagne gearbeitet, zu der am Widerstandssamstag im Mai eine Demo stattfand.

Gießen: Die Aktionen zu den Widerstandstagen wurden eingestellt, da keine große Resonanz bei anderen BIs erzielt wurde. Das Hauptziel der Widerstandstage, andere Gruppen zu integrieren, ist mißlungen.

Gronau: Jeden ersten Samstag im Monat werden regelmäßig Sonntagsspaziergänge zur Uran–Anreicherungsanlage durchgeführt. Eine bessere Berichterstattung, Rückkoppelung der BIs untereinander und mehr Öffentlichkeitsarbeit zum bundesweiten Widerstands wird angeregt.

Hamburg–Harburg: Die Idee wurde aufgegriffen und schnell in Aktionen umgesetzt. Die gezielte Zusammenarbeit mit der Presse hat Erfolg vermittelt und Auftrieb für weitere Aktionen gegeben.

Anschließend wurde eine breite Diskussion über Ziele und Perspektiven der Widerstandstage geführt. Die Diskussion war bestimmt durch den Frust, daß der Widerstandstag nicht die erhoffte Verbreitung gefunden hat. Jede Gruppe hatte versucht in ihrer Stadt andere Gruppen oder Personen in ihre Aktivitäten mit einzubeziehen, was aber nur selten gelang. Der Widerstandstag hat sich zwar bundesweit verbreitet, aber im Rhein–Main–Gebiet, dem Hauptverbreitungsbereich, ist ein Rückschritt nicht zu leugnen. Hier hat die abnehmende öffentliche Aktualität einen direkten Einfluß auf die Aktivitäten dzum Widerstandstag.

Die Kontinuität des bundesweiten Widerstandstages kann ein Abbröckeln des Widerstandes in den Städten und vor allem in den kleineren Gemeinden verhindern und das Arbeiten vor Ort stärken. Auch wenn sich Gruppen und Leute nicht in den Widerstandstag einbeziehen lassen, so können auf dem Weg zur Abschaltung der AKWs viele Schweinereien aufgedeckt und antikapitalistisches Gedankengut vermittelt werden. Im Laufe der weiteren Diskussion wurde eine weitgehende Übereinstimmung über die Fortführung und Weiterverbreitung der Widerstandstage erzielt. Hierbei sollen die Widerstandstage weiterhin auf Anti–AKW–Konferenzen eingebracht und verstärkt einzelne BIs angesprochen werden.

Die Verbreitung der Aktionen und die gezielte Rückkoppelung sowie die Kommunikation der BIs untereinander soll forciert werden. Hierzu wurde angeregt, zukünftig die Rückmeldungen über geplante und durchgeführte Aktionen zu den Widerstandstagen an das Hamburger Presse Info, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50 zu verbreiten.

KRIMINALISIERUNGS-RUNDBRIEF

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal auf den Kriminalisierungsrundbrief hinweisen und allen BIs und Gruppen ein Abo empfehlen. Der Rundbrief enthält Nachrichten, Dokumente, Presseartikel und Kommentare zur Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und anderer Bewegungen. Der Rundbrief wird in Kassel zusammengestellt und kann bestellt werden bei:
Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 35 Kassel, tel. 0561/775307

RATGEBER FÜR GEFANGENE

Der Verlag Schwarze Seele ist gerade wieder mal dabei, den »Ratgeber für Gefangene« zu überarbeiten. Da sie nicht über Kontakte in allen Städten verfügen, bitten die Schwarzen Seelen, ihnen die Anschriften von engagierten Rechtsanwält/inn/en sowie Knast-, Prozeß- und ähnlichen Gruppen zuzusenden. Dies ist für die Aktualisierung des Adressenteils im »Ratgeber« wichtig.
Verlag Schwarze Seele, Prinzessinnenstraße 16, 1000 Berlin 61.

Foto: Winfried Wershofen

Kriminalisierung

RAZZIEN IN WILHELMSHAVEN

Am 9. April wurden in Wilhelmshaven mindestens fünf Wohnungen, das Kommunikationszentrum »Pumpwerk« sowie eine weitere Wohnung in Berlin durchsucht. Zwei Männer wurden festegenommen.
Hintergrund der Aktion ist die bis dahin vergebliche Suche nach den Urheber/inne/n einer Serie von Brandanschlägen, bei denen im Jahr 1986 in Wilhemshaven Schäden in Höhe von zwei Millionen Mark entstanden.
Die beiden Männer sollen gestanden haben, für die Brandstiftungen verantwortlich gewesen zu sein. Der beantragte Haftbefehl für die 25jährigen wurde vom Richter jedoch abgelehnt.
Wie schon in vielen anderen Fällen begnügte sich das LKA nicht mit der Festnahme der Männer, sondern veranstaltete gleich eine Großrazzia, um die Wilhelmshavener Scene einzuschüchtern und auszuleuchten. Daß das »Pumpwerk« auch dran glauben mußte, liegt auf der Hand, wird es doch in der örtlichen Presse ohnehin als Ort krimineller Umtriebe diffamiert.
Nach Angaben des LKA, welches von der Bundesanwaltschaft und einer Versicherung mit 50.000 Mark Belohnung für Hinweise unterstützt wurde, haben die Ermittlungen auf die Spuren weiterer Verdächtiger geführt.

Betr.: radikal-Prozesse
Nach den Durchsuchungswellen gegen Buchläden im Sommer und Herbst 1986 zeichnet sich in Sachen »Ermittlungsverfahren gegen Hersteller und Verbreiter der Radikal Nr. 132« eine Prozeßwelle ab. Bislang gibt es mindestens 21 Anklagen in Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Giessen, Hanau und Tübingen. Weitere sind zu befürchten. Auftakt war ein erster Prozeß am 13. und 15. Mai vor dem OLG Frankfurt gegen einen Mann aus Hanau.
Ausführliche Infos gibts bei:
AG radikale Öffentlichkeit, c/o Initiative Umweltschutz, Nähefahrtsweg 5, 645 Hanau.

Betr.: »De Knispelkrant«
Die revolutionäre niederländische Zeitung »De Knispelkrant« war am 9. April von einer umfangreichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion betroffen. Infos:
De Knispelkrant, Postbus 7001, 9701 JA Groningen, Niederlande.

Presseerklärung

WAA: Klage von WAA-Gegnern gegen Ostercampräumung 1986

Mehr als ein Jahr nach der polizeilichen Räumung des Wackersdorfer Ostercamps 1986 sind die Daten der dabei festgenommenen WAA-Gegner nicht gelöscht, obwohl alle eingeleiteten Ermittlungsverfahren schon im Mai 1986 eingestellt wurden. Zwei Münchner Betroffene haben jetzt am Regensburger Verwaltungsgericht verlangt, die Räumung für rechtswidrig zu erklären.
Am 29.03.1986 wurde das genehmigte Ostercamp von mehreren Hundertschaften der Polizei umstellt, die Zelte abgerissen und die 281 Bewohner festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die festgenommenen Männer wurden am selben Abend in mehrere bayerische Justizvollzugsanstalten gebracht, die Frauen freigelassen. Erst am Abend des 30.3. wurden alle Festgenommenen aus den Haftanstalten entlassen, nachdem sich AMberger Haftrichter geweigert hatten, dem Wunsch der Polizei nach weiterer Gewahrsamnahme nachzukommen.
Offizielle Begründung für die Festnahme der 281 waren Steinwürfe von ca. 10 Personen auf ein Fernsehteam des Bayrischen Rundfunks am Nachmittag des 28.3. (Freitag). Nach polizeilichen Angaben sollen sich die Steinwerfer anschließend in das Camp der WAA-Gegner geflüchtet haben. Auch der Polizei mußte aber klar sein, daß eine Identifizierung der Täter angesichts ihrer Vermummung und eines zeitlichen Abstandes von mehr als 12 Stunden zur Tat bei der Räumung des Camps am Samstagmorgen unmöglich sein würde. Für die Kläger, die wie die meisten WAA-Gegner erst am Freitagabend im Camp ankamen, stellt sich daher die Festnahme als Versuch dar, unter dem Vorwand des Strafrechts sie bis nach Abschluß der Osterdemonstrationen "aus dem Verkehr zu ziehen" und andere Demonstranten von der Wahrnehmung eines Grundrechts abzuschrecken.
Die Kläger haben - wie in bei ihrer Festnahme von der Polizei ausgehändigten Rechtsmittelbelehrungen empfohlen - im April 1986 Widerspruch eingelegt. Dieses Mittel wurde vom Oberlandesgericht Nürnberg im Dezember 1986 für unzulässig erklärt, da - so sinngemäß - ihre Festnahme kein Verwaltungsakt, sondern ein Mittel der Strafverfolgung gewesen sei. Den Klägern sei mit der Einstellung des Verfahrens Genüge geleistet worden. Diese Ansicht des OLG halten die beiden Betroffenen aus den oben genannten Gründen für rechtlich mehr als fragwürdig. Das Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz antwortete trotz mehrerer Aufforderungen, die gesammelten Daten zu löschen, nicht.
Die beiden Münchner WAA-Gegner verlangen nunmehr eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts, um bei zukünftigen Demonstrationen derartige polizeiliche Überfälle und Inhaftierungen unmöglicher zu machen. Angesichts einer derzeit bundesweiten Kriminalisierungswelle gegen Atomkraftgegner - bei der der Freistaat Bayern offenbar die Vorreiterrolle übernommen hat - ist es nötig, einer Regierung, die sich nicht einmal mehr an ihre eigenen Gesetze hält, auch auf juristischer Ebene Widerstand entgegenzusetzen.

Keine Auskunft über Speicherung

Polizei darf Auskunft über Erfassung in Spurendokumentationsdatei (SPUDOK) verweigern / Lüneburger Verwaltungsgericht wies die Klage von 20 AKW-Gegnern in erster Instanz ab / Bürger zeitweise gespeichert

Aus Hannover Jürgen Voges

Die niedersächsische Polizei muß keine Auskunft darüber geben, wen sie 1984 bei ihren großangelegten SPUDOK-Einsatz im Wendland in dieser Datei gespeichert hat. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hat am Freitag in erster Instanz eine Klage von 20 AKW-Gegnern abgewiesen, mit der die Polizei verpflichtet werden sollte, Auskunft über eine Erfassung in der Spurendokumentationsdatei zu erteilen.

Nach Ansicht der Lüneburger Verwaltungsrichter steht der § 13 des niedersächsischen Datenschutzgesetzes, der den Behörden in der Frage der Auskunft über eine Speicherung einen Ermessensspielraum einräumt, nicht im Gegensatz zum Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Kammer lehnte den Antrag der Kläger ab, diese Regelung des niedersächsischen Datenschutzgesetzes dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung vorzulegen. Die Anwälte der Behörden hatten für die strittige Regelung eine Übergangszeit geltend gemacht. Danach bleibe das niedersächsische Datenschutzgesetz solange gültig, bis das Volkszählungsurteil seinen Niederschlag in neuen gesetzlichen Regelungen gefunden habe.

Bei dem Einsatz von SPUDOK im Wendland im Jahre 1984, der durch der BI Lüchow-Dannenberg zugespielte Polizeiunterlagen bekannt wurde, waren zeitweise 2.600 Personen gespeichert worden.

150 AKW-Gegner hatten damals schriftlich bei der Bezirksregierung Lünen und der Polizei Auskunft darüber verlangt, ob sie zu den in der Datei Erfaßten gehören. Die Auskunftsersuche hatten die Behörden gleichlautend mit der Begründung abgelehnt, es handele sich nicht um echte Anfragen, sondern um den Versuch, den Inhalt der Datei auszuforschen.

Auch diese Begründung ist von den Verwaltungsrichtern für rechtmäßig erklärt worden. Der Vorsitzende der Zweiten Kammer des Verwaltungsgerichts, vor der die Sache entschieden wurde, sagte am Freitag, es handele sich bei der Ablehnung der Auskunftsersuche um keine willkürliche oder sachwidrige Ermessensentscheidung. Die Besorgnis vor der Ausforschung reiche als Begründung aus. Nicht nur nach Ansicht der Kläger, sondern auch zahlreicher Datenschutzexperten war allerdings bereits das Anlegen der Datei rechtswidrig. Während die Polizei behauptet hatte, die Datei sei für die Ermittlungen nach Bahnanschlägen eingerichtet worden, hatte die BI Lüchow-Dannenberg immer von einer flächendeckenden Erfassung der Anti-AKW-Bewegung im Wendland gesprochen.

SPUDOK — was ist das?

Seit März 1984 gibt es eine Spezialdatensammlung der Kriminalpolizei über die Widerstandsszene im Wendland, im August 1985 gelang dies an die Öffentlichkeit. Wir müssen davon ausgehen, daß noch immer damit gearbeitet wird. Das System dieser elektronischen Datensammlung nennt sich Spurendokumentationssystem oder SPUDOK. Wie eine herkömmliche Kartei aus Karteikarten besteht, ist auch diese elektronische Datei aus einzelnen Einheiten, aufgebaut, die meist als ganzes vom Computer auf den Bildschirm geholt werden können oder ausgedruckt werden. Diese Einheiten werden als „Spur" bezeichnet.
Ein Ausdruck einer „Spur" könnte etwa so aussehen:

```
                                                    unverb.Muster ohne Gewähr
A83+VOLKSZÄHLUNG
 83+0987654 LDK2001234 -11.11.84/11.11
"Spur" ——  »SPU: 00815   »SBE:XBULI,                »DAT: 111184
Person ——  »PER: MUSTERFRAU ERICH GEB MUSTERMANN 300254 BONN
           SPITZN MUSSI, HAUSMANN
           -1- BERLIN IRGENWOPLATZ 99,030 4711007
           -2- GORLEBEN OT SOLLEBEN 13 05882 1004
           WHEHEL SOHN VON ERIKA MUSTERMANN
Gegenstand — »GEG: VW-BUS BUNT UNGEPFL B-AR567,A R 5 6 7
           PER-HALTER-GEG
Hinweise ——  »HIN: KARTEI,SO KONTR
Tageblattnr.       -TGB 1933 84 SPUR45
Text ———   »TXT: GEG MIT 10 PERS PLATENLAASE 311283 2355H
           LESERBRIEF EJZ 240383 AUFRUF ZUM BOYKOTT DER
           VOLKSZÄHLUNG ,AUSSPÄHEN OSTBAHNHOF DANNENBERG
           200684 1930H
Ergebnis —— »ERG: OFFEN
           »»»SOKO 783          »» VOM 22.02.87 / 10.23 »»»»»»
```

Der Ausdruck fängt an mit A (für Anfrage), 83 ist der Code für die anfragende Dienststelle, hier Sonderkomission (SOKO) 783, die auch am Ende nochmal zusammen mit dem Anfragedatum erwähnt wird. Auf die A83 folgt das Anfragewort oder genau gesagt die Zeichenkette, die der Computer suchen soll. Das kann ein Wort sein, aber auch eine Zahl (z.B. Telefonnummer) oder eine Kombination von Buchstaben und Ziffern. Sogar Leerstellen und Kommas können dabei eine Rolle spielen.

Der Computer liest nun in Sekundenschnelle alle „Spuren" durch, bis er in einer „Spur" diese Zeichenkette, dessen Wort oder die Zahl, die am Anfang eingegeben wurde, entdeckt. Diese „Spur" erscheint dann auf dem Bildschirm oder wird ausgedruckt. Das heißt, daß jedes Wort oder jede Zahl, die gespeichert wurde auch gesucht werden kann. Unser fiktiver Ausdruck hätte also genauso unter MUSSI, 4711007, PLATENLAASE, B-AR 567, oder IRGENDWOPLATZ gefunden werden können.

SPUDOK — Was soll das?

Begründet wird der Einsatz der Spudok-Datei immer wieder mit den Anschlägen, die auf Baumaschinen und Bahnlinien zum Zwischenlager verübt worden sind. SPUDOK sei nötig, um diese Anschläge aufzuklären, verlautet es vom Innenminister bis zum Kommissar. Bei näherer Betrachtung von Form und Inhalt der Datei zeigt sich jedoch daß SPUDOK dafür ein völlig ungeeignetes Instrument ist.

Von den vielen Anschlägen ist bis jetzt noch keiner aufgeklärt worden, weder ohne noch mit SPUKOK. Es scheint also möglich zu sein, Anschläge so durchzuführen, daß keine weiterführenden Spuren hinterlassen werden. Falls es sie doch gäbe, könnten sie wie sonst auch ohne SPUDOK verfolgt werden. Was SPUDOK sammeln kann, sind besten- oder schlimmstenfalls breitgestreute undeutliche Verdachtsmomente, die den Namen „Spur" eigentlich gar-

nicht verdienen. Zum Beispiel: Nach einem Anschlag kommt ein Hinweis, daß vor 6 Wochen im Wald etwa 5 km vom Tatort entfernt ein bestimmtes Auto gesehen wurde, dessen Halter dann festgestellt werden konnte. Auch wenn in diesem Zeitraum im Umkreis hunderte von Autos gewesen sein könnten, weil gerade Pilzzeit war, kommen solche und viele ähnliche „Spuren" in den Computer.

Die Mehrzahl der „Spuren" in der Datei hat jedoch nicht mal im entferntesten etwas mit den Anschlägen zu tun. Sogar nicht einmal mit Straftaten allgemein stehen sie in Verbindung. Schon die Anzahl von 2.000-3.000 meist personenbezogenen „Spuren" weist darauf hin, daß wohl nahezu alle Personen, die sich in dieser Region als Atomgegner zu erkennen gegeben haben, im SPUDOK-System registriert worden sind. Als BI-Mitglieder/innen und Funktionäre, Leserbriefschreiber, Prozeßbesucher oder als Halter oder Insassen von Fahrzeugen, die in der Nähe von Demonstrationen oder Veranstaltungen gesehen worden sind. Es geht bei SPUDOK also nicht um Aufklärung von Anschlägen oder die Aufdeckung einer kriminellen Vereinigung, sondern um Ausleuchtung und Kontrolle des Widerstands in ganzer Breite, um die Erforschung seiner Zusammenhänge und Funktionen.

Der Eingriff des SPUDOK-Systems in die Persönlichkeitsrechte wird besonders schwerwiegend im Zusammenwirken mit Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungen. SPUDOK liefert viele kleine Teilwahrheiten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Daraus lassen sich bei negativer Interpretation Geschichten bauen, die dann als dringender Verdacht erscheinen und Ermittlungsrichter dazu bewegen, den Hausdurchsuchungen und Telefonüberwachungen zuzustimmen. Auch wenn sich durch diese Maßnahmen der Verdacht nicht erhärtet, ergibt sich für SPUDOK fast immer eine Menge neues Datenmaterial, nicht nur über den Betroffenen, sondern auch über sein ganzes soziales Umfeld, über alle Personen, mit denen er zu tun hat, die ihm schreiben oder anrufen. So weiten sich die Verdächtigungen immer weiter aus, bis prinzipiell jede/r Atomgegner/in verdächtig ist.

Verdächtige sind aber Bürger/innen zweiter Klasse, für die die Persönlichkeitsrechte wie Menschenwürde, Hausfrieden, Postgeheimnis und informationelle Selbstbestimmung außer Kraft gesetzt werden. Für alle diese Verletzungen der Privatsphäre gibt es keine Entschädigung, von den Rufschäden ganz zu schweigen. So trägt SPUDOK dazu bei, daß aus polizeilicher Ermittlung ein breit wirkendes Unterdrückungsinstrument wird.

Der Einsatz von SPUDOK im Wendland macht aber auch klar, daß es nicht reicht, gegen Atomenergie Widerstand zu leisten, sondern daß es notwendig ist, gegen Machtpolitik im Allgemeinen und gegen Computermißbrauch im Besonderen etwas zu unternehmen. Man denke nur an die Volkszählung und den maschinenlesbaren Personalausweis.

Ermittlungsausschuß Gorleben

Weitere Informationen zu SPUDOK:

atom 6, Oktober/November 85 und
atom 8, März/April 86

Zu weit aus dem Fenster gelehnt

„Keine Zensur findet nicht statt" war in der Graswurzelrevolution (GWR) 110 die bezeichnende Feststellung des Autors, als er anhand einer Füllle von Beispielen deutlich machte, in welchem Maße der Staat eine kritische Medienarbeit auf allen Ebenen sabotiert. Orginellerweise war es gerade diese GWR–Ausgabe, die kriminalisiert wurde.

Doch nicht der besagte Artikel, sondern ein anderer verletzte das triefende Auge des Gesetzes: In „Wenn der Mast fällt" erörterte der wohlbekannte Sägefisch G. Waltfrei Erfahrungen, Perspektiven und Risiken des Mastfällens. Dabei ging es ihm insbesondere um das Verhältnis von Sabotageaktionen und zivilem Ungehorsam unter dem Aspekt der Gewaltfreiheit. Der Charakter eines Diskussionsbeitrages wurde um so deutlicher, als der Artikel in engem Zusammenhang mit einem „Pflugschar"–Papier gleicher Thematik stand. Für die Staatsanwaltschaft Hamburg allerdings war dieser Zusammenhang wohl nicht recht nachvollziehbar, da sie den Artikel fortan zu ihrer Ermittlungssache erklärte.

Zunächst bedurfte es aber der Erleuchtung der Gralshüter vom Bayernkurier, denen die Tatsache, daß auf der Buko in Nürnberg sowohl der Sägefisch–Beitrag als auch ein Text mit RAF–Zitaten (neben vielen anderen Diskussionspapieren) zu haben waren, zur messerscharfen Erkenntnis gereichte, hier solle „ eine Radikalisierung und Solidarisierung der Anti–Kernkraft–Bewegung mit terroristischen Gruppen" erreicht werden. Nach Einschätzung der Graswurzler war es offensichtlich dieser fachkundige Hinweis auf die terroristische Qualität dieses Artikels, der die Hamburger Ordnungshüter in Bewegung setzte. Sie sahen sich fortan zu Ermittlungen im Rahmen des §111 StGB (Öffentlicher Aufruf zu Straftaten) gezwungen und lieferten damit einen weiteren Beweis für den generösen Umgang mit der Pressefreiheit.

Daß sie sich damit etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt hatten, ergibt sich aus dem Umstand, daß das Verfahren mangels Beweisen unlängst wieder eingestellt wurde. Wohl denn, denkt sich die Leserin, doch sollte dieser Fall nicht darüber hinweg täuschen, daß der Staat nicht unbedingt Verurteilungen benötigt, um seiner Politik ihren repressiven Charakter zu geben. Auch Ermittlungen an sich können schon lähmend genug wirken, wie wir alle wissen.

Herz

Folgende Auflistung ist naturgemäß unvollständig. Vor allem fehlen hier die massenhaften Aktionen anläßlich des Tag X in Hamburg zur Solidarität mit der Hafenstraße, sowie die Aktionen in Berlin am 1.Mai. Dies alles ist aber schon ausführlicher z.B. in der TAZ dargestellt worden. In dieser Auflistung sind nur Meldungen verarbeitet worden, die uns zugesandt worden sind.

Wetzlar (ohne Datum) Unbekannte mit dem Namen »Schäumende Einheit« haben einen Kran der Firma Hochtief lahmgelegt. Die Motoren wurden mit Füllschaum behandelt, die Stromversorgung brannte ab. Die Aktion richtete sich gegen das Atomprogramm und den Atomstaat, gegen zunehmende Repression und Kriminalisierung des Widerstandes (Schikanen gegen die BUKO). Hochtief ist der größte Baukonzern in der BRD: ihre Bagger und Kräne stehen überall, in Gorleben, in Ahaus, an jedem AKW, das gebaut wurde und wird. An der Startbahn West standen ihre Betonmischer ebenso wie jetzt in Wackersdorf.

Unterlüß: 29.1.87
»Revolutionäre Zellen« haben die Energieversorgung des Rüstungsunternehmens Rheinmetall unterbrochen. Dazu wurde ein Strommast gesprengt, über den das Werk mit Energie versorgt wird. Die Aktion richtete sich exemplarisch gegen die kapitalistische Ausbeutung, die an der Unterdrückung und Ermordung von Menschen, vor allem in der 3.Welt, Profite herausschlägt. Auf dem Gebiet der Hochtechnologierüstung nimmt Rheinmetall weltweit eine führende Rolle ein, die durch das High-Tech-Zentrum in Unterlüß gestärkt wird.

Bochum: 12.2.87
Das Kommando »Kampf dem Terrorismus« hat in der nacht zum 12.2. einen Bagger und eine Raupe der Firma Heitkamp in Brand gesetzt. Dies ist die Antwort auf die Forderung von Innenminister Zimmermann: »Die vordringliste Aufgabe aller Demokraten ist die bekämpfung des Terrorismus«. Nach Ansicht des Kommandos verdient sich Heitkamp dumm und dämlich an einer Menge terroristischer Projekte: WAA in Wackersdorf, Atomkraftwerke bundesweit, Projekte in Südafrika ...

Hamburg: 25.2.87
Unbekannte haben im östlichen Teil Hamburgs einige Sprengschächte in den Straßen durch Zubetonierung unbrauchbar gemacht. Diese Sprengschächte sind nicht nur für den Kriegsfall gedacht, sondern spielen auch eine zentrale Rolle bei einer Atomkatastrophe. Hier ganz speziell, wenn es im AKW Krümmel kracht. Die Schächte sind bestandteil des sogenannten Katastrophenschutzes, der im Falles eines GAU's die überlebende Bevölkerung der betroffenen Region daran hindern soll, in weniger verseuchte Gebiete zu flüchten. Dies wird mit allen Mitteln, z.B. Sprengung der Straßen, bewaffnete Militärposten etc. durchgeführt.

Lüneburg: 3.3.87
In der Nacht vom 2. zum 3. März wurden 4-5 großflächige Glasscheiben der Lüneburger HASTRA (regionales Stromversorgungsunternehmen) entglast. Gleichzeitig prangte daneben die Parole »wg. Radi aktiv - keine Zensur!« Am 2. März war nämlich das Urteil gegen Radi aktiv in Nürnberg verkündet worden. In einem Flugblatt des »Arbeitskreises zur Stillegung der herrschenden Klasse« hieß es zu der Aktion: »Jedes AKW fordert seinen Preis - hau weg den Scheiß! Brokdorf, Stade, Tschernobyl: legt die ganze Scheiße still.«

Berlin: 7.3.87
Unter dem Motto »Revolutionärre Initiativen gegen die konkreten Projekte des Systems - Keine WAA!« haben Revolutionäre Zellen in den Räumen der Berliner Niederlassung der E. HEITKAMP-Bauunternehmung einen Brandsatz gezündet. Der vordere Teil der HEITKAMP-Büros am Ku-Damm sowie das anliegende Treppenhaus wurden dabei zerstört. HEITKAMP ist eines von fünf Generalunternehmen bei Bau der WAA in Wackersdorf.

Leverkusen/Oberhausen: 10.3.87
Ein Bombenanschlag auf das Einwohnermeldeamt, Paß- und Ausländeramt der Stadt Leverkusen und ein versuchter Anschlag auf das Amt für Statistik in Oberhausen richteten sich gegen die Volkszählung und die damit verbundene totale Kontrolle und Erfassung der Gesellschaft. Nach mehreren Hausdurchsuchungen wurden drei Leute festgenommen. Sie sitzen immer noch in U-Haft und werden von Rebmann bis Zimmermann als Paradebeispiel der »terroristischen Volkszählungsboykotteure« gehandelt.

Berlin: 15.3.87
Die »Autonome Zelle Erna Sielka« hat nachts die DIETER HAFEMEISTER ERDBAU GMBH, eine 100%ige Tochter des HOCHTIEF-Konzerns, heimgesucht. Auf dem Gelände der Bauschuttverwertungsanlage wurden mehrere Baufahrzeuge und ein Schaufelbagger mit Brandsätzen zerstört. HOCHTIEF ist das größte beim WAA-Bau beschäftigte Bauunternehmen.

Berlin: 29.3.87
Wiederum die »Autonome Zelle Erna Sielka« hat in Kreuzberg mehrere Fahrzeuge der Firma BRÜCKNER GRUNDBAU in Brand gesetzt. Die Firma ist ebenfalls eine Tochter von HOCHTIEF. Der Zeitpunkt der Aktion wurde bewußt gewählt: am 28.3.1979 ereignete sich der schwere Unfall im US-AKW Three Miles Island.

Berlin: 19.4.87
»Autonome Zellen« erklären die Tschernobyl-Aktionswoche der Berliner Anti-AKW-Bewegung für eröffnet. Erneut werden drei Bagger der Firma HAFEMEISTER durch Brandsätze zerstört.

Berlin: 20.4.87
Zwei weitere Anschläge auf Fahrzeuge der Firma HAFEMEISTER scheiterten. Die Täter konnten unerkannt entkommen. In den letzten 6 Monaten entstand bei Anschlägen auf Fahrzeuge dieser Firma Schaden in Höhe von 1,5 Millionen Mark.

Schläge

Mörfelden-Waldorf: 10.4.87
»Revolutionäre Osterhasen« haben das Baulager von HOCHTIEF anggegriffen. Hauptaktionär von HOCHTIEF ist die RWE. Die Aktion der »Osterhasen« richtete sich gegen die Bau- und Atomafia.

Schwabenland: 20.4.87
»Wir haben schon mal angefangen mit der Demontage des Atomstaats.« So beginnt eine Erklärung, die wir mitsamt Schrauben zugeschickt bekamen. Sie richtet sich v.a. an die Neckarwerke, die Stadtwerke und die Politiker, die auch nach Tschernobyl ihre Atomenergiepolitik nicht ändern wollten. Deshalb nimmt die Gruppe die Sache erst mal selber in die Hand: »Wir wollen die Zeche für euren Scheiß nicht zahlen! In diesem Sinne - Schraub weg den Scheiß!!
gez. Rätsche, Nuß und Schlüssel«

Norddeutschland: 24.-26.4.87
»Autonome Zellen« haben mit Hilfe mehrerer Liter bleifreien Benzins drei Baufahrzeuge der Firma MATTHÄI entsorgt. Die Firma gehört zu den größeren Bauunternehmen im norddeutschen Raum. In Garlstedt bei Bremen ist sie am Ausbau des Truppenübungsplatzes und bei der Erstellung eines Anschlußgleises für die Lucius D. Clay-Kaserne der US-Army beteiligt.

Restrisiko Mensch

Volkserfassung
Staatsterrorgesetze
Widerstandsbekämpfung

Mit Beiträgen und Dokumenten zu den »Anti-Terror«-Gesetzen, zum maschinenlesbaren Personalausweis, ZEVIS, Schleppnetzfahndung und Demonstrationsverhinderung sowie einem Sonderteil zur Volksaushorchung – u. a. von Rolf Gössner, Hermann L. Gremliza, Joachim Kempas, Ulrich K. Preuß, Karl-Heinz Rogoll, Michael Schubert, Wilhelm Steinmüller, Edda Weßlau, ca. 148 Seiten, A 4, DM 8,50 zzgl. Porto, erscheint Ende April '87.
Herausgegeben von
und zu beziehen über: »Bürger kontrollieren die Polizei«, Charlottenstr. 3, 2800 Bremen 1

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt · iz3w

Schwerpunktthema:

Nr. 140 · März 1987

Der Irak im Golfkrieg

Interview mit einem iranischen Asylbewerber

Strahlende Exporte

Themenschwerpunkt:

Fordismus und neue soziale Bewegungen

Zur Frauenbewegung in Chile heute

Brasilien:
Stadtteilbewegung,
Landlosenbewegung,
Straßenkinder

Rezension:
Bauernbewegung in Bolivien

Einzelpreis DM 5.-; Jahresabo: DM 40.-
(DM 30.- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

---

antimilitarismus information

FRIEDEN BRAUCHT FORSCHUNG, FORSCHUNG BRAUCHT BEWEGUNG

DAS AMI-THEMENHEFT ZU EINER WIEDER AKTUELL GEWORDENEN DEBATTE

Ingo Arend: zur Geschichte der staatlich geförderten Friedensforschung in der Bundesrepublik. **Ursula Schmiederer:** zu Ansätzen und Ergebnissen der Friedensforschung im Bereich der Untersuchung des Ost-West-Konflikts. **Wolf-Dieter Narr:** zu den Problemen einer kritisch sich verstehenden Friedensforschung. **Ulrike C. Wasmuht:** zur Perzeption der Ergebnisse der Friedensforschung in der bundesdeutschen Friedensbewegung. **Martin Köhler:** zu den Perspektiven eines Verhältnisses von Friedensforschung und Friedensbewegung. **ami-Serviceteil:** Kurzvorstellung der bestehenden Institutionen, Publikationen, Adressen der Friedensforschung.

Das Themenheft hat 60 Seiten und kostet 4,50 DM (plus Porto)

Ich bestelle:

* __ Ex. Themenheft 'Friedensforschung braucht Bewegung'
* ein Abonnement der 'antimilitarismus information' (d.h. pro Jahr 12 Hefte, darun drei Themenhefte) zum Preis von 32,25 DM (incl. Porto)
* ein kostenloses Probeheft

An: Verlag ami (Redaktion und Vertrieb) Deidesheimer Str. 3, 1000 Berlin 33, Tel: 030/821252

---

graswurzel revolution
Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

3.- Nr. 110
Dez./Januar 1987

für 3.60 DM in Briefmarken bei:
Graswurzelrevolution
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Preis/Einzelheft: DM 9 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)-
Personen: DM 21 p.V.
Institutionen: DM 40 p.V.

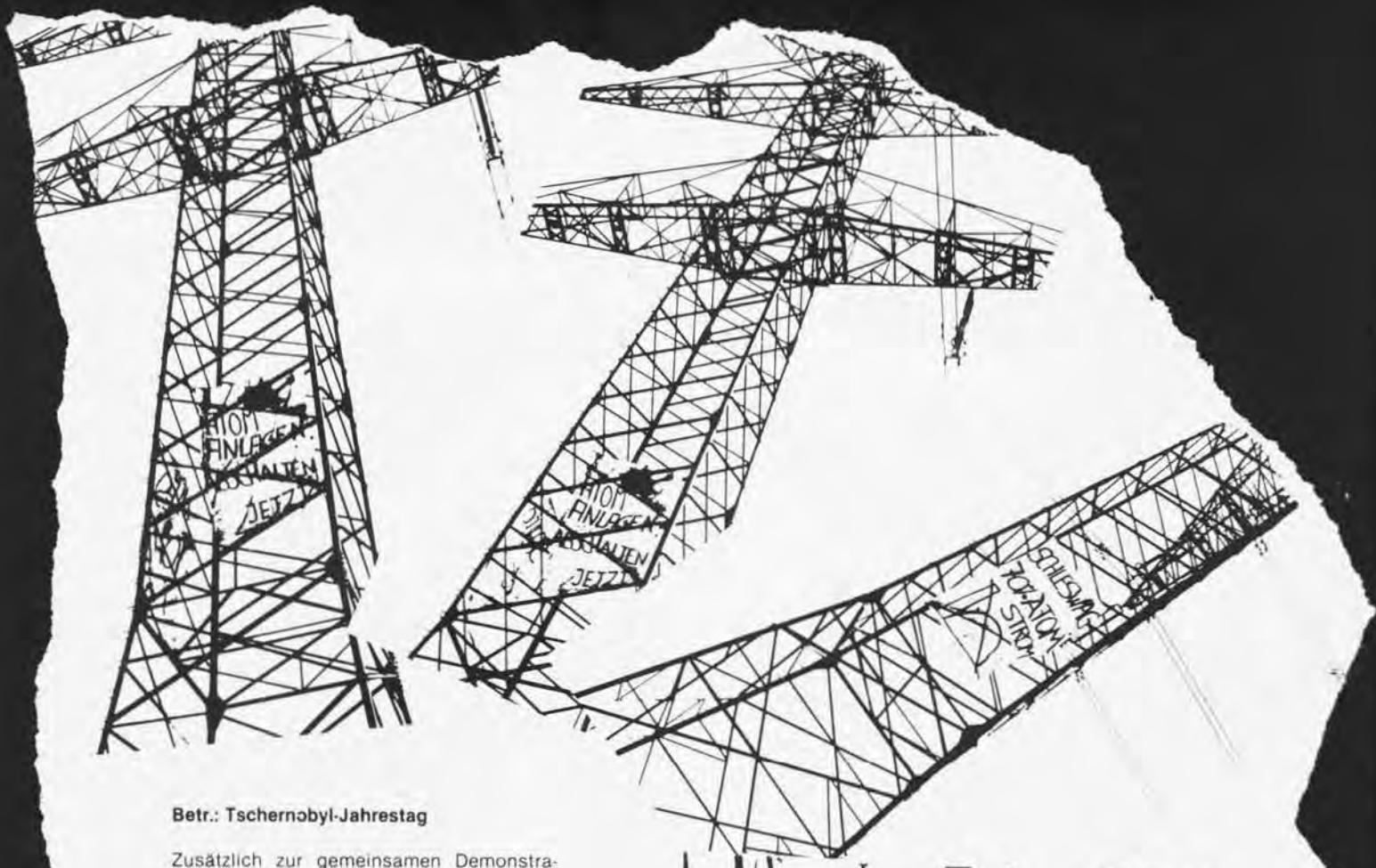
Buchhandelsbestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei
c/o FU Berlin
Malteserstr. 74-100
1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-214
-462
-464

Herausgeber:
H. Busch, A. Funk, K. Dieckmann, U. Kauss, C. Kunze, W.-D. Narr, M. Walter, F. Werkentin

Einzelbestellungen/Abos: Kirschkern Buchversand Hohenzollerndamm 199 · 1000 Berlin 31

Bürgerrechte & Polizei
Cilip Informationsdienst

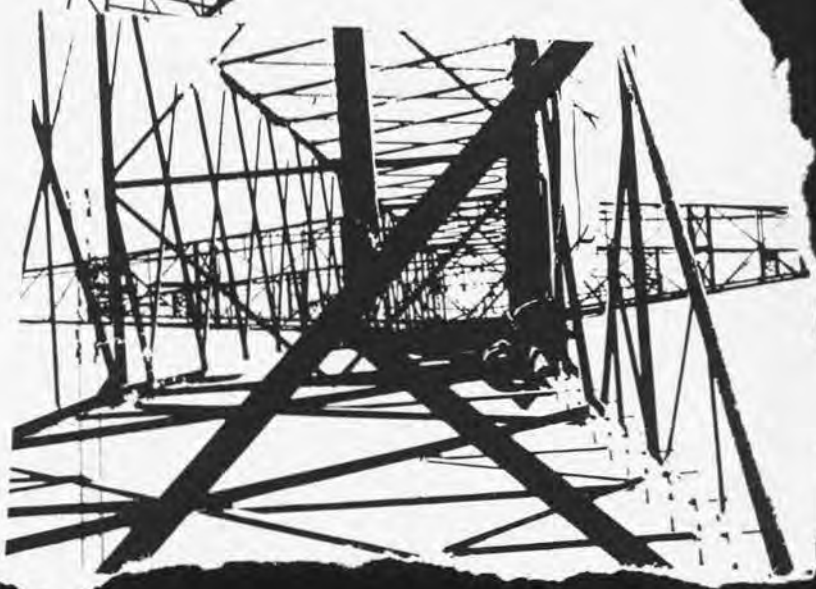
Aus dem Inhalt:
Gerichtliche Kontrolle polizeilicher Todesschüsse ● Polizeibeiräte in NRW ● SPUDOK-Systeme ● AG kritischer Polizisten ●



Betr.: Tschernobyl-Jahrestag

Zusätzlich zur gemeinsamen Demonstration aller Aktionsgruppen in Flensburg mit ca. 400 Teilnehmern am Tschernobyl-Jahrestag besetzten Mitglieder der Flensburger BI gegen Atomanlagen einen Strommast an der Bundesstraße 199 in der Nähe von wallshüll (Kreis Schleswig-Flensburg). Ziel dieser Aktion war, darauf hinzuweisen, daß der Energielieferant des Flensburger Umlands, die SCHLESWAG, 70 bis 80% Atomstrom leifert. Außerdem sollte deutlich gemacht werden, daß die Anti-AKW-bewegung sich nicht splaten und kriminalisieren läßt, daß jede Aktion ihren wichtigen Platz hat.

BI Flensburg



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016